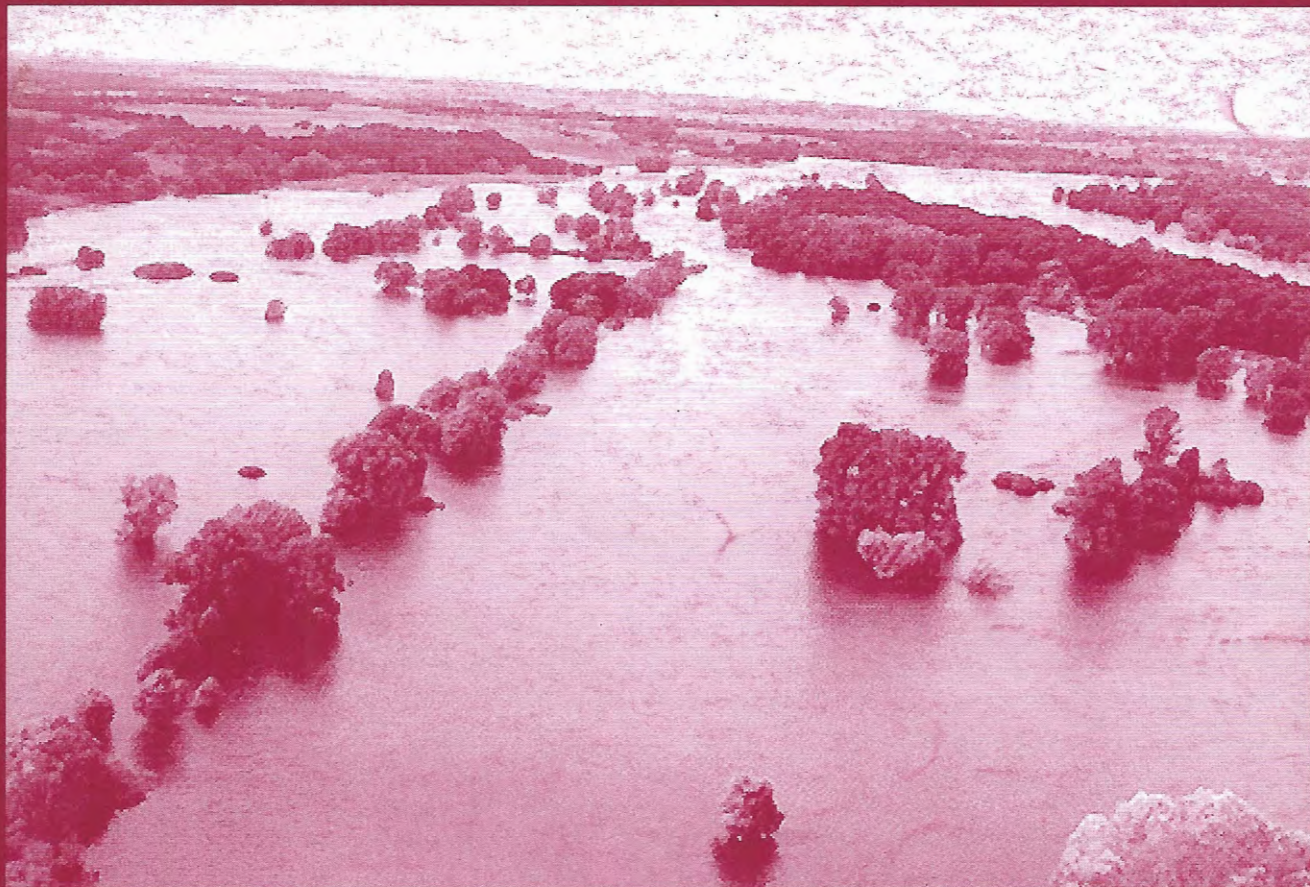


AUFTRAG



HEFT 230 / 1997

37. JAHRGANG



- Seminar: »Wehrformen in Europa auf dem Prüfstand«
- MINEN – vom Defensivkünstler zum Teufelszeug
- DIE BIBEL – ein Buch (nicht nur) für Männer
- Pro und Kontra: <http://www.katholische-kirche.de>

GEMEINSCHAFT KATHOLISCHER SOLDATEN

INHALT

SPIRITUALITÄT

Die Bibel – ein Buch (nicht nur) für Männer	4
Gott in die „Männerwelt“ bringen (Clemens Kilian)	4
Die Bibel– eine spannende Entdeckungsreise für Männer (Christian Reichart)	6
„Ihr Männer, liebt eure Frauen“ – Betrachtung zu Eph 5, 21–32 (P. Bernhard Sirch OSB).....	7
Engel? Gibt es die? (Helmut Fettweis)	8
JAKOBUS-WALLFAHRT: Bewegung für die geistige und religiöse Einheit Europas, Treibriemen einer lebendigen Ökumene in Deutschland (Paul Schulz)	9

WERTEDISKUSSION

Taumeln wir dahin? (Rolf Schuhmacher)	18
Was ist wichtig? (Helmut Fettweis)	19
Reform der Reformen (P. Klaus Wertes SJ).....	20
KMK-Präsident: Religionsunterricht hat ganz notwendige Funktion	21

SICHERHEITSPOLITIK / FRIEDENSETHIK

Kein Interesse an Sicherheitspolitik? (Eckhard Stöff)	22
Peace-Keeping aus einem Guss (Klaus Liebetanz)	23
Kostbarer als Öl	26
DISKUSSIONEN UM LANDMINEN:	
Osloer Vertrag über Verbot von Anti-Personen-Minen	27
Minen – vom Defensivkünstler zum Teufelszeug (Manfred Merk)	28
FRIEDENSBEWEGUNG schürte Angst vor Atomtod (Felix Raabe)	32
Geblichen ist das Feindbild „Soldat“	33
Militärbischof Dyba kritisiert Pax-Christi-Stellungnahme zum „Hammelburg-Video“	34
Gemeinschaft Katholischer Soldaten zu Pax Christi:	34
Gefunden in der FAZ vom 02.08.1997	35

GESELLSCHAFT IN DEUTSCHLAND

Statistisches Bundesamt zählte 82 Millionen Einwohner	36
Deutschland mit höchster Zuwanderungsrate	36
„Ohne die Hilfe der Soldaten wäre alles viel schlimmer geworden“ (Volker W. Böhler).....	37
PARAPSYCHOLOGIE: „Geister sind auch nur Menschen“	40
Geht es in Ihrer Familie genauso zu? (Wolfgang Altendorf)	41
Neues bei Radio Campanile	41

TITELBILD: Blick aus dem Hubschrauber auf das Hochwasser im Oderbruch.
 Siehe dazu Bericht auf Seite 37.
 (Foto: FlaRakG 2).

WELTKIRCHE UND KIRCHE IN DEUTSCHLAND

In den Vatikan kommt Bewegung (<i>Ludwig Ring-Eifel</i>)	42
Katechismus: Todesstrafe nicht grundsätzlich ausgeschlossen, aber „praktisch überhaupt nicht mehr“ anzuwenden	42
Dokumentation	43
Äußerungen zum Thema „Ehe“	44
BIOETHIK: Europarat lehnt Klonen von Menschen ab	44
Gedämpfte Zustimmung zur Bioethik-Konvention des Europarates	45
Seelsorge per Internet? – Unsinn oder Chance? http://www.katholische-kirche.de www.kath.de www.autobahnkirche.de	46
KONTRA: Jesus Christus – per Maus-Klick? (<i>Helmut Fettweis</i>)	46
PRO: Zwei Welten? Die Kirche und das Internet (<i>Andreas Schwenzer</i>)	47

DEUTSCHLAND UND DIE WELT

USA: Zur Weltmacht verdammt (<i>Eckhard Stuff</i>)	50
POLEN: Das Los der volkspolnischen Frauenbataillone (<i>Joachim G. Görlich</i>)	51
RUSSLAND: Die religiöse Situation (<i>Paul Roth</i>)	52
Ex-Jugoslawien in Stichworten (<i>Rudolf Grulich</i>)	56

AUS MILITÄRSEELSORGE UND GKS

„Politikergespräch“ mit Landtagspräsident Rainer Prachtl (PS)	60
Stafettenwechsel in der Katholischen Militärseelsorge	60
Ein Pfarrer fällt aus allen Wolken (<i>Michael Rottmann</i>)	62
Aus der GKS im WB III (<i>Stefanie Schacherl</i>)	63
SICHERHEITSPOLITIK: Wehrformen in Europa auf dem Prüfstand (<i>Klaus Brandt</i>)	64
Seminar von IThF, ak und GKS mit einführenden Anmerkungen des Bundesvorsitzenden der GKS (66), des Bundesvorsitzenden des BDKJ (69), von Militärdekan Prälat Walter Theis als Vertreter des Militärgeneralvikars (70) Veränderte Rahmenbedingungen erfordern ein Nachdenken über die Wehrform (<i>Ludwig Jacob</i>)	71
Wehrdienst oder Kriegsdienstverweigerung?	74
GKS in den Neuen Bundesländern (<i>Helmut Jermer</i>)	75
Die Grundhaltung des Widerstandes prägt den Soldaten der Bundeswehr (<i>Norbert M. Schütz</i>)	80
GKS Mainz: Hildegard von Bingen (<i>Heinrich Dorndorf</i>)	81
KURZ NOTIERT	35, 39, 62
GEFUNDEN	49
PERSONALIA	61
TERMINE 1997	81
AUTOREN UND IHRE BEITRÄGE	81
BUCHBESPRECHUNGEN	82

Die Bibel – ein Buch (nicht nur) für Männer



DIE VIER APOSTEL. Albrecht Dürer 1526.
Ausschnitt, München, Alte Pinakotek

„DIE BIBEL – EIN BUCH FÜR MÄNNER!“ Bewusst hatte die Gemeinschaft Katholischer Männer für ihre Haupttagung im Mai 1997 diesen Titel gewählt. Denn durch das gesamte Alte und Neue Testament hindurch begegnen uns immer wieder Glaubenserfahrungen, Hoffnungen, Ängste, Leiden und Versuche der Lebensbewältigung von Männern. Vor diesem Hintergrund erweist sich die Hl. Schrift gerade als ein Buch für Männer von heute, das für männliche Spiritualität und Identitätsfindung fruchtbar gemacht werden kann.

Die Erkenntnisse der Tagung können auch für die Gemeinschaft Katholischer Soldaten nützlich sein. Die Beiträge geben Antworten auf die Fragen, welche Schritte und Wege können wir dazu in unserer Arbeit gerade an der Basis in den Kreisen gehen. Aber auch der Einzelne kann die ganz persönlichen Beiträge als Anregungen und Impulse nutzen, um Zugänge zur Schrift zu finden.

Die beiden Beiträge, „Gott in die ‚Männerwelt‘ bringen“ von Clemens Kilian, Diözesanmännerreferent in Hildesheim und „Die Bibel – eine spannende Entdeckungsreise für Männer“ von Mag. Christian Reichart, Generalsekretär der Katholischen Männerbewegung Österreichs, Wien, berichten über Erfahrungen aus der Bibelarbeit mit Männern. Im nächsten AUFTRAG 231 soll die Reihe fortgesetzt werden mit Reflexionen über „Männer in ihrer Beziehung zu Gott, zu sich selbst und zu Frauen in der Sicht der Bibel“.

Gott in die „Männerwelt“ bringen

Clemens Kilian

1. Die Bibel – ein Schatz männlicher Gotteserfahrung

Die Tatsache, dass die Bibel ein von Männern geschriebenes Buch ist, welches überwiegend über die Beziehung von Männern zu Gott berichtet, wird von vielen bedauert, und auch ich sehne mich vergeblich nach vergleichbaren weiblichen Glaubenszeugnissen und Beziehungsgeschichten von Frauen mit Gott. Doch positiv betrachtet – und diese Perspektive sollte uns Männern gestattet sein –, dürfen wir froh und dankbar die Bibel aufschlagen als einen Schatz männlicher Gotteserfahrung, wie es keinen zweiten gibt.

Dieses wäre also mein erster Wunsch: dass wir, die wir in der Männerpastoral Verantwortung tragen, die Bibel bewusst auch als Männerzeugnis annehmen und uns als Männer davon ansprechen, inspirieren, begeistern lassen. Unsere Verkündigung, die das Wort Gottes „an den Mann“ bringen will, wird nach meiner Erfahrung reichlich davon profitieren.

Wir können uns dabei bekanntlich den Archetypen-Ansatz zunutze machen, der als Brücke vom biblischen zum bibellesenden Mann im Wesentlichen die vier Männergrundmuster *des Kriegers, Königs, Magiers und Liebhabers* verwendet, oder ähnliche Verstehenshilfen geben, wie ich es für die Männergruppen im Bistum Hildesheim mit folgenden Überschriften in meinem Angebot „Männer zwischen Adam und Christus“ andeuten will:

Kain und Abel – der Bruderkampf um Gottes Ansehen; Noach – mit der Schöpfung in einem Boot; Abraham, Isaak, Jakob – Männer des Glaubens haben Segenshände; Mose – ein Leben mit dem „Ich bin da“; David – oder die Versuchung der Macht; Männer in den Gleichnissen Jesu – Gleichnisse unserer Männer?; Petrus – Fels und Feigling; Männer von Philippi – „Ihr Gott ist der Bauch, ihr Ende Verderben“ (Phil 3,19); Jesus und die Ausländer – die Ausländer und wir; Pharisäer heute – die da sind und doch nicht leben; etc.

2. Bibel lesen – Bibel erleben

Wir können ganz verschiedenartig mit der Bibel umgehen. Wir können sie wissenschaftlich analysieren (Textkritik, Redaktionskritik, Überlieferungskritik, Wirkungsgeschichte) und dabei z.T. wichtige Verstehenshilfen bekommen – durch eigenes Studium oder Vorträge. Wir können die Bibel einfach so lesen, wie sie uns in unserer Ausgabe übersetzt ist: als ein wichtiges Buch der Weltliteratur unter anderen oder als die oberste Norm unseres christlichen Glaubens. Wir können die Bibel im Gottesdienst zu Wort kommen lassen als Evangelium oder Lesung, als Gebet. Wir können die Bibel „teilen“ im Bibelgespräch; wir können sie betrachten im Gebet und in der Meditation.

Keine Frage, dass die Männerpastoral – bei aller Würdigung der reichen Ergebnisse der Exegese – in erster Linie an einem Umgang mit der Bibel interessiert sein muss, der sie als ein Lebensbuch der Männer definiert. So lautet

mein zweiter Wunsch: lasst uns die Bibel nicht nur distanziert lesen, lasst uns nicht nur Exegese-kommentare studieren und Vorträge von Wissenschaftlern hören, sondern lasst uns die Bibel selbst erfahren. Sie ist ein kraftvolles, heiliges Buch. In ihr will Gott zu uns sprechen. Wir müssen nur hin-hören. Die Bibel hat etwas mit mir zu tun, mit mir als Mann! Aber Vorsicht: Ich muss ihre Botschaft an mich heranlassen wollen. Ich muss mich gegebenenfalls verän- dern, mich von der Bibel in Frage stellen lassen. Dies als Programm für eine biblisch orientierte Män- nerpastoral!

Der Mann, der sich auf einen solchen Umgang mit der Bibel einlässt, gleicht einem Fußgänger, der die Straße (des Lebens) Schritt für Schritt erlebt, mit ihren Stei- gungen und Abschlüssigkeiten, dem Wetter ausgesetzt und allen Gefahren der Straße, aber auch mit den Schönheiten, den Rast- häusern, den anderen Fußgängern (und Fußgängerinnen), der Natur. Wie bedauerungswürdig ist jener andere, der die Bibel aus weiter Di- stanz betrachtet, so als habe sie ihm selbst nichts zu sagen! Er gleicht einem Mann, der weit oben, aus dem Flugzeug heraus, jene Straße (des Lebens) über- blickt. Zwar sieht er Anfang und Ende, doch kaum kann er Steigun- gen oder Rasthäuser geschweige denn Fußgänger erkennen. Weit abgehoben wird er irgendwann sanft landen in weiter Ferne von dem, was ihn angeht.

Ich will das an einem Beispiel deutlich machen: So können wir uns zum Thema „Wunder in der Bibel“ natürlich fragen: Ist Jesus wirklich auf dem Wasser gegan- gen? Hat er aus fünf Broten und zwei Fischen ein Essen für 5.000 Männer und deren Familien ge- wirkt? Konnte er aus Wasser Wein machen? Hat er wirklich all die Kranken und Aussätzigen geheilt? Und wie das? Wir können alle Bibelkommentare danach befra- gen, wie wir das mit den Wundern zu verstehen haben, und kriegten hier diese und dort jene Antwort.

Wir können allerdings auch nach den Wundern in unseren Männerleben Ausschau halten und uns dann mit Hilfe der Bibel fragen, ob und wie hier Gott auch in unserem Leben wunderbar ge-

handelt hat. Leicht wird aus dieser Art der Bibellektüre ein gegensei- tiges Zeugnis, dass sich die Wun- der Gottes unter uns ereignen. So antworteten bei einem Einkehrtag im Advent 1996 Männer auf die Frage, ob sie schon einmal ein Wunder erlebt haben, folgender- maßen:

- *Die Natur ist ein Wunder.*
- *Geburt und Werden meiner Kinder.*
- *Beim Grubenunglück in Lenge- de, November 1963 – nach 12 Tagen wunderbar gerettet.*
- *Ich tue etwas anderes, als ich wollte, und entgehe einem Un- glück.*
- *Im Krieg, Panzerangriff: – rechts und links sind sie gestor- ben – ich war nur dreckig*
- *Ich war Bahnarbeiter: ich liege unter dem Zug, er fährt los, und ich lebe!*
- *Wenn wir als Bergarbeiter von unter Tage kamen und das Ta- geslicht sahen.*
- *Bei meinem Herzinfarkt.*
- *Ich baumelte hilflos am Fall- schirm und hoffte auf das Wun- der, dass ich von ihren MGs nicht „abgeschmiert“ werde.*

Von den „Wunderberichten“ aus dem Leben der Männer ausge- hend, erscheinen die Wunder- berichte der Bibel in einem völlig neuen Licht. Sie werden plötzlich für wert gehalten, das „moderne“ Leben, die selbst erlebten „Wun- der“ zu deuten.

3. Das Leben der Männer – Anknüpfungspunkt biblischer Männerpastoral

Das Leben, der Alltag der Män- ner, ist für mich, dies wurde nun deutlich, das zweite „heilige Buch“, in dem Gott zu uns spricht und in dem wir Orientierung fin- den können. Natürlich müssen wir hier, mit Hilfe der Bibel, genau hinhören und unterscheiden ler- nen, wo der Geist Gottes spricht oder der Ungeist der Gottesferne. Die meisten heutigen Männer sind auf der Suche nach überzeugenden Deutemustern ihres Lebens. In der Kirche suchen viele diese aus verschiedenen Gründen leider nicht mehr. Die Kirche wird (wir werden) oft nicht mehr als ernst zu nehmender Gesprächspartner für Männer gesucht bzw. akzeptiert. Das verlorene Vertrauen („Kre-

dit“) ist zurückzugewinnen. Es kommt dabei auf den Ansatz an!

Daher mein dritter Wunsch an die Männerpastoral: Befreien wir uns von jedweder Vorwurfs- mentalität nach dem Motto: Weil sie uns, der sich versammelnden Gemeinde fernbleiben, sind sie glaubenslos oder gar heillos. Statt- dessen lasst uns einladend sein und auf die Männer zugehen nach der Devise „Ihr seid in Ordnung. Gott liebt euch schon jetzt! Er ver- hilft euch gern zu einem gelingen- den Leben.“ Besonders empfäng- lich sind Männer für diese Bot- schaft an den Nahtstellen ihres Le- bens, wo sich Existentielles ereig- net (Mann werden, erste Liebe, ggf. Heirat, ggf. (erste) Vater- schaft, Tod von Mutter oder Vater, älter werden (Lebenskrise), Aus- scheiden aus dem Beruf). Sie las- sen sich aber auch über die alltäg- lichen Erfolgsergebnisse oder Nie- derlagen ansprechen (Freud und Leid der Vaterrolle, Beruf, Karrie- re bzw. Arbeitslosigkeit, Naturer- lebnisse, Freude an Technik, Sport usw.). Hier also sollte Männer- pastoral das Gespräch mit den Männern suchen. Wo finden sie in ihrem Leben Sinn? Was lässt ihr Herz ruhiger schlagen? Was macht ihnen Angst? Was freut sie? Was hoffen sie? Theologisch gespro- chen: Wie spricht Gott zu ihnen? Wo wird seine Stimme evtl. über- tönt? Durch was oder wen?

Viele Männer sind bereit, bei diesen Gesprächen auch auf die Stimme der Bibel zu hören, durch die Gott sie erreichen will. Und sie tun es desto eher, je mehr wir sie die Verwandtschaften entdecken lassen, die es zwischen ihnen und den Männern der Bibel gibt. Mei- ner Erfahrung nach sind sie sogar dankbar über einen solchen „Vermittlungsdienst“ den wir zwis- chen ihnen und der Bibel vorneh- men.

Wieder soll dies ein Beispiel aus der Praxis verdeutlichen: Ange- sichts des Gleichnisses von den Ar- beitern im Weinberg (Mt 20,1–15) stellten wir uns am Buß- und Bet- tag 1996 in einer Männergruppe die Frage: Zu welcher „Stunde“ hat der Herr eigentlich mich zur Arbeit in seinem Weinberg gewor- ben? Folgende Antwort soll stell- vertretend für viele andere Glau- benszeugnisse in diesen unseren biblischen Männergesprächen sein:

„Die Russen hatten uns vertrieben; ein Pfarrer hatte uns in seinem Pfarrhaus in zwei Zimmern aufgenommen. Papa gab dafür in den umliegenden Dörfern Religionsunterricht, mit dem Fahrrad. Eines Tages kam ein völlig heruntergekommener, zerlauster Landstreicher des Weges. Papa nahm sich seiner an und holte ihn in „unsere“ zwei Zimmer mit dazu. Und ich, der 12- bis 13-jährige Sohn, sagte wie selbstverständlich: „Er kann in meinem Bett schlafen!“ Das tat dieser dann auch. Papa hat sich sichtlich gefreut über meine spontane Bereitschaft. Mir war es damals absolut selbstverständlich gewesen. Heute wundere ich mich über mich selbst: dass ich diesen abstoßend wirkenden, zerlausten Mann so selbstverständlich in mein Bett gelassen habe. Dies ist für mich, wenn ich auf mein Leben zurückblicke, der Ruf in den Weinberg.“

Als Hörer dieses Lebens-Gleichnisses „vom geteilten Bett“ war ich noch mehr ergriffen, als es nicht nur unsere Stelle aus Mt 20,1ff. meditierte, sondern zugleich das Evangelium vom kommenden Sonntag, die Rede vom Weltgericht

(Mt 25,31ff.) aktualisierte („Was ihr dem geringsten meiner Brüder getan habt, habt ihr mir getan.“).

Für einen solchen Vermittlungsdienst zwischen Bibel und Leben sind uns die Männer dankbar. Freudig nehmen sie unsere Botschaft an, dass die Bibel etwas mit ihnen selbst zu tun hat, und belegen dies, wie gesehen, mit reichhaltigen Glaubenserfahrungen. Grundlage unseres Vermittlungsdienstes zwischen der Bibel und den Männern ist freilich, wir sagten es, die leider oft ausstehende Erfahrung dieser Männer, dass Kirche etwas mit ihnen zu tun hat; denn Leben-teilen geht dem Bibel-teilen voraus.

4. Biblische Männerpastoral auf dem Weg Jesu

Der Weg – das griechische Wort dafür: die Methode –, die ich hier vorschlage, ist der Weg, die Methode Jesu – die Jesus wählte, wenn er „seine Männer“ erreichen wollte: Er ging zu ihnen hin(!), sozusagen heraus aus Tempel und Gemeindehaus hin auf den Marktplatz und die anderen Männerplätze. Und er hatte die ausdrückliche Botschaft:

„Du bist gut, Gott liebt dich!“ Jesus erinnerte in zahllosen Glaubensgesprächen, die er mit den Männern führte, in gewollt skandalöser Weise an die absolut profane Welt der Männer, die zunächst nichts mit Kult und Tempel zu tun zu haben schien. Er bringt Gott in die Männerwelt. So spricht er von der „Maloche“ im Weinberg (Mt 20,1ff.), vom mühseligen Geschäft des Bauern (Mt 13,1ff.), vom Leben sogar unter Schweinen (Lk 15,15ff.); ja, er scheut sich auch nicht, die Schlaueit des Kriminel-len als Vorbild heranzuziehen (wenn es darum geht, das Interesse der Männer für Gott zu gewinnen [Lk 16,1ff.; 18,1ff. u.ä.]). Ihre tagesgeschäftlichen Allgemeinplätze werden Gegenstand der Betrachtung und damit für Wert gehalten, als Brücke und Verstehenshilfe für den Heilswillen Gottes zu dienen. Jesus beginnt im Leben der Männer und zielt auf die befreiende Sinndeutung dieses Lebens. Ein viel versprechendes Programm auch für die Männerpastoral heute! Es ist hier und jetzt mein vierter und letzter Wunsch! □

Die Bibel– eine spannende Entdeckungsreise für Männer

Christian Reichart

Drei Szenen, drei Schlussfolgerungen und drei Behauptungen.

1. SZENE: Ich war 18 Jahre, gerade von zu Hause ausgezogen in eine Zimmer-Küche-Wohnung. Es klopft und wie es in Wien üblich ist, stehen zwei ältere Damen der Zeugen Jehovas vor der Türe. Ich dürfte die Damen ziemlich verunsichern haben, worauf in der Folge über drei Tage jede Woche am Sonntag ein Mann mit mir über die Bibel diskutierte. Mein erster Zugang zur Bibel war also die Auseinandersetzung mit einem Sektenangehörigen. Ich sage nicht Sondergemeinschaften oder einen anderen „netten“ Begriff aus der Wissenschaft – ich sage: es ist eine Sekte.

In diesen drei Jahren des Dialogs – ich weiß nicht, ob es ein Dia-

log war – aber der Mann kam alleine, las auch katholisches Schriftgut (beides ist bei den Zeugen verboten) – also nach drei Jahren des Dialogs meine erste Schlussfolgerung: die Bibel ist kein Beweisbuch.

2. SZENE: Ich war junger Kapuziner – ich studierte in Graz – wobei jung relativ ist, als Kapuziner war ich jung, nicht als Student, da war ich schon 27 Jahre alt. Student an der Katholisch-Theologischen Fakultät der Universität in Graz – Vorlesungen in Bibelwissenschaften Neues Testament und Altes Testament. Frage: Was hat das noch mit Glauben zu tun?

Und dann noch die Pausengespräche mit Studenten, Kollegen und Kolleginnen, die sich ge-

genseitig mit Bibelzitaten niederprügelten, bis zum Geht-nicht-mehr. Dennoch weckte ein Professor meine Liebe zum Alten Testament. Es war Professor Marböck. Im Rahmen des Studiums des Alten Testaments hielt er ein Semester lang eine Vorlesung zum Thema „Humor in der Bibel“ – wir haben sechs Monate lang gelacht. Meine zweite Schlussfolgerung: Die Bibel ist ein fröhliches Buch. Die Bibel ist ein spannendes Buch. Ich brauche davor keine Angst haben.

3. SZENE: Diese ist ganz neu, vor einem Monat hätte ich sie noch nicht erzählen können: Wir führen gerade ein Seminar zur Schulung von Männerreferenten durch, das sich an fünf Wochenenden mit den wichtigsten Themen der Männerpastoral und der Männerthematik überhaupt beschäftigte. An diesem Wochenende behandelten wir das Thema „Männer und Spiritualität“ – nicht wahr, da kann sich niemand etwas darunter vorstellen, aber alle reden darüber!

Wir hatten einen Religionslehrer aus Innsbruck (keine wissenschaftliche Leuchte, kein Mann von Rang und Namen) dazu eingeladen. Er nahm das Buch Tobit und behandelte anhand dieses Buches die Frage: Wie wird ein Mensch zum Mann? In diesem Seminar sitzen 20 Männer – nur Männer, das ist Absicht; Männer zwischen 22 und 60 Jahren, Männer der Kirche und andere Männer – nicht lauter „gestandene Katholiken“. Das Wochenende war faszinierend! Dieser einfache Religionslehrer hat uns Männern anhand des Buches Tobit ein Wochenende lang gezeigt, was die Bibel für Männer bedeutet. Meine dritte Schlussfolgerung: Bibel hat Bedeutung für unser Leben und

Bedeutung auch für ein Männerleben.

Jetzt komme ich zu den drei Behauptungen.

1. Ich behaupte, dass wir Männer auf der Suche nach Antworten aus dem Glauben sind und nicht Standardaussagen hören wollen. Standardaussagen wie: „Das steht ja so in der Bibel“!
2. Ich behaupte, dass wir Männer ein kritisches Gespräch wollen und nicht vertröstet werden wollen im Stile von – „Na, das wird in 200 Jahren so gehen“ oder „das wird nie gehen“ oder „das war schon immer so“ – diese Aussage ist eine katholische Krankheit!

3. Ich behaupte drittens, dass wir Männer den Pioniergeist unserer Glaubensväter brauchen, und nicht das, was uns derzeit in Kirche und Gesellschaft geboten wird. Wenn ich mir einen Abraham als Glaubensgestalt – ich weiß schon, er hat nie wirklich gelebt, die Theologen werden mich gleich prügeln – also nochmals, wenn ich mir Abraham als Glaubensgestalt anschau und mir dabei anschau, was ich heute in der Kirche erlebe, dann frage ich mich: „Wie bringe ich als Mann den Pioniergeist eines Abraham zusammen mit der sattsamen, freundlichen Bürgerlichkeit unserer Kirche?“. □

„Ihr Männer, liebt eure Frauen“ – Betrachtung zu Eph 5, 21–32

P. Bernhard Sirch OSB

Die Ehe befindet sich in einem tiefgreifenden Umbruch, der mit dem Beginn der Industrialisierung vor einhundert Jahren begonnen hat. Der Mann mußte außerhalb der Familie das Brot verdienen mit der Folge, daß die Frau als Erzieherin der Kinder Aufgaben des Mannes übernahm. Verstärkt wurde dies im Ersten und Zweiten Weltkrieg. Die Männer waren im Krieg, und die Frauen bekamen in der Heimat Aufgaben des Mannes zugewiesen. Gelderwerb und Schutz lagen in den Händen der Frau.

Mit der zunehmenden Demokratisierung im Staats- und Wirtschaftsleben treten Frauen mit einem hohen Bildungsniveau immer stärker auf die Bühne von Politik und Wirtschaft. Das Erlernen und Ausüben eines Berufs mit eigenem Lohn und sozialer Absicherung in jüngster Zeit gaben der Frau die Möglichkeit, bei untragbaren Situationen das Band der Ehe leichter zu lösen als in früheren Zeiten, wo die Frau nach einer Scheidung vor dem Nichts gestanden wäre.

Die Frau ist sich heute durchaus ihrer Stellung bewußt. Sie steht vielfach gleichberechtigt neben dem Mann und zwar nicht nur im öffentlichen Leben, sondern

auch in der Ehe. Die bestimmende Stellung des Mannes ist beschnitten, die partnerschaftliche Ehe ist die neue Lebensform.

Die heutige Lesung mag auf diesem Hintergrund weltfremd klingen: „Ihr Frauen, ordnet euch euren Männern unter wie Christus, dem Herrn; denn der Mann ist das Haupt der Frau, wie auch Christus das Haupt der Kirche ist, er hat sie gerettet“ (Eph 5, 22.23). Paulus spiegelt hier die Gesellschaftsordnung seiner Zeit wider. Man kann sich fragen, geht es Paulus in dem Text nur um Unterordnung, so wie heute dieses Wort verstanden wird? Geht es darum, eine sklavische Unterordnung zu einer Tugend zu erheben?

Man würde Paulus mißverstehen, wenn man diese Stelle aus dem Epheserbrief isoliert verstehen würde. Der Apostel sagt am Anfang der heutigen Lesung: „Einer ordne sich dem andern unter in der gemeinsamen Ehrfurcht vor Christus“ (Eph 5, 21). Paulus spricht nicht nur die Frauen an, sondern auch die Männer. „Ihr Männer, liebt eure Frauen, wie Christus die Kirche geliebt und sich für sie hingegeben hat“ (Eph 5, 25). Vom zweiten Teil der Lesung, dem Aufruf an die Männer,

fällt neues Licht auf den ersten Teil der Lesung, dem Aufruf an die Frauen. Und hier unterscheidet sich Paulus völlig von der Meinung seiner Zeit. Hier ist nicht mehr die Rede von Unter- oder Überordnung, sondern der Mann muß seine Frau so lieben, daß er sogar sein Leben für sie hingibt.

Paulus vergleicht die Liebe zwischen Mann und Frau damit, wie Christus die Kirche geliebt hat. Diesen Gesichtspunkt erwähnt Paulus auch bei der Ermahnung an die Frauen: „denn der Mann ist das Haupt der Frau, wie auch Christus das Haupt der Kirche ist; er hat sie gerettet, denn sie ist sein Leib“ (Eph 5, 23).

So mahnt auch Paulus die Männer: „Wer seine Frau liebt, liebt sich selbst. Keiner hat je seinen eigenen Leib gehaßt, sondern er nährt und pflegt ihn, wie auch Christus die Kirche“ (Eph 5, 28.29). Paulus hatte das Vorbild Christi vor Augen, der sagte: „Denn auch der Menschensohn ist nicht gekommen, um sich dienen zu lassen, sondern um zu dienen und sein Leben hinzugeben als Lösegeld für viele“ (Mt 20, 28). So gilt auch für den Mann: „Wer bei euch groß sein will, der soll euer Diener sein, und wer bei euch der Erste sein will, soll euer Sklave sein (Mt 20, 26.27). Paulus hat mit dieser Sicht der Beziehung von Mann und Frau eine völlig neue Welt aufgetan, die den Eheleuten Glück bringen kann.

Im vergangenen Jahr wurde ein Scheidungsrekord erreicht. Jede dritte Ehe geht heutzutage in die Brüche. 153.000 Ehen endeten vor dem Scheidungsrichter. Anstelle der ehelichen Treue: ständiges, ungesundes Wecken der von Gott gewollten Sexualität, anstelle der Zufriedenheit: immer neuer Konsum. Um einen höheren Lebensstandard zu erreichen, gehen

Mann und Frau zur Arbeit. Da beide müde, abgespannt nach Hause kommen, ist die Frage: Wer soll die Hausarbeit machen? Der Streit ist vorprogrammiert. Die Schaffung von Arbeitsplätzen außerhalb der Ehe hat den Wohlstand beschleunigt, ist aber an eine Grenze gekommen, die den Wohlstand wieder zusammenbrechen läßt. Eine Rückbesinnung auf das Gut der

Familie auf dem Hintergrund eines christlichen Lebens, kann neue Chancen eröffnen. Die Familie als Arbeitgeber muß neu entdeckt werden.

Die heutige Lesung, auf den ersten Blick weltfremd, ist äußerst aktuell. Paulus will uns Christus vor Augen stellen, der zu uns im heutigen Evangelium Worte spricht mit „Geist und Leben“ (Joh 6, 63).
(aus: DT vom 23.08.1997)

Engel? Gibt es die?

Helmut Fettweis

Wenn man heute über die Straßen geht und fragen würde, was sind für Sie Engel, dann gäbe es viele Antworten: „Meine Geliebte“, „meine Freundin“, „meine Frau“.

Andere würden sagen: „Irgendwelche Figuren, die vom Himmel kommen“. Und auch die Antwort: „Kann ich mir nichts drunter vorstellen“ ist nicht ungewöhnlich.

Aber vielleicht ist es sinnvoll zu fragen, was man unter einem Engel versteht. Nach unserem Sprachgebrauch (Brockhaus): Boten Gottes an die Menschen. Sie veranschaulichen die Herrlichkeit Gottes und seine helfende Nähe (Schutzengel). In der morgenländischen Religion und im katholischen Glauben haben sie einen festen Platz.

Der katholische Katechismus sagt dazu: Engel sind geistige, körperlose Wesen, Geschöpfe Gottes.

Das Alte und das Neue Testament bezeugen ihre Existenz so oft, dass man von einer Glaubenswahrheit sprechen kann.

Die Überlieferung der katholischen Kirche stellt ebenso einmütig fest, dass es Engel als Diener und Boten Gottes gibt. Als rein geistige Geschöpfe haben sie Verstand und Willen. Sie sind personale und unsterbliche Wesen.

Christus ist – als Gottes Sohn – das Zentrum der Engelwelt. Die Fülle der Zitate aus den Evangelien bezeugen das. Deutlich wird das bei der Geburt Jesu: „Ehre sei Gott in der Höhe“ war ihr Lobgesang. In Matthäus, Markus und Lukas wird dazu bezeugt, wie die Engel Jesus beschützt haben. Die



So trieb Gott, der Herr, die Menschen (aus dem Paradies) hinaus und stellte östlich von Eden die Keruben und das flammende Schwert als Wächter auf. Niemand sollte zum Baum des Lebens gelangen können. (1 Mose/Genesis 3,24; Übersetzung nach „Gute Nachricht“ 1997)

Grafik aus: „Kinder und Hausbibel“, Herder Freiburg, 1941

Engel helfen, die frohe Botschaft zu verkünden – und nach der Apostelgeschichte sowie nach Matthäus und Lukas begleiten sie Christus zum jüngsten Gericht und dienen ihm.

Daher ist es nicht verwunderlich, dass auch die Kirche sich in die mächtige Obhut der Engel begibt. Mit den im Herrn entschlafenen Menschen bilden die Engel die glückselige Gemeinschaft in Gott. Die Kirche sieht die Engel als Be-

schützer und Helfer der Gläubigen.

Leider sind sich viele Menschen heute nicht bewusst, dass es diese von Gott geschaffenen guten Geister – die Engel – gibt. Dennoch hört man zuweilen den Ruf: Du musst aber einen wachen Schutzengel gehabt haben.

Vielleicht ist es an der Zeit, sich wieder der hilfreichen Hand der Engel anzuvertrauen.

STICHWORT: ENGEL

In älteren Teilen des AT steht wenig von E.n (vgl. aber Gen 28,12), anders in späteren Schriften (vgl. Ez; Sach; Dan), die viell. unter pers. Einfluss standen. Für das AT ist typisch, daß im Handeln der Engel Jahwe selbst wirkt. Die Bedeutung von »E. des Herrn« ist umstritten. In Gen 22,11f; Ex 3,2ff ist er mit Jahwe identisch. Man konnte sich Jahwe nicht ohne »Hofstaat« vorstellen (vgl. Ijob 1,6). Ein »deutender E.« wird z.B. in Dan 7,16 erwähnt (vgl. Offb 21,9).

Auch im NT wird Gottes Wirken in Christus durch E. verkündet, begleitet unterstützt und ausgeführt, z.B. in den Kindheitsberichten bei Lk und in Offb. Sie wirken meist nicht »von Fall zu Fall«, sondern »allezeit« (Mt 18,10). – Eine Einteilung der E. in Klassen (z.B. »Throne, Gewalten, Mächte« nach Kol 1,16) ist nachbiblisch. Intensiver E.-Kult wird abgelehnt – (Kol 2,18); die E. sind nur »Mitknechte« (Offb 19,10; 22,9). Christus steht über ihnen (Hebr 1,5), er ist unser Mittler. Traditionell bezeichnet man 7 E. als Erz-E. (vgl. Tob 12,15; Offb 8,2), deren 4 Namen außer Michael, Gabriel und Raffael aber z.T. legendär sind.

(aus: Kl. Stuttgarter Bibel Lexikon, 1977)

Jakobus-Wallfahrt:

Bewegung für die geistige und religiöse Einheit Europas, Treibriemen einer lebendigen Ökumene in Deutschland

Paul Schulz

Das laizistische Bremen entdeckt seine Jakobus-Tradition: „Nach 450 Jahren wieder Jakobus-Pilger in Bremen“, so lautete am 24. Juli 1991 die Titelseite eines Berichts im Weser Kurier Bremen über die erste Jakobus-Fußwallfahrt katholischer Soldaten im Norden Deutschlands von Lübeck nach Bremen. Sechs Jahre später waren die Pilger wieder da. Am 26. Juni 1997 schrieb die Zeitung „Wenn katholische Soldaten aus Spanien, Österreich und Deutschland eine Wallfahrt im protestantischen Bremen beginnen, ist das schon recht ungewöhnlich. Gestern kamen 60 Pilger in die Hansestadt, um von hier aus in den nächsten zehn Tagen nach Münster auf dem alten Jakobusweg zu marschieren.“

Soldaten auf den Spuren der Jakobspilger

Bremen war 1997 Ausgangspunkt des Weges auf den Spuren der Jakobspilger in Deutschland nicht nur, weil dort die Wallfahrt 1991 endete, sondern auch wegen der organisatorischen und logistischen Bedeutung der Hansestadt für die Jakobus-Wallfahrt. Bremen war im Mittelalter – zur Hochzeit der Pilgerschaft nach Santiago de Compostela – ein bedeutender Sammelpunkt für die Wallfahrer aus dem Norden Europas. Vor allem skandinavische Pilger schifften sich in Bremen für den Seeweg über Bordeaux in Frankreich ein. Oder sie entschieden sich für den Landweg über Osnabrück und Münster nach Köln. Von dort aus nahmen einige die nördliche Route über Paris und Tours durch Frankreich. Andere entschieden sich für den Weg über Trier, Metz und Toul, um dann eine der traditionellen französischen Routen mit den Ausgangspunkten Vézelay, Le Puy oder Arles nach Spanien zu wählen.

Gut 3.000 Kilometer sind es zu Fuß – auf dem kürzesten Weg – von Bremen zum Grab des Apostels Jakobus in Santiago de Compostela. Davon legte die diesjährige Pilgergruppe (30 Spanier, zwei Österreicher und 28 Deutsche / aktive sowie ehemalige Soldaten und ihre Angehörigen) etwa 200 km auf ihrem Weg von Bremen nach Münster zurück. Aber es ging

nicht nur um die Bewältigung festgelegter täglicher Wegstrecken. Ziel dieser Wallfahrt war das gesamtheitliche Erlebnis von Spiritualität, enger Lebensgemeinschaft unter Menschen verschiedener Sprache und Nationalität, sowie von Natur und Kultur der norddeutschen Landschaft.

Die Wallfahrt vom 23. Juni bis 3. Juli 1997 stand unter der Schirmherrschaft des deutschen Stellvertreters des KG I. (D/NL) Korps, Generalmajor Dr. Günther Frhr. von Steinaecker. Vorbereitet, erkundet und organisiert wurde sie von der GKS im Wehrbereich II (OTL a.D. Karl Heinz Kieserling, Hptm a.D. Lothar Fischer und OTL a.D. Heinrich Havermann). Aber ohne die tatkräftige Unterstützung des Kommandeurs im Verteidigungsbezirk 20 Bremen, Oberst Dirk von Grone, hätte das Unternehmen nicht durchgeführt werden können. Das VBK 20 stellte über die örtlichen Standortältesten bzw. Kasernenkommandanten Unterkünfte in der Scharnhorstkaserne Bremen, auf dem Fliegerhorst Ahlhorn und in der Freiherr-vom-Stein-Kaserne in Coesfeld zur Verfügung, sorgte für Verpflegung und den Transport der Pilgergruppe früh zum täglichen Ausgangspunkt und am Nachmittag zu Besichtigungspunkten und zurück zur Schlafstätte.

An dieser Stelle sei dem Schirmherrn, General von Steinaecker, dem militärischen Leiter und Vorsitzenden der GKS im WB II, OTL



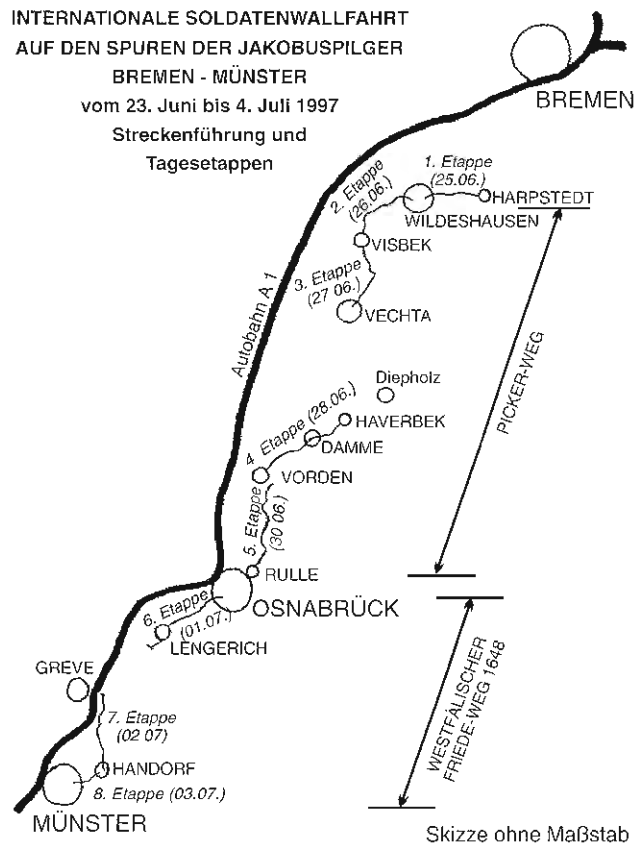
Apostel Jakobus als Pilger,
Figur im Garten des Bremer Domes (1)

Dieter Erkes, dem o.g. Organisationsteam, dem Kdr VB 20, Oberst Dirk von Grone, mit seinem Stab und den vielen ungenannten Helfern herzlicher Dank und Vergelt's Gott gesagt.

Bremen ist stolz auf seinen „Juxmajor“

Bremen empfangt die Pilgergruppe mit offenen Armen. Das gilt sowohl für den Senat, als auch für die protestantische Landeskirche und die katholische Minderheit in der Hansestadt. Nach einer

**INTERNATIONALE SOLDATENWALLFAHRT
AUF DEN SPUREN DER JAKOBUSPILGER
BREMEN - MÜNSTER**
vom 23. Juni bis 4. Juli 1997
Streckenführung und
Tagesetappen



Skizze ohne Maßstab

ausführlichen Stadtführung am Vormittag, bei der die Führerin im Schnoor u.a. besonders auf die durch den Volksmund verballhornete Figur des „Juxmajor“ (von Jacobus major) hinwies, übernahm Pastor Dr. Peter Ulrich vor dem Bremer Dom die Gruppe katholischer Soldaten. Nicht ohne Stolz erläuterte er die Sehenswürdigkeiten des frühgotischen Doms aus dem 12./13. Jh. Imponierend die romanische Ost-Krypta deren Bau-Harmonie die Größe und Vollkommenheit Gottes ausdrückt. Pastor Ulrich präsentierte die zweite Jakobusfigur der Stadt im Dom-Garten. Weitere Statuen des Apostels befinden sich bei der

Martini-Kirche und im Focke-Museum. Den spirituellen Abschluss der Besichtigung bildete eine im Dom zur Mittagszeit übliche 10-Minuten-Andacht, die uns an diesem Tag den gewohnten Angelus ersetzte. Pastor Ulrich begrüßte uns in seiner Predigt zum Namensfest Johannes des Täufers ausdrücklich als Jakobuspilger und wies auf die ökumenische Bedeutung dieser Wallfahrt hin.

Im Schnoorviertel begegnete die Pilgergruppe einer Schulkasse. Auf die neugierige Frage von Schülern, „was sind das für Leute mit der Muschel?“, gab der Lehrer exakt die Antwort, dass dies Pilger auf dem Weg nach Santiago de Compostela in Spanien seien. Auch an anderer Stelle in der Hansestadt war zu hören, dass Menschen

durchaus mit der Muschel als dem Zeichen der Jakobuspilger etwas anfangen konnten oder interessiert nach der Bedeutung fragten.

Auf dem Marktplatz zwischen der Renaissance-Fassade des gotischen Rathauses, dem romanischen Dom und dem Renaissancebau der Handelsherren wurde das Gegeneinander, der Stolz und der Unabhängigkeitswille der in Bremen miteinander konkurrierenden Kräfte von Kirche, Senat und Kaufmannschaft besonders deutlich. Der Roland als bürgerliches Freiheitssymbol blickt herausfordernd auf den Dom St. Petri, von wo aus die törichten Jungfrauen den Blick warnend erwidern. Gegenüber beiden bekunden die Kaufleute mit dem prachtvollen Schütting, wo das Geld sitzt und in der Machtbalance berücksichtigt werden muss.

Empfang am Johannistag durch den Kommandeur im VBK 20 Bremen, Oberst Dirk von Grone (2.v.r.); Henry Lamotte (l.), Senior der Bremer Jakobusbruderschaften, hält seine appellierende Ansprache, die von der Mitpilgerin Carmen Klein ins Spanische übersetzt wird; nachdenklicher Zuhörer Karl-Jürgen Klein, Bundesvorsitzender der GKS (2).

Am Abend Empfang im Kasino des VBK 20. Oberst von Grone ist Johanniterritter und hat die in Bremen ansässigen evangelischen Jakobusbruderschaften eingeladen. Der Senior Hans-Henry Lamotte hält eine eindrucksvolle Ansprache, in der er die Bedeutung des Christentums als Klammer und geistig-ethische Grundlage eines einigen Europas herausstreicht. Eine Möglichkeit dies wieder ins Bewusstsein Europas zurückzurufen, sei nicht nur für ihn der pan-europäische Gedanke der Jakobuswallfahrt. Er fordert dazu auf, diese in einer christlichen Soldatengemeinschaft wachzuhalten und zu forcieren.

Jakobuswallfahrt Treibriemen für die Ökumene

Die ersten Tage der Wallfahrt im protestantischen Norden Deutschlands waren Erlebnisse lebendiger Ökumene. Vor der ersten Etappe am 25. Juni erteilte Pastor Fritz Weißflog in der evangelischen Kirche St. Jacobi in Bremen-Neustadt – dort endete vor sechs Jahren die Wallfahrt – den Pilgersegen. In seiner leidenschaftlichen Predigt beschwor er das gemeinsame Fundament der christlichen Konfessionen: Christus – der eine Herr, ein Glaube, eine Taufe und hoffentlich bald auch eine Mahlgemeinschaft. „Der Euro kommt und Europa kommt, beide werden aber nur Bestand haben auf christlicher Basis“, sagte der Pastor und fuhr fort, „Christus war vorher da. Er wird immer noch sein, wenn Euro und Europa längst vergangen sind“. Vor diesen Aussichten seien Gegensätze zwischen Christen kontraproduktiv. „Sie müssen verschwinden“.

Auch der zweite Wallfahrtstag begann als ökumenisches Zeichen in der ev.-luth. Alexanderkirche von Wildeshausen. Der Küster erläuterte uns die Sehenswürdigkeiten der im 12. Jh. erbauten Stiftskirche. In ihr befindet sich am linken Chorpfeiler eine kleine Muttergottesfigur aus dem 15. Jh. Als wir zum Abschluss einer Statio Marienlieder in Deutsch und Spanisch sangen, bedankte sich der Küster gerührt mit dem Hinweis, diese Kirche habe seit Jahrhunderten kein Marienlied mehr gehört.



Unsere spanischen Freunde spüren die Kraft, die in Deutschland von der ökumenischen Idee ausgeht, sie bewundern die Selbstverständlichkeit, mit der die Gläubigen miteinander umgehen.

Bischof Franz-Josef Bode, der vom Stadtrand Osnabrück bis zum Dom unsere Gruppe begleitete, betonte abends bei einem Empfang im Priesterseminar, Ökumene müsse im Bistum Osnabrück tägliche Praxis sein, denn 50 Prozent der Ehen seien gemischt und damit konfessionsverbindend. Trotz noch bestehender kirchlichen Differenzen gebe es in Deutschland einen starken Drang zur Mahlgemeinschaft. In Osnabrück begehe man 1998 zum 350. Jahrestag des Westfälischen Friedens einen ökumenischen Kirchentag. Man habe sich darauf geeinigt, das Problem der noch nicht möglichen Mahlgemeinschaft dadurch zu umgehen, dass man zum ökumenischen Kirchentag Abendmahlsgottesdienste und Eucharistie morgens in den jeweiligen Kirchen feiere und sich am Nachmittag zum ökumenischen Friedensgottesdienst treffe. Nach Ansicht von Bischof Bode kann es keine Einigung auf niedrigstem Niveau geben. Ziel der Ökumene müsse die Bereicherung von Glaube und Gemeinschaft sein, meinte der Bischof und fügte noch hinzu, eine Woche später würde er bei einem Pfarrer-Konvent vor 200 evangelischen Pastoren zum geistlichen Aspekt des Priesteramtes sprechen.

Erst im reformierten Lengerich an der Route „Westfälischer Friedeweg 1648“ versteht man die Idee der Jakobuswallfahrt nicht mehr. Auch nicht, dass wir keine gewöhnliche Wandergruppe sind, sondern aus religiösen Gründen unterwegs sind. Während in den evangelisch-lutherischen Glaubensgeschwistern eine tiefe Sehnsucht nach Gemeinschaft spürbar ist, scheinen uns von den reformierten Gesprächspartnern doch noch starke Vorbehalte zu trennen.

Landschaft, Weg und Weggemeinschaft

Das Wetter ist durchwachsen. Wald und Feld, Schauer und trockene Phasen wechseln einander ab wie die Gesprächspartner unterwegs. Da es in letzter Zeit viel ge-

regnet hatte, wirken Felder, Wälder und die Dörfer wie rein gewaschen. Die Gerste beginnt schon zu reifen. Der Weizen steht gut, die Kartoffeln sehen gesund und kräftig aus. Die Spanier sind vom saftigen Grün der Felder, den gepflegten Blumengärten um die wohlhabenden Gehöfte und den aufgeräumten Ortschaften beeindruckt. Um diese Jahreszeit ist Spanien von der Sonne schon weitgehend ausgedörrt und verbrannt. „In Deutschland regnet es wohl immer“, ulken sie.

Oft zieht sich die Marschgruppe weit auseinander. Vorn wird zügig mit fünf Kilometern pro Stunde marschiert. Hinten ist man wesentlich langsamer. Dem Vorwärtsschreiten der geschlossenen Spitzengruppe mit Wegfindung, dem Entdecken überraschender Aus- und Einblicke folgt oft in kilometerweitem Abstand das locker schlendernde Ende der Wandergruppe. Dort lässt man sich mehr treiben und mitziehen. Selbst wenn über die Kilometer-Fresser an der Spitze gemurrt wird, ist die Stimmung am Ende noch gelöst. „Auch wer später ankommt, kommt ans Ziel und braucht weniger zu warten“, ist die Devise. Und wenn sich wirklich einmal Ermattung breit machen will, greift Walter Scholz zur Mundharmonika und spielt Volks- und Wanderlieder, die freudig von den Nachbarn aufgegriffen und mitgesungen werden. Das muntert auf und beschleunigt den Schritt, so dass die Gruppe wieder dichter zusammenrückt. Auch werden im gemeinsamen Lied die Sprachbarrieren etwas durchlässiger und man kommt über Gesten, Lachen und einen aufgefangenen Sprachbrocken doch zur Verständigung. Punkt zwölf Uhr wird der Angelus gebetet und ein spanisches Lied gesungen, gleich wo man sich befindet. Da sind die Spanier kompromisslos, auch wenn einige Minuten weiter sich ein geeigneter Andachts- und Rastplatz anbietet. In meinem Tagebuch habe ich am 25. Juni notiert:

„Auch ohne den Liedtext und spanische Sprachkenntnisse kann ich inzwischen den Refrain mitsingen: 'Ven con nosotros al caminar, Santa María, ven. Ven con nosotros al caminar, Santa María, ven.' Es ist der von allen geliebte 'Cantos al la Virgen'.



Erklärungen bei der Visbeker Braut (3)
Wanderweg im Oldenburgischen (4)
Rast an einem See in den Dammer Bergen (5)
Wie oft sind wir geschritten ...
auf schmalen Brennesselpfad vor Handorf (6)
Weg im Münsterland entlang der Werse (7)



15 Minuten später Mittagsrast an der Visbeker Braut, einem 5.000 Jahre alten Hünengrab. Im Lunchpaket Brötchen, Bulette, Getränk, Birne. Es geht lebhaft zu. In den Sprachgruppen wird erzählt und viel gelacht. Wenige Deutsche, die Spanisch können oder einfach Kommunikationskünstler sind, haben Kontakt zu den Spaniern. Wer nur seine Sprache beherrscht bleibt in seiner Gruppe. Heinrich Havermann gibt kulturhistorische Erklärungen zum Steingrab. General Castrillo übersetzt.

Es geht weiter nach Visbek. Nach einem strammen Marsch bei leidlich schönem Wetter – sogar die Sonne scheint – treffen wir um 14:15 Uhr an der Kirche St. Vitus in Visbek ein. Es beginnt kräftig zu regnen. Die Gaststätten am Kirchplatz haben geschlossen. Jemand entdeckt an der Hauptstraße ein geöffnetes Landhaus-Café. 60 müde Wanderer fallen ein. Die beiden, nicht mehr ganz jungen Damen, die das Café bewirtschaften, lassen sich durch den Ansturm nicht aus der Ruhe bringen. Bald stehen Kaffee, Tee und Kuchen auf dem Tisch und wecken die Lebensgeister.

Um 16 Uhr feiern wir mit Militärdekan Heinz Peter Miebach, dem geistlichen Begleiter der Wallfahrt, die Heilige Messe in der neben St. Vitus gelegenen Herz-Jesu-Kapelle. Der Visbeker katholische Pastor Brögelmann begrüßt uns und lädt die Gruppe zum Pilgersegens am nächsten Morgen um acht Uhr zur Gemeindemesse ein.

Der tägliche Fußweg ist eine Erholung für Körper, Seele und Geist. Offensichtlich ist der Mensch nur für Fußgängergeschwindigkeiten geschaffen. Anders als im Auto oder gar im Flugzeug nähert man sich seinem Ziel mit Bedacht, hat Zeit sich auf das Erwartete zu freuen, nimmt Besonderheiten und Kleinigkeiten am Wege viel aufmerksamer wahr. Nach einem schweißtreibenden Anstieg zum nur 142 Meter hohen Mordkuhlenberg im Höhenzug der Dammerberge bereiten Rast, Ausblick über die Norddeutsche Tiefebene, die dahinziehenden Wolken am Himmel oder der schlichte Schluck aus der Wasserflasche Wohlbehagen und Freude.

Während der Wanderung geht man in kleinen Gruppen, zu Zweit oder auch allein, so wie es gerade

beliebt. Es ergeben sich gute und vertrauensvolle Gespräche über Gott und die Welt, wie man sie in der Hast des normalen Alltags gar nicht mehr gewohnt ist zu führen. Verspürt man aber das Bedürfnis, ein Stück des Weges allein zu gehen und zu schweigen, um mit sich selbst und seinem Herrgott ins Reine zu kommen, lässt man sich zurückfallen oder beschleunigt den Schritt. Auch das ist möglich und wird akzeptiert.

Überhaupt der Alltag: Er liegt abseits, so wie die Autobahn Bremen-Osnabrück-Münster mit ihrem nie versiegenden Verkehr in einigen Kilometern Entfernung unseren Pilgerweg begleitet, aber doch nicht zu unseren Wahrnehmungen gehört. Wir leben für zehn Tage in einer anderen Welt, eine andere Wirklichkeit ist für uns wichtig. Wie haben es die mittelalterlichen Pilger empfunden, die über Monate von Zuhause fort waren und nicht durch ein abendliches Telefongespräch die Verbindung zu den häuslich-familiären Problemen herstellen konnten?

Spirituelle Erlebnisse

Es ist eben keine Wanderung, sondern eine Fußwallfahrt, zu der eine geistliche Betreuung gehört. Denn nicht erst am Ziel soll der Pilger Gott und die Heiligen loben, der ganze Weg soll ein Gebet sein. Diese intensive Form des Glaubenserlebnisses wird von der Militärseelsorge immer gern unterstützt. Der Katholische Wehrbereichsdekan II, Msgr. Heinz Peter Miebach aus Hannover, begleitete die Wallfahrt. So wie Christus selbst den Jüngern auf dem Weg nach Emaus die Schrift erschloss,

gab Militärdekan Miebach unaufdringlich, mit persönlicher Überzeugungskraft den Teilnehmern die geistig-geistlichen Impulse, damit die Wallfahrt auch zu einem unvergessenen Glaubenserlebnis werden konnte.

Jeder Tag begann an einem geeigneten Ort (Kirche oder Natur) mit dem Morgenlob – Tagesgedanke mit Schriftauslegung, Lob- und Bittgebet deutschem und spanischem Lied –. Auf dem Höhepunkt des Tages wurde der Angelus abwechselnd in Spanisch und in Deutsch gebetet. Am Tagesziel oder an einem nachmittäglichen Besichtigungsort Eucharistie gefeiert. Soweit es möglich war, nahmen wir an den Gottesdiensten der besuchten Pfarrgemeinden teil, wie in Visbek, im Dom zu Osnabrück oder in der Wallfahrtskirche Bethen. Mit offenen Armen empfingen uns die Gemeindepfarrer und stellten uns ohne Bedenken ihre Gotteshäuser für Gottesdienste zur Verfügung.

In der neugotischen Pfarrkirche St. Johannes von Steinfeld erwartete am Morgen des 28. Juni ungeduldig der ehemalige Standortpfarrer Oldenburg, Militärdekan a.D. Josef Uchtmann, die Jakobuspilger. Als Pionierleutnant war er Ende des Zweiten Weltkrieges noch Regimentsführer gewesen. Mit Leidenschaft war er lange Jahre als Militärpfarrer tätig gewesen. Nun begrüßt er – nach einem Schlaganfall an den Rollstuhl gefesselt – mit kräftiger Stimme, die aber seine Rührung über diese Begegnung nicht überspielen konnte, die pilgernden Soldaten. Und er sagte, so dass auch wir ergriffen waren: „Dass ich das noch erleben darf und dass sich nach so vielen Jahren katholische Soldaten noch an mich erinnern, ist für mich eine große Freude.“

Alle hatten das Gefühl, Gebet und Pilgersegens dieses alten und kranken Priester sind besonders wirksam.

Nur was in Wort und Bild festgehalten wird, hat wirklich stattgefunden. Militärdekan a.D. Josef Uchtmann stellt sich von Pilgern und Gemeindemitgliedern umgeben dem Fotografen. Links der geistliche Begleiter MD Heinz Peter Miebach, Mitte der Organisator der Wallfahrt Karl Heinz Kieserling, 2.v.r. Gerda Kieserling. (9)



Am **Sonntag** feierte die Kirche das **Fest der Apostelfürsten Peter und Paul**. Wir besuchten den Wallfahrtsort Bethen bei Cloppenburg und legten am Denkmal für die gefallenen katholischen Soldaten des südoldenburgischen Raumes einen Kranz nieder. Die Inschrift auf dem Grabmal des unbekannten Soldaten wurde in deutscher und spanischer Sprache verlesen (s. Kasten). Ein Trompeter des Heeresmusikkorps spielte das Lied vom guten Kameraden. Dem Denkmal gegenüber liegt die nach dem Krieg erbaute Wallfahrtskirche, in der wir am Gemeindegottesdienst teilnahmen. In der Krypta sind die Namen der 1928 Gefallenen und Vermissten aus dem Oldenburger Land verzeichnet. Für die 16.000 Toten des Zweiten Weltkrieges war an den Wänden der Krypta kein Platz mehr, ihre Namen sind in einem dort ausliegenden Buch verzeichnet.

Dekan Miebach predigt über Jesu Frage an die Jünger „Für wen halten mich die Leute?“ Heute würde man vielleicht antworten: „Guter Mensch“ – „Toller Typ“ – „Religionsstifter“. Wenn er aber uns frage, würden wir wirklich von Herzen antworten können, „du bist der Sohn des lebendigen Gottes“? Ernüchternd stellte der Geistliche fest, keine 30 Prozent der katholischen Bevölkerung glaube an die Auferstehung und das ewige Leben. Und wer würde von unserem Papst noch annehmen, dass er der Fels in sehr unsicherer Zeit sei? Der Felsengrund des eigenen Glaubens und der Kirche sei das Bekenntnis zu Jesus Christus als dem Heil aller Menschen. Von diesem Bekenntnis höre man heute in der Öffentlichkeit zu wenig. Die Menschen dieser Tage brauchten aber das Zeugnis, dass Jesus der Sohn des lebendigen Gottes ist. Felsengrund sein, zu Christus bekennen und den Menschen den Himmel erschließen, so Miebach, sei unsere Aufgabe. Der Himmel erschließe sich dort, wo Menschen einander zugehört sind, sich einander in Güte begegnen, Last miteinander tragen, verzeihen. Auf einem Pilgerweg mache man täglich Erfahrungen mit himmelschließenden Möglichkeiten.

Am Abend des gleichen Tages bot Osnabrück ein weiteres spiri-



GRAB DES UNBEKANNTEN SOLDATEN,
DER NACH DEN KÄMPFEN 1945 HIER GEFUNDEN WURDE
UND NUN HIER RUHT.

ER IST EINER DER VIELEN,
DIE DEN SCHWEREN KREUZWEG UNSERES VOLKES GEGANGEN SIND
UND MIT DEM SÜHNETOD BEENDET HABEN.

SEIN GRAB MAHNT UNS:
BETET DEN KREUZWEG IM GEISTE DER SÜHNE"

tuelles Erlebnis. Am Stadtrand von Osnabrück stieß Bischof Franz-Josef Bode zu uns Pilgern. In spannungsgeladener, schwüler Gewitterluft marschierten wir gemeinsam mit dem Bischof zum Dom. Kaum hatten wir den Dom St. Peter erreicht brach ein sintflutartiges Unwetter mit Hagelschlag los, das nach Zeitungsangaben in Niedersachsen Schäden in Höhe von sechs Millionen Mark verursachte. In der Geborgenheit des romanischen Gotteshauses kam manch einem das Kirchenlied „Eine feste Burg ist unser Gott“ in den Sinn. In einer kurzen Ansprache zur Vesper wies Bischof Bode auf die Universalität der Kirche hin, ausgehend vom Namensfest des Domes über eine Besuchergruppe aus Skandinavien, die am Morgen zu Besuch in den Mauern weilte, bis zur aus Spaniern, Österreichern und Deutschen bestehenden Pilgergruppe auf dem völkerverbindenden Jakobusweg. Er betonte froh zu sein, dass er einen Teil des Weges hatte mitgehen können.

1. Juli, Natrup-Hagen: am zum Teutoburgerwald gehörenden Nöllmannsberg (113 m) feiern wir mit der Kulisse eines Buchenhochwaldes im Rücken auf einer Wiese am Ortsrand einen Feldgottesdienst. Eine leinentuchbedeckte Kiste ist der Altar, das erforderliche Messgerät wird aus der Feldausrüstung für Militärpfarrer zusammengestellt. Wind zerzt an der Kerzenflamme, die aber widersteht. Die zur Pilgergruppe gehörenden Frauen haben mit Geschmäck und Geschick schnell bunte Feldblumensträuße an Wanderstöcken befestigt und damit den intimen Altar geschmückt. Langsam schiebt sich eine Wolkenwand vor die Sonne, doch das drohende Gewitter verschont uns. Motiv des Gottesdienstes ist Jesus, der Christus, der etwas in Bewegung bringt, der der Weg ist. „Christus als Jakobuspilger“ aus dem Kreuzgang in Silos, das Titelbild unseres Pilgerliederbuches, ist die bildliche Grundlage für die Betrachtung, das Emaus-Evangelium nach Lukas der zugehörige Schrifttext. In



seiner Predigt geht Dekan Miebach darauf ein, dass wir im Abendland gewohnt sind Gott als den unbeweglichen Beweger zu sehen. Die theologische Auffassung – Gott ist die Wahrheit; diese ist feststehend und unveränderlich – sei eine Doktrin, die zu verstehen uns heute Mühe mache, weil wir ein Dogma als starre Wahrheit betrachten. Anhand der Lebens- und Glaubenswege der biblischen Väter Abraham, Isaak und Jakob weist Miebach nach, dass Gott ein bewegender und beweglicher Gott ist. Lösungswege würden nur durch Veränderungen gefunden, ist seine Schlussfolgerung. Und er empfiehlt, ungewöhnliche Wege zu finden, über die sich Gott vielleicht so sehr freue, dass er gerade deshalb hilft, sie zu verwirklichen. Für die Fortsetzung des Weges gab er zu bedenken, dass Christus uns im Nächsten, auch im Wanderer begelne.

2. Juli, Marien-Wallfahrtsort Telgte: Hl. Messe in der Gnadenkapelle, die kaum die Pilgergruppe fassen kann. Zudem entwickeln die vielen brennenden Kerzen in der Kapelle eine Hitze und Atemnot, die verstärkt durch Müdigkeit der Wanderer mystisches Empfinden begünstigt. Hier scheint man dem Himmel näher zu sein als an anderen Orten.

Ausgehend von den beiden Evangelien der Verkündigung und des Tagesfestes „Mariä Heimsuchung“ predigt Dekan Miebach über die drei Rosenkränze. Das Ave Maria sei in der ersten Hälfte ein die Schrift zitierender Hymnus und erst im zweiten Teil eine Bitte. Das Gebet spreche Maria als Mutter (Gottes) an. Die Jungfräulichkeit sei eine Einstellungs- und



Gesinnungsangelegenheit. Nicht die Biologie sei das entscheidende, sondern die Bewahrung des Sinns für etwas Neues und noch nie Erfahrenes. So sei Maria für eine neue Erfahrung mit Gott offen und bereit gewesen. Gleiches gelte auch für Mönche, die das Gelübde der Jungfräulichkeit ablegten. In diesem Sinne erklärte Miebach mit wenigen einleuchtenden Worten jedes Gesätz der drei Rosenkränze, die damit eine völlig neue, einleuchtende und jeden persönlich in die Nachfolge Christi rufende Bedeutung erhielten.

„Wenn man diese Predigt ernst nimmt, kann man eigentlich nicht einfach wieder zur normalen Tagesordnung zurückkehren“, habe ich in meinen Aufzeichnungen notiert.

Die Lehre unseres geistlichen Begleiters ist verblüffend einfach: „Christus hat nicht gefordert ‘Lest die Bibel’, die es damals ja auch noch gar nicht gab, sondern ‘Verkündet das Evangelium’. Und das gehe nicht ohne Auslegung entsprechend den persönlichen Erfahrungen und den Erfordernissen der Zeit.“

Kulturhistorische Erlebnisse

Bremen war ein Höhepunkt zum Einstieg in die Wallfahrt. Stapelfeld war für kulturaufgeschlossene Pilger ein Leckerbissen. Am Fest Peter und Paul, nach dem Besuch des Wallfahrtsortes Bethen, kündigte das Programm „Pilgermusik“ im Kardinal-von-Galen Bildungshaus der Diözese Münster an. Geboten wurde durch das Ensemble für Alte Musik Hannover Musik auf den Pilgerwegen zu Sankt Jakob. Der Leiter des En-

sembles, Prof. Hans Wilhelm Künicke, führte in die Musik aus der Zeit zwischen dem 12. und 15. Jh. ein. Die Jakobusbewegung hatte in Europa nicht nur durch den Bau von Klöstern, Jakobskirchen, Straßen und Herbergen starke Spuren hinterlassen, sondern auch in Musik und Dichtung. Zahlreiche Überlieferungen aus mittelalterlichen Codices legen davon Zeugnis ab. Das Konzert des Ensembles zeichnete mit Gesang und auf historischen Instrumenten ein farbiges Klangbild dieses Bereichs hochmittelalterlicher Musikkultur nach. Interessant ist, dass im Tympanon des Pórtico de la Gloria der Kathedrale in Santiago de Compostela mit den 24 Streichinstrumenten spielenden Ältesten der Apokalypse des Johannes die Instrumente der Zeit dargestellt wurden. Heute ist u.a. diese Darstellung eine Grundlage für den Nachbau historischer Instrumente. Blasinstrumente hingegen waren in den Kirchen zur Zeit des Hochmittelalters als Teufelsinstrumente nicht zugelassen. Dennoch gibt es aus der Gotik vereinzelt auch Abbildungen mit Blasinstrumenten, was auf ihre Verwendung schließen lässt.

Einem anonymes Lied des 14. Jh. gibt Auskunft über die Ausstattung und das Verhalten der Pilger:

1. Wer daz elend bauen wil,/ der heb sich auf und sey mein gesel/ wol auf sant jacobs straßen / Zwie paar schuech der darfer wol,/ ein schüssel bey der flaschen.
2. Ein breiten hut, den sol er han/ und on mantel sol er nit gan/ mit leder wol betzet./ Es schuei oder regn oder wehe der wint,/ daz in die luft nit netzet.
3. Sack unt stab ist auch darbey,/ er lug, daz er gebeichtet sey,/ gebeichtet un gebüßet./ Kumt er in die welschen land,/ er fint kein teutschen priester.

Am Montag, 30. Juni, bewegten wir uns bei Kalkriese im Osnabrücker Land im martialischen Gefilde der Varusschlacht. Kaum zu glauben, dass in dieser reizvollen Landschaft ein blutiges Gemetzel stattgefunden haben soll, über das Heinrich Heine schrieb: „Wenn Hermann nicht die Schlacht gewann mit seinen blonden Horden, so gäbe es die deutsche Freiheit nicht mehr, wir wären römisch geworden.“ Ein pensionierter Offizier, der nun auf dem Gelände lebt, ließ vor uns das spektakuläre Geschehen aufleben (s. Kasten unten).

Geselligkeit

Vom Begrüßungsempfang am Johannistag im VBK Bremen war eingangs schon die Rede. Am **Sonntag, 29. Juni, dem Fest Peter und Paul**, fuhren wir nach dem Gespräch mit dem Osnabrücker Bischof Bode noch zu vorgerückter Stunde ins Soldatenfreizeitheim nach Wildeshausen. Einmal gab es Namenstage zu feiern. Wichtiger Grund war aber, dass Walter Hütten sich aus dem Kreis verabschieden wollte. Am nächsten Tag musste er nach Hause, um sich auf andere Aufgaben außerhalb der Bundeswehr in der

Die Burg Dinklage – heute Benediktinerinnenabtei St. Scholastika – war am 27. Juni wichtiges Wallfahrtsziel. Hier wurde am 16. März 1878 als elftes von dreizehn Kindern Clemens August Graf von Galen geboren (†22.03.46 als Kardinal und Bischof von Münster). Im Dritten Reich wurde der streitbare Bischof als „Löwe von Münster“ eine wichtige Symbolfigur des geistlichen Widerstandes gegen die Ideologie des Nationalsozialismus.

In der Burgkapelle nahmen wir an der Freitags-Vesper der Nonnen teil und ließen uns anschließend im Innenhof das klösterliche Leben der Schwestern erklären. (10)



zivilen Seelsorge vorzubereiten. Seit 1989 nahm er an den Jakobuswallfahrten teil, davon fünfmal in Spanien, 1991 auf der Strecke Würzburg–Weingarten, 1994 Gölitz–Bautzen und in diesem Jahr von Bremen bis Osnabrück. Hütten war ein wichtiger Motor der Jakobusbewegung in der GKS und der deutsch-spanischen Zusammenarbeit. Obwohl alle Teilnehmer bedauerten, dass er aus dem Kreis der jährlichen Jakobuspilger ausscheidet, wünschten ihm alle Glück und Erfolg beim Start in die zivile Seelsorge und es gab eine

kurze, dafür umso heftigere Feier nach diesem erlebnisreichen Tag. Bald setzte ein Sängerwettstreit zwischen Deutschen und Spaniern ein, wobei die Nationen sich mischten und jede(r) nach bestem Können beim anderen mit Freude und Begeisterung mitsang. Es braucht schon eine Woche bis man sich nahe kommt und Schranken fallen können. Für Walter Hütten, den leidenschaftlichen Jakobusbruder, war es ein angemessener und unvergesslicher Abschiedsabend mit wechselnden Gefühlsstürmen von Wehmut und Freude.

Die Varusschlacht – eine Legende wird ausgegraben

Im Jahre 9 n.Chr. wurden die 17., 18., und 19. römische Legion unter Führung des Statthalters Publius Quinctilius Varus von germanischen Stämmen vernichtend geschlagen.

Vorausgegangen waren zwei Jahre, in denen die Römer versucht hatten, im rechtsrheinischen Germanien römische Gesetzgebung, Verwaltungsstrukturen und Steuerpflicht einzuführen. Das brachte die Germanen auf. Der Cherusker Arminius, zu jener Zeit noch Offizier in römischen Diensten, sah seine Chance gekommen. Durch einen erfolgreich organisierten Aufstand konnte er nicht nur die römische Macht in Germanien zerschlagen, sondern auch die Vorherrschaft innerhalb seines Stammes erringen. Also sammelte er Cherusker, Brukterer, Marser und Chatten. An einem Ort im „Teutoburger Wald“ (TACITUS) kam es im September 9 zum entscheidenden Kampf. Drei Tage währte die Schlacht, an deren Ende große Teile der römischen Rheinarmee ausgelöscht waren und Arminius den Sieg errungen hatte.

Nach dem Ort der Schlacht wurde lange gesucht. Schlammig war er und waldbestanden – aber so

beschrieben die römischen Autoren viele Barbarengebiete. Doch in Kalkriese scheint er gefunden. Denn hier wurde ein Kampfplatz ausgegraben, der im Zusammenhang mit der Varusschlacht stand. Münzfunde und drei unscheinbare römische Bleischleudergeschosse stehen am Anfang der archäologischen Ausgrabungen von Kalkriese. Sie bewiesen 1987, dass tatsächlich römisches Militär am Kalkrieser Berg gekämpft hatte. 1989 wurde die Maske eines römischen Gesichtshelms und jüngst die Beschläge einer erlesenen römischen Schwertscheide ausgegraben.

Hauptfundplatz ist ein Engpass zwischen dem großen Moor und dem Kalkrieser Berg. An der engsten Stelle dieses großen „Trichters“ schichteten die Germanen eine mindestens 400 m lang Rasensodenmauer auf – einen Hinterhalt parallel zum Marschweg der Legionäre. Bislang legten die Archäologen innerhalb des Engpasses 8.000 m² Boden frei. Ein Ende ist nicht in Sicht: Nur ein Bruchteil des 17 km langen und 2 km breiten Fundareals ist bislang untersucht. Um die Rätsel des Schlachtfeldes zu lösen, arbeiten die Archäologen mit Wissenschaftlern anderer Disziplinen zusammen.

(nach: Prospekt des Informationszentrums Kalkriese)



In Handorf schließen sich der Bischof von Münster Rainer Lettmann (2.v.r.) und der Schirmherr der Internationalen Soldatenwallfahrt GenMaj. Frhr. von Steinaecker (M.) der Pilgergruppe an. Neben dem Bischof General Francisco Castrillo Mazares, der vor 10 Jahren die Idee dieser Jakobuswallfahrt in die Tat umsetzte, unterstützt von Oberst i.G. Franz Thiele (r.), damals Militärattachee in Madrid. Im Gespräch mit General v. Steinaecker der österreichische Oberst Franz Krailic. (11)



Blick in den Altarraum der Thomas Morus Kirche in Münster mit dem eigenwilligen Altarkreuz „Christus hängt in den Seilen und an ihm die Last der Welt“. Bischof Lettmann feiert in Konzelebration mit vier Militärpfarren die Hl. Messe zum Abschluss der Wallfahrt. (12)



General Francisco Castrillo bedankt sich im Namen der spanischen Pilger bei der GKS, hier repräsentiert durch Oberst i.G. Franz Thiele für den Bundesvorstand und Oberstlt Dieter Erkes, dem militärischen Leiter der Wallfahrt. Thiele, der fließend spanisch spricht, hatte von einfacher Gesprächsvermittlung bis zur einfühlsamen Übersetzung von Predigten die Sprachmittlung übernommen. (13)

Dieter Erkes dankt Militärdekan Heinz Peter Miebach für die spirituelle Begleitung der Wallfahrt. (Bild unten, 14)



Abschluss in Münster

Am Donnerstag, dem 3. Juli, starteten wir früh von der Kaserne in Coesfeld aus zur letzten Etappe, die in der Kirche St. Petronella in Handorf begann. Der Bischof von Münster Dr. Rainer Lettmann, der

Szenen vom Abschiednehmen auf der gegenüberliegenden Seite.

Herzlich: Ingrid Scholz (l.) und Pilar Gracia Camacho (r.), (15).

Und in Bombenstimmung: Franz Oliver Schimmel (l.) und Vincente Puchol Sancho (r.). (16)

Es ist 12 Uhr – Angelus-Zeit. Nicht immer war der Ort des Marienlobs so einladend wie im letzten Foto des Berichts, das am Hang des Teutoburger Waldes aufgenommen wurde. (17)

Schirmherr der Wallfahrt Generalmajor Freiherr von Steinaecker und der Münsteraner Standortpfarrer Bernd Wübbeke waren zu uns gestoßen. Thema der Statio an diesem Morgen ist das Bild der Tür: Kirchentüren öffnen sich uns, die Rathaustür in Münster steht uns offen, bald werden wir wieder unsere eigene Haustür öffnen; Ziel des Pilgers ist Jesus Christus als Tür zu den Gnadengaben des Himmels.

Unser Tagesziel war die von der Militärseelsorge als Garnisonskirche mitgenutzte Pfarrkirche St. Thomas Morus. Dort feierte Bischof Lettmann mit uns den Abschlussgottesdienst der Wallfahrt.

Die Thomas Morus Kirche ist ein modernes Bauwerk mit einem ungewöhnlichen Triumphkreuz. Christus hängt mit ausgebreiteten Armen zwischen zwei Seilen, die an den Füßen zusammentreffen. In den Seilen – und so an ihm – hängt ein Stein, eine Last, die Last der Welt.

Predigt von Bischof Lettmann (nach Aufzeichnungen):

„Der Pilgerweg des Hl. Jakobus ist ein Weg des Friedens, eine Demonstration des Friedens. Der Friede ist tief in unserer christlichen Überzeugung verwurzelt. Jugendliche singen gern, ‘Wenn Gott ein Gesicht hätte ...’. Gott hat ein Gesicht, ‘Jesus Christus, das menschliche Antlitz Gottes’ (Joh. Paul II., Thema des Vorbereitungsjahres 1997 auf das Hl. Jahr 2000). Gott hat ein menschliches Gesicht, das ehrt alle Menschen und gibt ihnen gleiche Würde und gleichen Wert. Staat und Gesellschaft, die Menschen in Ehren halten, weil sie ein menschliches Gesicht haben, bekommen selbst ein menschliches Gesicht.“

In Jerusalem gibt es auf dem Ölberg die „Vaterunser“-Kirche. An den Wänden sind die Worte des Vaterunsers in fast hundert Sprachen geschrieben. Dies weist darauf hin, dass alle, die zu Gott „Vater unser“ sagen, untereinander Schwestern und Brüder sind. Diese Überzeugung von Wert und Würde der Menschen führt uns auf den Weg des Friedens. Auf diesem Weg gilt es, bewusst Zeuge zu sein.

Den Abschluss Ihres diesjährigen Pilgerweges feiern wir in der Kirche, die dem Hl. Thomas Morus geweiht ist. Thomas Morus ist Märtyrer, d.h. Zeuge für seine christliche Überzeugung. Sein Zeugnis lädt uns ein, auch selbst Zeuge zu sein und nicht die Rolle des Zuschauers einzunehmen. Der Zuschauer schaut zu: interessiert, gelangweilt, mischt sich nicht ein, bleibt Zuschauer. Manchmal verbirgt sich dahinter Gleichgültigkeit oder die Absicht neutral zu bleiben. Eli Wiesel (jüdischer Schriftsteller, der die Haft im Kon-

zentrationen überlebt hatte) sagt: 'In schweren Zeiten hilft Neutralität nur dem Mörder, nicht dem Opfer.' Deshalb dürfen wir nicht neutral bleiben.

Gott bleibt nicht neutral. So sagt es sein offener Name: 'Jahwe – ich bin für euch da!' Gott bleibt nicht neutral: sein eigener Sohn wird Mensch; er stellt sich auf die Seite der Menschen; Gottes Geist ergreift Partei für Leben und Frieden.

Das sollen auch wir Christen tun, mit Gottes Geist Partei ergreifen für Leben und Frieden. Das bezeugen wir auf unserem Pilgerweg und das bezeugen wir mit unserem Leben. Amen."

Nach der Hl. Messe begrüßte General von Steinaecker die Pilgergruppe offiziell und im Namen der in Münster stationierten Soldaten. Oberst i.G. Thiele dankte im Namen des Bundesvorstandes der GKS und der Pilger sowohl Bischof Lettmann als auch dem Schirmherrn der Wallfahrt, Generalmajor von Steinaecker, für ihre Wegbegleitung und Unterstützung.

Nach Besuch in der Stadt Münster und Empfang im ehrwürdigen Rathaus der Hansestadt wurde abends im Kasino der Freiherrn vom Stein-Kaserne in Coesfeld Abschied gefeiert. Einem festlichen Essen folgte der Dank aller für



alle. Der militärische Leiter der Wallfahrt, OTL Dieter Erkes, ließ unter dem Gedanken „Gehen – Sehen – Denken – Beten“ (H.M. Schulz „Fernwechsel“, s.S. ...) noch einmal die Stationen der Wallfahrt Revue passieren. Dabei baute er die Leistungen aller in seine Worte ein, die an den vielen Orten und zu mancherlei Gelegenheit, in vorderster Linie oder im Hintergrund das Unternehmen unterstützt haben. Viele Geschenke und Adressen wurden unter den Pilgern ausgetauscht, bis man mit dem Versprechen und der Hoffnung auf ein gesundes Wiedersehen in Spanien bei der Jakobuswallfahrt zum zehnjährigen Bestehen der „Peregrinacion Militar“ herzlich Abschied nahm.

Weitere Berichte über Jakobuswallfahrten im AUFTRAG:

Weser Kurier v. 24.07.1991: „Nach 450 Jahren wieder Jakobuspilger in Bremen“, in: AUFTRAG 199; S. 170 f.

Francisco Castrillo Mazares „Jakobuswallfahrt in den neuen Bundesländern“, AUFTRAG 214, S. 167 ff.

Sonderheft AUFTRAG 218:

„Wallfahrt in Frankreich“

Heinrich Havermann „Zu Fuß auf dem Jakobusweg in Spanien“, AUFTRAG 227, S. 76 ff.

Fotonachweis:

Karl Heinz Kieserling (1–12);
Günther Hagedorn (13–15).



WERTEDISKUSSION

Taumeln wir dahin?

Bemerkungen über aktuelle Orientierungsprobleme

Rolf Schumacher

Augen zu und durch! Kann das die Parole sein, um durch die Schwierigkeiten der letzten Jahre dieses Jahrhunderts zu kommen? Wohl kaum. Nur mit wachen Sinnen, kritischem Geist und beherztem Handeln wird ein verheißungsvoller Start ins nächste Jahrtausend glücken.

Die Prinzipien der katholischen Soziallehre

Der Mensch ist als Ebenbild Gottes geschaffen aus diesem Glaubenssatz leiten wir das Prinzip der **Personalität** und damit die Würde des Menschen ab. Diese Würde kommt ohne jede Ausnahme allen Menschen zu. Das muss sich im Umgang der Menschen miteinander beweisen; hieraus ergibt sich die Gemeinwohlverpflichtung menschlichen Handelns.

Menschen sind nicht in jeder Phase ihres Lebens zu eigenständigem Handeln fähig. Bisweilen fehlen zur Selbständigkeit die notwendigen Voraussetzungen. Dann muss die Solidargemeinschaft Hilfe zur Selbsthilfe leisten, **Solidarität** ist gefordert. Neben Personalität und Solidarität gilt das Prinzip der **Subsidiarität**. Danach muss jeder leisten, was er selbst zu leisten im Stande ist. Das darf die Gemeinschaft ihm nicht abnehmen.

Der traditionelle Kriterienkatalog der christlichen Sozialethik wird in jüngster Zeit durch das Sozialprinzip der **Nachhaltigkeit** ergänzt: Sie bringt die Gerechtigkeitsverpflichtung der jetzt Lebenden mit ins Spiel, die Lebenschancen der nachfolgenden Generationen in ihr Kalkül und Handeln einzubeziehen.

Zu abstrakt und folgenlos

Das ist ein klarer sozialetischer Handlungsrahmen. Doch wir müssen feststellen: Unsere Grundwertedebatten sind zu abstrakt, bleiben vielfach folgenlos. Anders als in den 70er Jahren, als beispielsweise die Frage nach dem

Lebensschutz die Gesellschaft mobilisierte, finden heute grundlegende Themen und gesellschaftliche Entwicklungen kaum noch tiefer gehende Erörterung. Problematische Vorgänge in unserem Staat vollziehen sich heute eher unauffällig und werden deshalb nicht oder nicht rechtzeitig wahrgenommen. Eine schleichende Entpolitisierung kennzeichnet unsere Gesellschaft.

Analytiker verweisen auf die zunehmende Segmentierung der Gesellschaft, sprechen von Wertewandel, in kritischer Interpretation auch von einem dramatischen Werteverlust. Ich neige dazu, die Ursachen von einer anderen Seite zu sehen: Wir leiden unter einer Werteflation!

Vor lauter lauthals und verdreht verkündeter Werte ist uns die Orientierung für unser Handeln abhanden gekommen. Mit Begriffen wie „Solidarität“ und „Gerechtigkeit“ ist Schindluder getrieben worden.

Konkrete Fragestellungen

Die Gestaltung unseres gesellschaftlichen Zusammenlebens ist kein unabänderliches Schicksal. Um die konkrete Ausformung muss deshalb miteinander gerungen werden. Anhand konkreter Fragestellungen und Themen müssen wir uns der Mühsal unterziehen, unsere Grundwerte zu diskutieren, sie immer wieder klar herauszustellen.

Die Orte, wo eine solche Debatte ernsthaft geführt werden kann, sind rar. Das Zentralkomitee der deutschen Katholiken, verstanden als politisches Gremium, will ein solcher Ort sein. Es kommt ihm

darauf an, teils virulente teils tabuisierte konkrete Themen aufzugreifen und von den Grundwerten her zu diskutieren.

Wer zur Gestaltung von Politik ernst zu nehmende Diskussionsbeiträge liefern will, muss sich durch Sachkunde ausweisen, darf sich nicht dem Vorwurf des Dilettantismus aussetzen. Fachkundige Argumentation im Abstrakten ist genauso notwendig wie die Darlegung konkreter Lösungsmöglichkeiten.

Im Folgenden werden ein paar konkrete Themen genannt, an denen sich eine weiterführende Grundwertedebatte immer wieder neu entzünden muss:

1. Überlebensgemeinschaft Familie

Angesichts der vielfach wahrnehmbaren Individualisierungstendenzen in unserer Gesellschaft gehört das Thema Familie und insbesondere die Familienpolitik auf die Agenda. Um der Überlebensfähigkeit der Gesellschaft willen ist es notwendig, die Institutionen des gemeinsamen Lebens neu zu entdecken und an ihrer das Individuum entlastenden und freiheitsfördernden Gestaltung zu arbeiten.

2. Nichterwerbsarbeit

Erwerbsarbeit wie Nichterwerbsarbeit müssen gleichermaßen akzeptierte Werte widerspiegeln. Anstrengungen zur Selbstentwicklung, Arbeit in und für die Familie, ehrenamtliches Engagement, Nachbarschaftshilfe, Gemeindegarbeit und andere Arbeit sind für unsere Gesellschaft überlebensnotwendig. Deshalb müssen sie wie die Erwerbsarbeit Anerkennung finden.

3. Öffentliche Haushalte

Die öffentlichen Haushalte sind unter einen enormen Spardruck geraten. Wäre es hier nicht an der Zeit, dass so etwas wie ein Kriterienkatalog entwickelt wird, der für die zu treffenden Güterabwägungen, wo gespart werden soll, eine hilfreiche Orientierung gibt?

4. Lebenskunde – Ethik – Religion

Bei dem Streit Lebenskunde-Ethik-Religion versus Religionsunterricht an öffentlichen Schulen gilt es ebenfalls, die Gesamtzusammenhänge im Blick zu behalten und der Grundfrage nicht auszuweichen, woraufhin wir in unseren Schulen eigentlich erziehen wollen. Fragt man so, dann ruft es schon Verwunderung hervor, dass ausgerechnet in Zeiten, in denen die Ökonomisierung aller Lebensbereiche auch die Schulen zu erreichen scheint, der Religionsunterricht mit seinem Ziel, die Frage nach Sinn und damit die Gottesfrage wachzuhalten, in Frage gestellt wird bzw. in Sachen LER der Staat sich anmaßt zu bestimmen, was Werte sind. Stellt man hier ausgehend von dem der Verfassung zugrunde liegenden christlichen Menschenbild die Grundfragen, so wird sehr schnell deutlich, dass wir hier in mehrfacher Hinsicht vor einem Paradigmenwechsel stehen.

5. Schutz des Lebens

Eine neue Sensibilität, die sich mit dem Anfang und dem Ende des menschlichen Lebens auseinander setzt, deutet sich in den Diskussionen über die Möglichkeiten und Grenzen der Biomedizin an. Welche Werte gelten, wenn es um die Manipulation von Leben geht? Wann beginnt menschliches Leben? Wann tritt der Tod ein? Was kann und was kann nicht legislativ festgesetzt werden?

6. Wirtschaftsleben

Konkretes Beispiel für Entwicklungen, die fast unbeachtet unser Wirtschaftsgefüge bedrohen, ist die Geißel der Korruption. Ähnlich wie die Ökologiefrage leidet das Problemfeld unter dem Fehlen durchsetzungsfähiger weltgesellschaftlicher Institutionen. Denn Korruption ist ein sich über alle Grenzen hinweg ausbreitendes Übel. Es hebt den Leistungswettbewerb aus, behindert unternehmerische Initiative. Das Rechtsbewusstsein wird unterminiert.

7. Armutsbekämpfung

Aus christlicher Weltverantwortung haben Katholiken unter anderen die Hilfswerke Misereor und Renovabis ins Leben gerufen: Konkrete mitgestaltende Antworten auf Herausforderungen, die nur vom festen Boden einer Werteordnung aus bewältigt werden können. Aber auch hier muss die Orientierung ständig neu durchdacht und deutlich gemacht werden. Was ist außer Geld und technischer Hilfe zu leisten, damit den Prinzipien Personalität, Solidarität, Subsidiarität und Nachhaltigkeit entsprochen wird?

Nur kleine Auswahl

Diese Themenliste ist nur eine kleine Auswahl dessen, was aufgrund des gewaltigen Orientierungsbedarfs aus der Vielzahl der Fragestellungen auf der Tagesordnung steht. Die Prinzipien unserer Soziallehre sind die Fixpunkte, nach denen sich die Überlegungen und Handlungen ausrichten. □

Was ist wichtig?

Helmut Fettweis

Oftmals wird von Zeitgenossen irgend ein Problem als unbedingt „wichtig“ angepriesen. Man glaubt ein Reizthema entdeckt zu haben und bringt dann auch tatsächlich Mitbürger dazu, das Vorgetragene für wichtig zu erachten. Nach relativ kurzer Zeit spricht kein Mensch mehr davon – es war also eben nicht wichtig.

Man muss allerdings bedenken, dass sich die Bewertung für das, was wichtig ist oder sein könnte, im Leben eines Menschen wandelt. Für das kleine Kind ist die Zuwendung von Vater und Mutter zweifellos wichtig – wer spricht aber davon? In der Schulzeit sind Zensuren sicherlich wichtig. Aber wer spricht 20 Jahre später von einer „5“ im Singen? Und doch, plötzlich verstirbt ein Mitschüler. Denkt man dann daran, was für ihn wichtig war und nun ist? Erinnert sich jemand in diesem Augenblick an Taufe, Kommunion, Firmung oder Konfirmation? War da nicht etwas mit ewigem Leben?

Der heutigen jungen Generation ist der Eingang ins Berufsleben wichtig, das Treffen mit Freunden oder mit der Freundin. Diese jungen Menschen brauchen nicht mehr, wie noch eine Generation vor ihnen, ständig Angst um das nackte Leben oder um das tägliche Brot zu haben. „Komme ich durch“, war die bange Frage eines Soldaten im Krieg. Er hatte einen gefährlichen Bauchschuss. Es blieb uns nur ein kurzes Gebet. Er verschied bald darauf. Was war hier wichtig?

Später war die Sorge um das tägliche Brot wichtig. Die Sorge um geliebte Menschen in Gefangenschaft, mit Kriegsverletzungen oder im ungewissen Schicksal des Vermissten oder Vertriebenen schien wichtig. Aber dennoch man war sich sicher, dass es besonders wichtig war, die Bedrohten der Hilfe Gottes anzuempfehlen.

Die Jahre des Aufbaues ließen andere Probleme in den Vordergrund treten und der Gedanke an das, was wirklich wichtig war degenerierte zum persönlichen Problem. Wenn man dann in die Jahre kommt, dann stellt sich die Frage

erneut: Was ist wichtig? Man fragt sich auch, was war den Müttern und Vätern wichtig, als sie betagt wurden? Eines war allen wichtig, als sie, ob Jung oder Alt, vor einer Situation standen, die das Ende auf dieser Welt bedeuten konnten, sie fragten: „Finde ich einen gnädigen Gott?“ Sie haben dieses Lutherwort natürlich anders gesprochen – „Jesus, Maria, Josef“ oder „Jesus hilf“ nicht zuletzt fanden sie im Vaterunser oder durch das Ave Maria, den ihnen angemessenen Ausdruck.

Weit weg sind dann alle Diskussionen um Psychologie im Glauben, um Kirchenorganisation, Zölibat, Kondome, Frauenpriestertum oder was der Schlagwörter mehr sein können.

Nur Gott hilft, der Gott des Alten und Neuen Testaments, der Gott, den der Sohn Jesus Christus unüberbietbar geoffenbart hat. Seinem Wort getreu ist die Kirche auf Petrus den Felsen gegründet und spendet in seinem Auftrag durch Wort und Sakrament Hoffnung und Zuversicht. Das ist das einzig Wichtige.

Reform der Reformen

Erneuerung im Blick haben

P. Klaus Wertes SJ

Auf die Situation und die Einstellung der Jugendlichen heute muss schulpolitisch reagiert werden.

Viele meinen, es sei in den vergangenen zwei Jahrzehnten genug an der Schule herumreformiert worden; und es mehren sich die Stimmen der reuigen Schulreformer aus der 68er-Generation, die wieder Leistung, Eliteförderung, Zucht und Strafe als Mittel der Erziehung und einen Bildungskanon einklagen. Es führt kein Weg an einer Debatte über die Reform der Reform vorbei. Wenn diese nicht einfach nur reaktionär sein soll, dann muss sie Erneuerung im Blick haben.

Die Jugend heute ist anders als die Jugend der heutigen Elterngeneration. Deren eschatologisch-zukunftsorientiertes Lebensgefühl (letztes Aufbäumen der „ersten Moderne“) ist einem apokalyptisch-präsentischen gewichen. Die Jugend ist nicht unpolitischer geworden. Die Tatsache, dass sie hemmungslos das dezidiert unpolitische Vergnügen zelebriert, sollte darüber nicht hinwegtuschen. Der Unterschied besteht darin, dass sie Politik kaum noch mit Vision und Utopie assoziiert, sondern mehr mit einem Ohnmachtsgefühl gegen Übermacht und mit einer Strategie des Überlebens.

Bruch des Generationenvertrags

Die Werte der Gesellschaft sind für die Jugendlichen nicht per se einsichtig, und zwar nicht mehr, wie vielleicht „1968“, vor dem Hintergrund einer von eigenen Werten getragenen gesellschaftlichen Utopie. Vielmehr werden die Werte durch gesellschaftliche Probleme und Widersprüche fragwürdig, die die Jugendlichen ohne Gegen-Vision ertragen müssen. Das macht sie verletzlicher, aber vielleicht auch heilsichtiger.

Was mit diesen „Problemen und Widersprüchen“ gemeint ist,

beginnt sich für die Jugendlichen selbst abzuzeichnen. Viele Jahre lang wurde ihnen laut oder unterschwellig zugerufen, es ginge ihnen gut; doch Jugendliche leiden heute aus eigener Anschauung unter den gesellschaftlichen Verhältnissen. Sie empfinden den Bruch des Generationenvertrages durch die Elterngeneration und stehen kurz davor, die Pflicht zur Sorge gegenüber denjenigen zu bestreiten, die sich nicht um sie gesorgt haben.

Jugendliche empfinden den Widerspruch zwischen einem ökonomischen System, das auf sie als Konsumenten setzt, das sie aber zugleich wegen ihrer Konsumorientierung kritisiert und Leistung und Verantwortung verlangt. Jugendliche empfinden, dass die kulturpolitischen Klagegesänge der Elterngeneration Sündenbock-Projektionen sind, die in einem erheblichen Maß auf die Klagenden selbst zurückfallen müssten.

Wunsch nach verlässlichen Beziehungen

Jugendliche fühlen sich fallen gelassen angesichts der Krise der Ausbildungsplätze, des unter das Existenzminimum gesunkenen BAFöGs, der Zerstörung ihrer Wohlstandsperspektive durch die aufgehäuften Ansprüche auf das von ihnen in Zukunft verdiente Geld, der ökologischen Folgekosten unseres jetzigen Lebensstils; sie fühlen sich als Opfer von Entscheidungen, die sie nicht zu verantworten haben und die nicht unter der Perspektive der „Nachhaltigkeit“ getroffen werden.

Auf den Individualisierungsdruck der Moderne reagieren die Jugendlichen mit dem Wunsch nach verlässlicher Beziehung, und – was die Erwachsenengeneration betrifft – mit dem Wunsch nach verlässlicher Autoritätsbeziehung. Aus der Perspektive der Jugendlichen bedeutet das: Sie wünschen, dass der Erwachsene sich erwachsen verhält, seine Zuwendung zu ihnen nicht von ihrer Zuwendung

zum Erwachsenen abhängig macht. Das fordert die für Erziehung und Bildung Verantwortlichen dazu heraus, die Beziehungsdimension von ihrer Seite her wieder verstärkt in das Erziehungsgeschehen mit hineinzunehmen und zu reflektieren.

Eine Schulreform heute muss eine pädagogische Reform sein. Sie muss das Ganze überdenken, statt draufzusatteln oder nur abzuspecken. Eine bildungspolitische Debatte in Sachen Schulreform muss folgende grundlegende Fragen in Hinblick auf politische Entscheidungen diskutieren:

Müssen unsere Schüler alles wissen, was ihnen heute an der Schule vermittelt wird?

Der Verlust des Bildungskansons, die Explosion der wissenschaftlichen Erkenntnisse und die Informationsgesellschaft haben zu mehr Stoff in der Schule geführt. Dem müsste gegengesteuert werden durch ein radikales Abspecken der positiven Fächer und des positiven Aspektes in den Fächern, auch um den Preis der Minderung der Unterrichtsstundenzahl.

Die Diskussion um die Verkürzung der Gesamtschulzeit von 13 auf 12 Jahre könnte eine Curriculum-Debatte in dieselbe Richtung anstoßen. Im Gegenzug müssten jene Fächer gestärkt werden, die formale Fähigkeiten fördern: Sprache (einschließlich Fremdsprachen) und Sprachreflexion, Urteilsfähigkeit (Was ist wichtig zu wissen? Worin besteht das Problem?), Zugangskompetenz (Wo und wie erhalte ich welche Informationen?). Philosophie als „Wissenschaft über das Wissen“ müsste zum Schlüsselfach der Schulkonzeption werden.

Müssen Lehrer immer nur unterrichten (und Unterricht vor- und nachbereiten)?

Eine Debatte über die Lehrerrolle und das Berufsbild des Lehrberufs steht an. Es ist sträflich,

dass die Gesellschaft den Bereich der professionellen Supervision und damit die Reflexion auf die Qualität der Lehrer-Schüler-Beziehung in das Belieben der Motivation des einzelnen Lehrers stellt. Reflexion sollte zum Bestandteil der (bezahlten) Dienstleistung eines Lehrers werden.

Müssen Lehrer und Schüler immer im Klassenraum und in der Schule lehren und lernen?

Eine Debatte über den Lernort steht an. „Werterziehung“ hängt davon ab, an welchen Orten ich lebe. Schule ist ein Ort, an dem die Dimension des Politischen täglich vorkommt: Öffentlichkeit, Solidargemeinschaft, Macht und Verantwortung. Greift die Schulkonzeption das auf und geht sie damit politisch um? (Stichworte: Förderung der öffentlichen Rede, Information, Partizipation, Verfahren für Kritik). Schule muss darüber hinaus ein Ort werden, an dem Erfahrungen außerhalb der Schule reflektiert werden.

Müssen wesentliche konzeptionelle, personelle und curricular Entscheidungen in den zentralen Schulbehörden getroffen werden?

Eine Debatte über Kompetenzverteilung im Schulsystem steht an. Das gegenwärtige Schulsystem blockiert den Reformwillen und die Innovationslust auf der Ebene der Schule. Als Reform von oben hat sich die Schulreform der letzten Jahrzehnte an vielen Realitäten in der Schule die Zähne ausgebissen. Eine Schulreform muss deswegen einhergehen mit der Stärkung von subsidiären Strukturen im Schulsystem: Mehr Kompetenz der Schulleitungen bei der Einstellung von Lehrern, bei der Gestaltung von Stundenplan, Curriculum und bei der Verteilung von Arbeitszeit; weniger Behinderungen des pädagogischen Alltagsbetriebs durch detaillierte Vorgaben von oben.

Stimmt die Arbeitsverteilung zwischen christlicher Gemeinde und christlicher Schule?

An den kirchlichen Schulen steht eine Debatte um die Bedeu-

tung von Katechese an. Katechese ist Initiation, Einführung in die religiöse Praxis. Der Religionsunterricht kann diese Aufgabe nicht erfüllen. Andererseits gilt auch für den Religionsunterricht die Anfrage, die oben bezüglich der „positiven Fächer“ gemacht wurde: Muss wirklich alles gelehrt werden, was im Religionsunterricht derzeit als

Unterrichtsstoff vorgesehen ist? Eine Reform der kirchlichen Schulen müsste die religionsrelevanten Elemente im gesamten Fächerkanon reflektieren und ansprechen, die Aufgabe der Initiation von Kindern und Jugendlichen in religiöse Vollzüge nicht den Gemeinden oder Verbänden allein überlassen. □

KMK-Präsident: Religionsunterricht hat ganz notwendige Funktion

Der Präsident der Kultusministerkonferenz (KMK), Rolf Wernstedt (SPD), hat sich gegen eine Gleichsetzung von Religionsunterricht mit „Missionierung“ gewandt. In einer Zeit zunehmender Verunsicherung über Wertmaßstäbe habe Religionsunterricht „eine ganz notwendige Funktion“, sagte Niedersachsens Kultusminister am 12. September in einem Interview der Katholischen Nachrichten-Agentur (KNA) in Hannover. Kein anderes Fach thematisiere Fragen des Todes, der letzten Gründe, der Unsicherheit des Anfangs und des Endes und könne „so viel zur Stabilisierung der Gesamtpersönlichkeit beitragen“. Damit leiste der Religionsunterricht einen „wichtigen Beitrag in einer Zeit, die immer weniger Zeit für Besinnung beansprucht“.

Mit Blick auf die Konfessionalität des Faches sagte der Minister, man könne „nicht über den Religionsunterricht die real existierende Spaltung der Konfessionen überwinden“. Er halte es auch für politisch unklug und dürfe rechtlich auch nicht einen ökumenischen Unterricht verordnen. Gleichwohl bewerte er jede entsprechende Bewegung der Kirchen positiv. Weiter plädierte der KMK-Vorsitzende für eine Klärung der Möglichkeiten eines islamischen Religionsunterrichts. Dabei bestehe „in der Tat“ ein Problem. „Wir würden uns als Deutsche oder als Verantwortliche falsch verhalten, wenn wir dieses Gebiet völlig unbeackert ließen. Denn dann dringen die

Koranschulen in dieses Vakuum ein, die mehr im Sinn haben als nur Religion“, mahnte er.

„LER vom Ansatz her nicht unvernünftig“

Wernstedt äußerte sich auch zum Streit um das Brandenburgische Schulfach „Lebensgestaltung-Ethik-Religionskunde“ (LER), der vor dem Bundesverfassungsgericht zur Entscheidung ansteht. Er betonte, Brandenburg reagiere mit seinem Schulfach darauf, dass 80 Prozent der Schüler kirchlich nicht gebunden seien. Das kollidiere mit dem Anspruch der Kirchen und dem Grundgesetz und müsse deshalb höchstrichterlich geklärt werden. „So unvernünftig ist der Ansatz von LER vom Inhalt her aber nicht“, unterstrich der Minister. Über die Banalität des Alltags hinaus werde versucht, grundsätzliche Fragen anzusprechen. Die derzeitige Debatte wäre aber sicher ruhiger und nicht so konfliktbeladen, wenn LER als Angebot parallel zum Religionsunterricht bestünde. Nach Ansicht Wernstedts haben die Kirchen im Westen die Tatsache, dass die Menschen in der Zeit der Wende in der DDR zu Tausenden in die Gemeinden kamen, falsch verstanden. „Das war nicht unmittelbar die Rückkehr zum Glauben, sondern das war die Inanspruchnahme eines Raumes, der nicht politisch total verfügbar schien.“ Dieses Vertrauen der Menschen müssten die Kirchen „pflegen, ohne es überbeanspruchen“. (KNA)

Kein Interesse an Sicherheitspolitik?

Strausberger Symposium: „Sicherheitspolitische Kommunikation nach dem Ende der Blockkonfrontation“

Eckhard Stuff

Zu allen außen- und sicherheitspolitischen Entscheidungen gab es in der Bundesrepublik Deutschland ausführliche Debatten in der Öffentlichkeit: von der Westintegration und der Wiederbewaffnung über die neue Ostpolitik bis zum NATO-Doppelbeschluss. Jetzt – nach der deutschen Vereinigung und dem Zerfall der Sowjetunion – sieht es allerdings so aus, als ob das Interesse, insbesondere an sicherheitspolitischen Themen, rapide abnimmt. Diese Beobachtung nahm die Akademie der Bundeswehr für Information und Kommunikation in Strausberg bei Berlin auf, um das Thema „Sicherheitspolitische Kommunikation“ zum Gegenstand eines Symposiums vom 8. bis 12. September 1997 zu machen.

Zunächst ist festzuhalten, dass die Gemeinde von Fachleuten von Militärs, Politikern, Wissenschaftlern und Journalisten – die „security community“ also – in Deutschland kleiner und bei weitem nicht so einflussreich ist, wie beispielsweise in den Vereinigten Staaten. Und es ist perspektivisch davon auszugehen, dass sie an Umfang und Einfluss noch abnehmen wird, da derzeit andere Themen die Diskussion beherrschen und somit „karriereträchtiger“ sind. So konstatierte Josef Joffe von der Süddeutschen Zeitung dann auch „das Ende des goldenen Zeitalters“ der Sicherheitspolitik. Heute, stellte er fest, interessiere Sicherheitspolitik auch ihn nicht mehr sonderlich, denn Fragen der äußeren Sicherheit seien eben nicht mehr entscheidende Fragen der politischen Macht in der Bundesrepublik.

So weit wollten andere Medienvertreter nicht gehen, doch ein Bedeutungsverlust der Außen- und Sicherheitspolitik wurde von den meisten Konferenzteilnehmer konstatiert. Offen blieb jedoch, ob sich das nicht sehr schnell wieder ändern könne ...

Wie würde wohl die deutsche Öff-

entlichkeit reagieren, wenn – was hoffentlich nie passiert – etliche Todesfälle beim Einsatz deutscher Soldaten auf dem Gebiet des ehemaligen Jugoslawien zu verzeichnen sind?

Außerdem: Warum überhaupt mehr Öffentlichkeit in der sicherheitspolitischen Diskussion? Überzeugende Antworten darauf gab der Marburger Politikwissenschaftler Wilfried von Bredow: „Vor dem Hintergrund relativ knapper werdender öffentlicher Mittel konkurrieren die verschiedenen Ressorts des politischen Systems zunehmend härter um Haushaltsanteile. Militärische Sicherheitspolitik hat es dabei wegen einer zu beobachtenden Erweiterung des Konzepts von Sicherheit gar nicht einfach. Kürzungen der Militärhaushalte waren nach dem Ende des Ost-West-Konflikts angesagt, völlig zu Recht. Jetzt ist die Frage: Wie weit kann man hier gehen?“ Härter als in Zeiten der Blockkonfrontation muss die Sicherheitspolitik um ihr Geld ringen, also auch in der Öffentlichkeit argumentieren. Und „Heutzutage sind sehr viel mehr Menschen und Gruppen an sicherheitspolitischen Vorgängen direkt oder indirekt beteiligt als zu Zeiten, in denen Sicherheitspolitik eine ausschließliche zwischenstaatliche Domäne war.“ Daher nehme – so von Bredow – auch die Aufgabe der Vermittlung relevanter Themen durch eine öffentliche Diskussion zu. Einsehbarkeit und Transparenz seien Leitwerte einer emanzipatorischen Demokratie. Diese Leitwerte könnten auf Dauer nicht neutralisiert werden. Hierzu kommt aus von Bredows Sicht noch, dass Sicherheitspolitik „langsam, aber unaufhaltsam transnationalisiert wird. Damit wird der normative Anspruch, es unter ziviler Kontrolle zu halten, eher noch verstärkt.“

Im Gegensatz zu anderen Teilnehmern sah von Bredow die große öffentliche Debatte der frühen 80er

Jahre über den NATO-Doppelbeschluss durchaus kritisch: „Gerade in Zeiten politischer Polarisierung ist die öffentliche Auseinandersetzung zwar randscharf, was ‘Freund’ und ‘Feind’ betrifft, aber diffus bezüglich der Argumentationen.“

Auch der Politikwissenschaftler Ulrich Sarcinelli von der Universität Koblenz warnte vor „einem idealisierten Bild des mündigen Bürgers“. Er verwies auf die Rolle der Medien bei der Wahrnehmung und sah dabei die Medien häufig auch als „Wirklichkeitserzeuger“. Immer mehr werde, so Sarcinelli, Legitimation durch Kommunikation hergestellt. Langfristig konstatierte er eine systemverändernde Entwicklung „von der repräsentativen zur präsentativen Demokratie“. Medienpräsentation werde so zur Bedingung von Machtgewinn und Machterhalt in der (Tele-)Demokratie, Telegenität zum Auswahlkriterium von politischen Führungsfiguren. Diese Entwicklung könnten wir auch in der Bundesrepublik beobachten, einschließlich eines Phänomens, das Sarcinelli „Talkshowisierung“ nennt. Damit werden Sachprobleme in der Regel zu Selbsterfahrungsproblemen, die Definition von Interessen verkomme zu Deklamationen von Betroffenheit. Sarcinellis Hauptthese lautet deshalb: „Wir erleben eine Gewichtsverschiebung von Institutionen zum Medialen“. Er sieht also einen Bedeutungsgewinn der Medienlogik, eine schleichende Systemveränderung durch Anpassung an die Erfordernisse der Medienwelt. Auch dadurch verlören Außen- und Sicherheitspolitik ihre exklusive Stellung und würden „vergesellschaftet“. Hierin liege die Kernfrage für sicherheitspolitische Entscheidungsprozesse in der Zukunft: Wie sehr lässt sich Sicherheitspolitik „vergesellschaften“ und wieviel Delegation von Verantwortung brauchen wir weiterhin? Oder gar: Macht die „Mediendemokratie“ – die „Telekratie“ – eventuell die Delegation von Verantwortung zunehmend unmöglich und stellt damit die Existenz von demokratischen Systemen infrage? Ohne Wandel stirbt eine Demokratie, zu viel könnte eine andere Gesellschaftsform schaffen, die nach heutigen Maßstäben nicht mehr demokratisch zu nennen wäre. □

Peace-Keeping aus einem Guss

Zusammenarbeit der Bundeswehr mit Hilfsorganisationen bei Peace-Keeping-Einsätzen

Klaus Liebetanz

Zunahme von „komplexen“ Katastrophen

Nach Beendigung des Kalten Krieges keimte kurzfristig die Hoffnung auf, man werde internationalen Konflikten in kollektiver Anstrengung der Völkergemeinschaft mit friedlichen Mitteln erfolgreich begegnen können. Diese Hoffnung hat getrogen.

Allein seit 1987 mussten die Vereinten Nationen über zwanzig Friedensoperationen durchführen, bei denen Streitkräfte in ihrem Auftrag in unterschiedlichen Formen der Friedenssicherung beteiligt waren.

Häufig konnte humanitäre Hilfe für die betroffene Bevölkerung nur geleistet werden, wenn internationale Streitkräfte im Auftrag der Vereinten Nationen eine gewisse Durchführbarkeit garantierten, wie zum Beispiel in Somalia und Ex-Jugoslawien.

Daraus ergab sich zwangsläufig eine enge Zusammenarbeit zwischen den VN-Streitkräften und den zivilen Akteuren der internationalen humanitären Hilfe, wie den

- VN-Organisationen (UNHCR u.a.),
- den supranationalen Hilfsorganisationen (IKRK und die Föderation der Rotkreuz- und Rothalbmondgesellschaften),
- den großen internationalen Hilfsorganisationen (Save the Children Fund, OXFAM, Medecins sans Frontieres u.a.)
- und den zahllosen NGO's und GO's.

1994 wurden allein in Ruanda 351 internationale Hilfsorganisationen registriert.

Die „Agenda for Peace“ (Programm für den Frieden) des Generalsekretärs der Vereinten Nationen, Boutros-Ghali, von 1992 sieht in allen Phasen des Friedensprozesses eine enge Zusammenar-

beit der VN-Streitkräfte mit den zivilen Hilfsorganisationen vor (vgl. besonders die Nummern 29 und 30).

Vorurteile zwischen zivilen deutschen Hilfsorganisationen und der Bundeswehr abbauen

Während andere westliche Nationen wie die USA und England ein völlig unverkrampftes Verhältnis zwischen ihren Streitkräften und ihren großen zivilen Hilfsorganisationen haben, gab es in Deutschland erhebliche Irritationen zwischen diesen Gruppierungen. Dies lag u.a. an dem deutschen Sonderweg.

Nach der Wiedervereinigung drängte Deutschland auf die internationale Bühne, nicht zuletzt um als drittgrößter Beitragszahler der Vereinten Nationen einen Sitz im Sicherheitsrat zu erhalten. Aus innenpolitischen Gründen wurden die ersten VN-Einsätze in Kambodscha und Somalia von der Bundesregierung als „rein humanitäre Einsätze“ durchgeführt und mit erheblichen, sehr kostenaufwendigen humanitären Komponenten versehen.

Dies führte zwangsläufig zu Spannungen mit den deutschen zivilen Hilfsorganisationen, welche in der Bundeswehr einen neuen potenten, ausschließlich staatlich subventionierten Konkurrenten auf dem „Markt der Barmherzigkeit“ sahen.

Aus diesem Grunde war es nicht verwunderlich, dass sich die Bundeswehr vergeblich darum bemühte, eine geeignete deutsche Hilfsorganisation zu finden, die bereit gewesen wäre, die Funktion des Sanitätspersonals der Bundeswehr im Krankenhaus von Belet Huen (Somalia) zu übernehmen.

Spätestens 1997, wenn sich die Bundeswehr mit regulären Kampf-

truppen an SFOR beteiligt, wird sie damit ihren Normalisierungsprozess abschließen. Im Deutschen Bundestag gibt es heute keine nennenswerten politischen Gruppierungen, die dem entgegenstehen.

Nach Auffassung des Finanzministers hat die Bundeswehr alle künftigen Einsätze im Auftrag der Vereinten Nationen aus ihrem laufenden, bereits jetzt schon sehr eng geschneiderten Haushalt zu bezahlen. Dies wird zwangsläufig dazu führen, dass sich die Bundeswehr in der Zusammensetzung ihrer VN-Einsatzkräfte auf den rein militärischen Auftrag konzentrieren muss.

Auf Zusammenarbeit angewiesen – Kein Unterstellungsverhältnis

Um den komplexen Anforderungen der humanitären Hilfe in Krisengebieten zu entsprechen, die Experten als das o.a. Kontinuum verstehen, sind Streitkräfte und Hilfsorganisationen auf Zusammenarbeit angewiesen.

„Auf Zusammenarbeit angewiesen“ begründet expressis verbis kein Unterstellungsverhältnis. Dies setzt auf beiden Seiten reife Führungs-/Leitungspersönlichkeiten voraus. Die gelegentlich von Offizieren geäußerte Auffassung „Einer muss doch das Sagen haben, sonst geht es drunter und drüber“, verkennet den Charakter moderner Vernetzung.

Der Hohe Flüchtlingskommissar (UNHCR) arbeitet seit Jahren erfolgreich mit Hunderten von internationalen Hilfsorganisationen zusammen, ohne dass sich daraus ein Unterstellungsverhältnis begründet hätte.

Wichtig erscheint, dass sich beide Seiten gründlich mit dem Inhalt der „Agenda for Peace“ auseinandergesetzt haben (vgl. „Nicht Siegen, sondern Dienen – Agenda for

Peace und die neue Rolle der Bundeswehr“, Die Bundeswehr 10/94).

Das Heeresführungskommando in Koblenz gibt in seinem Taschenbuch „Humanitäre Hilfe im Ausland“ ausgezeichnete Anregungen für die „Zusammenarbeit mit Hilfsorganisationen (NGO's) im Einsatzland“ (Anlage 5 zu o.a. Taschenbuch) und steht unter dem Motto „Ergänzen, nicht verdrängen“.

Wer könnte mit der Bundeswehr zusammenarbeiten?

Die bisherige Diskussion zu diesem Thema hat gezeigt, dass mittlere Hilfsorganisationen wie der Malteser-Hilfsdienst (MHD), die Johanniter-Unfall-Hilfe (JUH) und der Arbeiter-Samariter-Bund (ASB) am ehesten bereit sind, mit der Bundeswehr zusammenzuarbeiten. Das liegt zum Teil an der Tatsache, dass wichtige Entscheidungsträger dieser Organisationen ehemalige Berufssoldaten oder Reserveoffiziere sind und die Bundeswehr als ein wichtiger und potenter Partner im Einsatzgebiet gilt.

Das Deutsche Rote Kreuz (DRK) hat dagegen wegen seines Grundprinzips der Neutralität erhebliche Vorbehalte, im Ausland am Einsatzort direkt mit der Bundeswehr zusammenzuarbeiten.

Zudem ist das DRK als Teil der internationalen Rotkreuzbewegung in Konfliktgebieten eng in der Arbeit des Internationalen Komitees vom Roten Kreuz (IKRK) und in anderen Katastrophengebieten in der Arbeit der internationalen Föderation der Rotkreuz- und Rothalbmondgesellschaften eingebunden (vgl. Principles and Rules for Red Cross and Red Crescent Disaster Relief).

In Deutschland gibt es dagegen enge und freundschaftliche Bezie-

Unterschiede bei humanitären Einsätzen von Streitkräften und von zivilen Hilfsorganisationen

Militär	Zivile Hilfsorganisation
zeitlich begrenzt (kurzer Einsatz)	angemessene Hilfe vollzieht sich in vier Phasen: Soforthilfe, Überlebenshilfe, Wiederaufbau und Prävention (Kontinuum), Dauer: Monate, Jahre
weitgehend auf sich gestellt, autark, "Host Nation Support" wird angestrebt	Zusammenarbeit mit Partnern; Nutzung von lokalen Ressourcen; Ziel: Defizite beim Partner vor Ort mindern und vorhandene Kräfte und Fähigkeiten stärken
hoher technischer Stand (High-Tech)	angepasste Technologie; Dritte-Welt-Standard, damit anschließend von lokalen Partnern weitergearbeitet werden kann
personalintensiv, Einsatz geschlossener Verbände; lokale Kräfte nur zu Hilfsdiensten	wenige Spezialisten, möglichst wenig auswärtiges Personal, Zusammenarbeit mit lokalen Kräften
Militäreinsätze sind häufig geberorientiert	zivile Hilfe ist an der Not der betroffenen Personen orientiert
Militäreinsätze sind relativ teuer	relativ geringe Kosten
Militär vertritt auch das nationale Interesse des Entsenderstaates	keine politische, ethnische und religiöse Vorbedingungen
Militäreinsätze bedürfen zeitraubender diplomatischer Verhandlungen	zivile Hilfe kann relativ unkompliziert gewährt werden

hungen zwischen dem DRK und der Bundeswehr (Material- und Expertenaustausch).

Wegen seiner intensiven langjährigen Zusammenarbeit mit dem IKRK ist das DRK jedoch in besonderer Weise geeignet, humanitäre Aktionen in Abstimmung mit der Bundesregierung in schwierigen Krisengebieten auszuführen, wo ein direktes Agieren des Bundesregierung unmöglich ist, wie z.B. in Tschetschenien.

In den vergangenen Jahren hat es zwischen der Bundesanstalt Technisches Hilfswerk (THW) und der Bundeswehr erhebliche Berührungspunkte gegeben, weil sie die direkten staatlichen Konkurrenten im Bereich der humanitären Auslandshilfe sind. Zu diesen Irritationen hat insbesondere das betont humanitäre Auftreten der Bundeswehr geführt, das wie o.a. innenpolitische Gründe hatte. Mit dem BVG-Urteil vom 12. Juli 1994,

das der Bundeswehr weltweite militärische Einsätze im Rahmen kollektiver Sicherheitsbündnisse erlaubt, sofern der Deutsche Bundestag mit einfacher Mehrheit zustimmt, hat sich die Diskussion versachlicht und die Zusammenarbeit deutlich verbessert.

Nach der Neustrukturierung des THW 1995 gehört die technische Hilfe im Ausland zur gleichwertigen gesetzlichen Aufgabe (THW-HelfRG §1 (2)). Die Einsatzpotentiale des THW wurden deutlich verbessert und für den Auslandseinsatz professionalisiert.

Damit ist die Bundesanstalt Technisches Hilfswerk der natürliche Ansprechpartner der Bundeswehr für Fragen der technischen Überlebenshilfe für die betroffenen Bevölkerung und des Wiederaufbaus in Konfliktgebieten.

Eine wesentliche Voraussetzung für die Beteiligung des THW und der zivilen Hilfsor-

ganisationen ist allerdings die Gewährleistung einer angemessenen und ausreichenden Sicherheitslage.

Schlussfolgerungen für die Bundesregierung

Da sich die Bundeswehr bei ihren zukünftigen Einsätzen im Auftrag der Vereinten Nationen schon aus finanziellen Gründen auf den rein militärischen Auftrag konzentrieren wird, muss sich die Bundesregierung darum bemühen, deutsche zivile Hilfsorganisationen und das Technische Hilfswerk schon im Vorfeld bei der Planung und bei der Durchführung einer Friedensmission zu beteiligen, damit eine angemessene und notwendige humanitäre Hilfe an der betroffenen Zivilbevölkerung sichergestellt werden kann. Auch nach Abzug der Streitkräfte sollte

Hilfe zur Selbsthilfe geleistet werden, damit ein nachhaltiger Friedensprozess eingeleitet werden kann.

Dies setzt eine im Bundeskabinett beschlossene konzertierte Aktion der Bundesminister des Äußeren, der Verteidigung, der Wirtschaftlichen Zusammenarbeit und

Entwicklung und des Innern (THW) voraus. Profilierungsversuche einzelner Ministerien werden sich in einer Koalitionsregierung nicht gänzlich vermeiden lassen. Die Bundesregierung sollte jedoch dafür sorgen, dass deutsche Peace-Keeping-Einsätze in Zukunft aus einem Guss sind. □

UNHCR fordert Mechanismen zur Lösung innerstaatlicher Konflikte

Die Vereinten Nationen müssen nach Ansicht der Vertreterin des UN-Flüchtlingskommissariats (UNHCR) in Deutschland, Judith Kumin, einen Mechanismus zur Lösung innerer Konflikte entwickeln. Da sich heute die meisten Auseinandersetzungen innerstaatlich abspielen, müsse langfristig zur Lösung von Menschenrechtsproblemen ein Eingreifen in die inneren Angelegenheiten möglich sein, sagte Kumin am 30. Juli 1997 in einem Interview der Katholischen Nachrichten-Agentur (KNA) in Bonn. Zudem sei endlich eine einheitlichere europäische Flüchtlingspolitik erforderlich. Die sehr unterschiedliche Entscheidungspraxis innerhalb Europas müsse harmonisiert und ein System des Lastenausgleichs angestrebt werden.

Im Blick auf Deutschland kritisierte Kumin die "Verengung des Flüchtlingsbegriffs auf staatliche Verfolgung". Da immer mehr Flüchtlinge aus Bürgerkriegslän-

dern kämen, in denen der Staat faktisch nicht mehr existiere, müsse es für diese Menschen einen Sonderstatus geben. Notwendig sei auch ein zeitbegrenzter Schutzstatus für Personen, die in Folge innerer Konflikte von nicht-staatlichen Akteuren gefährdet seien. Sorge bereitet Kumin nach eigenen Angaben auch die wachsende Verbreitung der so genannten Drittstaatenregelung nach deutschem Muster. „Immer mehr sichere Drittstaaten denken sich, wenn Deutschland mit uns Rückübernahmeabkommen schließt, dann können wir das auch mit unseren Nachbarn machen“, so die UNHCR-Vertreterin. Immer schwerer lasse sich sicherstellen, dass jeder, der etwa in der Ukraine lande, ein faires Verfahren bekomme. – Die Amerikanerin Judith Kumin schied zum 1. August nach vierjähriger Tätigkeit turnusgemäß aus ihrem Amt. Neue UNHCR-Vertreterin in Deutschland wurde die Britin Anne Dawson-Shephard. (KNA)

Staatsmänner für universale Erklärung der Menschenpflichten

Für eine „Universale Erklärung der Menschenpflichten“ durch die Vereinten Nationen haben sich führende Staatsmänner aus aller Welt ausgesprochen. In einer Welt, die durch Globalisierung rapide umgestaltet werde, seien gemeinsame ethische Standards dringend erforderlich, heißt es in einer am 4. September in Bonn verbreiteten Erklärung des InterAction Council. Ein Entwurf einer allgemeinen Erklärung sei an alle gegenwärtigen Regierungschefs und an den UN-Generalsekretär gesandt worden.

Das Projekt ist ein Zusammenschluss früherer Staats- und Regierungschefs, der unter anderem Jimmy Carter, Oscar Arias, Shimon Peres, Malcolm Fraser und Helmut Schmidt angehören. Es wurde 1987 auf Initiative des inzwischen verstorbenen japanischen Premierministers Takeo Fukuda gestartet.

Die InterAction Council sieht eine globale Regelung der Menschenpflichten nach eigenen Angaben „als eine notwendige Ergänzung und Bekräftigung“ der universalen Erklärung der Menschen-

Robinson neue Hochkommissarin für Menschenrechte

Die ehemalige irische Präsidentin Mary Robinson hat am 15.09.1997, ihr neues Amt als UNO-Hochkommissarin für Menschenrechte in Genf angetreten. Ziel ihrer Arbeit sei vor allem, Sprachrohr der Opfer von Menschenrechtsverletzungen zu sein, erklärte Robinson bei ihrer Ankunft im UNO-Gebäude. Sie sei sehr entschlossen, ihr Mandat zu erfüllen und die Führung in Fragen der Menschenrechte zu übernehmen.

Robinson war erst am 12.09.1997 als Präsidentin Irlands zurückgetreten. Der Rücktritt drei Monate vor Ablauf ihrer siebenjährigen Amtszeit war notwendig geworden, weil UNO-Generalsekretär Kofi Annan ihre Anwesenheit bei der bevorstehenden Generalversammlung in New York gewünscht hatte. Robinson, die als engagierte Verfechterin der Menschenrechte gilt, ersetzt Jose Ayala Lasso, der nach seiner Berufung zum ecuadorianischen Außenminister bereits im Frühling zurückgetreten war. Lasso war von Nichtregierungsorganisationen (NGO) immer wieder vorgeworfen worden, sich nicht genug für die Menschenrechte einzusetzen.

Bei dem UNO-Hochkommissariat für Menschenrechte in Genf arbeiten zur Zeit etwa 150 Personen. 150 weitere Mitarbeiter sind in Krisengebieten als Menschenrechtsbeobachter tätig. (KNA)

rechte von 1948. Ziel müsse es sein, Freiheit und Verantwortung in ein Gleichgewicht zu bringen und ein Umdenken zu bewirken. Der 19 Punkte umfassende Entwurf der ehemaligen Regierungschefs ist nach Angaben des InterAction Council gegliedert in grundsätzliche „fundamentale Prinzipien für Humanität“, „Gewaltlosigkeit und Achtung vor dem Leben“, „Gerechtigkeit und Solidarität“, „Wahrhaftigkeit und Toleranz“ sowie „Gegenseitige Achtung und Partnerschaft“.

Zu den Beratern des Projekts gehören unter anderem der Wiener Kardinal Franz König und der Tübinger Theologe Hans Küng. (KNA)

Wissenschaftler: Weltweit mehr Konflikte durch Wassermangel

Kostbarer als Öl

Die weltweite Wasserkrise wird sich nach Auffassung von Wissenschaftlern weiter verschärfen und international vermehrt Konflikte um Süßwasser auslösen. Die internationale Gemeinschaft müsse deshalb einen weltweiten Verhaltenskodex und ein Aktionsprogramm zum Schutz der Wasserreserven verabschieden, forderte der „Wissenschaftliche Beirat der Bundesregierung Globale Umweltveränderungen“ (WBGU) in seinem am 16. Juli 1997 in Bonn veröffentlichten Jahresgutachten. Im Rahmen der Vereinten Nationen sollten verschiedene Umwelt-Organisationen zu einer schlagkräftigen „Organisation für nachhaltige Entwicklung“ verschmolzen werden. Die internationale Gemeinschaft müsse einen Verhaltenskodex und ein Aktionsprogramm zum Schutz der Wasserreserven verabschieden. Grundwasservorkommen und Süßwasser-Lebensräume müssten geschützt und die Einrichtungen zur Wasserver- und -entsorgung modernisiert und ausgebaut werden.

Im Einzelnen schlägt der Jahresbericht die Einführung eines „Weltwasserpennings“ zugunsten der von Wasserknappheit betroffenen Regionen vor. Damit sollten Wasserver- und -entsorgungssysteme modernisiert und erweitert werden. Entwicklungsländern mit Wasserknappheit sollten im Rahmen eines Tauschhandels Schulden erlassen werden, wenn sie Geld in Maßnahmen zur Wasserversorgung stecken. Die Wissenschaftler fordern zudem angemessene Preise für Süßwasser, die die Knappheit dieses Gutes widerspiegeln. Gleichzeitig müsse aber die Versorgung der Armen gewährleistet sein. Wasserbauliche Großprojekte sollten nach Aussagen des Beirats nur nach sorgfältiger Abwägung der sozialen und ökologischen Folgen beschlossen werden.

Mehr als 97 Prozent der Wasservorräte auf dem „Blauen Planeten“ fließen in den Weltmeeren, zwei Prozent ruhen in Gletschern

und im Polareis. Weniger als ein Prozent steht als Süßwasserreservoir zur Verfügung. Das würde ausreichen, um alle Menschen auf der Welt zu versorgen – wenn es gleichmäßig verteilt wäre und nicht durch unzureichende Technik verschwendet würde. Doch nach Angaben des Beirats müssen schon heute 26 Länder als „wasserknapp“ bezeichnet werden. Es drohe ein erbarmungsloser Wettbewerb vor allem in den Ballungsräumen der Entwicklungs- und Industrieländer. Die Industrie, so die Schätzungen der Wissenschaftler, wird ihre Wasserentnahme bis zum Jahr 2025 verdreifachen.

Nach dem Jahresbericht werden heute weltweit 40.000 Staudämme betrieben. Täglich wird ein neuer fertig gestellt – mit teilweise verheerenden ökologischen Konsequenzen. Der Inhalt aller Stauseen beträgt zehn Trillionen Liter – das ist das fünffache Volumen aller Flüsse der Erde. Doch trotz dieser technischen Wunderwerke haben zwei Milliarden Menschen keinen Zugang zu geeignetem Trink- und Sanitärwasser und sind damit etwa für Cholera, Typhus oder Wurmkrankheiten anfällig. Weltweit werden nur fünf Prozent der Abwässer gereinigt. Verseuchtes Wasser ist damit Krankheitserreger Nummer eins. Jährlich sterben fünf Millionen Menschen durch verunreinigtes Trinkwasser. Die Weltgesundheitsorganisation verweist darauf, dass alle acht Sekunden ein Kind an den Folgen der Wasserverschmutzung stirbt.

Fünf Millionen Tote durch verunreinigtes Wasser

Nach dem Bericht leben derzeit rund zwei Milliarden Menschen ohne Zugang zu sauberem Trink- und Sanitärwasser. Weltweit werden nur fünf Prozent der Abwässer gereinigt. Infolgedessen leidet die Hälfte der Bevölkerung in den Entwicklungsländern an einer wasserbedingten Krankheit. Jähr-

lich sterben fünf Millionen Menschen durch verunreinigtes Trinkwasser. Der Beirat weist gleichzeitig darauf hin, dass die Nahrungsmittelproduktion wesentlich von den Süßwasservorräten abhängt.

Viele Länder kommen ohne künstliche Bewässerung nicht aus. Die Landwirtschaft verwendet 70 Prozent des weltweiten Wasserverbrauchs. Doch wer zu viel bewässert, bewirkt hohe Schäden: Nach Schätzungen sind 15 Millionen Hektar Ackerland in den Entwicklungsländern aufgrund zu hohen Salzgehaltes nur begrenzt fruchtbar.

„Am katastrophalsten“ ist die Lage nach Angaben der UNO in den Ländern südlich der Sahara. Die steigende Bevölkerungszahl mache dort jeden kleinen Fortschritt in der Trinkwasserversorgung zunichte. In einigen Dürregebieten habe sich die Versorgung mit dem kostbaren Nass in den vergangenen 40 Jahren um 65 Prozent verschlechtert. Nicht viel besser geht es den zahlreichen Flüchtlingen in Afrika: Unterernährung und Wassermangel verursachen nach Angaben der Weltgesundheitsorganisation in den Lagern in Somalia, Äthiopien und Sudan eine 60-mal so hohe Todesrate wie unter der Normalbevölkerung. Im Nahen Osten, besonders am Nil, an Euphrat und Tigris sowie am Jordan bleibt das Wasser ein Zankapfel, der über Krieg und Frieden entscheiden kann. In 50 Jahren werde Wasser wichtiger sein als Öl, heißt es bei der UNO.

Der WBGU wurde 1992 als Beratergremium der Bundesregierung gegründet; ihm gehören zwölf Wissenschaftler aus den Bereichen Naturwissenschaft, Ökonomie und Recht an. (KNA)

DISKUSSIONEN UM LANDMINEN:

Osloer Vertrag über Verbot von ANTI-PERSONEN-MINEN

89 Staaten billigen Vertrag

89 Staaten, darunter die Bundesrepublik Deutschland, haben am 18. September 1997 in Oslo einen Vertrag über ein weitreichendes Verbot von Anti-Personen-Minen angenommen. Der Vertrag sieht ein vollständiges Verbot der Produktion, des Handels und der Anwendung aller Anti-Personen-Minen ohne geographische Ausnahmen und ohne Übergangsfristen vor. Der jetzt verhandelte Vertragsentwurf soll im Dezember im kanadischen Ottawa unterzeichnet werden. Weltweit sind nach Schätzungen mehr als 100 Millionen Landminen vergraben. Jährlich werden mehr als 20.000 Menschen, vor allem Kinder, Opfer der Waffen.

Die wichtigsten Herstellerländer Russland, China, Pakistan und Indien sind an dem Abkommen nicht beteiligt.

Die USA hatten sich aus dem Verhandlungsprozess zurückgezogen, weil sie mit ihren Vorschlägen über Ausnahmeregelungen beim Minenverbot gescheitert waren.

Die USA hatten bis zuletzt verlangt, eine Kündigungsmöglichkeit für die Konvention für den Konfliktfall sowie eine neunjährige Frist bis zur Unterzeichnung des Vertrages durchzusetzen. Außerdem wollten sie Ausnahmen für so genannte Mischwaffen durchsetzen, bei denen Anti-Panzer-Minen und Anti-Personen-Minen zusammen verschossen werden.

Kirchen begrüßen Minen-Verbot

Unterdessen begrüßte der Vatikan das Zustandekommen des Vertrages über das Verbot der Anti-Personen-Minen. Der Vertrag entspreche dem langjährigen Wunsch des Papstes nach einem totalen Verbot dieser Waffen, sagte der Leiter der vatikanischen Delegation bei der Osloer Konferenz, Alain Lebeaupin, gegenüber Radio Vatikan. Die Übereinkunft weise zwar einige Mängel auf, doch habe sie

den Vorteil, tatsächlich zu existieren. Diejenigen Staaten, die wie Russland oder die USA den Vertrag noch nicht unterzeichnet hätten, könnten sich dennoch an ihm orientieren und ihn in Zukunft unterzeichnen.

Auch die katholische und die evangelische Kirche in Deutschland haben das in Oslo vereinbarte Verbot von Anti-Personen-Minen begrüßt. Der Pressesprecher der Deutschen Bischofskonferenz, Rudolf Hammerschmidt, erklärte am 18.09.1997 auf Anfrage in Bonn, der Vertrag sei ein großer Fortschritt für die Humanität.

Der Ratsvorsitzende der Evangelischen Kirche in Deutschland (EKD), Landesbischof Klaus Engelhardt, bezeichnete das Verbot als gute Nachricht insbesondere für die Menschen in den Bürgerkriegsregionen. Die christlichen Kirchen seien durch ihre Hilfswerke mit den verheerenden Folgen der Landminen in den Ländern der Dritten Welt konfrontiert, unterstrich er. Diese Länder seien auf Hilfe und auf Wiedergutmachung für die Produktion und den Export von Landminen angewiesen.

Übereinstimmend hofft man darauf, dass das Übereinkommen auch andere Staaten wie die USA oder Russland dazu bringe, die Landminen zu ächten.

Vatikan tritt Waffenkonvention bei

Der Vatikan war übrigens erst im Juli 1997 – siebzehn Jahre nach ihrem In-Kraft-Treten – der Konvention der Vereinten Nationen gegen besonders heimtückische konventionelle Waffen, zu denen auch Landminen gehören, beigetreten. Wie der vatikanische Pressesaal mitteilte, hatte der ständige Beobachter des Heiligen Stuhls bei den Vereinten Nationen, Erzbischof Martino, bei den Vereinten Nationen in New York ein Dokument hinterlegt. Martino wies auch darauf hin, dass der Vatikan mit diesem Schritt die internationale Staatengemeinschaft in ihrem

Bemühen stärken wolle, menschliche Leiden zu mindern. Mit dem Beitritt zu der Waffen-Konvention von 1980 hatte der Heilige Stuhl noch vor der Osloer Konferenz seinen Wunsch bekräftigen wollen, dass die Staaten baldmöglichst zu einem internationalen Abkommen über das totale Verbot von Landminen kommen sollten. Mit dem Beitritt zu der Konvention wollte der Vatikan all jene Bemühungen unterstützen, die sich für ein vollständiges Verbot der Landminen engagierten.

Kinkel: Keine weitere Zulassung von High-Tech-Minen

Ebenfalls vor der internationalen Konferenz zum Verbot von Anti-Personen-Minen in Oslo hat sich Bundesaußenminister Klaus Kinkel (FDP) gegen die weitere Zulassung von High-Tech-Minen ausgesprochen.

Der Außenminister bestellte Anfang September den früheren Beauftragten der Bundesregierung für Fragen von Abrüstung und Rüstungskontrolle, Friedrich Ruth, zu seinem persönlichen Beauftragten für Fragen zu Antipersonenminen.

Kinkel will sich besonders für Weiterentwicklung und Erprobung mechanischer Räumverfahren einsetzen. Bei weltweit mehr als 100 Millionen verlegter Minen seien dringend schnellere und weniger gefährliche Methoden der Beseitigung notwendig als die herkömmliche Handsuche. Deutschland wolle sich vermehrt dabei engagieren, Minenräumschulen einzurichten und die gezielte Ausbildung von Minenräumern vor Ort zu unterstützen. Kinkel verwies darauf, daß die Bundeswehr im Rahmen ihres SFOR-Einsatzes in Bosnien-Herzegowina bereits mehr als 50 Kilometer Straßen und Wege von Minen geräumt habe. (PS nach KNA)

Der folgende Beitrag von Manfred Merk, Oberstleutnant und Referent im BMVg für Pionierausrüstung, soll neben der Vermittlung von Sachkenntnis zur Minenfrage auch die ethische Seite eines Einsatzes dieses Kampfmittels beleuchten.

>> s.a. AUFTRAG 226, S. 60 f., „Dokumentation zur Landminen-Problematik“.

MINEN – vom Defensivkünstler zum Teufelszeug

Manfred Merk

Seit einigen Jahren zieht sich ein Thema durch die öffentliche und veröffentlichte Diskussion, dessen Hauptdarsteller auch unseren Außenminister zu der Aussage anregte: „Dieses Teufelszeug muss weg“. Nun sind solche Aussagen weder einer sachlichen Diskussion förderlich noch lösen sie ein weltweit real existierendes Problem: es geht um **Minen**.

Kaum eine Monat vergeht, ohne dass nicht irgendwo auf der Welt eine so genannte „Landminenkonferenz“ stattfindet. Angesichts der Tatsache, dass weltweit über 100 Millionen verlegte und/oder verstreute Minen die körperliche Unversehrtheit von Menschen – unterschiedslos die von Zivilisten und Soldaten – bedrohen, sicherlich verständlich. Denn täglich werden Menschen auf allen Kontinenten durch Minen verletzt, verstümmelt oder getötet.

Im Folgenden soll der Versuch unternommen werden, die Mine aus dem Blickwinkel eines Soldaten und Christen zu betrachten.

1. Definition

Nach dem geänderten **Protokoll II vom 3. Mai 1996 zum VN-Waffenübereinkommen** ist eine Mine ein „**unter, auf oder nahe dem Erdboden oder einer anderen Oberfläche angebrachtes Kampfmittel, das dazu bestimmt ist, durch die Gegenwart, Nähe oder Berührung einer Person (Antipersonenmine/Schützenabwehrmine) oder eines Fahrzeugs (Antipanzermine/Panzerabwehrmine) zur Explosion gebracht zu werden**“.

Mehr als 50 km Straßen wurden bisher durch das deutsche SFOR-Kontingent in Bosnien von Minen geräumt. Das Foto zeigt den Minenräumpanzer „Keiler“ im Einsatz bei einer Übung in der Lüneburger Heide.

(Foto: Medienzentrale der Bundeswehr)

Zwei wesentliche Aspekte sind meines Erachtens in dieser Definition hervorzuheben:

- a) Die Mine ist ein Kampfmittel, das in der Regel im Gelände ausgebracht wird und durch das eigentliche Zielobjekt (Schützen bzw. Fahrzeuge) ausgelöst wird. Dies bedeutet, dass derjenige, der die Mine einsetzt, zum Zeitpunkt der Auslösung keinen Einfluss mehr auf dieses Kampfmittel hat. Bei den derzeitigen Minen kann dann niemand und nichts mehr verhindern, dass sie das tut, wofür sie konstruiert ist – sie detoniert.
- b) Durch die Detonation von Sprengstoff (= Explosion) wird zerstörende Sprengkraft freigesetzt. Dabei kann dies allein die Wirkung sein; sie kann aber auch noch verstärkt werden durch die Wirkung von Splittern, durch das Ausbilden eines Hohlladungsstrahls zum Durchstoßen von Panzerstahl etwa oder auch durch das Abfeuern einer Art Hohlladungsgranate über eine begrenzte Entfernung mit anschließendem Durchschuss durch Stahl. Die konstruktive Ausbildung der Mine erfolgt demzufolge angepasst an das eigentliche Zielobjekt.

Nun definiert das Übereinkommen Minen nicht etwa, um sie einem grundsätzlichen Verbot zu unterwerfen, sondern es regelt für die Staaten, die das Übereinkommen ratifizieren, verbindlich die Grenzen für den Einsatz von Minen. Bei der Festlegung der Einsatzrestriktionen kommt der Unterscheidung von Schützen- und Panzerabwehrminen eine besondere Bedeutung zu. Die Verwendung des Begriffs Landminen, der eigentlich übergeordnet ist, im Zusammenhang mit Konferenzen, die ausschließlich das Verbot von Schützenabwehrminen bzw. nach allgemeinem Sprachgebrauch Antipersonenminen zum Thema haben, macht deutlich, wie unklar die Diskussion geführt wird – ob absichtlich oder aus Unkenntnis soll hier nicht näher betrachtet werden.

2. Panzerabwehrminen

Panzerabwehrminen sind industriell gefertigte Kampfmittel, die dem Zweck dienen, Fahrzeuge – insbesondere Kampfpanzer – nachhaltig zu stoppen bzw. kampfunfähig zu machen.

Sie werden meist großflächig in Minensperren verlegt, um so dem Gegner die Nutzung bestimmter



Geländeabschnitte zu verwehren. Mit diesen Sperren sollen gegnerische Panzerkräfte abgenutzt werden – damit werden eigene Kräfte gespart bzw. in ungünstigem Gelände nicht gegnerischem Einwirken ausgesetzt – oder sie werden in bestimmte Richtungen gelenkt, in denen die eigene Panzerabwehr optimal genutzt werden kann. In jedem Fall dienen Sperren immer dem **Schutz der eigenen Truppe**.

Panzerabwehrminen älterer, einfacher und billiger Bauart wurden/werden meist metalllos gefertigt und manuell verdeckt (d.h. eingegraben) verlegt, um die optische Entdeckung oder auch die mit handelsüblichen Metalldetektoren zu verhindern und so ihre Sperrwirkung möglichst lange zu erhalten. Minen dieser Generation werden über Druckzünder ausgelöst; dies bedeutet, dass das Zielfahrzeug die Mine überfahren muss um sie zur Wirkung bringen. Diese Wirkungsweise hat zur Folge, dass solche Minen sehr dicht und damit in großer Stückzahl verlegt werden müssen. Sie sind aufgrund ihrer einfachen Konstruktion jahrelang wirksam, können aber mit mechanischen Räummitteln im Gefecht relativ einfach beiseite geräumt werden, um mit Kampffahrzeugen durch eine Sperre hindurch fahren zu können.

Wirkungsweise und Räumresistenz wurden im nächsten Schritt durch die Einführung neuer Zünder, die Panzer auf der gesamten Fahrzeugbreite bedrohten, verbessert. Damit konnte die Anzahl der einzusetzenden Minen deutlich reduziert werden. Diese neuen elektronischen Zünder konnten aber nur aus Metall hergestellt werden, was zwar die Detektion erleichterte, den suchenden Soldaten wegen der höheren Empfindlichkeit des Zünders jedoch weiter stark gefährdete. Andererseits war die Langzeitgefährdung allein dadurch schon reduziert, dass solche moderneren Zünder stromabhängig sind und somit nur zeitlich begrenzt wirksam bleiben.

Immer noch aber waren die eigenen Pioniere, die die Sperren – eigene und gegnerische – räumen müssen, einer extrem hohen Gefährdung beim Räumen ausgesetzt, auch wenn **Minensperren** überwiegend **nach festgelegten**

Mustern verlegt und exakt vermessen wurden. Und immer noch war einmal mit Minen gesperrtes Gelände sehr lange auch der eigenen Nutzung entzogen. Minen als entscheidendes Defensivkampfmittel gegen überlegenen Panzerfeind waren andererseits aber unverzichtbar.

So erfolgte als nächster und entscheidender Schritt die Entwicklung von Minen, die sich nach Ablauf einer voreingestellten Wirkzeit entweder selbständig abschalten oder sogar selbst zerstören. Diese Minen können auch maschinell mit Minenverlegern sowie als Wurfminen mit Wurfsystemen über Entfernungen von etwa 100m ausgestoßen und auch mit Artilleriegeschützen über viele Kilometer Entfernung relativ zielgenau (der Autor ist Pionieroffizier!) verschossen werden. Diese Fähigkeit zur Selbstneutralisierung diente zum einen der rechtzeitigen Verfügbarkeit von zeitweise gesperrtem Gelände für eigene Operationen, zum andern der Reduzierung der Gefährdung der eigenen Truppe, weil so die Suche nach wirkbereiten Minen entfällt – abgeschaltete Minen müssen nach Ablauf der Wirkzeit nur noch „eingesammelt“ werden.

Das VN-Minenprotokoll leitet seine Regelungen aus der generellen **Verpflichtung jeder Kriegspartei ab, „die von ihr verwendeten Minen zu räumen, zu beseitigen, zu zerstören und zu unterhalten.“** Für hand- und maschinell verlegte Minen bedeutet dies im Wesentlichen die Verpflichtung zur exakten Vermessung einschließlich der Dokumentation und Überwachung/Kennzeichnung/Einzäunung – in den NATO-Staaten seit vielen Jahren verbindlich in Vorschriften und STANAG's (NATO-Standardisierungsabkommen) befohlen. Für **fernverlegte Panzerabwehrminen** legt das Minenprotokoll die Verwendung eines **Selbstneutralisierungs- bzw. Selbstzerstörungsmechanismus** verbindlich fest, weil diese sich nicht vermessen und genau dokumentieren lassen.

3. Schützenabwehrminen

Schützenabwehrminen sind industriell gefertigte Kampfmittel, die dem Zweck dienen, abgesehen

kämpfenden Feind kampfunfähig zu machen.

Sie werden zusammen mit Panzerabwehrminen in großflächigen Sperren verlegt, um das Vordringen absitzender Infanterie zu verhindern und um das manuelle Räumen dieser Sperren zu erschweren. Darüber hinaus kann stark bedecktes Gelände (z.B. Waldgebiete abseits von Straßen und Wegen oder Buschgelände) mit Schützenabwehrminen so wirksam und nachhaltig gesperrt werden, dass eigene Kräfte gespart werden.

Im Grunde existieren zwei verschiedenen Typen: Minen mit Druckzündern – diese werden dadurch ausgelöst, dass Personen auf die Mine treten – und Splittermine, die über einen Zugdraht ausgelöst werden und i.d.R. Stahlsplitter in alle Richtungen schleudern.

Schützenabwehrminen werden manuell und verdeckt verlegt. Sie sind sehr häufig metalllos konstruiert und damit nicht zu detektieren. Hinzu kommt noch, dass sie wegen der relativ geringen Sprengstoffmenge sehr klein sein können (mitunter nur wenige Zentimeter im Durchmesser). Außerdem wirken sie aufgrund ihres einfachen, stromunabhängigen Zündmechanismus im Grunde unbegrenzt.

Modernere Entwicklungen haben in den letzten Jahren nicht stattgefunden, weil der Kampf gegen gepanzerten Gegner bei den wesentlichen minenproduzierenden Staaten immer im Vordergrund stand. In Verbindung mit maschinell oder fernverlegten Panzerabwehrminen konnten aber zu keinem Zeitpunkt Schützenabwehrminen verlegt werden.

Der „Gefährlichkeit“ von Schützenabwehrminen wurde im Zusammenhang mit der Handverlegung mit der exakten Vermessung – oft der einzelnen Mine – Rechnung getragen. Dies geschah immer – und dies will der Autor hier deutlich herausstreichen – in erster Linie zum Schutz der eigenen Pioniere, die diese selbst verlegten Minen wieder aufnehmen mussten. Im Nebeneffekt kommt dies selbstredend auch der eigenen Zivilbevölkerung zugute.

Hier sei das **Beispiel der ehemaligen innerdeutschen Grenze** angeführt. Die dort von den Grenztruppen der DDR ausschließlich verlegten Schützenabwehr-

Raketenwerfer des Artillerieraketensystems MARS mit dem Panzerabwehrminen mit voreingestellter Wirkzeit verschossen werden können. Ist die Wirkzeit abgelaufen, zerstören sich die Minen von selbst. Damit wird die Forderung des VN-Minenprotokolls erfüllt.
(Foto: Medienzentrale der Bundeswehr)

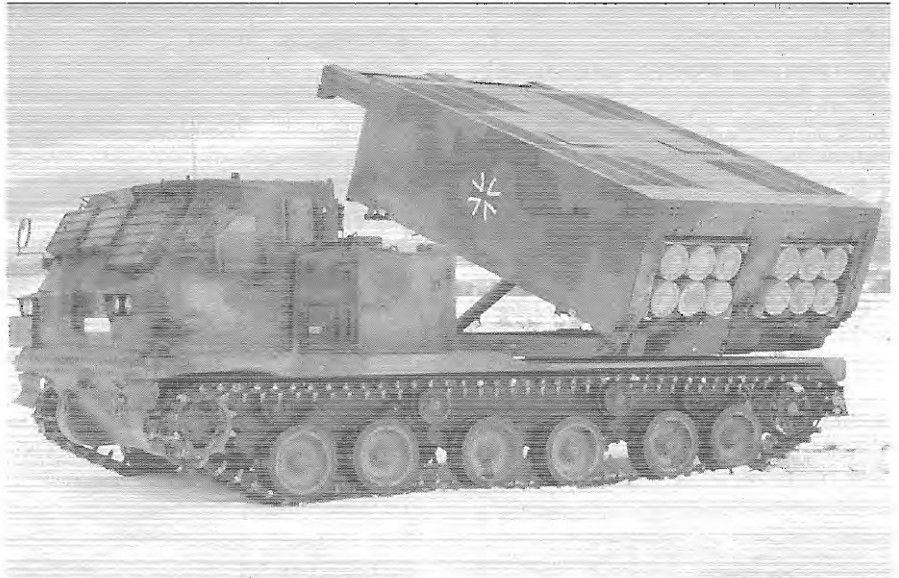
minen waren akkurat vermessen, um dem Verlegenden selbst das Wiederaufnehmen zu ermöglichen.

4. Was hat zum Verruf der Minen geführt?

Minen, insbesondere Schützenabwehrminen, sind in den letzten Jahren vor allem im Rahmen von Bürgerkriegen von allen Kriegsparteien verlegt worden.

Ein Verlegezweck ist zumindest auch für unser Denken nachvollziehbar und sehr wohl honorig zu begründen. In manchen Bürgerkriegsregionen der Dritten Welt wurden Schützenabwehrminen mitunter in großen Ringen um Orte oder Städte gelegt, um zu Fuß vordringende Kämpfer abzuhalten – diese **Minengürtel** sind dort als effektiver, durch kaum ein anderes Mittel ersetzbarer **Zaun** zu betrachten. Oft sind diese in ihrer Lage zumindest grob bekannt, wenn auch eine exakte Dokumentation und Vermessung nicht stattgefunden hat. Angesichts der Massaker in algerischen Dörfern in den letzten Wochen ist solch eine Nutzung von Schützenabwehrminen ein wohl probates und angemessenes Mittel.

Das wesentliche Problem stellen aber oft genug die nicht zu militärisch-taktischen Zwecken angelegten Minensperren dar. Hier ist die Rede von Minen, die dazu verlegt – besser eigentlich „wie Hühnerfutter verstreut“ – wurden und immer noch werden, der Zivilbevölkerung das Leben in bestimmten Landstrichen unmöglich zu machen, sie in letzter Konsequenz also zu vertreiben. Dass dieses Gebiet damit jeder Nutzung entzogen wird, spielt bei der offensichtlichen Kurzsichtigkeit und niederen Gesinnung der Anwender eine nachgeordnete Rolle. Die im Grunde **terroristische Motivation** macht nach wie vor den



Einsatz von Minen in Gebieten scheinbar sinnvoll, in denen zwar militärisch „nichts zu gewinnen“ ist, die es aber ethnisch zu „säubern“ gilt.

Und dies gelingt ohne hohen finanziellen Aufwand. Denn alte metalloide Minen sind Billigminen, moderne Minen sind um ein vielfaches teurer. Daraus lässt sich leicht ableiten, dass in den heutigen Krisenregionen, die i.d.R. den armen Ländern zuzuordnen sind, überwiegend diese billigen Minen als sog. „**Waffe des armen Mannes**“ verwendet werden.

Als willkommener Effekt wird der Umstand genutzt, dass gerade Schützenabwehrminen sehr klein und wegen fehlender Metallanteile mit Metallsuchgeräten nicht zu detektieren sind. So bleibt zurzeit, da es noch kein mechanisches Räumsystem mit hinreichend hoher Räumsicherheit und -zuverlässigkeit gibt, nur das gefährliche und zeitaufwendige Suchen mit der Minensuchnadel, die man sich als überdimensionierte Stricknadel mit Handgriff vorzustellen hat. Mit den derzeit verfügbaren Such- und Räummethode kann nur ein Bruchteil der Minen, die täglich neu hinzukommen, geräumt werden. Diese erschreckende Tatsache ist es, die dem Problem seinen derzeitigen Stellenwert gibt und die zu internationalen Anstrengungen geführt hat, eine Lösung zu finden. Hierzu gehört auch die Verschärfung der Regeln des VN-Minenprotokolls als kleinster gemeinsamer, internationaler Nenner.

5. Sachstand

Über die Bestimmungen des Minenprotokolls hinaus haben inzwischen viele Staaten – darunter neben Deutschland auch mehrere andere NATO-Staaten – auf die Produktion, Lagerung und den Einsatz von Schützenabwehrminen verzichtet. Dies ist in der Erkenntnis geschehen, dass der missbräuchliche, den völkerrechtlichen Regeln nicht entsprechende Einsatz durch neue Regeln kaum verhindert werden kann. Schließlich entspricht der Einsatz der überwiegenden Masse der heutzutage verlegten Landminen auch schon nicht den völkerrechtlichen Regeln. Nur ein **vollständiger Produktionsverzicht** wird das **Problem der Schützenabwehrminen langfristig lösen**.

Diese Erkenntnis wird sich in den nächsten Jahren durchsetzen, auch wenn das VN-Minenprotokoll den Einsatz von Schützenabwehrminen unter strengen Auflagen – z.B. müssen alle diese Minen zukünftig einen Metallanteil enthalten, der die Detektion mit handelsüblichen Metalldetektoren ermöglicht – zulässt. Die Vorgabe des Protokolls über das In-Kraft-Treten nach Vorlage von 20 Ratifikationsurkunden beim Generalsekretär der VN wird ebenso wie die Übergangsregelung bis zur vollständigen Anwendung des Protokolls von der Entwicklung hin zur vollständigen Ächtung der Schützenabwehrminen überrollt werden.

Die **Bundeswehr erfüllt** mit allen eingeführten Panzerabwehr-

minen technisch und in Bezug auf den Einsatz **alle Auflagen auch des neuen Protokolls uneingeschränkt** – Änderungen wurden nicht erforderlich. Durch die Entscheidung des Bundesministers der Verteidigung von 1996, ganz auf Schützenabwehrminen zu verzichten, ist international ein Signal gesetzt worden, das in internationalen Konferenzen zur „Ächtung von Landminen“ (gemeint sind immer Schützenabwehrminen) umgesetzt werden soll.

Panzerabwehrminen – dies sei hier noch einmal der Vollständigkeit halber angeführt – sind dem Prinzip nach und bei Erfüllen technischer und besonders einsatzbezogener Auflagen **als dem Völkerrecht entsprechendes Kampfmittel unstrittig**.

6. Christ und Minen?

Kann ein Offizier und Christ nur die loyale „gute Mine“ zum bösen Spiel machen?

Für den Autor war und ist die **Mine** und deren geplanter Einsatz ein **herausragender Indikator für defensiv ausgerichtete Armeen**. Und die Verteidigung gegen gewaltsame militärische Angriffe, der Schutz der eigenen Bevölkerung gegen solche Gefährdung ist ethisch vertretbar.

Über viele Jahre waren entlang der Grenze zum Warschauer Pakt sorgfältig im Rahmen der Verteidigungsplanung Sperren, vor allem Minensperren, vorgesehen. Die hierzu erforderlichen Minen wurden grenznah gelagert und wurden mit viel Aufwand gewartet und

verwaltet. Alle vorbereiteten Sperren waren auf dem Boden der Bundesrepublik Deutschland eingeplant und immer spielte bei dieser Planung eine wesentliche Rolle, dass Pioniere die eigenen Minensperren im Laufe des Gefechts oder nach Beendigung der Kampfhandlungen selbst wieder aufzunehmen hatten. Es ist unter diesen Vorgaben sicher leicht verständlich, dass das Anlegen der Sperren mit Akribie geplant und in den Abläufen minutiös geübt war.

Das Fehlen von wirksamen Minenräumgeräten auf Seiten der Heere der NATO – im Gegensatz zu denen des Warschauer Paktes, in denen reichlich Minenräumgeräte angebaut an Kampfpanzern vorhanden waren (sog. KMT-Geräte, Minenräumpflüge und Minenroller) – war zusätzlicher Hinweis auf den defensiven Charakter der westlichen Armeen. Die Entwicklung neuer Minen wurde immer auch unter dem Aspekt der Verbesserung der Räumresistenz gegen die bekannten Räumgeräte des Warschauer Paktes gesehen. Und Minen waren und sind nach wie vor kosteneffektive Mittel zur Bekämpfung von Kampffahrzeugen. Demgegenüber fehlen wirksame Räummittel in den westlichen Staaten nach wie vor, wie der Golfkrieg zuletzt zeigte.

Der Defensivcharakter der Mine wird durch missbräuchlichen, terroristischen Einsatz insbesondere in Bürgerkriegen der Dritten Welt (aber auch in Ex-Jugoslawien) ins Gegenteil verkehrt. Und mitunter gewinnt man hierzulande den Eindruck, als würde

von den Minen der Bundeswehr eine ähnliche, terroristische Gefährdung ausgehen. Welch eine Unterstellung, wenn man weiß, dass sogar der Irak vor Beginn des Golfkrieges die Masse seiner Minensperren exakt nach Schema verlegt hat.

Gerade das Beispiel von Schützringen aus Schützenabwehrminen in Afrika zeigt angesichts der bevorstehenden Ächtung dieses Waffentyps auf, in welchen Konflikt man gerade als Christ kommen kann. **Was können die reichen Länder den Menschen in den ärmeren Regionen denn als Schutzalternative bieten?**

7. Fazit

Angesichts der veränderten Bedrohungslage und unter Berücksichtigung der verbesserten Wirksamkeit von modernen Panzerabwehrminen, ist das Reduzieren der Minenbestände insgesamt problemlos hinzunehmen. Der Verzicht auf den Einsatz von Schützenabwehrminen ist als politische Entscheidung und als politisches Signal nach außen zu akzeptieren. Zu bedenken ist allerdings, dass Alternativen für Schützenabwehrminen in ihrer Funktion als Schutz gegen infanteristisch kämpfenden Gegner in unübersichtlichem Gelände derzeit nicht vorhanden sind. Bleibt abschließend die Erkenntnis, dass Minen der Bundeswehr das weltweite Minenproblem nicht verursacht haben, und die Hoffnung, dass die Ächtung von Schützenabwehrminen zumindest auf lange Sicht ein Problem lösen helfen.

Für den Christen bleibt die zusätzliche Hoffnung, dass durch die Schaffung gerechter internationaler Strukturen Armeen irgendwann nicht mehr benötigt werden. □



Scorpion. Minenverlegefahrzeug der Pioniertruppe zum Anlegen von vermessenen und zeitlich begrenzt wirksamen Minenfeldern.

(Foto: Medienzentrale der Bundeswehr)

Friedensbewegung schürte Angst vor Atomtod

Erinnerungen aus Anlass der geplanten Osterweiterung des nordatlantischen Bündnisses

Felix Raabe

Der Madrider Beschluss der Nato, Polen, die tschechische Republik und Ungarn zu Beitrittsverhandlungen einzuladen, stellt in der fast fünfzigjährigen Geschichte des westlichen Verteidigungsbündnisses einen Schritt von großer historischer Tragweite dar. Vor zehn oder gar fünfzehn Jahren hätte man sich eine solche Entwicklung nur schwer vorstellen können. Möglich wurde sie durch eine Friedens- und Sicherheitspolitik der Nato-Staaten, die nicht bereit war, vor der totalitären kommunistischen Bedrohung zu kapitulieren, und so mit dazu beitrug, dass eine Veränderung der Situation im Osten Europas in Gang kam. Eine Bewährungsprobe besonderer Art hatte diese Politik in den politischen Auseinandersetzungen zu Beginn der achtziger Jahre zu bestehen. Damals stand die Nato nicht nur unter dem Druck der Staaten des kommunistischen Warschauer Pakts, sondern musste sich auch gegen eine „Friedensbewegung“ zur Wehr setzen, die alles unternahm, um die politische Kraft des Bündnisses zu schwächen und seine militärischen Verteidigungsanstrengungen zu diskreditieren.

Im Mittelpunkt der damaligen Auseinandersetzungen stand der Nato-Doppelbeschluss von 1979. Mit ihm reagierten die Bündnispartner auf die Stationierung neuer und gefährlicherer Raketen der Sowjetunion, die das militärische Gleichgewicht in Mitteleuropa zugunsten des Warschauer Pakts verändert hatte. Die Nato bot der Sowjetunion Verhandlungen über die Begrenzung von Raketen an, ließ sie zugleich aber auch wissen, dass sie für den Fall des Scheiterns dieser Verhandlungen ebenfalls neue Raketen in Europa stationieren werde.

Beispiel rationaler Politik

Dieser Doppelbeschluss zielte nach dem Prinzip der Gegenseitigkeit auf die Wiederherstellung des Gleichgewichts. Zudem enthielt er ein Element vertrauensbildender Vorleistung, insofern er für vier Jahre das vorhandene Ungleichgewicht in Kauf nahm und eigene Rüstungsmaßnahmen aufschob, um in dieser Frist eine Übereinkunft zur Abrüstung zustande zu bringen. Ein Beispiel rationaler und kalkulierbarer Politik.

Gegen diese Politik machte die Friedensbewegung in der Bundesrepublik mobil. Mehrere Jahre lang setzte sie alles in Gang, um die westliche Friedenspolitik unglaubwürdig zu machen und die Nachrüstung zu verhindern. Von ihren Lobrednern in Politik, Zeitungen und Rundfunk, in bestimmten intellektuellen Milieus wurde die Bewegung zur größten Bürgerinitiative aller Zeiten hochstilisiert. Sie zeichnete sich vor allem durch ein Gemisch von Vorurteilen, besonders gegen die Vereinigten Staaten durch radikalen Moralismus, unpolitischen Idealismus, durch merkwürdige Unempfindlichkeit gegenüber der kommunistischen Herrschaftspraxis im Ostblock, durch große Angst und viel taktische Raffinesse aus.

Loyalität aufgekündigt

Das Sagen in dieser „Friedensbewegung“ hatten vor allem Leute, die oft schon seit den fünfziger Jahren in verschiedenen Aktionen und Bewegungen gegen Wiederbewaffnung, Atomtod, Notstandsgesetze und anderes mehr agitiert und dabei Erfahrungen im Umgang mit der öffentlichen Meinung und wie man sie manipuliert gesammelt hatten. Sie hatten auch

keine Berührungängste gegenüber Kommunisten, die natürlich alles unternahmen, um die Friedensbewegung für die Ziele sowjetischer Großmachtpolitik einzuspannen.

Adalbert Weinstein schrieb 1983 in der F.A.Z.: „Politische Profis des Widerstands versuchen den Eindruck zu erwecken, eine Mehrheit bekämpfe mit verzweifelter Leidenschaft den Nato-Doppelbeschluss.“ Dass die Wähler ihren Vorstellungen eine Absage erteilt hatten und die Bundesregierung mit großer Mehrheit unterstützten, die für den Beschluss in seinen beiden Teilen stand, focht sie in ihrem Erwählungsbewusstsein nicht an. Sie glaubten sich ermächtigt, dem Staat die Loyalität aufkündigen zu können und Widerstand leisten zu dürfen.

Zur Rechtfertigung dieses Widerstands wurde suggeriert, die Nachrüstung führe geradewegs in den Atomtod und mit der Politik der Nato solle mutwillig der Untergang herbeiführt werden. Mit solchen Behauptungen, aber auch mit scheinbar objektiven Informationen spekulierten die Strategen der Friedensbewegung auf irrationale Ängste. Zugleich versuchten sie mit Hilfe ihnen gewogener Journalisten den Eindruck zu erwecken, eine Welle von Angst und Entrüstung erschüttere die Republik.

Günter Grass erklärte, die Großmächte verfolgten das Wahnsinnskonzept des kalkulierten Völkermordes, Deutschland sei als atomarer Kriegsschauplatz vorgesehen, in dieser Lage sei Bündnistreue feige Anbiederung, Widerstand folglich geboten. Unterstützung kam auch von manchen sozialdemokratischen Politikern, die insbesondere nach dem Verlust der Regierungsverantwortung der

SPD im Oktober 1982 versuchten, das Potential der Friedensbewegung so weit wie irgend möglich zur SPD herüberzuziehen. Lafontaine, damals im Bundesvorstand der Sozialdemokraten, befürwortete 1983 sogar einen Generalstreik zur Verhinderung der Nachrüstung.

Für 1983 wurde ein „heißer Herbst“ mit zahllosen Veranstaltungen und Aktionen geplant, so etwa nach dem Motto „das Volk steht auf, der Sturm bricht los“. Vor allem Blockaden von Kasernen und Raketendepots wurden jetzt zu einer Art Volkssport. Höhepunkt dieses neuen „Fronterlebnisses“ war es jedes Mal, wenn sich die Blockierer – möglichst vor laufenden Kameras und unter Blitzlichtgewittern – von Polizisten wegtragen ließen. Derartige Veranstaltungen zogen besonders vor dem Raketendepot in Mutlangen auch scharenweise Prominente oder solche, die sich dafür hielten, an.

Auch in den Kirchen tummelten sich die Parteigänger der Friedensbewegung, in der katholischen Kirche weniger, dafür umso mehr in der evangelischen. Hier wie dort traten sie mit einem ausgeprägt prophetischen Gehabe auf, das die Grenzen des Erträglichen bei weitem überstieg und Glauben und Theologie zum Instrument einer ganz bestimmten Auffassung von Sicherheitspolitik zu machen versuchte. Das führte zu Parteilungen in den Gemeinden, zu Streit und zu Zerwürfnissen in Gruppen und Verbänden und nicht zuletzt zum Auszug zahlreicher Menschen aus den Kirchen. Papiere über Papiere wurden mit größter Hingabe diskutiert, beschlossen und unter das Kirchenvolk gebracht. Sie waren meist sprechender Ausdruck einer von den Bewegten selbst geschaffenen Welt, in der diese ihre Behauptungen, Ängste und Träume für die Wirklichkeit hielten. Dabei wurde die Tonart immer schärfer.

Feindbilder aufgebaut

1982 teilte die Bundesleitung der Katholischen Jungen Gemeinde ihren Mitgliedern in einem offenen Brief „in letzter Stunde“ mit, dass der Nato-Doppelbeschluss die Widersprüchlichkeit und Irrationalität westlicher Sicherheitspoli-

tik auf die Spitze getrieben habe und dass eine nukleare Katastrophe „wahrscheinlicher wird, wenn der Nato-Doppelbeschluss in einem Jahr realisiert werden sollte“. Angst und Endzeitstimmung wurden geschürt, Rechts- und Verfassungsbegriffe nach Belieben ausgelegt.

Johann Georg Reißmüller schrieb damals in der „Frankfurter Allgemeinen Zeitung“ über die „virtuose Begriffs-Akrobatik“ der Friedensbewegung und über den „Rechtsnihilismus“, der hinter ihren verwegenen Rechtsbehauptungen sichtbar werde. Der Generalsekretär des Zentralkomitees der deutschen Katholiken, Friedrich Kronenberg, qualifizierte im Jahr 1984 das Grundlagendokument für eine „Versammlung der Christen in der Friedensbewegung“, zu deren Veranstaltern neben zahlreichen evangelischen Organisationen auch der Bund der Deutschen Katholischen Jugend gehörte, als ein Beispiel dafür, „wie mit haltlosen Unterstellungen, mit Desinformationen und mit großer Selbstgerechtigkeit Feindbilder aufgebaut und Menschen von wirklicher Arbeit für Demokratie und Frieden abgelenkt werden“.

Sich selbst disqualifiziert

Heute, nach so vielen Jahren kann man sich nur über das hohe Maß an Irrationalität und Hysterie wundern, das damals zahlreiche Zeitgenossen umtrieb. Aber

damit disqualifizierte sich die Friedensbewegung schließlich auch selbst. Ihre Aktionen, so lästig und bisweilen gefährlich sie auch waren, blieben letztlich nur „politische Kartoffelfeuer“, wie Weinstein treffend schrieb. Aus ihnen ließ sich auch mit Hilfe der Medien kein Flächenbrand zaubern.

Da die Sowjets – wohl auch in falscher Einschätzung der Friedensbewegung glaubten, die Nachrüstung ohne eigene Zugeständnisse verhindern zu können, realisierte der Westen schließlich den zweiten Teil des Doppelbeschlusses. Die vielbeschworene Apokalypse blieb aus, und es kam auch nicht zu einer Eiszeit in den Ost-West-Beziehungen, wie immer wieder behauptet worden war. Im Sowjetblock begann vielmehr ein Prozess des Umdenkens. Im Jahr 1988 sprach als erster Vertreter eines Warschauer-Pakt-Staates Gyula Horn auf einer Nato-Tagung in Hamburg. Vor dem Rathaus traf er auf Hunderte von Jugendlichen, die gegen die Nato protestierten.

Georg Paul Hefty hat vor kurzem in der „Frankfurter Allgemeinen Zeitung“ berichtet, welche Empfindungen Horn, heute Ministerpräsident von Ungarn, damals hatte: „Eine ziemlich vertrackte Situation, die wollen die Organisation loswerden, und wir wollen ihr näher kommen.“ Ein Jahr später war die friedliche Revolution in Osteuropa in vollem Gange. Die Friedensbewegung hat dazu nichts beigetragen. □

Geblieben ist das Feindbild „Soldat“

Die Tradition der Einzelfälle und die Spirale der Gewalt – Stellungnahme des Geschäftsführenden Vorstandes von PaxChristi zum Soldatenvideo von Hammelburg

Vergewaltigungen, Hinrichtungen und Folterungen werden auf einem Video von Bundeswehrsoldaten dargestellt. Das Video wurde gedreht auf militärischem Gelände am Rande einer Truppenübung zur Vorbereitung bewaffneter Auslandseinsätze. Das ist ein Skandal.

Beschämender sind nur noch die Reaktionen der Bundeswehr-

führung. Wieder wird verharmlosend von Einzelfällen gesprochen. Wieder will man rechtsextreme Tendenzen in der Bundeswehr nicht erkennen. Wieder haben die Taten mit dem Alltag der Bundeswehr angeblich nichts zu tun.

Der Geschäftsführende Vorstand von Pax Christi verurteilt das Verhalten der Soldaten und die Reaktion der Bundeswehrführung.

Die rechtsextremen, so genannten Einzelfälle haben sich in den vergangenen Jahren u.a. in Form von ausländerfeindlicher Gewalt, nationalsozialistischen Parolen und Gewalt gegen Soldaten summiert. Das ruft schlimmste Erinnerungen an die deutsche Vergangenheit der nationalsozialistischen Wehrmacht hervor. Bilder, wie sie junge Männer aus den Geschichtsbüchern über die Zeit von 1939 bis 1945 kennen, werden nachgestellt: Progrome, Vergewaltigungen, Morde. Eine schreckliche Tradition lebt fort. Hatte die Bundeswehr nicht bei ihrer Gründung mit dieser Tradition brechen wollen?

Die Ereignisse zeigen auch, dass jede Form soldatischer Vorbereitung auf einen militärischen Einsatz die Gefahr in sich birgt, in

eine Spirale der Gewalt zu geraten. Wenn sich die Bundeswehr auf die Form militärischer Konfliktaustragung vorbereitet, wird sie immer in der Gefahr stehen, in die Mechanismen zu verfallen, die sie verhindern will. Vorgänge wie die in Hammelburg fallen auf die Bundeswehr selbst zurück und sind von dieser zu verantworten. Schuldzuweisungen an einzelne Soldaten oder pauschal an die Gesellschaft sind billige Entlastungen und führen zur Selbsttäuschung. Nicht allein der einzelne Soldat oder die Gesellschaft als ganze haben diese Form rechtsextremer Gewalt zu verantworten, sondern vor allem die Institution, die die jungen Mitglieder den Umgang mit Waffen lehrt.

Bad Vilbel, 9. Juni 1997

Militärbischof Dyba kritisiert Pax-Christi-Stellungnahme zum „Hammelburg-Video“

Fulda/Bonn, 17.06.97: Als sachlich falsch, unangemessen und die Führung der Bundeswehr und ihre Soldaten beleidigend bezeichnete der Katholische Militärbischof für die Deutsche Bundeswehr und Bischof von Fulda, Erzbischof Johannes Dyba, eine „Stellungnahme des Geschäftsführenden Vorstandes von Pax Christi zum Soldaten-Video von Hammelburg“ vom 9. Juli. Pax Christi hatte die Reaktion der Bundeswehrführung als beschämende Verharmlosung rechtsextremer Tendenzen qualifiziert, die mit dem „Alltag der Bundeswehr zu tun“ hätten.

Militärbischof hob hingegen hervor, dass der Video-Vorfall, den auch er als Bischof der katholischen Soldaten scharf verurteile, singulär und ein extremer Sonderfall sei. Die Bundeswehrführung, militärische Vorgesetzte und Soldaten der Bundeswehr hätten vielmehr in Vorbereitung und Durchführung friedenssichernder Aktionen in den vergangenen Jahren unter Beweis gestellt, dass sie sich dieser schwierigen Aufgabe ethisch verantwortungsbewusst und soldatisch korrekt stellten. Dies sei in der katholischen Kirche unbestritten und dafür gebühre ihnen unsere Anerkennung.

Den Vorwurf von Pax Christi, die Vorbereitung der Bundeswehr auf die Form militärischer Konfliktaustragung berge die Gefahr in sich, „in die Mechanismen zu verfallen, die sie verhindern will“, nannte der Militärbischof einen versuch grober Irreführung der Öffentlichkeit. Das völkerrechtlich und politisch legitim erteilte Mandat an die SFOR-Truppen beinhalte keine Kriegsvorbereitung, sondern eine unabwiesbare Voraussetzung für den weiteren Prozess zur Stiftung von Frieden und Versöhnung in Bosnien-Herzegowina.

Besonders niederträchtig sei in diesem Zusammenhang der pauschale Vergleich der Bundeswehr mit der „nationalsozialistischen Wehrmacht“. Man müsse sich fragen, woher Vertreter eines Verbandes, der jahrzehntelang falsche Urteile und Fehlprognosen in die Welt gesetzt habe, das Recht nähmen, im Namen „Christi“ weiterhin gesellschaftliche Brunnenvergiftung zu betreiben. Auf jeden Fall werde die Deutsche Bischofskonferenz die Stellung und Leitung dieses Verbandes innerhalb der Kirche zu prüfen haben.

(Pressemitteilung KMBA vom 16.07.1997)

Gemeinschaft Katholischer Soldaten zu Pax Christi:

Die Tradition der Verallgemeinerung und die Spirale der Voreingenommenheit – Pax Christi bleibt sich selbst treu

Pax Christi hat wieder einmal zur Bundeswehr Stellung genommen. Da haben auf einem Truppenübungsplatz sieben Soldaten im Übereifer und in falsch verstandener Vorbereitung für einen Einsatz im ehemaligen Jugoslawien - in ihrer Freizeit und ohne Wissen ihrer Vorgesetzten - Situationen simuliert und auf Video aufgenommen, die es im ehemaligen Jugoslawien - leider - gab: Vergewaltigungen, Folterungen, Hinrichtungen. Das wurde mit Recht beanstandet; die Bundeswehr hat auf dieses Fehlverhalten einzelner Soldaten angemessen reagiert und neben der Entlassung aus den Streitkräften - des Letzten der sieben, die anderen sechs sind sowie so nicht mehr Soldaten - die notwendigen Strafanträge gestellt.

Pax Christi allerdings hat wieder einmal eine Chance gewittert, der von dieser „Friedensbewegung“ ungeliebten Bundeswehr eins auszuwischen: Bei diesem Vorfall zeigt sich nach Ansicht des Geschäftsführenden Vorstandes - man fragt sich allerdings, wie lange sich Bischof Spital, der deutsche Präsident von Pax Christi, mit solchen Eigenmächtigkeiten noch abfinden kann - „Die Tradition der Einzelfälle und die Spirale der Gewalt“, was heißen soll: Hier handelt es sich eben nicht um Einzelfälle, die Bundeswehr ist vielmehr ein Hort von Gewalt gegen Soldaten, nationalsozialistischen Parolen und ausländerfeindlicher Gewalt und allgemein rechtsextremer Tendenzen. Soldatische Ausbildung führt zu einer Spirale der Gewalt und ist daher grundsätzlich abzulehnen.

Katholische Soldaten verwahren sich gegen diese Unterstellungen der so genannten katholischen Friedensbewegung Pax Christi, der es offensichtlich darauf an-

kommt, den Frieden in unserer Gesellschaft zu stören. So sehr der Zwischenfall in Hammelburg zu verurteilen ist, er bleibt ein Einzelfall. Deutsche Soldaten leisten heute wie seit Gründung der Bundeswehr ihren verantwortungsvollen Dienst zur Erhaltung von Frieden, Freiheit und Sicherheit unseres Landes. Sie tun dies aus einem ethisch geprägten Bewusstsein der Mitverantwortung für das Wohl unseres Staates und ihrer Mitbürger. Die Beteiligung an internationalen Friedenseinsätzen im Rahmen der Vereinten Nationen, wie jetzt im ehemaligen Jugoslawien, zeigt darüberhinaus, dass deutsche Soldaten und deutsche Streitkräfte bereit sind, sich auch für „Sicherheit und Freiheit der Völker“ einzusetzen, wie dies das 2. Vatikanische Konzil gefordert hat. Dieser Dienst geht über die reine Friedenssicherung hinaus, er dient

ohne jeden Zweifel der Förderung des Friedens und der Wiederherstellung der Gerechtigkeit in einem vom Bürgerkrieg schwer verletzten Land.

Diese neuen Aufgabenstellungen der Bundeswehr durch Teilnahme an IFOR und SFOR-Einsätzen fordern aber auch, dass nicht nur der Staat, sondern auch die ganze Gesellschaft diesen Auftrag und den Dienst der Soldaten mittragen. Soldaten, die sich heute viel konkreter mit dem Einsatz militärischer Gewalt, mit Töten, Getötetwerden, Geiselnahme und Sterben auseinander setzen müssen, benötigen die Vergewisserung und Erfahrung, dass die gesamte Gesellschaft ihren Auftrag und ihren Dienst vorbehaltlos mitträgt. Es scheint, dass Pax Christi sich dieser Solidargemeinschaft verweigern und den soldatischen Friedensdienst pauschal beschmutzen will.

GEFUNDEN IN DER F.A.Z.
VOM 02.08.1997

Wenn es Uniformträger sind

Ich möchte gerne das Gesicht eines Menschen sehen, der sich ein Vergnügen daraus macht, Gewaltvideos anzuschauen, wenn er ... sich das „Soldaten-Video von Hammelburg“ besorgt hat und entdecken muss, worin die Gewalttätigkeit besteht, was ihm eventuell verschlossen bleibt: im unbekümmerten Tragen einer Uniform. Vielleicht ist es auch die Naivität und ein kindlich anmutendes Verlangen, Dinge darzustellen, die wir alle lieber verdrängen würden, die so anstößig sind. Schon die Bezeichnung „harmlos“ würde einen gewalttätigeren Eindruck vermitteln, als ihn die Darstellung verdient. Es ist zu offensichtlich, dass Tritte, Schreie – alles gestellt ist. So kann man nur mutmaßen, dass das Bedrohliche in dem Wissen darin liegt, dass hier alles gestellt, anderswo hingegen in einer unbeschreiblich brutaleren Weise Realität ist. Der Weg, auf dem man hofft, aus diesem Dilemma herauszukommen, ist, den Soldaten das Tragen von Uniformen beziehungsweise ihre Zugehörigkeit zur Bundeswehr vorzuhalten. Es fällt schwer, diesen Vorwurf der Ehrabschneidung ernst zu nehmen und als glaubwürdig zu empfinden, wenn Träger von Uniformen staatlich sanktioniert als Mörder tituliert werden. Wenn die Meinungsfreiheit höher bewertet wird als die Ehre der Soldaten (und damit der Bundeswehr), dann sollte in einem Rechtsstaat dieser Wertmaßstab auch für Soldaten gelten.

Georg Hackmann, Hamburg

KURZ NOTIERT

Bischöfe wollen Magna Charta der Ökumene in Europa erarbeiten

Der Rat der katholischen Europäischen Bischofskonferenzen (CCEE) will mit der Konferenz Europäischer Kirchen (KEK) eine „Magna Charta der Ökumenischen Zusammenarbeit in Europa“ erarbeiten. Gerade im Hinblick auf das Jahr 2000 solle die Zusammenarbeit unter den Kirchen verstärkt werden, heißt es in einem am 6. Oktober 1997 veröffentlichten Kommuniqué zum Abschluss der 27. Vollversammlung des CCEE im polnischen Tschenstochau. Zugleich zogen die 31 Vorsitzenden der Europäischen Bischofskonferenzen eine positive Bilanz der Zweiten Ökumenischen Versammlung, die im Juli in Graz stattgefunden hatte.

Besorgt zeigten sich die CCEE-Vertreter über die Situation in Bosnien-Herzegowina. Hier sei das grundlegende Menschenrecht auf freie Rückkehr in die angestammte Heimat noch nicht gesichert, erklärten die Bischöfe. Sie riefen die verantwortlichen Politiker dazu auf, alles zu tun, um die uneingeschränkte Erfüllung der Dayton-

Verträge zu garantieren. Kritik übten die Bischöfe am neuen russischen Religionsgesetz; es bestünde die Gefahr einer zunehmenden Diskriminierung der Minderheiten. Mit Befriedigung wurden die Friedensgespräche in Nord-Irland zur Kenntnis genommen. Der Präsident der irischen Bischofskonferenz, Erzbischof Sean Brady, sprach von einer „historischen Entwicklung“, die große Hoffnungen auf eine friedliche Lösung des Konflikts geweckt habe. (KNA)



**WANG XIAO LEBT NICHT
VOM REIS ALLEIN**

missio

GESELLSCHAFT IN DEUTSCHLAND

Statistisches Bundesamt zählte 82 Millionen Einwohner

Das Bevölkerungswachstum in Deutschland hat sich verlangsamt. Ende 1996 lebten 82.012.000 Menschen in Deutschland, wie das Statistische Bundesamt Anfang August 1997 mitteilte. Das waren 195.000 oder 0,2 Prozent mehr als Ende 1995. Damals habe die Zunahme gegenüber dem Vorjahr 1994 noch 279.000 Personen beziehungsweise 0,3 Prozent ausgemacht, so die Statistiker. Für das zuletzt geringere Bevölkerungswachstum sei ein kleinerer Zuwanderungsüberschuss ausschlaggebend gewesen. 1996 seien 282.000 Personen mehr nach Deutschland gekommen als fortgezogen; 1995 seien es noch 398.000 gewesen.

Nach Darstellung des Statistikamtes ergibt sich der Rückgang des Zuwanderungsüberschusses im vergangenen Jahr aus einer deutlichen Abnahme der Zuzüge von Ausländern bei einem leichten Rückgang der Fortzüge. 1996 seien 708.000 Ausländer zugezogen, darunter 116.000 Asylbewerber. 1995 seien es noch 793.000 Ausländer gewesen, davon 128.000 Asylbewerber. Aus Deutschland fortgezogen seien vergangenes Jahr 559.000 Ausländer; 1995 seien es 567.000 gewesen. Die höchste Bevölkerungszunahme verzeichneten laut Statistikamt Rheinland-Pfalz und Schleswig-Holstein mit jeweils 0,6 Prozent. In den neuen Ländern habe sich mit Ausnahme Brandenburgs die Einwohnerzahl gegenüber 1995 erneut verringert. Zu diesem Rückgang habe neben dem Sterbefallüberschuss in geringem Maße auch die Abwanderung in das frühere Bundesgebiet beigetragen. 1996 hätten 166.000 Menschen aus den neuen Ländern ihren Wohnsitz in das frühere Bundesgebiet verlegt; 1995 seien es 168.000 gewesen. Von West- nach Ostdeutschland seien 152.000 Menschen gezogen; 1995 seien es 143.000 gewesen. Der daraus für die neuen Länder resultierende Abwanderungsüberschuss habe bei 14.000 Personen gelegen. Damit

habe sich die „Nettoabwanderung“ von Ost nach West erneut abgeschwächt. 1995 habe sie noch bei 25.000 Personen gelegen.

Die meisten Deutschen wollen höchstens 80 werden

44 Prozent der Deutschen wollen nicht älter als 80 Jahre werden. Höchstens 100 Jahre alt wollen 18 Prozent werden. Das geht aus Ergebnissen einer Forsa-Umfrage für die Zeitung „Die Woche“ von Anfang August des Jahres hervor. Jeder Vierte habe gesagt, es komme auf seine Verfassung an.

Vier Prozent hätten angegeben, sie wollten unsterblich werden. Ebenfalls vier Prozent wollten höchstens 60 Jahre alt werden.

Laut Erhebung haben 48 Prozent geäußert, sie versuchten bewusst, ein hohes Alter zu erreichen; 52 Prozent hätten dies jedoch verneint. Von denjenigen, die gezielt alt werden wollten, hätten 89 Prozent angegeben, sie wollten dies vor allem durch eine gesunde Ernährung erreichen. Außerdem hätten dafür 77 Prozent einen geringen oder keinen Alkoholkonsum und 72 Prozent den Verzicht auf das Rauchen genannt. 69 Prozent hätten Sport angegeben. Um 20 Lebensjahre bei halbwegs guter Gesundheit hinzuzugewinnen, ist laut der Befragung jeder Fünfte zum Austausch verschlissener Organe bereit. (KNA)

Deutschland mit höchster Zuwanderungsrate

AFP Paris/Bonn – In Europa bleibt Deutschland das Land, das die meisten Zuwanderer aufnimmt. Das geht aus dem Jahresbericht 1996 der Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (OECD) über internationale Wanderbewegungen hervor, der am Freitag in Paris veröffentlicht wurde.

Danach nahm Deutschland 1995 insgesamt 800.000 Menschen auf und lag damit mit weitem Abstand vor der Schweiz mit 88.000 Menschen, den Niederlanden (67.000), Frankreich (56.000), Belgien (53.000), Großbritannien (55.000) und Schweden (36.000). Insgesamt blieb die Zahl der Immigranten in den 29 OECD-Mitgliedsstaaten stabil oder ging sogar zurück.

Ein Sprecher des Bonner Innenministeriums sagte, der Bericht bewiese beeindruckend, dass die Diskussion über ein von SPD und Bündnis 90/Grünen gefordertes Einwanderungsgesetz „absurd und völlig überflüssig“ sei.

Einen deutlichen Rückgang verzeichneten die USA, wo nach 1,8 Millionen Zuwanderern 1991 im vorvergangenen Jahr nur noch 720.000 Neuankömmlinge regi-

striert wurden. Japan und Kanada nahmen 1995 jeweils 210.000 Menschen auf. In Kanada stammen die meisten Einwanderer aus Hongkong. 1994 wanderten 44.000 Einwohner der britischen Kronkolonie nach Kanada aus, 1995 waren es noch mehr als 31.000. In geringerem Maße nahmen auch die USA und Australien Zuwanderer aus der asiatischen Wirtschaftsmetropole auf.

Hauptgrund für die Zuwanderung bleibt den Angaben zufolge die Zusammenführung von Familien und ihren Angehörigen. Mit Ausnahme Großbritanniens stellte die OECD in allen Mitgliedsstaaten einen Rückgang der Asylanträge seit 1992 fest.

Die OECD kam ferner zu der Feststellung, dass ein „enger Zusammenhang“ zwischen der Zahl der Zuwanderer und der Arbeitslosenrate in einem Land nicht feststellbar sei. So verzeichneten etwa Luxemburg und die Schweiz – die beiden Staaten mit der höchsten Prozentzahl von Ausländern in der erwerbstätigen Bevölkerung – die geringste Arbeitslosigkeit.

(gefunden in *DIE WELT*
vom 19.07.1997)

„Ohne die Hilfe der Soldaten wäre alles viel schlimmer geworden“

Durch den Einsatz von zweimal rund 15.000 Soldaten im Oderbruch konnte die große Katastrophe verhindert und Mensch, Vieh, Haus und Hof weitgehend vor dem „Jahrhunderthochwasser“ geschützt werden. Die „Bewährungsprobe im Jahr Sieben der deutschen Einheit“ (MinPräs. Manfred Stolpe) begann für die Bundeswehr am 18. Juli 1997. Als das Hochwasser in der zweiten Augustwoche langsam sank, waren noch mehr als 10.000 Soldaten an der 162 km langen Deichlinie im Einsatz. Auch an der Beseitigung der Folgeschäden werden die Streitkräfte beteiligt sein.

Im Oderabschnitt bei Hohenwutzen waren vom 22.–31. Juli Soldaten vom Flugabwehrraketengeschwader 2 (Bad Sülze) eingesetzt. Der Geschwaderkommodore, Oberst Volker W. Böhler, hat seine Eindrücke in einem Tagebuch festgehalten, in das er AUFTRAG Einblick nehmen ließ.

Tagebuch eines Einsatzes im Oderbruch 1997

Volker W. Böhler

Bemerkungen zur Lage:

Am 22. Juli 1997 erhielten wir den Abmarschbefehl für den nächsten Tag. Die Einheiten unseres

600 Mann starken Kontingentes aus Mecklenburg-Vorpommern haben am 23. Juli gegen Nachmittag das Einsatzgebiet im Oderbruch erreicht und im Gymnasium in Wriezen Quartier bezogen. Unser Abschnitt am Deich reicht von Hohenwutzen bis Zollbrücke.

Die ersten Einsätze erfolgen noch in der Nacht und sind erwartungsgemäß unkoordiniert, da die Befehlsstrukturen noch nicht stehen. So dient der 24. Juli in erster Linie dem Aufbau einer Organisation, der Verbindungsaufnahme und der Erkundung unseres Abschnittes am Deich.

Lage am 25./26. Juli 1997:

Hohenwutzen am Oderknie wird zum neuralgischen Punkt, die Lage verschlechtert sich stetig. Bei Deichkilometer 6,9 ist es zu einer breiten Absen-

kung des Deichfußes gekommen. Im Dauereinsatz stabilisieren 250 Soldaten mit massiver Hubschrauberunterstützung den Deich, 300 Mann arbeiten an Schadstellen flussaufwärts. Um 20.00 Uhr können wir aufatmen, der Abrutsch ist unter Kontrolle.

Zwischenzeitlich verlaufen unsere Einsätze voll koordiniert. Die Befehlsstränge haben sich eingespielt. Wir haben gelernt, die „auserwählten von den berufenen Deichgrafen“ zu unterscheiden. Man kennt sich nun beim Namen. Die Arbeit geht Hand in Hand.

Noch in der Nacht entstehen bei Kilometer 67,9 neue Absenkungen und Risse im Deichweg, die Krone bleibt unversehrt.

Lage am 28. Juli 1997:

Seit dem 26. Juli arbeiten wir in Hohenwutzen rund um die Uhr. Wir haben eine halbe Million Sandsäcke verbaut, den Ablöserhythmus auf 6 Stunden verkürzt. Bei neuen Krisenlagen werden auch die ruhenden Kontingente an die „Front“ gebracht. Klaglos, ohne Murren, hochmotiviert versehen die Männer ihren Dienst, Hände und Arme zerschunden. Es ist „ihr Deich“, den es zu retten gilt. Eine tolle Truppe. Ein Formalist, der sich jetzt an der bunten Anzugsordnung stört. Ur-Opas Tätowierungen sind wieder modern geworden. Etwas greller allerdings, weg vom Einheitsblau; Drachen, Skorpione, Fantasieszenen. „Honi soit, qui mal y pense!“

Der Wasserstand sinkt nicht, die Fließgeschwindigkeit ist minimal, der Druck auf die aufgeweichten Dämme an der Fluss-Seite ist enorm. Es gibt keinerlei Anzeichen von Entspannung. Die Helikopter fliegen bis nach Mitternacht ununterbrochen.

Seit 5 Tagen ist unser gemischtes Einsatzkontingent aus Soldaten der Luftwaffe und der Marine nunmehr im Einsatz. Schwerpunkt unserer Arbeit ist der Abbruch bei Hohenwutzen sowie die Sicker- und Qualmstellen bei Spitz. Im Dauereinsatz flicken und stabilisieren wir den aufgeweichten Abschnitt, häufig auch mit Unterstützung durch das Heer.



29. Juli, 16.00 Uhr, neue Risse und Abbrüche auf der Höhe des Deichweges bei Hohenwutzen.



Lage am 29. Juli 1997, 05.00 Uhr:

Um Mitternacht entstand an der gesicherten Deichabsenkung bei Hohenwutzen wiederum eine kritische Lage. Risse, starke Durchfeuchtungen und Fließwasser im Bereich der Deichkrone. Wir stellen die Arbeiten flussaufwärts bei Kilometer 67,9 ein. Um 05.00 Uhr ist unser gesamtes Kontingent, verstärkt durch BGS und Freiwillige Feuerwehr im Einsatz, insgesamt 800 Mann. Seit 05.30 Uhr haben wir massive Hubschrauberunterstützung. Kleinlaster und Zweitonner der Truppe bringen Faschinen und Sandsäcke. Die Soldaten erreichen die Grenze ihrer Leistungsfähigkeit, Schlafzeiten entfallen, Reserven sind nicht mehr verfügbar. Dennoch sind wir guten Mutes, die Lage ist nicht hoffnungslos. Es handelt sich um eine Krise, die unter Kontrolle ist. Wir haben aufgehört, die Sandsäcke zu zählen.

Gegen 16.00 Uhr verschärft sich die Lage, neue Risse und Abbrüche auf der Höhe des Deich-

weges. Unser gesamtes Kontingent, verstärkt durch 200 Marine- und 150 Heeressoldaten ist in Hohenwutzen im Einsatz. Wir versuchen, die Verbindung zwischen Km 67,9 und 70,4 herzustellen. Der ganze Deich ist ein einziger Schwamm, nass und löchrig. Man hat das Gefühl er „läuft“ in Zeitlupe auf 100.000 Füßen. Halten wir den Deich? Die Fachleute geben eine Chance von 5-10 Prozent.

Ich blicke über die Oder zu unseren polnischen Nachbarn. Der Fluss hat eine ungeheure Breite angenommen, sodass man mit dem bloßen Auge den Kampf

Zwei der fast eine halbe Million Sandsäcke, die im Abschnitt des Geschwaders vorwiegend von Hand zu Hand weitergereicht wurden.

gegen das Wasser auf der anderen Seite nicht erkennen kann. Die Oder fließt träge, kaum merkbar. Eigentlich ein friedvolles Bild unter blauem Himmel. Wie anders habe ich mir die Gefahr eines Deichbruchs vorgestellt.

Heulender Orkan, peitschender Regen, Sturmflut à la Storm. Auf dem Deich die fahle Erscheinung des Schimmelreiters? Nichts von alledem! Sonne, Schwüle und eine unerträgliche Stille über dem Wasser. Die Gefahr im Oderbruch kommt schleichend, über Tage und Wochen.

Lage am 29. Juli 1997, 21.00 Uhr

Die Situation ist unverändert ernst. Alle Kräfte werden auf Hohenwutzen konzentriert. Es herrscht geordnetes Chaos. Kleinlaster fahren Kies, Faschinen und Sandsäcke an. Ketten von Soldaten bringen diese von der Ladefläche bis in den Fuß der Abrisse als Gegengewicht ein. Im rechten Winkel zur Basis mauern sie Sandsackpfeiler zur Deichkrone. Die Zwischenräume werden gefüllt, die Löcher scheinen bodenlos. Dennoch wachsen sie zu. Helikopter hängen wie Libellen in der Luft, immer vier in einer Kette. Einer wirft ab, die restlichen drei sind in einer Warteschleife, vier weitere im An- oder Abflug. Auf Pfiff räumen die Männer die Bruchstelle,



machen Platz für den Chopper, der die Last abwirft. Herr Gott, lass hier nichts passieren! Gib uns die Kraft diesen Deich zu halten und beschütze diese Männer und Frauen. Lass uns diese Not als Zeichen deiner Allmacht richtig verstehen.

Unser Ersatzkontingent ist eingetroffen. Die Marine wird mit 1.000 Mann unseren Abschnitt übernehmen. Heute sind wir seit sieben Tagen ununterbrochen im Einsatz. Verschleiß- und Erschöpfungszustände werden offenkundig. Viele Soldaten verrichten ihren Dienst am Deich armbandagiert. Die Motivation ist gut, heute haben wir wiederum den Deich halten können. Das Wort vom Wunder macht erstmalig die Runde.

Lage am 30. Juli 1997:

Unser Kontingent soll abgelöst werden, wir haben an die Marine übergeben und sollen um 14.00 Uhr den Rückmarsch antreten. Während des Ablöseappells kommt es in Hohenwutzen zu einem dramatischen Deichabbruch. Die Deichkrone stürzt auf eine Länge von ca. 80 Meter ein und verschlingt den Deichweg. Der Absturz ist 3 bis 4 Meter tief. Der Deichfuß ist weit in die Sumpfwiesen gedrängt worden. Soldaten der Marine, unterstützt durch Schlüsselpersonal aus dem abgelösten Luftwaffenkontingent arbeiten fieberhaft daran, den ka-

riösen Deich zu retten. Noch um Mitternacht scheint die Situation hoffnungslos. Unter Einsatz ihres Lebens stehen die Männer in der Bruchstelle und leisten Unglaubliches. Jeden Augenblick kann die dünne Wand der Krone einstürzen. Wegen der starken Vibrationen werden die Helikopterflüge eingestellt.

Lage am 31. Juli 1997:

Der Deich hat die Nacht über gehalten. Unser Einsatzkontingent ist in die Heimatstandorte abgerückt.

Die Lage ist kritisch, aber unter Kontrolle. Man spricht nun ganz offen von einem Wunder und ich glaube, es ist nicht nur so daherge-redet. Für das Deichfragment bei Hohenwutzen konnte man eigentlich keinen Pfifferling mehr geben. Viele haben verstanden, dass unsere Einsatzfreude, die hohe Motivation der Truppe, der Einsatz von Technik und die muskelzehrenden Sandsackberge nicht alleine ausreichten, um den Deich, ja das Oderbruch zu retten.

Ich bekenne es offen, hier hat Gott mitgewirkt. □



Der Innenminister des Landes Brandenburg Alwin Ziel (re) lässt sich auf dem Gefechtsstand im Gymnasium zu Wriezen durch Oberst Volker Böhler (Mi) in die Lage einweisen. (Fotos: FlaRakG 2)

KURZ NOTIERT

Von „Spendenflut“ kann keine Rede sein

Der Leiter von Caritas international, Martin Salm, hat Berichte über eine „Spendenflut“ nach dem Hochwasser an der Oder zurückgewiesen. In den eigentlichen Katastrophengebieten in Polen und Tschechien mangle es nach wie vor an einer breiteren Hilfe, sagte Salm am 30. September 1997 in einem Gespräch mit der Katholischen Nachrichten-Agentur (KNA). In Deutschland hätten sich sehr viele Hilfsorganisationen auf

sehr wenige direkt Betroffene gestürzt. Tatsächlich sei es nicht sinovoll, die Summe aller Spenden allein in Brandenburg auszugeben. Den Bürgern sei ein „sehr begrenztes Bild“ über das Ausmaß der Schäden in Deutschland und den östlichen Nachbarländern vermittelt worden.

Salm kritisierte Erwartungen an schnelle Erfolge „unbürokratischer Hilfen“. Damit wachse die Gefahr, dass nur „Strohfeuer“ abgepackelt würden. „Es ist nicht sinnvoll, Hilfen, wie in vielen Fällen geschehen, in Form eines Barschecks über den Zaun zu reichen“, betonte der Leiter von

Caritas international. Die häufig kritisierten Verwaltungskosten seien notwendig, um den Einsatz der Spenden zu optimieren. Dadurch würden etwa Doppelzahlungen und Überschneidungen mit Versicherungsleistungen vermieden. In Tschechien und Polen seien Zehntausende Obdachlose und mittellose Familien noch über Monate hinaus auf fremde Hilfe angewiesen. Für einige Gruppen, etwa allein stehende alte Menschen, müssten mittelfristig völlig neue Formen der Betreuung aufgebaut werden.

(KNA)

„Geister sind auch nur Menschen“

Ein „Ghostbuster“ plaudert aus dem Nähkästchen

Christoph Renzikowski (KNA-Korr.)

Irrlichter im nächtlichen Wald, zitternde Magnetnadeln und wie von Geisterhand geworfene Steine sind sein Metier. Walter von Lucadou leitet die in Freiburg ansässige, bundesweit einzige „Parapsychologische Beratungsstelle“. In einem neuen Buch plaudert Deutschlands „Ghostbuster“ Nummer eins erstmals aus dem Nähkästchen. Seine Botschaft gegen Grusel und Gänsehaut: Keine Panik, „Geister sind auch nur Menschen.“

Als sehr menschlich entpuppte sich etwa die „Flüsterstimme aus dem Teekessel“, von der ein aufgeregter Anrufer berichtete. „Der Mann wohnte neben einem starken Mittelwellensender, da wirkten die zwei Metallplatten von Ofen und Teekessel wie ein kleiner Radioempfänger“, erzählt der Physiker und Psychologe. Klingt einleuchtend, aber darauf muß man erst einmal kommen. Des Geisterjägers Handwerkszeug: „Kombinationsgabe, Erfahrung und ein Schuß Kreativität“. Für diese Arbeit der Beratungsstelle, die von der „Wissenschaftlichen Gesellschaft zur Förderung der Parapsychologie“ (WGFP), einem Verbund von rund 50 Medizinern und anderen Experten aus Natur- und Geisteswissenschaft, getragen wird, gibt es öffentliche Fördergelder.

Anders als bei der Polizei ist es mit der Lösung der Fälle nicht getan. Wer außergewöhnliche Erfahrungen macht, fühlt häufig den Boden unter den Füßen schwinden. „Es ist eine harte Arbeit für die Betroffenen, die neuen Erkenntnisse in ihr Weltbild einzuarbeiten“, weiß Lucadou. Der 51-jährige ist daher nicht nur mit seiner kriminalistischen Spürnase, sondern auch als einfühlsamer Seelsorger gefragt. Zum Beispiel bei Spukfällen.

Längst hat es Lucadou aufgegeben, mit Videogerät und Tonband vor Ort zu reisen und zu versuchen, den „Geist in den Kasten zu kriegen“. Es funktioniert einfach nicht. „Geister“ entziehen sich Überwachungs-

kameras. Wenn sich Fenster plötzlich von selbst öffnen, hat das stets mit psychischen Problemen zu tun, die der Betroffene nicht erkennt. So lautet eine wichtige Erkenntnis der Parapsychologie. Um dem Spuk ein Ende zu bereiten, muß die Botschaft des „real gewordenen Traums“ tiefenpsychologisch entziffert werden. Dabei geht es nicht immer um gravierende Dinge.

Bei einer Wirtin im Schwarzwald spukte es jeweils dann, wenn ihr Mann aus dem Haus war. „Der Spuk hatte offenbar die Funktion, den Gatten heimzuholen“, erklärt Lucadou, der „durch Zufall“ darauf kam, als er die Aufzeichnungen der Frau durchsah. Nach dieser Erkenntnis wurde es ruhig im Haus. „Auf diese Weise“, meint der Fachmann, „habe ich schon vielen Leuten erspart, in ihrem Keller nach Skeletten zu graben.“ Und noch etwas laufe in Wirklichkeit anders als im Horrorfilm: „Es ist doch immer wieder erstaunlich, wie barmherzig sich im Spuk fliegende Steine und Messer verhalten.“ Ernsthafte Verletzungen habe es bislang in keinem Fall gegeben. Spuk sei – wie

ein Alptraum – eher lästig als gefährlich.

In Lucadous Haus selbst, einer vornehmen Jugendstilvilla im Freiburger Nobelviertel Wiehre, hat es noch nicht gespuht, wohl aber bei seinen Verwandten. Er kann damit leben, daß er von manchen als „Spinner“ abgetan wird. Wichtiger ist ihm, dass er bei seinen Physiker-Kollegen inzwischen gern-gesehener Vortragsgast ist, „weil man dort sieht, dass es echte Fortschritte auf dem Gebiet gibt und nicht nur Sprüche-klopfer“. Vieles hat die Wissenschaft noch nicht enträtselt. Das sollte aber gerade Menschen mit außergewöhnlichen Erlebnissen nicht weiter stören, meint Lucadou. Mit „Geistern“ könne man „wunderbar zurechtkommen“ – wie mit Menschen, die man auch nie ganz versteht. □

STICHWORT:

Parapsychologie

„Parapsychologie“ ist die wissenschaftliche Untersuchung von Erfahrungen, „die aus dem normalen Verlauf des Seelenlebens heraustreten“. Gemeint sind kulturübergreifende Phänomene wie Spuk, Geistererscheinungen oder Wahnträume. Zwei von drei Deutschen geben bei Befragungen an, bereits einmal ein paranormales Erlebnis – zum Beispiel die Begegnung mit einem Verstorbenen – gehabt zu haben. Häufig lösen solche Erfahrungen Ängste und Lebenskrisen aus. Den Begriff „Parapsychologie“ prägte 1889 der Berliner Psychologe und Philosoph Max Dessoir. Als kleine und noch junge Grenzwissenschaft hat es die Parapsychologie schwer, ihre Forschungsergebnisse zur Geltung zu bringen. In der westlichen Welt befassen sich nach Schätzungen nicht mehr als 100 Forscher schwerpunktmäßig mit Parapsychologie. Im Zuge der Konjunktur von Okkultismus und New Age bemühen sie sich darum, esoterische Missdeutungen durch selbsternannte „Psi-Experten“ abzuwehren.

„Hauptstadt“ der deutschen Parapsychologie ist Freiburg. In der Nachfolge des 1991 verstorbenen populären „Spukprofessors“ Hans Bender kümmert sich Johannes Mischo als einziger Lehrstuhlinhaber in Deutschland von Amts wegen um Gedankenübertragung und ähnliches. Er ist auch Leiter des universitätsunabhängigen Instituts für Grenzgebiete der Psychologie und Psychohygiene, das mit 30.000 Bänden eine der größten Spezialbibliotheken Europas unterhält. In Freiburg befindet sich außerdem Deutschlands einzige „Parapsychologische Beratungsstelle“, die von der interdisziplinären „Wissenschaftlichen Gesellschaft zur Förderung der Parapsychologie“ (WGFP) getragen wird. (KNA 16.08.1997)

Geht es in Ihrer Familie genauso zu?

In deutschen FS-Serien hängt der Haussegen schief

Wolfgang Altendorf

Was muss das Ausland, das unsere Programme via Satellit empfangen kann, nur für eine Meinung über den Zustand deutscher Familien gewinnen? Gleichgültig um welche Thematik es sich bei den obligatorischen FS-Serien handelt, ob sie bei Ärzten, Lehrern, in dieser oder jener Straße spielen – wenn es familiär wird, hängt der Haussegen ausnahmslos und beträchtlich schief! Ehepartner liegen sich unablässig in den Haaren, die Kinder bellen ihre Geschwister und ihre Eltern, diese ihre Kinder an, als herrsche ein unablässig blutig ausgetragener Krieg in den vielgerühmten eigenen vier Wänden.

Hingegen bei den so oft und zu Unrecht gescholtenen amerikanischen „Seifenoper“. Eitel Eintracht und harmonisches Einverständnis zwischen Mann und Frau, den Kindern, dazu Humor, Respektierung der jeweiligen, selbst kuriosen Eigenart, selten ein böses Wort, kurz: ein erfreuliches Klima, auch da – oder gerade da, wo der obligatorische Bösewicht diesen Zusammenhalt zu stören sich anschickt.

Woran liegt das? Sind unsere Familien tatsächlich derart zerrüttet? Gibt es überhaupt keine guten Ehen in unseren Breiten? Sind unsere pädagogischen Eigenschaften derart verschüttet, dass wir nur mit grämlicher Entschiedenheit, gegenseitigen Vorwürfen, Hader und Zank familiär über die Runden kommen? Spiegeln diese Serien nur die realistische Situation in der „Keimzelle unserer Demokratie“, den Familien?

Ich habe mich umgehört: Nein. Durchaus nicht. Die meisten Familien kommen einigermaßen gut miteinander aus, viele haben ein herzliches Verhältnis - Vater, Mutter, Tochter, Sohn – und ganz speziell in jenen gut situierten Familien des Mittelstandes, wie sie doch zumeist in diesen FS-Serien vorgestellt werden.

Wie sieht es in den Familien der Fernsehgewaltigen damit aus? Ist

etwa bei ihnen der familiäre Ton derart misstönend, dass sie uns ganz einfach ihre eigene Situation präsentieren sich verpflichtet fühlen, in der Annahme, dass das überall so wäre? Nein. Auch bei ihnen – in der Mehrzahl zu Hause: man respektiert sich, kommt gut miteinander aus, freut sich dieser Harmonie, ist glücklich dabei. „Aber–“ so einer der Regisseure zu mir – „die Statistik weist aus, dass doch rund ein Drittel unserer Ehen scheitern, zerbrechen, geschieden werden, mit allem was dem vorausgeht, bis das Urteil rechtskräftig ist! Und das müssen wir darstellen!“

Ein Drittel? Dreiunddreißig Prozent... Infolgedessen bleiben

sechsendsechzig Prozent der Ehen und Familie intakt. Jeder Politiker würde sich die Hände reiben, könnte er sechsendsechzig Prozent, eine Zweidrittelmehrheit, bei einer der nächsten Wahlen auf sich verbuchen.

So bleibt nur der Appell an unsere Serienfabrikanten. Stellt die Verhältnisse richtig. Zeigt in zwei Dritteln eurer Serien heile, intakte Familien und beschränkt euch mit einem Drittel auf jene, die ihr heute so unermüdlich und ausnahmslos darstellt. Zuneigung, Liebe, Respektierung der Einzelpersönlichkeit, zeichnen selbst deutsche Familien in der überwiegenden Mehrheit aus. Wir sind auch hier vorbildliche Demokraten. Und wenn dann noch ein Quäntchen Humor hinzukommt... Ja, ja, das ist sehr, sehr schwer... Aber – Probiert es. Zeigt, wie wir wirklich sind. Wir haben zu zwei Dritteln einen verbrieften Anspruch darauf.

Neues bei Radio Campanile

Der typische Hörer des christlichen Informationskanals „Radio Campanile“ ist älter als 40 und verheiratet. 56 Prozent der Hörer hätten Abitur, jeder zweite sei berufstätig, berichtete „Radio Campanile“ Anfang August 1997 in Ludwigshafen unter Hinweis auf eine erste Hörerbefragung. „Radio Campanile“ war im Dezember auf Sendung gegangen. Nach Angaben des Senders wird sein Programm häufiger von Männern als von Frauen gehört.

Mit neuen Sendereihen will der christliche Rundfunksender von August an noch besser über Themen und Ereignisse aus der christlichen Welt informieren. Mehrmals täglich gibt es Nachrichten aus dem kirchlichen Leben. An jedem Wochenende sendet „Radio Campanile“ den Wochenkommentar. Immer freitags heißt es „Bischöfe zu Fragen der Zeit“.

In dieser Sendung spricht jeweils ein deutschsprachiger Bischof zu einem aktuellen Thema. Den Ordensgemeinschaften ist eine eigene, regelmäßige Sendung gewidmet. Eine halbe Stunde lang gibt es in jedem Monat Nachrichten, Hintergrundberichte und Interviews aus dem Ordensleben.

Regelmäßig stellt „Radio Campanile“ die vom Papst für jeden Monat herausgegebenen Gebetsanliegen vor. In Zusammenarbeit mit der neugegründeten Stuttgarter Medienstiftung „Glaube und Wissen“ produziert Radio Campanile jede Woche eine Betrachtung zum Sonntagsevangelium.

Tipps für Veranstaltungen von christlichen Verbänden gibt es jetzt immer am ersten Samstag im Monat. Fester Bestandteil des Programms sind auch Gottesdienstübertragungen und Sendungen von Radio Vatikan.

Radio Campanile sendet in ganz Europa über den Satelliten Astra 1B (Transponder 21,11523 MHz), zu empfangen über das Deutsche Sportfernsehen DSF, Tonträgerunterfrequenzen 7,74 und 9,92 MHz. In Deutschland ist der Sender auch in den meisten Kabelnetzen zu hören. Damit könnten mehr als zwölf Millionen Haushalte das Programm empfangen. Bei „Campanile“ schätzt man, „dass derzeit an jedem Tag über Kabel etwa 110.000 Hörer den Sender einschalten“. Eine aktuelle Liste der Kabelfrequenzen kann man bei Radio Campanile anfordern.

(DT und KNA)

WELTKIRCHE

In den Vatikan kommt Bewegung

Reformen sollen mehr Rechtssicherheit schaffen

Ludwig Ring-Eifel (KNA-Korr.)

Aus dem Vatikan kommen in diesen Monaten immer neue Meldungen über Reformen des Kirchenrechts. Die letzte wurde am 29. August 1997 vom Präfekten der römischen Glaubenskongregation, Kardinal Joseph Ratzinger, veröffentlicht. Die Neuerungen lassen aufhorchen bei einer Institution, die bei vielen im Ruf steht, für Veränderungswünsche taub zu sein. Die Reformen sind zwar alle nicht revolutionär, lassen nach Ansicht von Beobachtern jedoch darauf schließen, daß im Vatikan derzeit einiges in Bewegung ist.

Den Reigen der Neuerungen eröffnete im März der als konservativ geltende Kardinal Alfonso Lopez Trujillo, Präsident des Päpstlichen Familienrates. Er veröffentlichte ein „Vademekum für Beichtväter“, in dem es unter anderem um die Handhabung der Absolution bei Sünden im Bereich Familienplanung geht. In dem Leitfaden werden die Priester angewiesen, die Absolution auch dann nicht zu verweigern, wenn der Beichtende die Sündhaftigkeit der Verwendung von Verhütungsmitteln nicht einsieht. Die Absolution solle selbst dann erteilt werden, wenn zu erwarten ist, daß die Betroffenen die Mittel weiterhin verwenden. Als zweite Neuerung, diesmal in Abwandlung des bestehenden Kirchenrechts, wird allen Priestern die Möglichkeit gegeben, einer Frau die Absolution zu erteilen, die eine Abtreibung beichtet. Vorher war dies nur den Priestern der Bettelorden und der Kathedralkirchen vorbehalten.

Am 3. Juni sandte ein anderes vatikanisches Ministerium einen Rundbrief an alle Ortsbischöfe und Ordensoberen, in dem es um die Laisierung von Priestern geht. Die vom chilenischen Erzbischof Jorge Medina Estevez geführte Sakramentenkongregation führte darin einige beachtliche Neuerungen ein. So können „abtrünnige“,

zivil verheiratete Priester in Todesgefahr im Eilverfahren per Fax die Entbindung von ihren priesterlichen Weiheversprechen beantragen und so im Frieden mit der Kirche in kirchenrechtlich geregelten Verhältnissen von ihren Lieben Abschied nehmen. Ferner wird für jüngere Priester unter 40 Jahren der Weg zur Laisierung klarer geregelt. Sie mußten bislang oft jahrelang auf einen Prozeß warten. Jetzt können sie mit einer raschen Entscheidung rechnen, wenn aus ihren Akten klar hervorgeht, daß sie zum Zeitpunkt der Weihe nicht zum Priestertum geeignet waren.

Am Freitag überraschte die Glaubenskongregation mit einer neuen Ordnung für die „Lehrüberprüfung“ bei umstrittenen katholischen Autoren. Kernpunkte: Der angegriffene Theologe kann einen eigenen „Berater“ zu seiner Unterstützung mit in die Anhörungen vor der Glaubenskongregation bringen, und die Rechte des Orts-

bischofs in dem Verfahren werden gestärkt. Unverändert hart bleibt freilich die Vorschrift für Autoren, die offensichtliche Irrlehren nicht zurückziehen: In diesen Fällen spricht die Glaubenskongregation eine gewissermaßen automatische Exkommunikation aus, gegen die eine Berufung nicht möglich ist.

Gemeinsamer Trend dieser vom Vatikan ausgehenden Reformen ist das Bestreben nach mehr Menschlichkeit, Transparenz und Rechtssicherheit. An der kirchlichen Lehre ändert sich nichts, jedoch sollen offenbar einige Einzelvorschriften angesichts schmerzhafter Erfahrungen der letzten Jahrzehnte nachvollziehbarer und klarer gestaltet werden. Die Glaubenskongregation begründete ihre jüngste Neuerung damit, sie wolle einer „geschärften Empfindsamkeit“ unserer Tage in Prozessfragen Rechnung tragen. Und Erzbischof Medina kommentierte die Reform des Laisierungsverfahrens für Priester gegenüber Radio Vatikan, indem er daran erinnerte, daß die Kirche auch in schwierigen Fällen eine „barmherzige Mutter“ sei. □

Katechismus: Todesstrafe nicht grundsätzlich ausgeschlossen, aber „praktisch überhaupt nicht mehr“ anzuwenden

Die lateinische Endfassung des Weltkatechismus schließt die Todesstrafe nicht grundsätzlich aus, grenzt sie jedoch gegenüber früheren Glaubensbüchern weiter ein. Bei der Vorstellung des für alle Sprachausgaben des Katechismus grundlegenden Glaubensbuchs am 9. September 1997 im Vatikan erklärte der Präfekt der römischen Glaubenskongregation, Kardinal Joseph Ratzinger, insbesondere bezüglich der Todesstrafe und des Respekts vor der Umwelt seien alle verfügbaren jüngsten Erfahrungen und Erkenntnisse eingebracht worden.

Er hob gleichzeitig hervor, dass der lateinische Text in Sachen Todesstrafe, Sexualmoral, Einschätzung der Homosexualität und einer verantworteten Weitergabe des Lebens „keine substantiellen Änderungen“ im Vergleich zu den bisher erschienenen Sprachausgaben des Katechismus vorgebe. Der lateinische Text „laufe in der bisherigen Richtung“. Jedoch seien Präzisierungen und Korrekturen nötig gewesen. Latein sei und bleibe die offizielle Kirchensprache, welche „die Kontinuität unserer Wurzeln garantiert“.

>>

„Kein neuer Katechismus“

Es handele sich nicht um einen „neuen Katechismus“, sondern um den endgültigen Text auf der Grundlage der französischen Originalfassung aus dem Jahre 1992, sagte der Kardinal. Kein Katholik brauche daher das bisher in einer Auflage von sieben oder acht Millionen Exemplaren verkaufte Buch neu zu erwerben. Die nationalen Bischofskonferenzen sollen laut Ratzinger die in der lateinischen Ausgabe erfolgten rund 70 meist kleinen Änderungen in einem Ergänzungsbändchen zu ihrer Sprachausgabe herausgeben. Es wurden bereits 30 Übersetzungen des Weltkatechismus, darunter auch in Russisch, erstellt.

Die kirchliche Lehre könne sich nicht an amerikanischen Statistiken zur Todesstrafe orientieren, hob Ratzinger im Vatikan hervor. Sie richte sich in ihren Kriterien, auch bezüglich der Todesstrafe heute, „die schon sehr selten oder praktisch überhaupt nicht mehr gegeben sind“, nach der Überlieferung. So ist laut Paragraph 2267 des lateinischen Katechismus die Anwendung der Todesstrafe nach

wie vor dann gerechtfertigt, wenn diese „der einzige mögliche Weg ist, das Leben von Menschen wirksam gegen einen ungerechten Angreifer zu verteidigen“. Soweit jedoch unblutige Mittel reichten, um Menschen gegen Angreifer zu verteidigen und deren Sicherheit zu schützen, habe sich „die Autorität“ an diese Mittel zu halten, die den konkreten Bedingungen des Gemeinwohls besser entsprächen und der Menschenwürde angemessener seien. Weiter wird zum Thema Todesstrafe in der lateinischen Ausgabe des Katechismus auf die Möglichkeiten der heutigen Staaten zur wirksamen Verbrechensbekämpfung verwiesen. Ratzinger hob bei der Pressekonferenz ausdrücklich hervor, dass der lateinische Text auch zum Thema Homosexualität keine Änderungen aufweise. Die Kirche fordere Verständnis und Mitgefühl für homosexuelle Menschen. Sie überlasse es jedoch der Wissenschaft, festzustellen, ob Homosexualität eine genetische Veranlagung oder erziehungs- und umgebungsbedingt sei oder nicht.

Zu den wichtigsten Aufgaben der Kirche in der Zukunft gehören

nach Aussage des Präfekten der römischen Glaubenskongregation der Einsatz für die Einheit der Christen sowie „wahre Brüderlichkeit und wahrhaft christliches Zeugnis angesichts der großen Leiden in der Welt“. Die katholische Kirche müsse sich mit ihrer ganzen Kraft sozialen Werken widmen, „ohne sich in eine soziale Einrichtung zu verwandeln“, hob der Kardinal hervor.

Bischöfe begrüßen die strengere Haltung der Kirche

Wenige Tage nach dem Erscheinen der lateinischen Ausgabe des katholischen Weltkatechismus haben die US-amerikanischen Bischöfe die strengere Haltung des Katechismus gegen die Todesstrafe begrüßt. Mehr als 25 Jahre hätten sich die amerikanischen Bischöfe darum bemüht, die Aussagen der Kirche zur Todesstrafe mehr in den Zusammenhang des Respekts für alles Leben zu rücken, erklärte der Sprecher der Bischofskonferenz für innenpolitische Fragen, Bischof William S. Skylstadt von Spokane. (KNA)

DOKUMENTATION

Der Text der gültigen deutschen Ausgabe des Katechismus der Katholischen Kirche von 1993

„2266 Der Schutz des Gemeinwohls der Gesellschaft erfordert, dass der Angreifer außerstande gesetzt wird zu schaden. Aus diesem Grund hat die überlieferte Lehre der Kirche die Rechtmäßigkeit des Rechtes und der Pflicht der gesetzmäßigen öffentlichen Gewalt anerkannt, der Schwere des Verbrechens angemessene Strafen zu verhängen, ohne in schwerwiegenden Fällen die Todesstrafe auszuschließen....

2267 Soweit unblutige Mittel hinreichen, um das Leben der Menschen gegen Angreifer zu verteidigen und die öffentliche Ordnung und die Sicherheit der Menschen zu schützen, hat sich die Autorität an diese Mittel zu halten, denn sie entsprechen besser den konkreten Bedingungen des Gemeinwohls und sind der Menschenwürde angemessener.“

Der offizielle Text der lateinischen Endfassung des Katechismus von 1997 zur Todesstrafe

„2267 Die überlieferte Lehre der Kirche schließt, die volle Feststellung der Identität und Verantwortung des Schuldigen vorausgesetzt, die Anwendung der Todesstrafe nicht aus, wenn diese der einzige mögliche Weg ist, das Leben von Menschen wirksam gegen einen ungerechten Angreifer zu verteidigen.

So weit jedoch unblutige Mittel hinreichen, um Menschen gegen Angreifer zu verteidigen und ihre Sicherheit zu schützen, hat sich die Autorität an diese Mittel zu halten; denn sie entsprechen besser den konkreten Bedingungen des Gemeinwohls und sind der Menschenwürde angemessener.

Infolge der Möglichkeiten, über die der Staat verfügt, um Verbrechen wirksam zu unterdrücken und den, der eines begangen hat, unschädlich zu machen, ohne ihm endgültig die Möglichkeit, sich zu bessern, zu nehmen, sind die Fälle einer absoluten Notwendigkeit der Beseitigung des Schuldigen heute in der Tat 'schon sehr selten oder praktisch überhaupt nicht mehr gegeben' (Verweis auf die Enzyklika 'Evangelium Vitae' Papst Johannes Pauls II. von 1995).“ (Übersetzung KNA)

KIRCHE IN DEUTSCHLAND

Äußerungen zum Thema „Ehe“

Kirche soll mit gescheiterten Ehen anders umgehen

Eine Neuregelung des katholischen Kirchenrechts im Umgang mit gescheiterten Ehen hält der Würzburger Kirchenrechtler Rudolf Weigand für „wünschenswert“. Die Kirche könne zwar niemandem das Recht auf Ehebruch oder Trennung einräumen, aber nach gründlicher Prüfung sei es möglich festzustellen, dass eine Ehe endgültig gescheitert sei, sagte Weigand am 21. Juli 1997 in Würzburg. Damit werde den Betroffenen eine neue Ehe ermöglicht. Weigand, der den Lehrstuhl seit 1968 innehatte, wird mit Ablauf des Sommersemesters emeritiert.

In seiner Begründung bezog sich der Kirchenrechtler unter anderem auf die Praxis der Ostkirchen, die nach dem Scheitern einer Ehe und einer entsprechenden Bußzeit eine neue gültige Ehe er-

laubten. Das kirchliche Lehramt sollte nicht nur bei der Ablehnung des Frauenpriestertums auf das Beispiel der Ostkirchen verweisen. Weigand argumentierte auch mit der Entwicklung der Dispenspraxis von Ordensgelübden, vor allem von der Ehelosigkeit. Die ursprünglich abgelehnte Dispens sei schon seit langem keine Frage mehr. Wenn die Kirche die Dispensmöglichkeit von Ordensgelübden unter bestimmten Bedingungen erkannt habe, sollte das auch unter entsprechenden Voraussetzungen für die Dispens aus der Ehe gelten, meinte er.

Die Berufung auf die Weisung Jesu zur Ehescheidung kann nach Weigands Worten das absolute Scheidungsverbot einer christlichen Ehe nicht begründen. Die Aufforderung Jesu, einander treu zu bleiben und nicht auseinander zu gehen, sei eine ethische Sache, keine juristische Aussage.

(KNA 22.07.1997)

Das Rottenburger „Katholische Sonntagsblatt“ stellt fest:

„Selten wurde so viel über die Ehe geredet, so viel analysiert – und am Ende doch nicht mehr getan, als sich mit dem Lamento zu begnügen, dass die Zeiten und auch die Menschen samt ihren Ehen immer schlechter werden. Selbst die Kirche hat zuweilen mit ihrem hohen Anspruch Paare mehr überfordert als gefördert. Dass sie auch anders kann, dass konkrete und uneigennützige Hilfe möglich ist, beweist ein Angebot, das bundesweit wie speziell in der hiesigen Diözese Furore macht. 'EPL' heißt es abgekürzt für 'Ein Partnerschaftliches Lernprogramm'. Dahinter steckt ein Gesprächstraining für jüngere und neuerdings auch für reifere Paare. 'Hier hat einmal die Kirche die Nase vorn', heißt es anerkennend in Fachkreisen. Positiver Nebeneffekt: 'Katholisch' entwickelt sich so auch bei Kirchenfernen vom bloßen Etikett zum Markenzeichen.“ (KNA 30.08.1997)

BIOETHIK

Europarat lehnt Klonen von Menschen ab

Die Parlamentarische Versammlung des Europarats will das Klonen von Menschen in Europa strikt verbieten lassen. Dies beschlossen die 286 Abgeordneten der 40 Europarats-Mitglieder am 23. September 1997 in Straßburg. Sie stimmten damit für den Entwurf eines entsprechenden Zusatzprotokolls zur Konvention über Biomedizin, die im September vergangenen Jahres vom Europarat verabschiedet worden war. In dem Text heißt es: „Jeder Eingriff, der darauf abzielt, ein genetisch identisches Lebewesen zu schaffen, sei es tot oder lebendig, ist verboten.“ Ferner forderten die Parlamentarier die UN-Vollversammlung auf, in Anlehnung an den Europarats-Text das Klonen von Menschen weltweit zu verbieten.

Wenn auch einige Abgeordnete während der Debatte das Klonen als einen bedeutenden wissenschaftlichen Fortschritt bezeich-

neten, so waren sich doch alle einig, dass diese Technik beim Menschen nicht angewandt werden dürfe. Der Schweizer Sozialdemokrat und Berichterstatter des Ausschusses Wissenschaft und Technologie, Gian Reto Plattner, sagte, jede Form der Klonierung menschlichen Lebens müsse strikt verboten und sanktioniert werden. Die willentliche Schaffung von Menschen mit identischer Genstruktur sei ein Angriff auf die Würde und Unversehrtheit des Menschen. Auch aus religiöser Überzeugung heraus lehne er das Klonen von Menschen ab.

Deutsche Haltung „irrational“

Unverständnis zeigte Plattner gegenüber der Haltung Deutschlands, das die Bioethik-Konvention bislang nicht unterzeichnet hat, weil der Schutz von Behinderten bei medizinischen Versuchen nicht

ausreichend garantiert sei. Es sei „irrational“, wenn sich Bonn hierbei ein Türchen offen halte und die Konvention nur deshalb nicht unterzeichne, weil einige Bestimmungen nicht weit genug gingen. Deutschland begehe damit einen großen Irrtum. „Es ist doch besser, einen Text zu haben, der den Großteil der bioethischen Fragen regelt, als überhaupt nichts zu haben“, sagte Plattner. Da nur die Staaten dem Zusatzprotokoll beitreten könnten, die auch die Konvention unterschrieben haben, bringe sich Deutschland ohne Not um jede weitere Mitsprache.

Voraussichtlich nach dem Europarats-Gipfel in Straßburg Anfang Oktober wird das Ministerkomitee das Zusatzprotokoll verabschiedet. Bislang haben 22 Europarats-Länder die Bioethik-Konvention unterzeichnet; ratifiziert wurde sie noch in keinem Staat. Sie kann in Kraft treten, wenn sie von fünf Ländern ratifiziert ist.

(KNA)

Gedämpfte Zustimmung zur Bioethik-Konvention des Europarates

ZdK veröffentlicht Stellungnahme zum Menschenrechtsübereinkommen zur Biomedizin des Europarats

Nach ausführlicher Diskussion der sogenannten Bioethik-Konvention des Europarates während der Frühjahrsvollversammlung des Zentralkomitees der deutschen Katholiken (ZdK) im April (s.a. Beitrag von Eva-Maria Streier „Bioethik: Vom Umgang mit dem Fortschritt“ im AUFTRAG 229, S. 71 f.) hat nun der zuständige Hauptausschuss des ZdK am 29. August 1997 einstimmig eine Stellungnahme zur Auseinandersetzung um dieses Menschenrechtsübereinkommen verabschiedet.

Das Zentralkomitee der deutschen Katholiken (ZdK) hält die politische Entscheidung für eine Unterzeichnung und Ratifizierung des Menschenrechtsübereinkommens zur Biomedizin des Europarats durch die Bundesrepublik Deutschland wenn nicht für geboten, dann zumindest für vertretbar.

Ausdrücklich bindet das ZdK seine Beurteilung an die Aufforderung, die Bundesregierung müsse alles daransetzen, den Schutzstandard der Konvention als werdendes Recht anzuheben und im Rahmen der Protokolle weiter zu präzisieren. Dies gelte insbesondere für den Bereich des Embryonenschutzes und für ein ausdrückliches und umfassendes Verbot, Menschen zu klonen.

Die Stellungnahme des Zentralkomitees basiert auf der Überzeugung, dass die Entwicklung der modernen Biomedizin nur dann dem Wohl des Menschen dienen wird, wenn der Anwendung, aber auch der Forschung, wirksame Schranken gesetzt werden, die den fundamentalen Prinzipien der Humanität Rechnung tragen. Da die Entwicklung in Medizin und Biowissenschaften die nationalen Grenzen übersteigt, sieht das ZdK die Notwendigkeit, Grundnormen so weit wie möglich grenzübergreifend zu vereinbaren. Es begrüßt deshalb die Initiative des Europarats, ausgehend von der europäischen Menschenrechtskonvention von 1950, gemeinsame rechtliche Grundnormen zu formulieren, mit denen Mindestanforderungen völkerrechtlich verbindlich verankert werden sollen.

Weiter begrüßt das ZdK, dass die Konvention auf der Basis des

Schutzes der Würde, der Identität und Integrität jedes Menschen wichtige Anforderungen für den Umgang mit der Biomedizin für rechtsverbindlich erklärt, insbesondere den Vorrang des Menschen vor dem allgemeinen Interesse von Gesellschaft oder Wissenschaft, die Bindung jedweder medizinischer Intervention an die Zustimmung nach Aufklärung und an die Einhaltung der beruflichen Pflichten und berufsethischen Grundsätze, das Verbot der Diskriminierung auf Grund genetischer Ausstattung, die Bindung prädiktiver genetischer Tests an gesundheitliche Zwecke, das Verbot des Organhandels und des Gebrauchs von Gewebe zu anderen als therapeutischen Zwecken und das Verbot der Keimbahnintervention.

Einen wesentlichen Mangel des Dokumentes sieht das Zentralkomitee darin, dass dem Lebensrecht in den Bereichen von Schwangerschaftsabbruch und Euthanasie bisher nicht Rechnung getragen

wird und dass entsprechende Schutzbestimmungen fehlen.

In der Frage des Embryonenschutzes begrüßt das ZdK, dass die Konvention die Herstellung von menschlichen Embryonen zu Forschungszwecken verbietet und die Forschung an Embryonen in vitro, wo nationales Recht sie zulässt, an die Gewährleistung eines angemessenen Schutzes bindet. Einen gravierenden Mangel sieht es aber darin, dass die Schutzvorschrift nicht – wie das deutsche Embryonenschutzgesetz – Forschung, die Tod oder Schädigung des Embryos zur Folge hat, eindeutig ausschließt.

Hinsichtlich der Forschung an nicht einwilligungsfähigen Menschen begrüßt das Zentralkomitee, dass die Konvention Untersuchungen dieser Art nicht auf Grund einer Risiko-Nutzen-Abwägung zulässt, sondern nur dann, wenn für die betroffene Person lediglich ein minimales Risiko und eine minimale Belastung vorliegen.

Unter Abwägung aller Gesichtspunkte kommt das Zentralkomitee der deutschen Katholiken in seiner Stellungnahme zu der Überzeugung, dass die Konvention im europäischen Maßstab das Schutzniveau erheblich verbessert. Deshalb sieht es für die Bundesrepublik Deutschland die Pflicht, an der Formulierung internationaler Rechtsnormen auf dem Gebiet der Biomedizin mitzuwirken.

(Die Stellungnahme im Wortlaut ist zu erhalten beim Generalsekretariat des ZdK, Postfach 240141, 53154 Bonn, Tel: 0228-382970, Fax: 0228-3829744.)

Lebensrechtsorganisationen „empört“ über ZdK

Die Arbeitsgemeinschaft Lebensrecht (AGL) hat die grundsätzlich positive Stellungnahme des Zentralkomitees der deutschen Katholiken (ZdK) zur Biomedizin-Konvention des Europarats kritisiert. Die in der AGL zusammengeschlossenen zwölf Lebensrechtsorganisationen seien darüber „empört“, dass das ZdK die Ratifizierung der Konvention für vertretbar halte, heißt es in einer am 12. September in Berlin veröffentlichten Pressemitteilung. Das ZdK

übersehe zahlreiche Mängel der Konvention, die etwa keine Auskunft darüber gebe, wann menschliches Leben beginne.

Auch der Eingriff in die menschliche Keimbahn werde in der Konvention nicht ausgeschlossen, so die AGL. Von Vertretern einer christlichen Kirche erwarte sie „ein klares Votum für die Unantastbarkeit von Lebensrecht und Menschenwürde“. Die ZdK-Erklärung dürfe „nicht das letzte Wort der katholischen Kirche bleiben“. (KNA)

<http://www.katholische-kirche.de>

Seelsorge per Internet? – Unsinn oder Chance?

Katholische Kirche im Internet? In diesem modernen Medium sind in zwischen auch kirchliche Einrichtungen vertreten; es gibt sogar schon erste Ansätze zu einer „Internetseelsorge“. Ist Glaubensvermittlung per Datenautobahn und digitalisiert möglich? Macht das Sinn? Beigibt sich die Kirche damit in die Nähe von Porno- und Gewaltvideo-Anbietern? Nachstehend veröffentlicht AUFTRAG zwei Beiträge, die sich aus sehr unterschiedlicher Sicht mit dem neuen Medium auseinandersetzen.

Während sich Oberst a.D. Helmut Fettweis, erster und langjähriger Chefredakteur AUFTRAG, gegen die Beichte im Internet und das Ausnutzen alles technisch Möglichen bei der Glaubensverkündigung wendet, plädiert Andreas Schwenzer, Netzverantwortlicher der Theologischen Fakultät Würzburg, in seinem Beitrag für eine umfassende kirchliche Nutzung der Möglichkeiten, die das Internet bietet. (Aufsatz von A. Schwenzer mit Kürzungen aus: Herder Korrespondenz 50 (1996), Heft 12, S. 637–641)

KONTRA:

Jesus Christus – per Maus-Klick?

Helmut Fettweis

Unserer Zeit ist wissenschaftsgläubig und ungläubig zugleich. Dennoch sucht sie nach Glauben. Daher ist es nicht ungewöhnlich, dass manche Zeitgenossen in das Gewand eines Propheten schlüpfen und den suchenden Mitmenschen verheißen, dass sie mit Hilfe der Technik das finden könnten, was sie suchen – den Glauben.

Wenn man diese Angebote durchdenkt, dann müsste es möglich sein – ohne Priester und Kirche – Gottes Wort und Verheißungen in Ruhe im Sessel im gemütlichen Heim – „genießen“ zu können. Beichte per Internet, Gottesdienst – mit Gütegarantie durch Bischof oder Erzbischof – wären abrufbar. Schwierigkeiten mit Taufe oder Kommunion – Abendmahl gibt es auch nicht, weil ein vollkommener Service entsprechendes Gütewasser und Hostien anliefert. Man muss es nur in „der rechten Gesinnung“ an den Bildschirm im Augenblick der Weihe-

handlung im Original halten und dann sind auch diese Symbole eines „geheiligten“ Inhalts.

Was könnte das einfach sein, wenn jede Rundfunkanstalt sich einige hochmögliche Priester „halten“ würde, die für alle Dienste zur Verfügung stünden. Die Einsparung an Kirchensteuern wäre enorm. Die eigenen Räume erhielten die stilvolle Weihe einer Hauskirche und man wäre glücklicher Heilkonsument – wenn etwas daran ist? Aber man kann ja nie wissen. Eine Versicherung ist immer ganz gut.

So könnte noch ein viel skurrileres Bild zukünftiger Gläubigkeit entworfen werden, wenn man an einen Wettbewerb der Konfessionen denkt. Und Bedenkensträgern würde man herablassend sagen: Wenn Christus heute leben würde, dann würde er für seine Verkündigung auch Dias, Videos und Chips einsetzen. Die Speisung der 5.000 am See Genesareth, würde die Firma Kaefer einfliegen und für die Entsorgung würden die Leute vom grünen Punkt verantwortlich sein.

Und da wird diese Geschichte nicht nur skurril, sondern makaber. Wer seine Gedanken in diese Regionen schweifen lässt, wer die Priester durch Funktionäre mit bester Technik ersetzen will, vergeht sich gegen die Botschaft Christi.

Sicherlich, in jedem Zeitausschnitt, muss die Botschaft Gottes den Menschen neu nahe gebracht werden. Aber es ist dieselbe Botschaft, die uns im Alten und Neuen Testament bezeugt ist. Christus ist der, der uns die Erlösung von der Erbsünde durch seinen Tod gebracht und durch seine Auferstehung besiegelt hat. Er hat den Aposteln den Auftrag gegeben, wie sie die Frohe Botschaft Gottes weitertragen sollten. Er gab ihnen die Vollmachten der Lehre und der Verwaltung der Sakramente, wie sie auf Papst, Bischöfe und Priester weitergegeben wurden. Und er gab auch die Form bekannt.

Er hat nicht gesagt, schreibt allen Leuten Briefe, sondern er sagte „Gehet hin und lehret“ (vgl. Mt 4,18–22, 10,1–15, Mk 6,1–13; etc.). Nicht Informationsträger sollten die Botschaft weitergeben, sondern die berufenen Menschen mussten allen persönlich sagen, was sie zu Christus geführt und was er ihnen aufgetragen hat.

Dieses „System“ des persönlichen Bezuges ist die Form der Überbringung von Gottes Wort und Sakramenten. Ohne unsere Priester, die das Wort künden und das Sakrament der Eucharistie in die reale Präsenz des Leibes Christi umsetzen, wäre der christliche Glaube zum toten Buchstaben verdorrt. Die lebendige Weitergabe von Mensch zu Mensch ist die Kette der Glaubenden, die in Christus ihren Mittelpunkt hat. Jesus Christus, das Fleisch gewordene Wort Gottes, ist eben nicht per Maus-Klick zu haben. □

www.kath.de www.autobahnkirche.de

PRO:

Zwei Welten? Die Kirche und das Internet

Andreas Schwenzer

Kirche und moderne Medien sind für viele Zeitgenossen wie zwei Welten, die nichts miteinander zu tun haben. Genauer betrachtet erweisen sie sich jedoch als Gegensätze, die sich anziehen. Denn es zeigt selbst die jüngste Geschichte, dass die Kirche schon immer neuentwickelte Kommunikationsstrukturen nutzte, um ihr Selbstverständnis als gesellschaftsrelevante Gruppe und ihr christliches Wertesystem in der Öffentlichkeit wachzuhalten. Waren dies nach Erfindung des Buchdruckes die Bibelausgaben und erbaulichen Schriften bzw. im Kulturkampf des vergangenen Jahrhunderts die Begründung überregionaler Zeitungen, kann das vielfältige Engagement kirchlicher Redaktionen bei den öffentlich-rechtlichen und privaten Fernseh- und Rundfunkanstalten hier eingeordnet werden.

Was die Bewertung und Nutzung des internationalen Daten-netzes Internet betrifft, scheint sich dieses Muster nur schleppend zu wiederholen. Trotz gegenteiliger Erkenntnis erfahrener Nutzer des neuen Mediums weltweiter Kommunikation stößt das Internet doch in der breiten Masse der Gläubigen und vereinzelt auch in den Leitungsebenen von Diözesen und kirchlichen Verbänden auf eine gewisse Reserve. Dabei liegen die Vorteile auf der Hand (Optimierung des kircheninternen Informations- und Meinungsaustausches) bzw. eröffnen sich neue Handlungsfelder zur Erfüllung kirchlicher Sendung in der Welt (Internetseelsorge und Glaubensinformation). Diese Erkenntnisse teilen nicht wenige kirchliche Einrichtungen, die sich bereits auf das Parkett internationaler Vernet-

zung gewagt haben und durchaus positive Erfahrungen daraus schöpfen.

...

Die ersten Schritte sind erfolgt

...

Die evangelische Kirche in Deutschland hat schon früh die Bedeutung der Internet-Nutzung und der Präsenz im WWW erkannt. Sie ist inzwischen in vielen Bereichen führend. So begründete Anfang 1996 der Evangelische Presseverband in Bayern den ersten Internet-Einstieg einer Landeskirche. Die EKD zog nach und schuf im gleichen Jahr eine eigene Personalstelle mit entsprechendem Etat, die für zwei Jahre dem Gemeinschaftswerk evangelischer Publizistik in Frankfurt/Main zugeordnet ist. Dieses Projekt „Evangelische Kirche online“ hat zur Aufgabe, die verschiedenen Initiativen in den evangelischen Landeskirchen und Verbänden zu beraten und zu koordinieren sowie zentrale Öffentlichkeitsarbeit zu leisten. ...

Katholischerseits war lange Zeit nur das Bistum Rottenburg/Stuttgart bereit, entsprechende Finanzmittel für ein Internet-Engagement vorzusehen. Das dortige Projekt „Kirche online“ wurde dem diözesanen Medienreferat angegliedert und wollte eine Internet-Plattform für beide Großkirchen zur Verfügung stellen. Nachdem die EKD ihr eigenes Projekt startete und die Zentralstelle Medien der Deutschen Bischofskonferenz eine ähnliche Koordination nicht übernahm, entschieden sich die deutschen Diözesen im Herbst dieses Jahres für eine Delegation zentraler Aufgaben an das Rottenburger Projekt. Diese Regelung auf zwei Jahre mag vielleicht das

Misstrauen anderer Diözesen wecken, die eine ungerechte Zuschussung des Rottenburger Medienreferates vermuten. Sie ist aber vor dem Hintergrund der gegenwärtigen Konstellationen die praktischere und sinnvollere Lösung.

...

Über Universitäten, die ihren Studierenden die Bereitstellung von WWW-Seiten ermöglichten, tauchten im vergangenen Jahr die ersten Seiten von kirchlichen Jugendgruppen und Gemeinden auf. Diese WWW-Seiten unterliegen jedoch stark der Fluktuation des Studienbetriebes, sodass nicht selten diese Seiten entweder verwaisen oder eines Tages wieder aus dem Netz verschwinden. Trotz der Kurzlebigkeit und der qualitativen Unterschiede sollte dieses Engagement nicht vorschnell als oberflächliche Spielerei abgetan werden. Viele WWW-Seiten geben ein mutiges Glaubenszeugnis einer heranwachsenden Generation von wachen, lebensfrohen, kirchenkritischen, aber nicht kirchendistanzierten Christen wieder.

Glaubensinformation und „Internetseelsorge“

Das Internet bietet vielfältige Möglichkeiten, die Sendung der Kirche in der Welt in zeitgemäßer Medienanwendung fortzusetzen. Dabei kristallisiert sich als eine erste Aufgabe die Kirchen- und Glaubensinformation heraus, bei der es darum geht, sowohl die bereits zahlreich vertretenen Internet-Nutzerinnen und -Nutzer mit einer gewissen Distanz zur Institution Kirche als auch die immer mehr ins Internet einsteigenden Gemeindemitglieder zu erreichen. Das bedeutet, dass sowohl bestehenden Klischees über die Kirche mit sachlichen Informationen ent-

Aktuell!

Herbst-Vollversammlung
der Deutschen Bischofskonferenz
vom 22. bis 25. 9. 1997 in Fulda



Terrassengarten der ehemaligen
Zisterzienserabtei Kamp-Lintfort,
Bistum Münster

Katholische Kirche im Internet

Herzlich willkommen!

• [Kalenderblatt](#)

• [Das aktuelle Thema](#)

• [Kirche online nach
Kategorien](#)

• [Kirche online nach Alphabet](#)

• [Dokumente zum Download](#)

• [Was ist katholisch?](#)

• [Lexikon](#)

Begrüßungsseite der WEB-SITE,
mit der sich die Katholische Kirche
in Deutschland ([www.katholische-
kirche.de](http://www.katholische-
kirche.de)) Ende September 1997 im
Internet vorstellte. Aktuelles Thema
und Foto wechseln regelmäßig.
Über die **LINKS** erreicht man andere
Anbieter, wie z.B. über „Lexikon“ die
katholische Glaubensinformation
(kgi), die im Auftrag der Deutschen
Bischofskonferenz über Glaubens-
dinge informiert (www.kath.de).
Eine ökumenische Suchmaschine
ist www.christweb.de.

gen. Das Austauschen von Text-
und Bilddateien sowie persönli-
chen Mitteilungen, aber auch
das Abfragen externer Daten-
banken sind wesentliche Nut-
zungsmerkmale im internatio-
nalen Datennetz Internet. ...

... Den Kontakt zu den Men-
schen suchen, zu persönlichen
Begegnungen verhelfen, die hei-
lende Botschaft Jesu Christi
vermitteln – all das geht nicht
nur im Internet, sondern muss
auch dort geschehen, wenn Kir-
che ihrer Sendung in der Welt
gerecht werden will.

Eine besondere Form, die
Kontaktaufnahme mit der Kir-
che zu erleichtern und gleichzei-
tig einen echten Dienst am
Nächsten zu leisten, stellt die
Fortführung der Telefonseelsor-
ge in das neue Medium des In-
ternet dar. Zeitgemäß und drin-
gend angezeigt erscheint „Inter-
netseelsorge“ gerade vor dem Hin-
tergrund, dass sich die Anpassung
des seelsorglichen Handelns an die
gesellschaftlichen Prozesse und
deren Sektorenbildung wie ein roter
Faden durch die Pastoral-
geschichte zieht. Ist schon die Her-
ausbildung der Kategorialeseelsor-
ge (vgl. Binnenschiffahrt, Schau-
stellergewerbe, Tourismus usw.)
zu einer festen Größe pastoralen
Wirkens in der modernen Gesell-
schaft geworden, so zeigen jüngste
Initiativen in der Telefonseelsorge
und kirchlichen Programmgestal-
tung bei Rundfunk und Fernseh-
sehen, dass Seelsorge sich nicht nur,
aber auch vorhandener Medien-
strukturen bedient.

Selbstredend hat jedes Medium
über die technischen Rahmenbe-
dingungen hinaus grundsätzliche
Grenzen für die menschliche Kom-
munikation. Fällt bereits bei der

gegengewirkt als auch mit ausge-
wählten Bildern und Texten ein
wahres Bild gelebten christlichen
Glaubens und konkreter Kirche
vor Ort gezeichnet wird. Überzeu-
gende Glaubensinformation nach
außen sowie gemeindefördernde
Besinnung nach innen sind also
die beiden Pole dieses Drahtseilak-
tes. ...

... Doch mit der reinen Informa-
tion ist es nicht getan, wichtig ist
die Beachtung der internet-gemä-
ßen Interaktion. Noch sehen zu
viele diözesane Stellen und auch
kirchennahe Verlagshäuser im In-
ternet, speziell im multimedialen
Dateiverbund des World Wide
Web (WWW), lediglich eine Platt-
form der Selbstpräsentation und
Produktinformation. Daher wer-
den oft vorschnell die einschlägi-
gen Marketingkriterien angelegt
und wird für ein mögliches Inter-

net-Engagement eine Kosten-Nut-
zen-Rechnung aufgestellt, die rein
quantitativ bestimmt ist. Das mag
vielleicht noch für kommerzielle
Unternehmen hinnehmbar sein,
weil es ihr Risiko ist, wenn sie das
Internet und seine Nutzungsmög-
lichkeiten unterschätzen. Für
kirchliche Einrichtungen und Ver-
bände könnte es jedoch fatale Fol-
gen haben; wenn sie sich nicht
gleich von Anfang an auf die ge-
samte Tragweite des Internet ein-
lassen und damit den Aufsprung
auf den Zug verpassen.

Das WWW unterscheidet sich
eben von den bisherigen Medien
auch darin, dass es sich in vielerlei
Hinsicht nicht als einseitige Werbe-
fläche eignet. Der einzigartige Sie-
geszug des WWW beruht nämlich
gerade auf der bedienungsfreund-
lichen Zusammenführung verschie-
denartiger interaktiver Anwendun-

Telefonseelsorge das visuell-odorische Umfeld einer persönlichen Begegnung weg, so geht der interaktive Dialogcharakter bei der eindirektionalen Verkündigung in Funk und Fernsehen verloren. Im Internet kommt auf den ersten Blick zu diesen beiden Einschränkungen noch der Wegfall der lebendigen Stimme hinzu, weil sich alles auf digitalisierte Zeichen zu reduzieren scheint. Dennoch eröffnet sich gerade hier ein neues Feld geschwisterlichen Beistehens, in das die Kirche gerufen ist. Seelsorge ist von ihrem Wesen her keine quantitative Größe, weil ihre Früchte qualitativ zu bewerten sind. Der einzelne Mensch steht im Mittelpunkt christlicher Sendung, weil er als Individuum von Gott angenommen ist.

Im Internet sind unabhängig voneinander drei unterschiedliche Formen der Seelsorge entstanden. Ende September 1995 startete im Bereich Vorarlberg/Ostschweiz ein kleines Team von Seelsorgerinnen und Seelsorgern beider Konfessionen, das seitdem Rat und Hilfe über eine personen-unabhängige E-mail-Adresse anbietet. Nach dem ersten Kontakt via Internet werden die Hilfesuchenden einem Seelsorger zur weiteren Betreuung zugeteilt, der sich auch um Möglichkeiten der persönlichen Begegnung mit einer Seelsorgerin oder einem Seelsorger vor Ort bemüht. Die Katholische Telefonseelsorge in Köln weitete ein paar Monate später ihren Wirkungskreis auf das Internet aus. Sie bietet auf derselben Basis der Anonymität und Verschwiegenheit eine psychologische Beratung an und nutzt die Plattform, um allgemein über den Dienst der Telefonseelsorge zu informieren. ...

Nicht zuletzt ist der Versand elektronischer Briefe (E-mail von Rechner zu Rechner) bzw. die Bereitstellung bestimmter Dateien (ftp) im Internet dafür prädestiniert, die kommunikative Infrastruktur der Kirche nach innen und außen zu optimieren. Angesichts der Materialsendungen, die allmonatlich von kirchlichen Institutionen und Organisationen an ihre Adressatenkreise versandt werden, läuft das Internet anderen Vertriebskanälen nicht nur aus ökonomischen Gründen (Papier-, Druck- und Versandkosten) den

Rang ab. Vielfach liegen nämlich die im Printmedium vertriebenen Informationen und Anregungen für das pastorale Wirken vor Ort als elektronische Text- bzw. Bilddateien vor, die dann von den Druckereien weiterverarbeitet werden. Das Internet bietet nun die Möglichkeit, den ökologisch belastenden und ökonomisch aufwendigen Umweg über das Printmedium abzukürzen und die Bild- und Textdateien per E-mail an die Adressaten gleich nach Fertigstellung weiterzuleiten. ...

Dabei lässt sich auch das bisherige Verteilerprinzip umkehren: Es sind nicht mehr die zentralen Stellen, die die Streuung der Informationen und Materialien besorgen und finanziell allein tragen müssen. Sie legen nunmehr die Informationen kurz nach Formulierung zentral auf einem Internet-Rechner ab, sodass die entsprechenden Adressaten – rund um die Uhr und auf eigene Kosten – darauf zugreifen können. Sicherlich ist damit das Risiko gegeben, dass nicht jede Information und Anweisung „von oben“ auch „unten“ ankommt. Umgekehrt wäre jedoch

die Abrufstatistik von unten auch ein interessantes Stimmungsbarometer für die Leitungsebenen von Diözesen und Verbänden worauf diese sich einlassen müssten.

...

Es ist keineswegs zu spät für die Kirche, sich das Internet dienstbar zu machen. Ihr wird es als gesellschaftsrelevante Gruppe bzw. wertprägende Institution sogar angetragen, die Qualität des neuen Miteinanders mit zu formen und selbst um ein menschenwürdiges Umfeld (z.B. auch was die Zugangsgerechtigkeit angeht) bemüht zu sein. Doch nicht nur als Institution in der Öffentlichkeit, sondern grundlegender aus der christlichen Sendung heraus, steht die Kirche vor der Herausforderung, ihre Scheu gegenüber dem neuen Medium abzulegen und es kreativ für die Verkündigung der Botschaft Jesu Christi einzusetzen. ...

Es geht einmal mehr um eine Inkulturation in zwei Richtungen: das Hineintragen von Glaubenserfahrung in das Internet und das Lernen neuer Glaubensansätze aus dem Bereich des Internet. □

GEFUNDEN

Zum Thema „KIRCHLICHE BERATUNG IN SCHWANGERSCHAFTSKONFLIKTEN“ stellt die „Kirchenzeitung für das Erzbistum Köln“ die Frage:

„Haben eigentlich Katholiken nicht langsam ein Recht darauf zu wissen, wer ihrer Bischöfe nun welche Position vertritt? Seit Monaten heißt es immer wieder geheimnisvoll, dass die Mehrheit der Bischöfe für die Beibehaltung des bisherigen Systems sei. Erzbischof Dyba wird dabei namentlich als Außenseiter etikettiert. Andererseits gäbe es eine Mehrheit, wird orakelt, die dem Papst nicht in den Rücken fallen werde. Ist es unbillig,

wenn Katholiken von jedem Bischof wissen möchten, wie er persönlich in dieser wichtigen Frage argumentiert? Warum nicht mit Namen dafür eintreten? Einschließlich der Herren Weihbischöfe. Oder muss ein Bischof Angst haben? Und wenn – vor wem? Gar vor der eigenen Herde? Immer wieder mit der anonymen 'großen Mehrheit' unter den Bischöfen beschwichtigt zu werden, ist kein guter Stil“. (KNA 16.08.1997)

DEUTSCHLAND UND DIE WELT

USA: Zur Weltmacht verdammt.**Die amerikanische Außenpolitik von Kennedy bis Clinton**

Eckhard Stuff

Amerika ist seit über 200 Jahren ein doppeltes Modell in der Weltgeschichte. Das idealistische Modell wird verkörpert durch den demokratischen, freiheitlichen Rechtsstaat. Das realistische Modell ist das des interessenbewussten, wirtschaftlich erfolgreichen Systems. Dieses doppelte Modell wurde stets durch militärische Stärke, aber auch zunehmend durch internationale Diplomatie gesichert.

Christian Hacke, Professor für Internationale Politik an der Universität der Bundeswehr in Hamburg, der die amerikanische Außenpolitik von Kennedy bis Clinton in einer sehr soliden Gesamtdarstellung untersucht, legt auch die Wurzeln amerikanischer Außenpolitik frei. Schon die inhaltliche Auseinandersetzung Alexander Hamiltons, Finanzminister des ersten Präsidenten, mit Thomas Jefferson, Außenminister des ersten Präsidenten und sein Nachfolger, um die einzuschlagende Außenpolitik der jungen Vereinigten Staaten begründet die beiden Grundlinien amerikanischer Außenpolitik. In den folgenden zwei Jahrhunderten aber waren Idealismus und Realismus, demokratisches Sendungsbewusstsein und Handelsinteressen nicht immer voneinander zu trennen. Bis in das 20. Jahrhundert wurden beide Grundlinien aber immer wieder mit der Forderung, sich aus Bündnissen herauszuhalten, mit dem Isolationismus, in Übereinstimmung gebracht. Erst mit dem Eintritt in den 1. Weltkrieg und – nach erneuter isolationistischer Welle in den 20er und 30er-Jahren – mit dem 2. Weltkrieg kam es zum schließlich dauerhaften Engagement in Europa.

Ende der 50er-Jahre war der Kalte Krieg nahe seinem Höhepunkt – das Verhältnis der beiden Weltmächte USA und UdSSR zueinander in Erstarrung überge-

gangen. Auch in der Außenpolitik wollte der neue amerikanische Präsident zu „neuen Grenzen“ aufbrechen: „Die Mobilisierung der Außenpolitik war für Kennedy nur im Zusammenhang mit einer Revolutionierung der Innenpolitik möglich. Durch liberale und soziale Reformen sollte Amerika seine Verpflichtung glaubhaft machen, „an der Spitze der weltweiten Revolution zu stehen: Wir wollen und dürfen heute nicht vergessen, dass wir die Erben dieser ersten Revolution sind.“ Kennedys Appell an die Bürger der Vereinigten Staaten gipfelte in seinem Aufruf: „Fragt nicht, was euer Land für euch tut, fragt, was ihr für euer Land tun könnt!“

Der Fortschritt der demokratischen Nationen war für Kennedy also die Voraussetzung für den Erfolg im Kalten Krieg. Allerdings stieß er schon recht schnell an seine „neuen Grenzen“: die Kuba-Krise und der Bau der Berliner Mauer machten schließlich beiden Supermächten deutlich, dass sie wie zwei Skorpione in einem Glas saßen: Sticht der eine, bleibt dem anderen vor dem Tod noch die Gelegenheit, sich zu revanchieren.

Der außenpolitisch glücklose Nachfolger Lyndon B. Johnson verstrickte sich immer tiefer in Südostasien. Auch Vietnam zeigte die Grenzen amerikanischer Macht auf. Die Strategie der globalen Eindämmung war dadurch diskreditiert. Ende der 60er-Jahre ergab sich die Notwendigkeit zum Neuanfang in der amerikanischen Außenpolitik. Das bedeutete, das Verhältnis zur anderen Führungsmacht Sowjetunion neu zu definieren. Dieser Neuanfang, der die Weltmachtstellung der USA sichern wollte, indem er ihre Begrenzung akzeptierte und damit quasi eine Teilung der Welt vornahm, bleibt mit den Namen Nixon und Kissinger verknüpft. Dazu Christian Hacke: „Das Ergebnis war die

Nixon-Doktrin: Die Vereinigten Staaten würden auch in Zukunft als Weltmacht Verantwortung übernehmen, aber ihr Engagement in Zukunft bewusster und restriktiver wahrnehmen. Nixon wollte mit seiner Doktrin den Amerikanern näher erläutern, wann sie lediglich Hilfestellung leisten und wann sie eine zentrale Rolle übernehmen müssten. Er suchte einen Mittelweg zwischen übermäßigem Engagement und totem Verzicht.“

Dem multipolaren Weltbild seines Sicherheitsberaters Kissinger folgend, brachte Richard Nixon auch die chinesische Karte wieder in das weltpolitische Spiel: „Der Besuch Nixons in Peking im Februar 1972 gehört zu den spektakulärsten Ereignissen der amerikanischen Außenpolitik seit dem Zweiten Weltkrieg. Erst zwanzig Jahre zuvor hatten sich amerikanische und rotchinesische Soldaten in Korea bekämpft, und noch 1962 hatte Außenminister Rusk erklärt, dass die amerikanischen Truppen zur Eindämmung des chinesischen Kommunismus in Vietnam stünden. Nixon korrigierte historische Verirrungen und baute ideologische Gegensätze ab.“

Dem überzeugten Antikommunisten Richard Nixon blieb es vorbehalten, der für Europa und insbesondere für Deutschland so wichtigen Entspannungspolitik den notwendigen weltpolitischen Rahmen zu setzen. Nachdem Nixon auf Grund der Watergateaffäre schließlich zurücktreten musste, übernahm der amerikanische Kongress wieder eine stärkere Rolle in der amerikanischen Außenpolitik. Das bekamen jetzt der neue Präsident Gerald Ford und Außenminister Kissinger zu spüren. Das Thema „Menschenrechte“ gewann an Bedeutung. So war es nur folgerichtig, dass der 1976 gewählte Jimmy Carter dieses Thema in den Mittelpunkt seiner außenpolitischen Vor-

stellungen setzte. Allerdings kam es in seiner Administration nie zu einer einheitlichen Linie, Entspannung und Menschenrechte wurden nicht unter einen Hut gebracht. Und gute Intentionen machen noch keine erfolgreiche Politik.

Mit dem Einmarsch der Sowjets in Afghanistan kam schließlich das Ende der Entspannung. Mit dem klaren Bekenntnis zur Gewinnung amerikanischer Überlegenheit wurde Ronald Reagan von seinen Wählern ins Weiße Haus geschickt: „Reagan zog eine negative Bilanz der amerikanischen Außenpolitik. Vor dem Hintergrund der Desaster im Iran und in Afghanistan und der Enttäuschung über die Entspannungspolitik verstand er seine Wahl als außenpolitisches Mandat. Aufrüstung, Stärke und Antikommunismus wurden die herausragenden Kennzeichen. Er war der erste Präsident, der herausfordernd erklärte, er werde mit den Sowjets keine Kompromisse eingehen. Vielmehr wollte er durch Konfrontation mit der Sowjetunion den Handlungsspielraum der USA wiederherstellen.“

Damit schien die Diplomatie als Mittel der Auseinandersetzung auf Eis gelegt. Vielmehr galt es aus Reagans Sicht, den Westen wieder (militärisch) stark zu machen. Seine – westlichen – Kritiker übersahen dabei häufig, dass er damit die Sowjetunion zur Kooperation bringen wollte, also „Frieden durch Stärke“ sein Ziel war, keineswegs ein Krieg. Vieles an Reagans Außen- und Sicherheitspolitik schien aus europäischen Augen besehen zwar gefährlich, letztlich gab jedoch der Erfolg ihm Recht. Allerdings wurde später auch evident, dass Reagan mit seinem Aufrüstungsprogramm bis an die Grenzen der finanziellen Leistungsfähigkeit des eigenen Systems ging.

Was folgte, ist bekannt: Veränderungsprozesse in der Sowjetunion, Fall der Mauer, deutsche Vereinigung, Zerfall des Warschauer Paktes und der Sowjetunion. Es musste damit auch ein außenpolitischer Paradigmenwechsel in Washington erfolgen: „Nach Ende des Kalten Krieges lagen plötzlich die innen- und wirtschaftspolitischen Schwächen der USA bloß. Deshalb drängten bereits weitsichtige Mitglieder der Regierung Bush auf Er-

neuerung von Wirtschaft, Handel und Finanzen durch innenpolitische Reformen, ...“

Die Rückbesinnung auf das wirtschaftliche Modell „Amerika“, also die Wiederherstellung wirtschaftlicher Stärke, und die Anpassung an die neuen internationalen Bedingungen waren jetzt gefragt. Diese Anpassungsprozesse sind auch in der Außenpolitik der Regierung Clinton im Gange.

Christian Hacke gibt einen kompetenten, gut lesbaren Überblick der amerikanischen Außenpolitik von Kennedy bis Clinton. Interessant ist die in der Einführung versuchte Freilegung der Wurzeln amerikanischer Außenpolitik und insbesondere die wertende Schlussbetrachtung. Hier gibt Hacke deutliche Töne von sich: „Europa scheint weltpolitisch abgedankt zu haben, seine Wirtschaftskraft hat kein entsprechendes politisches Verantwortungsbewusstsein entstehen lassen. Die USA tun sich schwer bei der Frage, wie sich wirtschaftliche Macht in politischen Einfluss umsetzen lässt. Aber Europa fragt gar nicht.“

Nur wer handelt, riskiert Fehler, wer nicht handelt, sondern nur analysiert und beobachtet, riskiert politische und intellektuelle Überheblichkeit und realitätsferne Perfektion. Erst in der politischen Entscheidung werden Unzulänglichkeiten, Fehler und Schwächen menschlicher Existenz deutlich, auch weil die Verführung zu Machtmissbrauch groß ist. Dieses Streben nach Einklang zwischen individuellen Bürgerrechten und Freiheiten in der Welt adelt die Außenpolitik der USA selbst dort, wo sie scheitert. Dank demokratischem Bewusstsein und Zivilcourage decken die Amerikaner ihre Irrungen selbst auf und korrigieren Fehler selbstkritisch. Es ist diese Kraft der Erneuerung und der Wille, das Ruder herumzureißen, was Amerika und Amerikaner auch in der Außenpolitik stark gemacht und die Weltmachtrolle moralisch und realistisch begründet hat.“

* Christian Hacke: „Zur Weltmacht verdammt. Die amerikanische Außenpolitik von Kennedy bis Clinton“. Ullstein Verlag, Berlin 1997, 688 S.

POLEN: Das Los der volkspolnischen Frauenbataillone

Joachim G. Görlich

Schon zum Ende des I. Weltkrieges, bei der Formierung der Pilsudski-Einheiten, gab es Frauen in der polnischen Armee: Die Großmutter der späteren polnischen Premierministerin Hanna Suchocka brachte es bis zur Generalin. Unter den durch den sowjetischen NKWD ermordeten Offizieren im Walde von Katyn (1940), befand sich eine polnische Offizierin der Luftwaffe, eine Testpilotin. Während des II. Weltkrieges gab es Soldatinnen sowohl in den polnischen Partisaneneinheiten, als auch in der General-Anders-Armee im Westen und schließlich auch in der polnischen Volksarmee. Heute gibt es davon um die 130 – alles Offizierinnen des Sanitätsdienstes, wie Ärztinnen und Psychotherapeutinnen.

Momentan erregt eine wissenschaftlich-historische Untersu-

chung des Obersten der Grenztruppen, Henryk Piecuch, die Gemüter. Sie befasst sich mit der Historie des kommunistisch-polnischen Frauenbataillons „Emilia Plater“, so benannt nach der im Aufstand von 1831 im Alter von 25 Jahren getöteten gleichnamigen polnischen Nationalheldin.

Dieses Bataillon sei von Stalin ins Leben gerufen worden und sollte ursprünglich nur Ärztinnen, Sanitäterinnen und Funkerinnen aufweisen. Es kam jedoch anders: Die Frauen wurden an die Front geschickt. Und somit war Polen das einzige europäische Land – außer der halbeuropäischen UdSSR – das seit 1943 Frauen direkt an der Front hatte. Und zwar im Osten Europas. Für Piecuch ein Verstoß gegen die Zivilisation.

Viele Soldatinnen wurden quasi zum Frontdienst gepresst. Man

holte sie nach der Methode „Friss Vogel oder stirb!“ aus den diversen sibirischen GULAGs oder ähnlichen Strafanstalten, wo sie öfters nur deswegen einsaßen, weil sie Polinnen waren, die aus den durch die UdSSR annektierten Ostgebieten stammten. Sie wurden in die I. Tadeusz-Kościuszko-Division einverleibt und regelrecht verheizt. Hinzu kamen sexuelle Nötigungen.

Stellvertretende Bataillons-

kommandeurin der rund 500 Frauen im Alter zwischen 18 und 30 Jahren wurde die kommunistische Ärztin und Hauptmännin Dr. Irena Sztachelska, später Vorsitzende der polnisch-kommunistischen „Frauenliga“. Nach der Demobilisierung wurde den Soldatinnen ein ehemaliges deutsches Dorf zugewiesen, wo ein Teil von ihnen noch heute als Rentnerinnen und Landwirtinnen lebt. Durch die Verleihung von hohen kommuni-

stischen Orden wuchsen die Rentenansprüche, jedoch betragen sie heute maximal 900 Zloty (1 DM = 1,80 Zloty).

Danach gab es nur noch Frauen im Gesundheitswesen der Armee, bei der Luftwaffe innerhalb der Luftüberwachung und noch bis in die 50er-Jahre in der „politischen Hauptverwaltung“. Hinzu kam, dass alle Studentinnen, voran Medizinerinnen, die militärische Ausbildung absolvieren mussten. o

Russland: Die religiöse Situation

Paul Roth

Wenn man über die religiöse Situation in Russland in jüngster Zeit berichtet, darf man nicht einfach die Religionsgemeinschaften wie mit einer Lupe aus dem Gesamtzusammenhang herausnehmen. Sie leben in einem Land, dessen Zustand chaotisch ist, dessen Bürger zum Großteil in Armut lebt, wo die Kriminalität alle Schichten der Bevölkerung durchsetzt hat, wo man zwar nach neuen Orientierungspunkten sucht, doch der Streit um eine neue Ideologie noch lange nicht beendet sein wird. Alles dieses wirkt sich auf die Religionsgemeinschaften aus. Wobei gleich angefügt werden muss, dass auch die Vergangenheit – und damit ist nicht nur die Sowjetzeit gemeint – das Selbstverständnis der Religionsgemeinschaften prägt.

Dies sei vorweggeschickt, um eine überhebliche Beurteilung von westlicher Seite abzublocken. Wenn z.B. die Rede davon sein wird, dass sich viele Bürger Russlands als orthodoxe Christen bezeichnen, ohne ihren Glauben zu kennen, ohne die Gebote zu beachten, so sollte man selbstkritisch auch die Verhältnisse bei uns bedenken.

Entwicklungsabschnitte

In den ersten Jahren Gorbatschows (1985 und 1986) wurde die atheistische Arbeit fortgeführt, blieb die administrative Verfolgung aller Religionsgemeinschaften. Dann folgte (im Vorfeld der Millenniumsfeier der Taufe der

Kiewer Rus') eine Zwischenperiode, die atheistische Massenpropaganda wurde ebenso wie die administrative Verfolgung eingestellt, wobei gleichzeitig die alten religionsfeindlichen Gesetze in Kraft blieben.

1990 änderte sich die Situation durch die Verkündung des Religionsgesetzes grundlegend. Bereits 1989 begann ein „religiöser Boom“ – eine Großzahl von Bürgern begehrte die Taufe. Gleichzeitig traten nun auch die nichtorthodoxen Religionsgemeinschaften an die Öffentlichkeit, dazu kam ein Zustrom von Sekten aus dem Ausland. Etwa 1991 ging der „religiöse Boom“ zu Ende.

1991/1992 stellte sich die Situation folgendermaßen dar:

Es gab ein Interesse für religiöse Fragen, eine Suche nach Antworten wie „Wozu lebe ich?“ Die Russen suchten Antwort vor allem in der eigenen Geschichte. Zugleich wurden sie verwirrt durch die Vielfalt religiöser Angebote. Verwirrt wurden sie auch durch Streitigkeiten innerhalb der Religionsgemeinschaften und zwischen den Religionsgemeinschaften. Die Russisch-orthodoxe Kirche des Moskauer Patriarchates suchte Unterstützung bei den Machthabern. Die Religion wurde zu einem politischen Faktor. Die Zugehörigkeit zu einer Nationalität wurde vielfach mit der Zugehörigkeit zu einer Religionsgemeinschaft gleichgesetzt. Unvermeidlich geriet damit die Religion auch ins Streitfeld zwischen den Nationalitäten.

Die Situation seit 1995

Da unser Interesse sich auf die jüngste Zeit bezieht, beschränken wir uns vorwiegend auf die letzten Jahre.

Seit 1995 – dem Jahr der Dumawahl – verstärkten sich die eben erwähnten Tendenzen. Das Moskauer Patriarchat biederde sich geradezu den Machthabern an, die mit Genugtuung entsprechende Gegengesten machten. Der religiös-politische Konflikt zwischen den Nationalitäten verschärfte sich. Die antiwestlichen Tendenzen fanden vor allem beim Moskauer Patriarchat Unterstützung, das praktisch alle ökumenischen Bemühungen abblockte. Gleichzeitig wurden religiöse Bauwerke, Symbole, religiöse Beiträge in Medien mehr oder weniger zur Selbstverständlichkeit des Alltags. Im April 1996 wurde die erste Liturgie in der wiedererbauten Christus-Erlöser Kathedrale gefeiert. 1996 erschien eine Briefmarkenreihe, die u.a. eine Muttergottesikone, eine Nikolausikone und das wiedererrichtete Iberische Tor mit der Kapelle der Iberischen Muttergottes umfaßte.

Der Streit um die Dreifaltigkeitsikone von Rubljow und die Ikone der Muttergottes aus der Tretjakowgalerie wurde beigelegt. Die Orthodoxe Kirche hatte ihre Herausgabe gefordert, um sie wieder in einem Gotteshaus unterzubringen. Die Ikonen wurden in die neben der Galerie gelegene Kirche des Hl. Nikolaus überführt. 1997

brachte man eine 500.000 Rubelnote heraus, die eine Zeichnung des Klosters Solowki zeigte, in dem während der Sowjetzeit viele Geistliche geschmachtet hatten, nachdem es zu einem Gefangenenlager gemacht worden war.

Im November 1993 hatte Jelzin eigenmächtig ein neues Staatswappen Russlands eingeführt. Es entsprach weitgehend dem einstigen Staatswappen der Zarenzeit: Ein doppelköpfiger Adler mit dem heiligen Georg auf der Brust. Im Frühjahr 1997 versuchte die Duma, dieses Wappen abzuschaffen und das Sowjetwappen mit Hammer und Sichel wieder einzuführen. Die Mehrheit entschied sich für die Beibehaltung des Wappens mit dem heiligen Georg. Im Dezember 1996 hatte Valentina Gorelowa ausgerechnet im einstigen atheistischen Journal „Wissenschaft und Religion“ ebenfalls ein neues Staatswappen vorgeschlagen: Die Muttergottes in einem Blätterkranz, darunter die Worte „Glaube, Hoffnung, Liebe“. Die wachsende Aufmerksamkeit für die Religion zeigte sich u.a. darin, dass die Zeitung „Nesawisimaja gaseta“ im Januar 1997 mit der Herausgabe einer allmonatlichen Beilage über die Religionsgemeinschaften begann. Jede Woche strahlt das Fernsehprogramm des ORT eine religiöse Sendung „Das Wort des Priesters“ aus. Der Kanal RTR hat

mit einer Sendung begonnen, die in Fortsetzung alle Religionsgemeinschaften vorstellen soll. Auf dem Kanal TV-6 gibt es eine allwöchentliche Sendung „Kanon“. Das eben erwähnte einstige atheistische Journal „Wissenschaft und Religion“ hat sich darauf umgestellt, alle Religionsgemeinschaften, Sekten, dazu den Schamanismus, die Astrologie usw. irgendwie zu beschreiben. Bevorzugt wird verständlicherweise die Russisch-Orthodoxe Kirche. Angesichts dieser „Vielfalt“ wundert man sich nicht, im Journal auch die Werbung einer esoterischen Schule zu finden.

Meldung aus einer verworrenen Zeit

Einige Meldungen aus der russischen Presse sollen andeuten, in welcher religiösen Situation die Menschen leben. 1996 hat Ministerpräsident Tschernomyrdin, von dem niemals bekannt wurde, dass er Christ sei, in seinem Heimatort eine Kirche des Heiligen Johannes gestiftet. 1997 hat der Fond Gorbatschow 25 Millionen

In der Muttergotteskathedrale von Budjonowsk wurde eine Muttergottesikone feierlich aufgestellt. (Budjonowsk ist bekannt geworden durch einen blutigen Überfall von Tschetschenen).

Metropolit Gedeon berichtete bei dieser Gelegenheit: „In den Tagen des Überfalls von Basajew auf Budjonowsk haben viele im Krankenhaus die Muttergottes in purpurnen Gewand gesehen, wie sie vor dem Kreuz ihres Sohnes betete. Diese Erscheinung hat die Seelen von Christen, Muslimen und sogar Gottlosen erschüttert“.

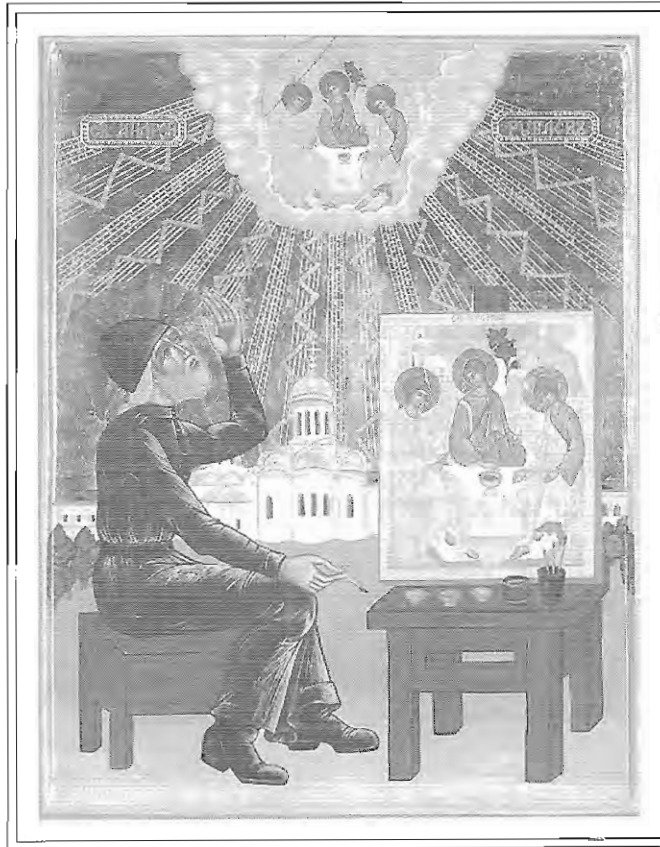
Der Vorsitzende des Verfassungsgerichtes von Tschetschenien, I. Grichanow, hat mitgeteilt, dass Änderungen der Verfassung geplant sind, so z. B. die Verkündung des Islam als Staatsreligion. Der Patriarch Alexej II. hat sich gegen einen Papstbesuch zur gegenwärtigen Zeit ausgesprochen. Zwar hätten sich die Beziehungen zwischen den Kirchen verbessert, doch sei das Verhältnis weiter schwierig. Ursache seien Abwerbeversuche seiner Gläubigen vonseiten der Katholiken.

1996 nahmen 6.000 Personen am Baschow-Festival teil. Die Baschowzy sind eine neuheidnische Gruppierung in Russland. Sie verehren als wichtigste Göttin die Herrin des Urals, gleichzeitig beten sie zum Eroberer Sibiriens, dem

Kosakenführer Jermak. Das Fest wurde während der Sommersonnenwende am See Tschebarkul in der Nähe von Tscheljabinsk gefeiert und dauerte eine Woche lang.

Zahlen und Prozente

Zuverlässige Zahlen oder Prozentangaben über die Anzahl der Gläubigen in Russland gibt es bis heute nicht. „Zur Beruhigung“ kann man hinzufügen, dass es kaum einen Bereich in Russland gibt, über den zuverlässige Zahlenangaben vorliegen. Wahrscheinlich ist die einzige einigermaßen



Der Hl. Andrej Rubljov schaut seine „Dreifaltigkeit“, wie er sie dann gemalt hat – Ikone von Angela Hauser. (aus: DER CHRISTLICHE OSTEN, LII/1997/3-4)

Rubel für den Bau einer Kirche im Heimatort Gorbatschows gestiftet. Gorbatschow ist entweder Agnostiker oder Atheist.

Anfang Dezember 1996 wurde eine neue christliche Bewegung „Die Allrussische Christliche Union“ gegründet. Hauptorganisator ist Michael Men, Sohn des 1990 ermordeten Priesters A. Men. Sie soll orthodoxen Charakter haben, jedoch anderen Konfessionen offen stehen. Ende 1996/ Anfang 1997 wurde eine Statue der Muttergottes von Fatima über St. Petersburg und Moskau ins Gebiet von Sibirien getragen.

zuverlässige Zahl, dass die Bevölkerung zwischen 147 und 148 Millionen umfasst.

Die in regelmäßigen Abständen veröffentlichten Prozentangaben über die Zugehörigkeit zu einer Religionsgemeinschaft beruhen auf Umfrageauswertungen, die wertlos sind. Entweder werden zu wenig Bürger befragt oder nur aus Teilbereichen des riesigen Territoriums, oder aber die Fragestellungen sind missverständlich und produzieren so Phantasieergebnisse.

Hierfür ein paar Beispiele aus jüngster Zeit. Das TIME-Magazin (27.05.1996) veröffentlichte Umfrageergebnisse. 71,8 % der russländischen Bevölkerung hätten erklärt, dass sie der Orthodoxen Kirche verbunden seien, 5,5 % sich dem Islam zugeordnet, 1,8 % der römisch-katholischen Kirche. Nur 18,9 % hätten erklärt, dass sie keinerlei Bindung im religiösen Bereich hätten.

Am 06.06.1996 veröffentlichte die Zeitung „Sewodnja“ ein anderes Umfrageergebnis. Danach hätten 51 % sich als Gläubige der Russisch-Orthodoxen Kirche bezeichnet, 2 % als Muslime, der Anteil der Atheisten sei auf 30 % gesunken.

Am 25.03.1997 teilte der stellvertretende Innenminister Russlands, W. Fjodorow, bei einem Briefing in Moskau mit (INTERFAX 25.03.1997), dass sich 70 % der Mitarbeiter der Miliz zur Orthodoxie, 10 % zum Islam, 3 % zum Katholizismus bekennen. Er führte dies u.a. auf die seit 1996 bestehende Zusammenarbeit zwischen dem Moskauer Patriarchat und dem Innenministerium zurück. Wenn diese Zahlen stimmen würden, dann wäre die Miliz eine gewaltige Organisation von Gläubigen – einzigartig im ganzen Land. Liest man allerdings die in der Presse veröffentlichten Berichte über das Verhalten der Miliz, die Verbindungen zur organisierten Kriminalität, so kann man sich nur wundern, dass ein Ministerium einen solchen Unfug Journalisten zumutet.

Andere Befragungen stellen die oben angeführten Prozentzahlen in Frage. So sollen 40 % der befragten Orthodoxen an Magie, 38 % an Astrologie, 20 % an die Seelenwanderung glauben.

Die Angaben über den Gottes-

dienstbesuch schwanken zwischen 2 % und 7 % pro Woche. 41 % erklärten, sie besuchten selten, einmal im Jahr oder weniger ein Gotteshaus.

Wie viele Angehörige die verschiedenen Sekten haben, ist ebenfalls unbekannt. Die Schreckensziffer von 5 Millionen gehört ins Arsenal der Bekämpfer der Sekten. Wahrscheinlich sind es einige Hunderttausend. Man weiß es nicht, man kennt nicht einmal die genaue Anzahl der Sektengemeinden, da sich nicht alle registrieren lassen.

Man kann davon ausgehen, dass heute 40 bis 50 % der Bevölkerung Russlands als Gläubige bezeichnet werden können. An erster Stelle steht das Moskauer Patriarchat mit 50 bis 60 Millionen (?), darauf folgen die Muslime mit wahrscheinlich 7 bis 12 Millionen, dann die Katholiken mit wahrscheinlich 500.000 bis zu einer Million. Dann schließen sich Evangeliumschröten, Baptisten, Lutheraner, Buddhisten und die ganze Kette von religiösen Gruppierungen an, die wir zumeist als Sekten bezeichnen.

Die registrierten Glaubensgemeinschaften

Eine gewisse Orientierungshilfe findet man in den Zahlen der offiziell registrierten Glaubensgemeinschaften. Allerdings gibt es auch da Stolpersteine für das Verständnis. So kann mit der Bezeichnung „Gemeinde“ eine kleine Gemeinschaft bezeichnet werden oder eine mehrtausendköpfige. Ferner ist nicht immer genau angegeben, wann die Registrierung festgehalten worden ist, d.h. man findet für das gleiche Jahr unterschiedliche Angaben. Die jetzt folgenden Angaben für den 01.01.1996 sind dem „Analytischen Westnik“ Nr. 2 (Februar) 1996 entnommen.

Am 01.01.1996 waren in Russland registriert: 13.073 religiöse Vereinigungen, darunter 226 religiöse Zentren und Verwaltungen, 148 geistliche Bildungsstätten, 269 Klöster, 309 Missionen, 125 Bruderschaften. Es fällt auf, dass die Zahl der orthodoxen Gemeinden langsamer gewachsen ist als die der Muslime, Buddhisten, Katholiken und Protestanten. 1991 hatte die orthodoxe Kirche 3.451 Ge-

meinden, 1996 6.709. 1991 hatten die Muslime 870 Gemeinden 1996 2.349. Ganz offensichtlich sind die Muslime religiös aktiver; sie besuchen häufiger die Moscheen, beten häufiger, halten sich eher an die religiösen Vorschriften.

Die Anzahl der buddhistischen Gemeinden wuchs von 16 im Jahre 1991 auf 113 im Jahre 1996. Die Anzahl der katholischen Gemeinden wuchs von 23 im Jahre 1991 auf 169 im Jahre 1996. Die Zahl der protestantischen Gemeinden soll sich seit 1991 verdreifacht haben, – allerdings ist nicht erkennbar, welche religiösen Gruppierungen als „protestantisch“ bezeichnet werden.

Die Anzahl der Religionsgemeinschaften, die sich haben registrieren lassen, betrug 1991 20. Etwa noch einmal so viele ließen sich nicht registrieren. 1993 waren 40 Religionsgemeinschaften registriert, 1996 58. Fachkundige schätzen, dass es insgesamt mehr als 70 religiöse Gruppierungen gibt, von denen sich ein Teil nicht registrieren lässt.

Der „Analytische Westnik“ verweist ferner darauf, dass auch der „missionarische Boom“ vorbei ist. Die Anzahl der Missionen ist von 318 (1993) auf 309 (1996) gesunken. Er hebt ferner hervor, dass prozentual der höchste Anteil der Gläubigen unter den Jugendlichen zwischen 16 und 19 Jahren zu finden sei. Andere Quellen gehen bei der Altersbegrenzung bis zu 24 Jahren. Das würde sogar den prozentualen Anteil unter den alten Leuten übertreffen. Der Großteil der Nichtgläubigen ist altersmäßig zwischen diesen Gruppen anzutreffen.

Das Moskauer Patriarchat

Unbestritten ist die Russisch-Orthodoxe Kirche des Moskauer Patriarchates die größte Religionsgemeinschaft, die zugleich im politischen Leben eine wichtige Rolle spielt. Als Präsident Jelzin seinen Eid auf die Verfassung ablegte, trat eilig der Patriarch hinzu und gab ihm seinen Segen. Die Situation ist etwas seltsam, denn in Russland sind Staat und Kirche getrennt. Unverändert nimmt das Patriarchat für sich in Anspruch, die „traditionelle“ Religion der Russen zu sein. Andere Religionen

werden beschuldigt, „Proselytismus“ zu betreiben und dadurch den religiösen Frieden zu stören. „Ökumene“ ist inzwischen zum Schimpfwort geworden.

Besonders interessiert ist das Moskauer Patriarchat an den Verbindungen zu den Streitkräften, an der Militärseelsorge. Und bei jeder passenden oder unpassenden Gelegenheit wird der „Patriotismus“ der Kirche demonstriert. In Ostpreußen in Polessk (ehemals Labiau) ist ein orthodoxes Kloster im Aufbau. Geplant sind ferner Klöster in Rositten und Ragnit (Neman). Ferner ist der Bau einer orthodoxen Kirche – im Einvernehmen mit den Streitkräften – im einstigen Pillau (Baltisk) vorgesehen. Ganz offensichtlich soll mit diesen religiösen Bauten und Einrichtungen die Russifizierung dieses Gebietes beschleunigt werden. Gleichzeitig macht man dort Katholiken und Protestanten – zu meist deutscher Abstammung – alle nur möglichen Schwierigkeiten, wenn sie Kirchen erbauen oder restaurieren wollen.

Innerhalb der russischen Orthodoxie gibt es sowohl Streitigkeiten zwischen den unterschiedlichen orthodoxen Religionsgemeinschaften, es gibt ja z.B. Gemeinden der russischen Auslandskirche, als auch innerhalb der Russisch-Orthodoxen Kirche des Moskauer Patriarchates. Da wird gestritten, ob die Liturgiesprache endlich der Umgangssprache weichen solle. Man kann sich nicht darüber einigen, ob der Zar kanonisiert werden soll – oder die ganze ermordete Familie – oder nur der ermordete Zarwitsch. Die Konservativen haben bisher die Oberhand, man ist auch nicht besonders brüderlich, wenn es z.B. um die Reglementierung von Priestern geht, die die Kirche erneuern wollen. Und nach wie vor strebt man nach einer Änderung des Religionsgesetzes, die den „nicht traditionellen“ Religionsgemeinschaften die Tätigkeit erschweren soll.

General a.D. Lebed hat sich in einem Interview, das vom finnischen Fernsehen MTV-3 ausgestrahlt wurde, zur Russisch-Orthodoxen Kirche sehr negativ geäußert. Er sagte u.a.: „Heute befindet sich die Kirche wegen einer großen Anzahl von Menschen, die die politische Konjunktur zu nut-

zen wissen, am Scheideweg. Innerhalb der Kirche gibt es alle möglichen Intrigen, Skandale, Streitigkeiten. Und so oft ich auch versucht habe, mit verschiedenen Kirchenleuten der ROK zusammenzukommen – vielleicht hatte ich dabei einfach kein Glück – ständig geriet ich in eine Situation, in der irgendein Teil der Männer im Priesterrock versuchte, mich gegen den anderen Teil auszunutzen. Wenn innerhalb der Kirche solche ... Auseinandersetzungen ausgetragen werden, dann hat man dort für die Herde der Gläubigen einfach keine Zeit ... Ich finde, die Kirche hat potentiell eine riesige geistliche Macht inne und könnte vieles tun. Doch leider tut sie es heute nicht – aus den oben genannten Gründen.“

Im Übrigen muss man auch erwähnen, dass die garantierte Religionsfreiheit in den Regionen, die weit von Moskau entfernt sind, durchaus nicht so praktiziert wird, wie es das Gesetz vorsieht. Betroffen sind dabei vor allem Katholiken und Lutheraner, vor allem aber die Sekten. Selbst die Russisch-Orthodoxe Kirche ist dort vielfach darauf angewiesen, welches Wohlwollen ihr die zuständigen Behörden zuwenden.

Der Trend nach rechts

Unter „rechts“ ist hier zu verstehen: Nationalismus, Patriotismus, eventuell auch die Sehnsucht nach der Rückkehr eines Zaren und einer neuerlichen Vorrangstellung der Russisch-Orthodoxen Kirche. Dieser Trend innerhalb der Russisch-Orthodoxen Kirche des Moskauer Patriarchates ist unverkennbar. Es ist daher mehr als natürlich, dass sich vor allem die Muslime gegen diese Tendenz sträuben. Mit Recht können sie darauf verweisen, dass der Islam auf dem Gebiet des einstigen Zarenreiches und der Sowjetunion eine tausendjährige Geschichte hat und der Verweis auf das tausendjährige christliche Russland keinen Vorrang für die Orthodoxie beanspruchen kann.

Beispiele für den Trend des Moskauer Patriarchates lassen sich genügend finden. Am 12.11.1996 fand im Daniil-Kloster, dem Sitz des Moskauer Patriarchates eine Konferenz zum Thema „Die ato-

mare Bewaffnung und die nationale Sicherheit“ statt. Durchgeführt wurde sie vom „Weltweiten Russischen Volkskonzil“. Metropolit Kirill fügte an ein Grußwort des Patriarchen die Warnung an, die Nato-Osterweiterung und eine europäische Integration, die Russland ausschließe, seien Anzeichen für das baldige Kommen des Antichrist (Sewodnja 13.11.96).

Die Muslime in Russland haben sich in jüngster Zeit darum bemüht, sowohl die religiösen Institutionen wieder organisatorisch zusammenzufassen, als auch eine gemeinsame Interessenvertretung der politischen Organisationen der Muslime zu schaffen. Es ist – angesichts der Situation – nicht verwunderlich, dass auch bei den Muslimen nichtdemokratische Forderungen aufgestellt werden.

Der Vorsitzende des islamischen Komitees, Geidar Dschemal, hat die islamischen politischen Organisationen aufgefordert, Position zu beziehen (Nesawisimaja gaseta/Beilage „Religion“ 30.01.1997). Er schrieb u.a.: „Die Erfahrung ausländischer politischer islamischer Organisationen (so z.B. in Ägypten und Algerien) hat gezeigt, dass eine blinde Nutzung parlamentarischer Technologien und der Glauben an demokratische staatliche Institutionen sich als zerstörerisch für eine islamische Politik erweist ... Heute ist ein Muslim verpflichtet, sich als Politiker zu verstehen, für den das Schicksal seines Landes im Weltmaßstab nicht gleichgültig ist. Und der reale Weg einer islamischen politischen Bewegung ist heute die Opposition. Eine Opposition gegenüber der Engagiertheit Russlands in der Weltgemeinschaft, die es für immer in einen Teil des gottlosen Westens verwandelt ...“

Es kann kein Zweifel daran bestehen, dass die religiöse Situation in Russland in der nächsten Zukunft von diesem Trend nach rechts geprägt sein wird. Das Moskauer Patriarchat wird weiter in seiner konservativen Grundhaltung um eine Vorrangstellung in Russland bemüht sein und gleichzeitig auf eine Änderung des Religionsgesetzes drängen, um die „nichttraditionellen“ Religionsgemeinschaften und vor allem die Sekten unter Kontrolle zu halten. □

Ex-Jugoslawien in Stichworten

Rudolf Grulich

Seit Beginn des Krieges auf dem Balkan ist das Interesse der übrigen Europäer für dieses Gebiet stetig gewachsen. Im Folgenden soll versucht werden, stichwortartig einige Grundtatsachen und Begriffe aus der Geschichte und Gegenwart Ex-Jugoslawiens zu beleuchten. Auf diese Weise wird es leichter sein, die heutigen Spannungen und Geschehnisse zu verstehen. Der Autor will nicht werten, sondern Fakten vermitteln.

Wie und wann kamen die Slawen auf den Balkan?

In der Zeit der Völkerwanderung zogen germanische Stämme und Völker, die auf dem Balkan siedelten, weiter nach Westen, insbesondere die Goten und Langobarden. Nach dem Tode Attilas war auch das Hunnenreich untergegangen. In diese Räume sickerten Slawen ein, ohne dass wir darüber immer konkrete Angaben über Zeit und Art dieser Einwanderung haben. Im Falle der Kroaten haben wir dagegen die Nachricht, dass der byzantinische Kai-

ser um das Jahr 630 die Kroaten aus ihren damaligen Wohnsitzen im nördlichen Böhmen und Schlesien gegen die Awaren zur Hilfe rief und ihnen nach dem Sieg über dieses Reitervolk die Länder an der Adria als Besitz überließ. Schon früh nahmen dann die Kroaten als erstes Volk der Slawen das Christentum an. Dies erfolgte 641, also mehr als zwei Jahrhunderte vor den späteren Slawenaposteln Cyrill und Method.

Welche südslawischen Nationen (und Minderheiten) gab es in diesem Gebiet?

Der 1991 untergegangene Staat Jugoslawien nahm erst 1929 diesen Namen an, der Süd-Slawien bedeutet. Bei der Staatsgründung 1918 nannte er sich „Königreich der Serben, Kroaten und Slowenen“. Nur diese drei slawischen Völker galten als Staatsvölker. Die Mazedonier wurden damals noch als „Südserben“ behandelt und wurden erst 1944 bzw. 1945 als Staatsvolk und ihre Sprache als Staatssprache anerkannt.

Die Montenegriner, die vor 1918 ihren eigenen Staat (seit 1910 Königreich) hatten, sind ebenfalls erst 1945 als Staatsvolk anerkannt worden, sodass Jugoslawien nach dem II. Weltkrieg in seinen sechs Republiken fünf Staatsvölker zählte, die vier Staatssprachen hatten (Serbisch, Kroatisch, Slowenisch, Mazedonisch), drei Religionen angehörten (Orthodoxe Kirche, Katholische Kirche, Islam), zwei verschiedene Schriften schrieben (lateinisch, kyrillisch), aber nur eine Partei hatten – die kommunistische.

Neben den fünf slawischen Staatsvölkern gab es noch weitere slawische Gruppen als nationale Minderheiten: Slowaken in der Vojvodina, Bulgaren in Serbien bei Dimitrovgrad, Tschechen in Slawonien, Ukrainer in Bosnien und Slawonien sowie die Rusinen bzw. Ruthenen, die im 18. Jahrhundert aus der Karpatoukraine einwanderten.

Welche nichtslawischen Völker lebten im ehemaligen Jugoslawien?

Manche der nichtslawischen Völker Jugoslawiens waren sehr stark, vor allem die Albaner. Obwohl sie mit zwei Millionen viel stärker waren als die Mazedonier oder gar die Montenegriner, hatten sie nicht das Recht eines Staatsvolkes. Sie hatten aber unter Tito im Kosovo (Amselfeld) ein Autonomes Gebiet, wo sie 90% der Bevölkerung ausmachen. Ein weiteres Autonomes Gebiet war die Vojvodina, in der neben 400.000 Ungarn auch Slowaken und Rusinen lebten sowie 60.000 Rumänen. Mit der Aufhebung der Autonomie



dieser beiden Gebiete hat der jetzige Präsident Serbiens, Milosevic, seine großserbische Politik vorbereitet. Außerdem gab es in Jugoslawien noch Türken, Zigeuner und Italiener und eine kleine deutsche Minderheit, die durch Völkermord und Vertreibung 1945 von 600.000 Menschen auf weniger als 20.000 dezimiert worden war.

Wie kam es zur Spaltung in (orthodoxe) Serben und (katholische) Kroaten?

Obgleich Kroaten und Serben erst im 7. Jahrhundert in ihre heutigen Gebiete kamen, sind sie doch auf zwei Konfessionen und zwei Kulturkreise verteilt durch die Teilung des Römischen Reiches im Jahre 395. Diese Grenze verlief an der Drina durch das Gebiet des späteren Jugoslawien. Im Westen herrschte lateinische Kultur, im Osten griechische Kultur und Sprache. In der Kirche dominierte der römische Ritus im Westen, der byzantinische im Osten. So nahmen Kroaten und Serben bei ihrer Christianisierung verschiedene Formen des Christentums, aber auch der Staatsauffassung an. Diese Gegensätze wurden durch das Schisma vom Jahre 1054 und die Zeit der Türkenherrschaft noch vertieft, als die Serben von der europäischen Entwicklung abgeschnitten waren.

Woher kamen die Moslems in dieses Gebiet?

Seit dem 14. Jh. drangen die osmanischen Türken auf dem Balkan vor. 1389 besiegten sie das serbische Heer auf dem Amselfeld (Kosovo), 1463 eroberten sie Bosnien und 1521 Belgrad, von wo sie erst 1867 abzogen. In Bosnien blieben sie bis 1878. Im Süden traten vor allem albanische Stämme zum Islam über, in Bosnien die Angehörigen der sog. „Bosnischen Kirche“ der Bogumilen. Sie waren und blieben Slawen, wurden aber Muslime. So kam es, dass sie in Bosnien-Herzegowina, aber auch in Montenegro und Serbien bei der Volkszählung des Jahres 1971 als „Muslime im ethnischen Sinn“ anerkannt wurden. Auf dem Amselfeld und in Mazedonien tauchte dieser Begriff kaum auf, dort waren die Muslime ethnische Albaner und Türken, die in osmanischer Zeit eingewandert waren.

Warum entstand Jugoslawien? Wie war dieses Königreich?

Bereits in der 2. Hälfte des 19. Jahrhunderts erweiterte Serbien sein Gebiet, in den Balkankriegen 1912/13 konnte es sein Territorium verdoppeln und blickte auf alle südslawischen Gebiete mit dem Ziel der Angliederung. So kam es auch 1914 zum Ersten Weltkrieg. Als 1918 das Königreich der Serben, Kroaten und Slowenen entstand, wurde es aus bis dahin völlig verschiedenen Ländern und Landesteilen zusammengefügt: Aus den ehemaligen Königreichen Serbien und Montenegro, die erst 1913 Gebiete erhalten hatten, die bis dahin kaiserlich-osmanisch waren, und aus Teilen der alten Habsburger Monarchie, die bis dahin unterschiedliche Verwaltungen hatten: kaiserlich-königlich waren das Königreich Dalmatien und im Norden das Kronland Krain sowie ein Teil der Steiermark und des Küstenlandes. Zur ungarischen Reichshälfte gehörten seit dem Ausgleich von 1867 das Königreich Kroatien und Slawonien und Teile der alten Militärgrenze (= Krajina) in Syrmien, der Batschka und im Banat. Als Kondominium waren seit 1878 das besetzte Bosnien und die Herzegowina von Österreich und Ungarn gemeinsam verwaltet worden. Diese Gebiete sind erst 1908 annektiert worden.

Wie man in der neugegründeten Tschechoslowakei vom tschechoslowakischen Volk schwärmte, glaubte man 1918 auch in Belgrad an ein „dreinamiges Volk gleicher Sprache und gleichen Blutes“, die Südslawen. 1929 nahm deshalb der Staat den offiziellen Namen Südslawien „Jugoslavija“ an. Dabei übersah man geflissentlich die ebenfalls südslawischen Bulgaren, die seit 1878 einen eigenen Staat hatten. Es zeigte sich bald nach 1918, dass der neue Staat eindeutig in serbischem Geist geführt und alles getan wurde, um aus ihm ein Großserbien zu machen. Die Mazedonier und Montenegriner hatten als Serben zu gelten. Mazedonien hieß Südserbien, die ehemals ungarische Vojvodina Nordserbien und das bis 1918 unabhängige Königreich Montenegro Küstenserbien. Der Verwaltungsapparat und das Heer waren weitgehend in serbischer Hand. Die Serbisch-Orthodoxe Kirche wurde überall begünstigt.

Wie enttäuscht von diesem Staat sehr bald die Kroaten waren, zeigten die Wahlen und die Erfolge für die Kroatische Republikanische Bauernpartei unter Stjepan Radic. Dieser erklärte 1923 auf einer Versammlung in Borongaj bei Zagreb: „Niemals wieder wird sich in unseren Reihen ein Mensch finden, der sagt, dass wir und die Serben ein Volk sind. Der Henker und



Bilder der Zerstörung aus Zentralbosnien (Foto: PS)

sein Opfer sind nicht eins.“ Radic wurde inhaftiert, dann aber kurze Zeit sogar Minister in Belgrad. Als Abgeordneter wurde er 1928 im Parlament angeschossen und tödlich verletzt. 1929 entließ der König das Parlament und versuchte, mit einem absolutistischen Regime den Staat national-unitaristisch umzugestalten.

Wie kam es zum Untergang des ersten Staates Jugoslawien 1941? Welches waren die Umstände und Folgen?

Als der jugoslawische König 1934 bei einem Attentat in Marseille ermordet wurde, setzte die Regentschaft für den unmündigen König Petar die Unterdrückung fort. Erst 1939 versuchte man eine völlige Reorganisation des Staates und die Schaffung einer eigenen Banschaft Kroatien, doch es war zu spät. Als 1941 großserbische Offiziere gegen den Beitritt Jugoslawiens zu den Achsenmächten putschten und den minderjährigen Petar II. zum König erklärten, eröffnete Deutschland am 6. April 1941 den Krieg. Das jugoslawische Heer war nicht in der Lage, ernsthaft Widerstand zu leisten, und kapitulierte am 17. April 1941.

Damit hörte das alte Jugoslawien auf zu bestehen. Das Land wurde aufgeteilt. In Zagreb bildete sich der stark von Nazi-Deutschland abhängige „Unabhängige Staat Kroatien“ unter Ante

Pavelic; Serbien wurde unter General Nedic auf seine Grenzen vor 1912 reduziert, den Rest teilten sich Deutschland, Italien, Ungarn und Bulgarien.

Wie verhielten sich die südslawischen Völker und fremden Mächte im Zweiten Weltkrieg?

Die vier Kriegsjahre von 1941 bis 1945 waren von blutigen Auseinandersetzungen zwischen Kroaten und Serben begleitet. Königstreue serbische Tschetnik-Freischärler kämpften gegen die kroatischen Ustaschen und gegen die Tito-Partisanen, richteten aber auch Blutbäder unter den bosnischen Muslimen an. Die Ustaschen kämpften gegen alles Serbische in ihrem Staat, der auch weite Teile Bosniens und der Herzegowina umfasste. Im Süden träumten Albaner von einem Großalbanien mit italienischer Unterstützung. Da auch bulgarische und ungarische Truppen im Lande waren, gab es über ein halbes Dutzend kriegsführende Parteien. Die seit 1943 von den Alliierten als alleinige Verbündete betrachteten Tito-Partisanen entschieden den Kampf zu ihren Gunsten. Gegen sie kämpfte der Tschetnik-Führer Draza Mihajlovic auch nach dem 8. Mai 1945 weiter, bis er Ende 1945 gefangen genommen und 1946 hingerichtet wurde.

Bis 1990 wurde nicht nur in Jugoslawien, sondern auch im We-

sten fast ausschließlich über die Ustascha-Greuel berichtet. Die Massenmorde an kroatischen und slowenischen Gefangenen nach Kriegsende durch Titos Kommunisten waren bis 1990 ein Tabu, auch die völkermordähnlichen Übergriffe gegen die Jugoslawien-Deutschen. Die Kroaten waren nach dem Krieg die Sündenböcke Jugoslawiens, denen immer wieder der Vorwurf des Ustaschatums gemacht wurde. Erst seit der Abwahl der Kommunisten in Slowenien und Kroatien wurde auch in diesen Ländern das ganze Ausmaß der Massaker an Wehrlosen nach dem 8. Mai 1945 zur Sprache gebracht: In Zagreb waren 13.000 Verwundete in Krankenhäusern und Lazaretten getötet, in der Höhle Jazovka über 50.000 Menschen ermordet worden.

Was waren die Tschetniks? Wer waren ihre Gegner und Opfer?

Die Tschetniks waren im II. Weltkrieg königstreue serbische Partisanen, die nicht nur gegen die deutsche Besatzung und den kroatischen Staat, sondern auch gegen die kommunistischen Tito-Partisanen kämpften. Für den Kampf gegen Tito erhielten sie sogar Waffen vom Gegner, d.h. von der deutschen Wehrmacht. Die Tschetniks kämpften aber hauptsächlich gegen die wehrlose Zivilbevölkerung, vor allem in Bosnien gegen die Muslime. 50 Jahre später taten sie das Gleiche, nur sind sie heute Verbündete der Postkommunisten.

Was waren die Ustaschen? Wer waren ihre Gegner und Opfer?

Nach der Königsdiktatur 1929 gingen viele kroatische Politiker ins Ausland, darunter auch Ante Pavelic, der dann die faschistische Ustascha-Bewegung gründete. Auf ihr Konto geht das Attentat 1934 auf den jugoslawischen König. 1941 kehrte Pavelic mit den deutschen Truppen zurück und wurde „Poglavnik“ (Führer, Häuptling) des sog. Unabhängigen Staates Kroatien von Hitlers Gnaden bis 1945. Nach Kriegsende konnte er flüchten und lebte in Spanien. Der Ustascha-Staat suchte die vielen Serben in seinen Grenzen durch erzwungenen Übertritt zur Katholischen Kirche, aber auch durch die Schaffung einer Kroatisch-Or-



thodoxen Kirche zu kroatisieren. Regimegegner, Serben und Juden wurden von den Ustaschen gnadenlos verfolgt. Die Muslime sah Pavelic als Kroaten an, ja sogar als „Blüte des Kroatentums“.

Für die Ustaschen waren die Kroaten ein Volk mit zwei Konfessionen, Katholiken und Muslimen. Gewalt und Brutalität gehörten zu den Methoden der Ustaschen (wie der Tschetniks).

Welche Rolle spielten die Kirchen im Zweiten Weltkrieg bei Slowenen, Kroaten, Serben?

In Slowenien litt die Kirche sehr, da viele Priester aus den an Großdeutschland angeschlossenen Gebieten ausgewiesen und vertrieben wurden. Slowenien verschwand 1941 völlig von der Landkarte, da es zwischen Italien und Deutschland aufgeteilt wurde. Dies führte auch viele überzeugte slowenische Katholiken zu den Tito-Partisanen.

In Kroatien war Erzbischof Steppinac von Zagreb eine persona non grata des Regimes. Er trat für die Menschenrechte aller ein und rettete viele Verfolgte, wurde aber dennoch 1946 von den Kommunisten als angeblicher Kriegsverbrecher verurteilt. Als Kroatie bejahte er einen kroatischen Staat, nicht aber das damalige Regime unter Pavelic.

Die orthodoxe Kirche hatte im Ustascha-Staat durch Zwangskatholisierung der Behörden zu leiden, doch verurteilte die katholische Kirche unter Steppinac diese Maßnahmen des Regimes. (In Serbien selbst begrüßten Bischöfe der orthodoxen Kirche die antisemitischen Maßnahmen der deutschen Besatzungsmacht, ein leider völlig verschwiegenes und dunkles Kapitel in der Geschichte der serbisch-orthodoxen Kirche.)

Wie verhielten sich Titos Partisanen nach ihrem Sieg?

Die Rache der kommunistischen Sieger war fürchterlich und von unvorstellbaren Blutbädern begleitet. Die Engländer lieferten nach Kriegsende in Kärnten bei Bleiburg 200.000 geflüchtete Kroaten aus, die dann jenseits der jugoslawischen Grenze massakriert wurden. Das Deutschtum Jugoslawiens wurde vernichtet, Zehntau-

sende von Jugoslawien-Deutschen wurden ermordet, Hunderttausende vertrieben.

Wie sah Titos Jugoslawien aus?

Es war seit 1945 ein kommunistischer Staat, der erst 1948 eine neue Richtung des Kommunismus konstruieren musste, als Stalin Tito aus der Komintern ausstieß.

Dieser neue Staat nach 1945 war aber im Gegensatz zur Vorkriegszeit föderalistisch. Zunächst nannte er sich FVRJ (Föderalistische Volksrepublik Jugoslawien) dann SFRJ, also Sozialistische Föderalistische Republik Jugoslawien.

Wie frei waren die Nationen im kommunistischen Jugoslawien? Wie verlief die Entwicklung von 1945 bis 1989?

Das kommunistische Nachkriegsjugoslawien versuchte bis zum Tode Titos 1980, auf der Gleichberechtigung aller Völker und Volksgruppen aufzubauen. „Einheit und Brüderlichkeit“ war das Schlagwort. Jugoslawien war eine Föderation, die zuletzt durch die ethnischen Muslime sechs Staatsvölker und eine Reihe von anderen ethnischen Gruppen beherbergte. Gegenüber den drei Staatsvölkern der Zwischenkriegszeit hatte sich also die Zahl der Staatsvölker verdoppelt, denn schon 1944 wurden die Mazedonier anerkannt und am 2. August des gleichen Jahres im Kloster Prohor Pcinski beschlossen, das Mazedonische als Amtssprache einzuführen. Die Montenegriner brauchten nicht mehr als Serben zu gelten, sondern konnten sich zu einer eigenen ethnischen Gruppe bekennen.

Als jüngstes Staatsvolk kamen die Muslime hinzu, die die ganze Problematik südslawischer Nationalitätenpolitik besonders deutlich demonstrieren. Neben den vier Staatssprachen wurden in den oben erwähnten Autonomen Gebieten Kosovo (Amselfeld) und Vojvodina auch das Albanische und das Ungarische als gleichberechtigte regionale Amtssprachen in den Parlamenten und sogar auf den Universitäten in Pristina bzw. Novi Sad anerkannt und gebraucht.

Diese wirklich positiven Ansätze hat der Präsident Serbiens, Milosevic, bereits in den 80er-Jahren mit seiner großserbischen Politik zerstört.

Wie kam es zum Zerfall Jugoslawiens: Slowenien, Kroatien, Bosnien-Herzegowina usw.?

Noch 1979 zitierte der slowenische katholische Metropolit und Erzbischof von Ljubljana, Dr. Joze Pogacnik, anlässlich eines staatlichen Neujahrsempfangs für Kirchenvertreter in seiner Ansprache das Wort eines slowenischen Prälaten und Belgrader Ministers der Vorkriegszeit: „Das schlechteste Jugoslawien ist für uns Slowenen immer noch die beste Lösung.“ Das Zitat wog umso schwerer, weil Pogacnik, der nach der Erhebung Ljubljanas zum Erzbistum und nach Schaffung einer slowenischen Kirchenprovinz erster Metropolit Sloweniens war, nach dem Krieg selber die Gefängnisse Jugoslawiens kennengelernt hatte. Zwölf Jahre später waren es ausgerechnet die Slowenen, die sich noch vor den Kroaten von Jugoslawien lösen wollten und die sich der jugoslawischen Volksarmee im bewaffneten Widerstand stellten, um die Selbstständigkeit ihrer jungen Republik zu verteidigen. Fassungslos erlebte Europa damals nach der Euphorie des KSZE-Prozesses und der „Charta von Paris für ein neues Europa“ die Aggression Restjugoslawiens gegen Slowenien und bald auch gegen Kroatien.

1990 hatte es erstmals freie Wahlen in Jugoslawien gegeben. Dabei verloren die Kommunisten in Slowenien und Kroatien die Macht. Alle Versuche der demokratisch gewählten Regierungen in Ljubljana und Zagreb, mit Belgrad eine Neugliederung des Bundesstaates Jugoslawien auf demokratischer Basis zu erreichen, scheiterten am Widerstand Belgrads. So entschlossen sich die Parlamente in diesen beiden Republiken zur Unabhängigkeit. Anstatt zu verhandeln, antwortete Belgrad mit Krieg, der nicht nur ein Aggressionskrieg, sondern ein Vernichtungskrieg war, wie die ethnischen Säuberungen in Kroatien und Bosnien zeigten. Es war die Belgrader Führung um Milosevic, die diesen Krieg inszenierte. □

AUS MILITÄRSEELSORGE UND GKS

„Politikergespräch“ mit Landtagspräsident Rainer Prachtl

Für mehr Solidarität in Deutschland sowie die Entwicklung eines Heimatgefühls im Osten plädierte am 22. September 1997 der Landtagspräsident von Mecklenburg-Vorpommern Rainer Prachtl (47). Auf Einladung von Militärgeneralvikar Prälat Jürgen Nabbefeld zum „Politikergespräch“ war Prachtl ins Gästehaus des Militärbischofs nach Bonn gekommen, um mit Angehörigen der katholischen Militärseelsorge (Militärgeistlichen, Mitarbeitern des katholischen Militärbischofsamtes, Mitgliedern der Zentralen Versammlung und der GKS sowie Beamten aus dem BMVg) Fragen der geistigen, politischen und wirtschaftlichen Situation in diesem Bundesland zu erörtern.

Nach einer Einführung von Brigadegeneral Friedhelm Koch, der dieses Gespräch moderierte, stellte Rainer Prachtl sich mit wichtigen und prägenden Stationen seines Lebens vor: Vom eingeschüchterten 14-jährigen katholischen DDR-Schüler über die Koch-

lehre wegen Verweigerung eines anderen Berufswunsches aus Weltanschauungsgründen, Wehrdienst als Koch in einem Offizierskasino der NVA, Abendschulbesuch mit Abiturabschluss, Engagement im konziliaren Prozess der Kirchen in der DDR während der Wendezeit und schließlich 1990 Wahl zum Landtagspräsidenten.

Neben seiner lockeren, fast übersprudelnden, sehr überzeugenden Art des Vortrags beeindruckte Prachtl die 23 Teilnehmer an dem „Politikergespräch“ durch seine von christlich-katholischen Werten geprägte Grundhaltung. Trotz der Sorgen des Politikers um die wirtschaftliche Situation des Landes und den geistigen Unterbau der dort lebenden Menschen ließ er Optimismus über eine sich positiv fügende Entwicklung erkennen.

Die Empfindungen der Wendezeit charakterisierte er anschaulich mit einer Bemerkung seiner Frau: „Es ist so schön, als wenn Wildgänse über Pommern fliegen.“

Prachtl sieht vor allem ein Defizit im geistigen Bereich. Wo sich acht Prozent der Menschen als religiös bekennen, wo Geschichte und Brauchtum z.Z. des sozialistischen Regimes negiert wurden, gibt es heute keine wertstiftende Institutionen, wie z.B. dörfliche Vereine. Und der Einfluss der Kirchen in der überwiegend atheistischen Gesellschaft sei gering.

Nach Auffassung von Prachtl solle die katholische Kirche über die Caritas sehen, dass bezüglich Solidarität in Mecklenburg-Vorpommern etwas geschehe. Vielleicht sei es sogar besser, statt von säkularer Solidarität zu sprechen, den christlichen Begriff der Nächstenliebe wieder zu verwenden, meinte Prachtl. Auch im Westen Deutschlands müsse viel für Werte getan werden. Im Osten aber müsse vor allem Heimatgefühl und Identität geschaffen werden. Zum geistigen Fundament gehöre auch Gottesliebe und das Gebet. Nach Ansicht des Landtagspräsidenten würden in den Neuen Bundesländern Menschen gebraucht, die unkonventionell vorwärts gehen, nicht auf finanzielle Hilfe schielen, sondern die noch an Wunder glauben. (PS)

Stafettenwechsel in der Katholischen Militärseelsorge

Wehrbereichsdekan I Franz Stenzaly verabschiedet

Nach 29 Dienstjahren in der Katholischen Militärseelsorge wurde Militärdékan Franz Stenzaly (62), Katholischer Wehrbereichsdekan I in Kiel, am 30. Juni 1997 im Bonner Haus des Katholischen Militärbischofs als Beamter aus dem Dienst des Staates in den Ruhestand versetzt.

Prälat Franz Stenzaly war 1968 als Standortpfarrer Schleswig in die Militärseelsorge eingetreten. Bevor er 1975 die Aufgaben des dienstaufsichtsführenden Militärgeistlichen im Wehrbereich I Kiel übernahm, war er Standortpfarrer

in Ellenberg (1970–73) und in Rendsburg (1973–75) gewesen. Als Wehrbereichsdekan war Stenzaly zugleich Geistlicher Beirat der GKS im WB I. Seine kritische Begleitung dieses katholischen Soldatenverbandes hatten stets zum Ziel das apostolische Engagement der Laien herauszufordern. Manche seiner Anmerkungen zur GKS-Arbeit sind in die Konzeption von 1995 „Gemeinsam in die Zukunft“ eingeflossen.

Ein Stück Heimat und Geborgenheit habe Stenzaly den Soldaten in der Militärseelsorge gegeben, sagte Militärgeneralvikar (MGV) Prälat Jürgen Nabbefeld. Es sei mit Stenzalys Verdienst, dass sich

die Zusammenarbeit zwischen Militärseelsorge und Zivilseelsorge, zwischen dem Wehrbereich I und der Diözese Osnabrück (Priesterweihe am 12. März 1960), jetzt der Erzdiözese Hamburg, so gut gestaltet habe. Generalvikar Nabbefeld erwähnte lobend die Bildungsarbeit des scheidenden Wehrbereichsdekans, der viele Jahre mit den Pfarrern seines Wehrbereiches an der Katholischen Akademie Hamburg Veranstaltungen für Offiziere und Unteroffiziere durchgeführt habe.

Ein Anliegen Stenzalys sei es auch gewesen, die Militärseelsorger mitbrüderlich zu begleiten.

Ministerialdirektor Dr. Klaus Dau, Abteilungsleiter Recht im Bundesministerium der Verteidigung, dankte Prälat Stenzaly zu-

gleich im Namen des Bundesministers der Verteidigung Volker Rühe. Stenzaly habe sich um die Katholische Militärseelsorge und die ihm anvertrauten Soldaten verdient gemacht. Dau bezeichnete es als Glücksfall für die Militärpfarrer im Wehrbereich I, dass ihnen während der letzten 22 Jahre ein so qualifizierter und erfahrener Theologe als Vorgesetzter zur Seite gestellt worden sei. Bevor Dr. Dau Dekan Stenzaly die Entlassungsurkunde überreichte, wünschte er ihm für die Zukunft Schaffenskraft, Gesundheit und Gottes Segen.

Wechsel im Wehrbereich VI

Auf der Soin-Hütte auf 1600 Meter Höhe im Soin-Kessel – einem dem Wendelstein vorgelagerten markanten Berg der nördlichen Kalkalpen – hat am 10. September **Militärdekan Prälat Peter Rafoth (57)** seinen Abschied als Katholischer **Wehrbereichsdekan IV München** gefeiert. Gleichzeitig ist **Militärdekan Prälat Walter Wakenhut (55)** in dieses Amt eingeführt worden. Zum 1. Oktober wurde Rafoth – Priester der Diözese Würzburg – Wehrbereichsdekan I in Kiel.

Zur Bergmesse, die MGv Prälat Jürgen Nabbefeld mit den beiden Dekanen zelebrierte waren 450 Gäste, darunter 380 Soldaten aus dem gesamten Wehrbereich VI gekommen. Musikalisch wurde der Gottesdienst vom Heeresmusikkorps IV aus Regensburg begleitet.

Peter Rafoth, der Theologie und Philosophie in Würzburg und Innsbruck studierte, erhielt 1965 die Priesterweihe. Seit 1971 ist der gebürtige Offenbacher an verschiedenen Orten in der Militärseelsorge tätig gewesen, unter anderem auch als Militärgeistlicher in Washington/USA. 1981 wurde er Militärdekan und ein Jahr später Wehrbereichsdekan im Wehrbereich VI in München.

MGv Nabbefeld dankte Rafoth für fast 16 Jahre Dienst als Wehrbereichsdekan in Bayern und für 26 Jahre Dienst in der Militärseelsorge. Rafoth sei einer der erfahrensten und bewährtesten Militärgeistlichen. Er verstehe es, Gegensätze auszugleichen, gemeinsame Linien der Pastoral festzulegen und Schwerpunkte zu setzen. Er

sei immer bereit gewesen, Militärgeistliche auch in andere Bereiche, vor allem in die nördliche Diaspora, abzugeben. „Dass Du nun selbst in den Norden gehst, ist wohl der beste Beweis für diese Deine Grundhaltung“, betonte Nabbefeld. Auch wenn Rafoth Bayern als den schönsten und größten Wehrbereich Deutschlands definierte, sagte er aus voller Überzeugung: „Ich freue mich auf Schleswig-Holstein und auf die Soldaten und ihre Familien, die zwischen Nord- und Ostsee stationiert sind. Eine neue Herausforderung und der Zauber, der im Norden liegt, locken mich.“

Die Nachfolge im Wehrbereich VI hat Militärdekan Walter Wakenhut angetreten. Der im bayerischen Burghausen geborene Wakenhut studierte Theologie in Passau und wurde 1968 zum Priester geweiht. Nach seiner Kaplanszeit stand er viele Jahre als Direktor dem Bischöflichen Studienseminar St. Altmann in seiner Heimatstadt vor, bevor er als Pfarrer in Regen tätig war. 1990 wurde er zum Militärpfarrer und 1991 zum Militärdekan ernannt. Zwei Jahre später wechselte der Geistliche in das Militärbischofsamt in Bonn, wo er seither als Referatsleiter für Personal und Organisation zuständig war. Erst Anfang September war Militärdekan Wakenhut von Papst Johannes Paul II. mit dem Titel „Päpstlicher Ehrenprälat“ ausgezeichnet worden.

MGv Nabbefeld betonte, einerseits freue er sich, Wakenhut als neuen Wehrbereichsdekan präsentieren zu können, andererseits falle es ihm aber schwer, den Personalchef des KMBA gehen zu lassen. Er dankte Wakenhut für das Vertrauen, für seine Loyalität und für das Miteinander im Dienst. Mit den Worten, „ich weiß einen guten Mann im Wehrbereich VI“, überreichte er Wakenhut die Ernennungsurkunde des Militärbischofs.

Generalmajor Rainer Jung, Befehlshaber im WB VI und Kommandeur 1. GebDiv, hieß alle zum

Abschied des alten Wehrbereichsdekans sowie zur Begrüßung des neuen gekommenen herzlich willkommen. Er könne sich die intensive Ausbildung der Gebirgsjäger im Sommer wie im Winter ohne die Betreuung der Truppe durch Militärseelsorger nicht vorstellen, versicherte Jung. Er dankte Prälat Rafoth für die gute Zusammenarbeit, ihm sei kein Problem der Soldaten fremd geblieben. Rafoth habe Lösungsmöglichkeiten gesucht und Wege beschritten, den Soldaten mit Gottes Hilfe in schwierigen Situationen zu helfen und sie zu begleiten. Generalmajor Jung überreichte Prälat Rafoth die Verdienstmedaille des WBK VI und als persönliches Geschenk zur Erinnerung an den Wehrbereich und die 1. GebDiv den Ehrenteller und die Chronik der Division.

Dem neuen Wehrbereichsdekan wünschte der General alles Gute für die Erfüllung seiner Aufgaben. Er freue sich, dass mit Wakenhut ein Bayer nach Bayern zurückkehre. „Sie sind einer der unsrigen“, bemerkte Jung zum Schluss seiner Rede, „wir freuen uns auf die Zusammenarbeit mit Ihnen“.

Militärdekan Wehmayer neuer Personalchef im KMBA

Neuer Personalchef im KMBA wurde am 1. Oktober Militärdekan Michael Wehmayer (40), seit 1996 Katholischer Pfarrer bei der Universität der Bundeswehr München in Neubiberg. Wehmayer ist Priester der Diözese Augsburg, wo er am 27. Juni 1982 die Priesterweihe erhielt. Nach Kaplanszeiten in Mering und Weißenborn wurde er 1986 Standortpfarrer in Landsberg und 1992 Standortpfarrer Hannover I.

Bei der Einführung von Dekan Wehmayer wies MGv Nabbefeld darauf hin, dass die Entscheidungen eines Personalchefs konsequent wie auch sensibel der Einzelperson entsprechend ausgeführt werden müssten. (PS nach: KMBA)

PERSONALIA

Dipl.-Ing. Karl-Jürgen Klein, seit April 1995 Bundesvorsitzender der GKS, wurde vom Inspekteur des Heeres, Generalleutnant Helmut Willmann, mit Wirkung

zum 1. Oktober zum Oberst befördert. Klein ist Kommandeur des Logistikregiments 10 in der Balthasar-Neumann-Kaserne in Veitshöchheim bei Würzburg. (PS)

Ein Pfarrer fällt aus allen Wolken

Michael Rottmann

Pfarrer Bernhard Haaken – ehemals aus Soest St. Bruno – war drei Jahre als Militärpfarrer in Amerika stationiert. Im Sommer kehrte er nach Deutschland zurück. Und bereitet sich nun auf die Fallschirmspringerprüfung vor.

Der Pfarrer freut sich schon auf seinen ersten richtigen Sprung. Auch, wenn ihm gestern nicht so ganz wohl war. Auf dem Übungsturm. „Das waren zwar nur zwölf Meter, aber von oben sah es aus wie hundert.“ Trotzdem will Bernhard Haaken durchhalten. Schließlich geht es für ihn um etwas. Die Augen des Pfarrers leuchten, als er auf das Fallschirmspringer-Abzeichen deutet, dass dem Hauptmann aus der Stube nebenan auf der Uniform prangt. „Sehen Sie, das ist das Objekt der Begierde.“

Dabei müsste sich der neue Militärseelsorger in der Oldenburger Henning-von-Treskow-Kaserne die Mühe gar nicht machen. Wo er doch als Beamter und nicht als Soldat im Dienst der Truppe steht. Aber die Herausforderung gehört für Bernhard Haaken zum Leben. Und: Er möchte mit den Soldaten leben. Und dazu gehört für den 38-Jährigen auch: Ihre Erfahrungen kennen lernen, sie teilen. Das heißt: Eigentlich kannte sich der aus der Soester Pfarrei St. Bruno stammende Seelsorger in Sachen Militär immer schon gut aus. „Direkt neben meinem Elternhaus lag eine belgische Kaserne – und auf der anderen eine evangelische Kirche“. Das müsse ihn wohl irgendwie beeinflusst haben, meint er augenzwinkernd.

Die Zeit beim „Bund“ prägte Bernhard Haaken weiter. „Weil ich mit den vielen Kameraden außerordentliches Glück gehabt habe.“ Bernhard Haaken schwärmt von guten Gesprächen, der Kameradschaft. Zum Beispiel, wenn einer den Rucksack eines Kanneraden auf seine Schultern nahm, damit alle, zwar mit Blasen an den Füßen, aber gemeinsam das Ziel erreichten. „Für die meisten der jungen Soldaten sei die Zeit ein Gewinn. Auch wenn sie manches

Mal unter der dem Schliff und dem Ton stöhnten. „Weil man in der Bundeswehr Erfahrungen machen kann, die anderswo nicht möglich sind. Und die viel mit der Hl. Schrift zu tun haben.“

Bernhard Haaken verlängerte seinen Wehrdienst kurzerhand auf zwei Jahre und nahm noch während des darauf folgenden Theologie-Studiums als Reserve-Offizier an drei Übungen teil. Und beim „Skrutinium“, der Befragung vor der Priesterweihe, legte er seinem Erzbischof gleich einen Wunsch ans Herz: Dass er gerne eine Zeit lang in der Militär-Seelsorge arbeiten würde. Keine drei Jahre später war es soweit: Bernhard Haaken, damals noch Vikar im sauerländischen Brilon, zog es in den Norden: Er trat eine Stelle als Militärpfarrer in Jever an, im Oldenburger Land, dem niedersächsischen Teil des Bistums Münster. Weitere drei Jahre später ging es nach Amerika. Als Militärpfarrer in Fort Bliss wurde er zuständig für die gesamte Militär-Seelsorge an den deutschen katholischen Soldaten in den USA und Kanada. Flugzeuge wurden sein Hauptverkehrsmittel.

Da ging es Tausende von Kilometern zur Firm-Katechese bei einer Familie im Norden, anschließend weiter zu einer Taufe und wieder zurück zu seiner Holzkirche in Fort Bliss in Texas. So dass Bernhard Haaken sich heute weiterfahren geben kann: „Ich habe mehr Flugmeilen auf dem Buckel als die meisten anderen Priester in meinem Bistum, kenne mehr Flughäfen und weiß, wo es den besten Hamburger von Amerika gibt.“

Viele junge Soldaten in Deutschland kennen ihn vom Lebenskundlichen Unterricht. Mancher auch von einem Besuch des Pfarrers im Cafe Viereck – das ist der „Bau“, die Arrestzelle gleich am Eingang. Aber dorthin wird er seltener gerufen. Nach sieben Jahren Militärseelsorge, ständig Uniformen um sich, den typischen Geruch frisch gewischter Kasernen-

flure in der Nase, kann man dann überhaupt noch zurück in eine normale Gemeinde? „Man muss!“, erklärt er. „Spätestens am ersten Advent 2001 geht es zurück ins Bistum Paderborn. Dann sind die zwölf Jahre um, die man das längstens machen kann.“ Solange – das spürt man im Gespräch – würde Bernhard Haaken gern bei der Truppe bleiben. Und eigentlich könnte ihn nur ein einziger Umstand zu einem früheren Verzicht bewegen: Er erzählt von seinem behinderten Bruder im heimischen Soest, der von der Mutter gepflegt wird. „Der hab’ ich versprochen, dass ich mich um Georg kümmere, wenn sie es mal nicht mehr schaffen sollte. Und dazu würde ich im Fall des Falles auch stehen.“ □

KURZ NOTIERT:

Militärseelsorge in der Slowakei im Aufbau

Seit im April 1996 die Militärseelsorge in der Slowakei ihre Arbeit aufgenommen hat, konnten schon Fortschritte erzielt werden. Mittlerweile betreuten acht Militärpfarrer die Truppe. Bald wollen sich etwa vierzig Seelsorger um die Belange der Soldaten kümmern. Noch stehen den Geistlichen keine eigenen Räume innerhalb der Kasernen zu Verfügung. Während eines Besuchs in Königstein sagte Pfarrer Stanislav Nemeth, einer der acht Militärpfarrer, dass man sich momentan an diversen Standorten darum bemühe, Kapellen oder Kirchen zu errichten. Zurzeit unterstützt „Kirche in Not“ mit fünfzehntausend Mark die Renovierung der Kirche in Valaskovce.

(DT)

Aus der GKS im Wehrbereich III

Abschied vom Haus St. Meinolf

Stefanie Schacherl

Leider letztmalig im Hause St. Meinolf, weil die Militärseelsorge dieses beliebte Familienerholungs- und Bildungshaus aus finanziellen Gründen aufgibt, konnte Stabsfeldwebel Johann-A. Schacherl die Teilnehmer mit ihren Angehörigen am Freitag, den 13.06.1997, zur diesjährigen Wehrbereichskonferenz im Wehrbereich III begrüßen.

Ganz besonders freute er sich den Bundesvorsitzenden der GKS Karl-Jürgen Klein, den Bundesgeschäftsführer der GKS Günter Hagedorn und den Wehrbereichsdekan III Militärdekan Rainer Schadt begrüßen zu können.

Nach einer Vorstellungsrunde und Klärung allgemeiner Punkte berichtete Schacherl über das vergangene Jahr, welches viel Erfahrung mit sich brachte, und gab seinen Lage-/Tätigkeitsbericht ab. Er sprach u.a. das Verhältnis zu den einzelnen GKS-Kreisen an und verkündete stolz die Gründungen zweier neuer Kreise in Augustdorf und Essen. Nach den „guten Vorsätzen“ für das nächste Jahr, der Bekanntgabe von Terminen und den Berichten aus den verschiedenen GKS Kreisen im Wehrbereich waren die Arbeitseinheiten für diesen Tag fast beendet, wenn es nicht noch etwas Wichtiges zu tun gegeben hätte. Auf Grund der Versetzung von Major Rüdiger Attermeyer nach Basepohl war es notwendig, den Vorstand im Wehrbereich III neu zu wählen. So wurde am späten Abend zur Tat geschritten.

Stabsfeldwebel Johann-A. Schacherl wurde in seinem Amt bestätigt, Major Artur Ernst zum stellvertretendem Vorsitzenden, Oberstabsfeldwebel Gerold Rückert zum Geschäftsführer und Hauptfeldwebel Hubert Berners zum Schriftführer gewählt.

Im Rahmen des Bildungsteils trug Carmen Klein am Samstagmorgen zum Thema „Kollision von Meinungsfreiheit und (soldatischem) Ehrenschatz“ vor. Dabei legte sie zunächst die juristischen Hintergründe der Grundrechte auf

Meinungsfreiheit und den Schutz der persönlichen Ehre dar. Diese Informationen waren Voraussetzung für das Verständnis der folgenden Ausführungen zu den beiden „Soldatenurteilen“ des Bundesverfassungsgerichts aus den Jahren 1994 und 1995. Nachdem die Konferenzteilnehmer den Sachverhalt des ersten Urteils zuvor in Gruppenarbeit ohne juristische Vorkenntnisse bearbeitet hatten, zeigte sich im Vergleich mit der anschließenden Besprechung durch die Referentin, dass juristische Ansätze in diesem Themenbereich nicht immer mit denen des mit natürlichem Sach- und Menschenverstand argumentierenden Zuhörerkreises übereinstimmten.

Am Samstagnachmittag sprach der Bundesvorsitzende über seine Eindrücke im WB III und stellte den Förderkreis der GKS vor. Dazu war ein Vertreter der Bruderhilfe eingeladen, der das Selbsthilfeunternehmen als Partner des Fördervereins der GKS vorstellte. Anschließend gab Wehrbereichsdekan Schadt einen Lagebericht ab und ließ den Delegierten Zeit, Fragen zu stellen.

Zu einem gemeinsamen Grillabend hatte J.-A. Schacherl das gesamte Personal des Hauses St. Meinolf eingeladen, um zusammen mit ihm, das über Jahre hinweg mit dafür gesorgt hatte, dass man sich hier so wohl fühlen konnte, gemeinsam den letzten Abend zu verbringen. Alle Mitarbeiter waren gekommen, sodass man gemeinsam feiern konnte.

Im Laufe des Abends ergriff der Wehrbereichsvorsitzende das Wort, um zum einen seinen Stellvertreter Major Attermeyer zu verabschieden und zum anderen allen für die schönen Jahre im Haus zu danken und sich im Namen der GKS im Wehrbereich III vom Ehepaar Spratte und dem Personal zu verabschieden. Er dankte Attermeyer für seine Mitarbeit und Loyalität der beiden letzten Jahre und wünschte ihm

und seiner Familie für die Zukunft alles Gute und erinnerte an den klaren Auftrag, den Attermeyer während der Bundeskonferenz der GKS in Mühlheim erhielt, einen neuen GKS Kreis in Basepohl zu gründen. Anschließend stellte er noch einmal alle Mitarbeiter des Hauses St. Meinolf einzeln vor und überreichte Ihnen ein Präsent. Danach bat Schacherl den Heimleiter nach vorne und verlieh ihm – erstmals in der Geschichte der GKS im WB III – die Ehrenmitgliedschaft auf Lebenszeit in der GKS im Wehrbereich III.

Das Erstaunen und die Freude waren groß und es folgte ein lang anhaltender Applaus für Herrn Spratte.

Klein verabschiedete sich ebenfalls und schaute noch einmal zurück auf 15 Jahre gute Zusammenarbeit, auf die er besonders einging.

Anschließend wurde bis in die frühen Morgenstunden gemeinsam gefeiert.

Am Sonntagmorgen feierten alle gemeinsam mit Dekan Schadt die Heilige Messe, bei der besonders die Kinder mit einbezogen waren. Nach dem Besinnungsteil, den ebenfalls der Wehrbereichsdekan leitete, wurden zunächst die Ehefrauen zu Wort gebeten. Da Tobias Stenzig sich an diesem Wochenende um die Betreuung der Kinder kümmerte, war es möglich, erstmalig einen Frauengesprächskreis durchzuführen, in dem über die Frage, „Was erwarte ICH von der GKS?“, nachgedacht und diskutiert wurde.

Abschließend lies Schacherl Zeit für die Klärung offener Fragen und bedankte sich noch einmal recht herzlich bei allen, die das Wochenende so aktiv mitgestaltet haben, bevor er die diesjährige Wehrbereichskonferenz beendete.



StFw J.-A. Schacherl ehrt Heimleiter Spratte bei der Konferenz im WB III.

(Foto: St. Schacherl)

SICHERHEITSPOLITIK

Wehrformen in Europa auf dem Prüfstand

Ein Beitrag zur Sicherheitspolitischen Diskussion

Klaus Brandt

„Die sicherheitspolitische Landschaft in Europa befindet sich in einem tiefen Umbruch. Die Aufnahme neuer Mitglieder in die NATO, der Kooperationspakt mit Russland und die Neuverhandlung des Vertrages über die Abrüstung der konventionellen Streitkräfte in Europa (KSE-Vertrag) schaffen eine grundlegend neue sicherheitspolitische Situation, die den Wandel europäischer reiner Verteidigungsarmeen zu 'Streitkräften für Stabilität und Krisenbewältigung' einleitet. Diese Änderung der Aufgabenstruktur bildet auch den Hintergrund für die gegenwärtigen Debatten über Änderungen der Wehrformen in fast allen Ländern Europas. Auch für die Bundeswehr ergeben sich daraus grundlegende Fragen nach ihrer zukünftigen Struktur und Konzeption:

- Kann die Formierung multinationaler Verbände mit der Notwendigkeit enger interallierter Zusammenarbeit in Führung und Einsatzweise noch durch eine vornehmlich an der Aufgabe der allgemeinen Landesverteidigung orientierten Wehrpflichtarmee geleistet werden?
- Sind Wehrpflicht und Innere Führung die geeigneten Instrumente zur Bewältigung der Aufgaben der Zukunft?“

Mit diesen Fragestellungen hatten die Aktion Kaserne (ak), die Gemeinschaft Katholischer Soldaten (GKS) und das Institut für Theologie und Frieden (IThF) gemeinsam Repräsentanten und Interessierte aus Kirche und katholischen Verbänden, Streitkräften und Politik zu einer Tagung unter dem Thema „Wehrformen in Europa auf dem Prüfstand“ vom 17. bis 19. September 1997 in das Gustav-Stresemann-Institut in Bonn eingeladen. AUFTRAG berichtet nachstehend in einer Zusammenfassung über Verlauf und Inhalt der Veranstaltung und gibt die

Einleitungsreferate wieder. Die einzelnen Vorträge und Diskussionsbeiträge werden vom IThF Barsbüttel dokumentiert und später veröffentlicht.

Grundfragen einer Wehrstruktur

In seinem Grundsatzreferat beschäftigte sich Prof. Dr. Winfried von Bredow mit den Grundfragen einer Wehrstruktur. Nachdem der Leiter des Instituts für Politikwissenschaften der Philipps Universität Marburg die Begriffe Wehrstruktur und Wehrformen definiert hatte, wandte er sich der Politik von Staaten im internationalen System zu. Dabei stellte er die politische Staatenwelt der transnationalen Welt gegenüber. Unter der transnationalen Welt versteht er die nicht-regierungsgebundenen übernationalen Hilfsorganisationen, Umweltorganisationen usw., aber auch abgeordnete staatliche Akteure. Zwischen der politischen Staatenwelt und der transnationalen Welt ergeben sich mannigfaltige Überschneidungen, die sich auch auf das Militär der einzelnen Staaten auswirken, z.B. hinsichtlich des Einsatzes bei Katastrophen und anderen Einsätzen außerhalb des eigenen Staatsgebietes. Dabei bezog sich von Bredow auf die Bundeswehreinsätze in Kambodscha und in Somalia.

Im weiteren Verlauf seines Vortrags wies der Politikwissenschaftler daraufhin, dass die Militärpolitik die sicherheitspolitischen Vorgaben für die Wehrstruktur setzt. Hinsichtlich der Terminologie stützte er sich auf die „Weißbücher“ des BMVg.

Weiterhin legte von Bredow dar, dass sich durch die Globalisierung neue Ausrichtungen der Sicherheitspolitik ergeben hätten. Dadurch habe sich auch das Berufsbild des Soldaten verändert, das nun durch eine enge Verknüp-

fung von politischen und militärischen Aspekten geprägt sei. Als Beleg dafür nannte er den aktuellen SFOR-Einsatz der Bundeswehr in Bosnien-Herzegowina.

Aus diesen veränderten sicherheitspolitischen Rahmenbedingungen ergeben sich deshalb Konsequenzen für die Wehrstruktur demokratischer Staaten. So sei nicht mehr nur der Soldat, der das Waffenhandwerk beherrscht, gefragt, sondern auch der Soldat, der als Vermittler und Versöhner auftritt. Diese Veränderungen erforderten auch eine andere Ausstattung.

Prof. von Bredow schloss seine Ausführungen mit einem Blick auf den derzeitigen Diskussionsstand in Deutschland.

Die Wehrform „Wehrpflicht“ bedarf der Begründung

Auf den stufenweisen Abbau der Wehrpflicht bis zum Jahr 2000 in Russland verwies der Vertreter des Bundesministeriums der Verteidigung, Kapitän zur See Volker Hausbeck. Die Wehrpflicht in Deutschland sei kein Selbstzweck und kein Selbstläufer, betonte der stellvertretende Stabsabteilungsleiter I im Führungsstab der Streitkräfte. Hausbeck stellte zunächst fest, dass sich die sicherheitspolitische Begründung der Wehrpflicht geändert habe. So habe sich die Bundeswehr von einer Armee der Abschreckung zu einer Armee mit abgestufter Präsenz bei einer verkürzten Wehrpflichtdauer gewandelt. Der Marineoffizier machte aber deutlich, dass Risiken blieben, da die Welt seit dem Zerfall



der Sowjetunion nicht friedlicher geworden sei, wie er mit Blick auf Nordafrika, den Nahen und Mittleren Osten, Südosteuropa und die Kaukasusregion belegte.

Deutschland brauche eine Armee, die im Herzen Europas für Stabilität Sorge. Dies gehe wegen der fehlenden Aufwuchsfähigkeit nicht mit einer Berufsarmee. Eine Aufwuchsfähigkeit aber sei notwendig, weil Deutschland die Hauptkräfte für die Verteidigung Zentraleuropas in der NATO stelle. Die Wehrpflicht sei deswegen ein wichtiger Faktor der Risikovorsorge des Bündnisses und des Staates, weshalb auch das französische Modell für Deutschland nicht zutreffe. Im Gegensatz zur französischen Armee sei für die Bundeswehr die Landes- und Bündnisverteidigung die Hauptaufgabe.

Der Vertreter des BMVg führte dann die bereits bekannten Argumente für die Wehrpflicht an, wie

- die gesellschaftspolitische Bedeutung;
- den Hinweis, dass sich Wehrpflicht und Professionalität nicht ausschließen, wie sich bisher bei Wettbewerben und bei Einsätzen gezeigt habe (30 Prozent längerdienende Wehrdienstleistende sind beim deutschen SFOR-Kontingent im Einsatz);
- knapp 50 Prozent des Führernachwuchses (Unteroffiziere und Offiziere) werden aus Wehrdienstleistenden gewonnen – einschließlich ihrer breiten beruflichen Kenntnisse;
- Die Berufsarmee sei deutlich teurer;
- der Hinweis, dass Freiwillige ebenso von ihrem Dienst überzeugt werden müssen wie Wehrpflichtige.

Kpt zS Hausbeck beendete sein Statement mit der Aussage, dass die Wehrpflicht auch in Zukunft sinnvoll und begründbar sein müsse.

Wehrpflicht verlangt eine Einschränkung der Grundrechte. Wann darf der Staat seine Bürger zum Einsatz ihres Lebens zwingen?

Die Wehrpflicht sei ein Zwangsdienst und schreibe von staatswegen den Einsatz des Lebens beim Kampf vor. Damit sei sie eine

einzigartige Pflicht. So leitete Prof. Dr. jur. Michael Köhler sein Referat über den Dienst des Soldaten unter dem Recht der internationalen Friedenssicherung ein. Die Wehrpflicht könne nur auf die Landesverteidigung bezogen werden. Einsätze außerhalb dessen dienten nur einem Partikularzweck des Staates und schlossen eine Zwangspflicht aus, betonte der Professor für Strafrecht und Rechtsphilosophie an der Universität Hamburg.

Das Bild des Soldaten habe sich vom Söldner zum Kämpfer für den Frieden gewandelt. Der Soldat sei deshalb nun durch den Bezug auf den zwischenstaatlichen Rechtsfrieden zu begründen. Unter Berufung auf Kant wandte Köhler sich gegen eine Verselbständigung des Kriegs- und Kampfzweckes. Unter dem Kapitel die Rechtszwecke des soldatischen Einsatzes nach der UNO-Charta betrachtete der Professor die

- Selbst- und Landesverteidigung,
- kollektive Selbstverteidigung,
- internationale Nothilfe und
- die universale Friedenssicherung nach Kap. 7 der UNO-Charta.

Zur Besonderheit einer Intervention bei innerstaatlichen Konflikten und in Bürgerkriegen hob der Referent hervor, dass Bürgerkriege auch nach dem UN- und Völkerrecht nicht zum Eingreifen von außen berechtigten. Allerdings könnten Menschenrechtsverletzungen mit ungeheurem Ausmaß (siehe Ruanda und Bosnien-Herzegowina) zu Menschheitsverletzungen werden und damit ein Eingreifen begründen.

Als Folgerungen für die veränderte Legitimation des soldatischen Dienstes und für eine differenzierte Wehrverfassung bezeichnete der Hamburger Rechtswissenschaftler die Berufarmee als einen Rückschritt hinsichtlich der Rechtssituation. Grundsätze staatlicher Beteiligung an internationaler Friedenssicherung müssten als Rechtsfragen und nicht als Zweckmäßighkeitsfragen gesehen werden. Der Soldat müsse aus diesem Grund heute als Vollzieher des internationalen Rechts anerkannt werden. Dies erfordere eine differenzierte Wehrverfassung, an der kein Weg vorbei führe, schloss Prof. Köhler.

Welche Aspekte sind der Kirche in ihren Aussagen zur Wehrform wichtig?

Rechte, die sich aus der menschlichen Würde ergeben und absoluten Respekt verlangen, müssen auch in der Wehrpflicht gelten, so der Sekretär der Deutschen Bischofskonferenz, Pater Dr. Hans Langendörfer SJ, zu Beginn seiner Ausführungen zum Thema „Wehrformen in Wandel – Welche Aspekte sind der Kirche in ihren Aussagen zur Wehrform wichtig?“

Das Böse in der Welt zu überwinden, sei uns nicht möglich – wir könnten den Weltfrieden nicht schaffen. Dies sei die Aufgabe Gottes. Nach Auffassung Langendörfers sei dennoch in den letzten Jahren ein friedensethischer Rahmen in den Aufgaben des Militärs deutlicher geworden. Leitbild sei jetzt der Soldat, der vermittelnd und versöhnend aufträte, auch unter Nichtanwendung von Gewalt, um später die Friedensförderung zu betreiben. Der Geistliche nannte dann Kriterien für eine gerechte Wehrform, wie

- möglichst geringe Eingriffe in die Freiheitsrechte bei der Rekrutierung von Soldaten sowie bei der Gestaltung des Dienstes;
- Grundrechtsschutz verlangt Wehrgerechtigkeit ohne Manipulation der Tauglichkeit;
- Genügsamkeit – nur so viele als gerade unbedingt nötig einziehen, Obergrenzen sind nicht maßgebend;
- militärische Gewalt als ultima ratio, wenn keine andere Möglichkeit Erfolg verspricht;
- der politisch kontrollierte Einsatz der Streitkräfte setzt eine enge Verbindung mit der Bevölkerung voraus, d.h. die Integration der Streitkräfte in die Gesellschaft muss gefördert werden und der Pluralismus der Gesellschaft muss sich in der Armee wiederfinden.

Langendörfer stellte fest, diese Kriterien könnten sowohl von einer Freiwilligen – als auch von einer Wehrpflichtarmee erfüllt werden. Die Kirche könne den Frieden nicht sichern. Sie sei auch kein zusätzliches politisches Mittel, aber sie könne die dem Frieden verpflichteten Kräfte unterstützen.

Deswegen sei es gut, dass es die Militärseelsorge gebe.

Pater Langendörfer beendete seine Ausführungen damit, dass diese Haltung der katholischen Kirche auf der Überzeugung ruhe, dass es eine ethisch gerechtfertigte Verteidigung der Würde des Menschen auch mit militärischen Mitteln geben könne.

Zum Abschluss des zweiten Tages des Forums brachte der evangelische Pfarrer und Soziologe Werner Lichtwark, der auch erster stellvertretender Sprecher des Beirates für Innere Führung beim BMVg ist, seine Auffassung zum Thema zum Ausdruck. „Einen Haufen Eiertänze“ registriere er, wenn er die Begründungsversuche für die Bundeswehr-Einsätze in Somalia, Kambodscha, Bosnien und am Oderbruch bilanzierte. Deshalb müsse, bevor über die Ausstattung der Streitkräfte nachgedacht werde, geklärt werden, welchen Auftrag die Bundeswehr überhaupt habe, sagte Lichtwark. Er sprach von der veränderten Funktion der Wehrpflicht in der Bundeswehr: Bei einem Grundwehrdienst von zehn Monaten werde der einfache Soldat immer mehr zum „Hilfsarbeiter in der Truppe“. Außerdem sei im Bewusstsein vieler junger Menschen keine Dienstgerechtigkeit mehr garantiert, da manche Wehrpflichtige gar nicht eingezogen würden. Faktisch gebe es bei der Einberufung aufgrund von Ausnahmeregelungen eine Drittelung: „Ein Drittel leistet Grundwehrdienst, ein Drittel Zivildienst und ein Drittel gar nichts.“ Dieses sei nicht nachvollziehbar, hob Lichtwark abschließend hervor.

Blick über den Zaun

Als Blick über den Zaun konnte man die Aussagen von militärischen Vertretern Griechenlands, Frankreichs, der Niederlande und Belgiens am dritten Tag des Wehrforums betrachten.

Der Verteidigungsattachée Athens in Deutschland, Oberst Nikolaus Anastassilakis setzte sich überzeugend für die Wehrpflicht ein. Sie gehöre zur Tradition seines Vaterlandes. Selbst die im Ausland lebenden Griechen erfüllten ihre Pflicht gegenüber dem Mutterland. Sogar in Australien

wohnende nähmen eine 10.000 km weite Reise nach Griechenland in Kauf.

Der stellvertretende Militärattachée Frankreichs in Bonn, Kapitän zur See Jacques Lamcay, nahm Bezug auf die veränderte internationale Lage und begründete damit die tiefgehende Umwandlung des militärischen Instrumentariums, wie sie vom französischen Staatspräsidenten Jacques Chirac Anfang letzten Jahres festgelegt wurde. Die Übergangsphase, einschließlich der Abschaffung der Wehrpflicht, werde bis zum Jahr 2002 dauern. Sie führe zum Ende der traditionellen Wehrpflicht, die die Franzosen – vor allem die Jugendlichen – in den letzten Jahren als immer mehr ungeeignet betrachtet hätten. Jetzt gehe es darum, das Band zwischen den Nationen und ihren Armeen zu erneuern und unter allen Umständen über für die Verteidigungsanforderungen ausreichende Streitkräfte zu verfügen.

Deshalb sollen die jungen Franzosen im Rahmen ihrer Gymnasialausbildung über verteidigungsrelevante Fragen informiert werden. Bevor sie das Volljährigkeitsalter erreichen, sollen sie der eintägigen Berufung Folge leisten, sich mit dem Militärwesen vertraut zu machen. Diese staatsbürgerliche Pflicht soll für alle männlichen und weiblichen Jugendlichen gelten. Eine erneuerte vormilitärische Ausbildung sowie die Verpflichtung, in der Reserve zu dienen, sind weitere Aspekte der Beteiligung der Staatsbürger an

den Verteidigungsanstrengungen.

Damit solle auch eine erstklassige Nachwuchsgewinnung sichergestellt werden. Dieses Vorhaben erlaube schließlich dem Parlament, die Einberufung notfalls wiederherzustellen, hob der französische Marineoffizier hervor.

Die Knappheit der Finanzmittel hat die Niederlande dazu bewogen, bis zum Jahr 2000 die Streitkräfte auf 70.000 Soldaten zu reduzieren und die Wehrpflicht auszusetzen, sagte der niederländische stellvertretende Verteidigungsattachée Oberstleutnant Dipl.-Ing. J.F. Kruiper. Aber auch die Frage der Wehrgerechtigkeit habe bei der Verringerung der Armee eine erhebliche Rolle gespielt. Die neue Armee werde sich aus Berufssoldaten mit begrenzter und mit unbegrenzter Dienstzeit zusammensetzen. Dabei müsse die Nachwuchswerbung verstärkt werden. Bei einer Verschlechterung der internationalen Sicherheitslage könnten auch zukünftig Wehrpflichtige einberufen werden, schloss Kruiper.

Der G 5 und Presseoffizier der belgischen Streitkräfte in Deutschland, Hauptmann Johann Dautzenberg, referierte über die Halbierung und Umwandlung der Streitkräfte seines Landes in eine Berufsarmee. Dabei verwies er auf die finanziellen Einschränkungen bei der Verwirklichung und die unzureichende Nachwuchsgewinnung, so dass eine Überalterung der Berufssoldaten drohe. Auch in Belgien könne die Wehrpflicht im Bedarfsfall wieder aktiviert werden, erklärte der belgische Offizier. □

Einführende Anmerkungen des Bundesvorsitzenden der GKS

Karl-Jürgen Klein

Ich begrüße die Sie aus dem Bereich, Freundes- oder Interessenkreis der Gemeinschaft Katholischer Soldaten, des Instituts für Theologie und Frieden und der Aktion Kaserne kommen, herzlich zu unserem Seminar „Wehrformen in Europa auf dem Prüfstand“.

Wir haben uns dieses Thema für unsere Akademie „Wehrformen in Europa auf dem Prüfstand“ ge-

wählt, weil wir davon überzeugt sind, dass es eines der wichtigsten sicherheitspolitischen Themen dieser Jahre ist und weil wir alle sozusagen mitten in diesem Thema drinstehen. Und es erscheint uns wichtig, diese Fragen nicht nur unter politischen, militärischen und gesellschaftlichen Aspekten, sondern auch unter dem Blickwinkel der Ethik zu betrachten.

Die vergangenen Jahre waren im wesentlichen innerhalb der Bundeswehr von dem abschließenden Umstrukturierungsprozess bei den Streitkräften und durch die Übernahme neuer Verantwortung durch die Beteiligung deutscher Soldaten an Einsätzen zur Friedenssicherung im Rahmen der Vereinten Nationen (VN) bzw. der NATO geprägt. Diese neuen Aufgabenstellungen durch Teilnahme an IFOR- und SFOR-Einsätzen erforderten von den Soldaten ein neues Selbstbewusstsein und ein neues Selbstverständnis. Hier reicht es nicht, dass nur in offiziellen Dokumenten über das Selbstverständnis der Soldaten nachgedacht wird, sondern gerade im Hinblick auf den täglichen Dienst hier in der Bundesrepublik, dann aber auch in dem Rahmen, der mit den Auslandseinsätzen verbunden ist, geht es dabei im Kern darum, wie Soldatinnen und Soldaten in den Streitkräften als Personen, als sittlich in die Verpflichtung genommene Menschen, innerlich bestehen können. Junge Männer und Frauen, die heute in die Bundeswehr eintreten als Zeitsoldaten, Berufssoldatenanwärter oder auch gerade als Wehrpflichtige, die schon eine bestimmte Auswahl darstellen, fragen mehr als früher danach, ob nicht nur der Staat, sondern auch die ganze Gesellschaft ihren Auftrag und ihren Dienst mittragen.

Wenn auch manche den Prozess als abgeschlossen ansehen möchten, so glaube ich, dass der von der Friedensbewegung entfachte Streit um den Mörder-Vorwurf (das sog. Mörder-Urteil) weitreichendere innere Konsequenzen zur Folge hat, als das in den früheren Jahren der Fall war. Soldaten, die sich viel konkreter mit dem Einsatz militärischer Gewalt mit Töten, Getötetwerden, Geiselnahme und Sterben auseinandersetzen müssen, benötigen die Vergewisserung und Erfahrung, dass die gesamte Gesellschaft ihren Auftrag und ihren Dienst vorbehaltlos mitträgt.

Diskussionen um die Wehrrfassung müssen diese eben genannten Aspekte soldatischen Dienstes berücksichtigen. Sie werden – international keineswegs im Gleichklang – immer wieder aus den unterschiedlichsten Gründen geführt. Es handelt sich also um

ein Thema, bei dem viele unterschiedliche Elemente und Bewusstseinsebenen angesprochen werden. Das erleichtert es nicht unbedingt, zu sachlich begründeten Urteilen zu kommen. Viele Diskussionen zu dieser Frage haben deshalb mehr den Charakter von Monologen als den von Aussprachen zur Klärung und Angleichung der Standpunkte.

Der politische Umschwung hat – trotz der Ernüchterungen, die die Kriege in seinem Gefolge bewirkt haben – die Diskussion um Wehrpflicht oder Freiwilligenarmee vor allem in den westlichen Ländern erneut angefacht. Nachdem GB, CA und die USA bereits seit längerem auf die Anwendung der Wehrpflicht verzichtet und weitere Länder (NL, B, FRA, SPA) sich nun zu diesem Weg entschieden haben, ist die Diskussion auch in Deutschland entbrannt und ich bin ziemlich sicher, dass sie auch im kommenden Jahr im Rahmen des Wahlkampfes oder spätestens nach der Regierungsbildung noch an Intensität zunehmen wird. Die Bundesregierung hat sich zwar eindeutig für den Fortbestand der Wehrpflicht ausgesprochen, ohne dadurch aber die Debatte beenden zu können. Auch in Österreich hat der Innenminister zu Jahresbeginn 1996 für Aufsehen gesorgt, als er die Abschaffung der Allgemeinen Wehrpflicht ins Gespräch brachte.

Wir wollen in diesem Seminar allerdings nicht, das sage ich hier ausdrücklich, eine Entscheidung Pro oder Kontra Allgemeine Wehrpflicht. Wir wollen vielmehr die Vielzahl der Meinungen und Argumente bündeln und befragen, um für die zu erwartende öffentliche Debatte gerüstet zu sein.

Häufig wird die eindeutige Haltung der deutschen Bundesregierung in dieser Frage mit dem Argument kritisiert, sie habe die Zeichen der Zeit nicht erkannt und verfare so weiter, als habe der politische Wandel nicht stattgefunden. Dass der Grundwehrdienst inzwischen von 12 auf 10 Monate verkürzt und die Personalstärke der Bundeswehr im Frieden auf 340.000 Mann reduziert wurde, wird dabei geflissentlich übersehen.

Gemäß dem Grundgesetz dient die Bundeswehr der Verteidigung

der politischen Grundordnung gegen äußere Bedrohung sowie der kollektiven Friedenssicherung und Friedensförderung, dies im Übrigen in voller Übereinstimmung mit der UN-Charta. Auch die Ergebnisse des Vaticanum II, niedergelegt in *Gaudium et Spes*, stehen der verfassungsmäßigen Grundlage der deutschen Sicherheits- und Verteidigungspolitik nicht entgegen.

Die deutschen Streitkräfte genießen in ihrer derzeitigen Form, also einschließlich der Wehrpflicht, ein hohes Maß an Vertrauen in der Bevölkerung. Die Bundeswehr lag bei einer Routine-Meinungsumfrage 1995 hinter dem Bundesverfassungsgericht und der Polizei auf Platz 3 der Rangliste von über einem Dutzend staatlicher/gesellschaftlicher Einrichtungen.

Dies schließt fundamentale Kritik aus z.B. pazifistischen Kreisen nicht aus.

Die Wehrpflicht verankert die Streitkräfte mehr, als es eine „Berufarmee“ kann, in der deutschen Gesellschaft, insbesondere durch das in den deutschen Streitkräften gepflegte Prinzip des „Staatsbürgers in Uniform“, welches Führungsstil und -kultur in den Streitkräften durch Transparenz und Offenheit gegenüber dem demokratischen Staat und der pluralen Gesellschaft ohne elitäre Abschottung prägt. Dem vorrangigen Auftrag der Landes- und Bündnisverteidigung entspricht die Wehrform der Allgemeinen Wehrpflicht mit der Einbindung des Bürgers in die Verteidigungsaufgabe aus deutscher Sicht in besonderem Maße. Die Aufnahme internationaler Militäreinsätze unter UN-Führung in das Aufgabenspektrum der Bundeswehr bedurfte längerer parlamentarischer Bearbeitung und eines Grundsatzurteils des Bundesverfassungsgerichts.

Der Primat der Politik und die parlamentarische Kontrolle der Streitkräfte legitimieren die Soldaten im demokratischen Staat und geben ihnen den entsprechenden Rückhalt. Es gibt keine militärischen Automatismen, die politische Entscheidungen unterlaufen könnten. Auch dies fördert die Integration der Bundeswehr in die deutsche Gesellschaft, ohne Ein-

schränkung auf eine bestimmte Wehrform.

In den Diskussionen um die Wehrpflicht sind die Alternativen nicht allen klar. Es gibt als Alternative nicht nur die „Berufsarmee“, in der ausschließlich Berufssoldaten dienen, sondern auch die „Freiwilligenarmee“, in der Verpflichtungszeiten gestaffelt bis zu einer zu definierenden Höchstgrenze eingegangen werden können. Eine Mischform aus Berufs- und Zeitsoldaten wird die Alternative sein, die gegebenenfalls bei Wegfall der Wehrpflicht greifen könnte; man sollte sie als „Freiwilligenarmee“ bezeichnen.

Im allgemeinen wird damit argumentiert, dass die „Wehrpflichtarmee“ den Verteidigungshaushalt weniger belastet, also billiger ist als eine Freiwilligenarmee. Größenabhängig trifft das für die Personalkosten sicher zu, zumal die Gehälter deutlich anders strukturiert werden müssten, wenn man überhaupt qualifiziertes Personal für den freiwilligen Dienst in den Streitkräften kontinuierlich und in Konkurrenz mit dem Arbeitsmarkt gewinnen will. Es gibt allerdings auch Grund zu der Annahme, dass, gesamtwirtschaftlich betrachtet, das Ergebnis bezüglich der Kosten und der Wirtschaftlichkeit anders ausfallen könnte, da z.B. die wehrpflichtbedingten Belastungen für Industrie, Wirtschaft und Gewerbe weitgehend entfallen und streitkräfteintern die kostenmäßigen Belastungen durch den ständigen Personalwechsel bei den Grundwehrdienstleistenden weitgehend reduziert werden.

Solange aber eine hohe Arbeitslosigkeit besteht, dürften letztgenannte Gesichtspunkte kaum zu treffen, da eine große Zahl von Arbeitslosen durch den Wehrdienst zeitlich befristet absorbiert werden kann.

Wer den Wehrdienst aus Gewissensgründen verweigert, wie es das Grundgesetz als Ausnahmeregelung von der Wehrpflicht vorsieht, muss einen zivilen Ersatzdienst („Zivildienst“) leisten, der um drei Monate über der Dauer des Grundwehrdienstes liegt. Da dieser Zivildienst zu einem großen Teil im sozialen Bereich geleistet wird, würden bei Wegfall der Wehrpflicht auf das soziale System in

Deutschland nicht verkraftbare Belastungen zukommen. Dies kann natürlich kein begründendes Element für die Wehrpflicht sein; dennoch kann dieser Aspekt in der Praxis nicht ausgeklammert werden.

Die Bundeswehr gewinnt durchschnittlich die Hälfte ihrer Freiwilligen aus den Grundwehrdienstleistenden, die andere Hälfte kommt aus der Gruppe der „Ungedienten“. Ohne die Wehrpflicht müsste also die doppelte Menge über die Freiwilligenannahmeorganisation gewonnen werden. Dies verdeutlicht, dass wesentlich höhere – auch finanzielle – Anreize als bisher geboten werden müssten, wollte man den derzeitigen Stand an Freiwilligen in einer Armee ohne Wehrpflicht halten. Daneben stellt sich die Frage nach der „Qualität“ des so gewonnenen Nachwuchses. Wenn nur über die Werbung von Freiwilligen der Bedarf gedeckt werden muss, besteht die Gefahr, dass vermehrt Personal mit bestimmten nicht erwünschten Grundhaltungen zur Einstellung kommt.

In Staaten mit Armeen ohne Wehrpflichtige wird gelegentlich darüber geklagt, dass ohne das Reservoir an Grundwehrdienstleistenden die soziale und bildungsmäßige Herkunft der Freiwilligenanwärter stark eingeschränkt wird und die Vielfalt der unter den Grundwehrdienstleistenden vorliegenden Potentiale schmerzlich vermisst wird. In Deutschland kann gegenwärtig eine derartige unterschiedliche „Qualität“ zwischen den Freiwilligen aus der Gruppe der Grundwehrdienstleistenden und der der Ungedienten nicht festgestellt werden, aber offenbar besteht dieses Risiko. Vor diesem Hintergrund wird in Deutschland von der politischen und militärischen Führung die Wehrpflichtarmee als die „intelligentere Armee“ bezeichnet, da über die Wehrpflicht ständig neu bildungsmäßige Vielfalt in die Streitkräfte kommt. Das gute Abschneiden der deutschen Streitkräfte mit ihren Grundwehrdienstleistenden im Wettbewerb mit den „professionelleren“ Soldaten anderer Staaten gilt als Bestätigung dieser Auffassung.

Das Durchschnittsalter der Soldaten wird in einer Freiwilligenarmee deutlich ansteigen.

Eines der deutschen Argumente für die Wehrpflicht ist das der Bereitstellung einer genügenden Anzahl qualifizierter Reservisten für den möglicherweise erforderlichen Aufwuchs auf den Verteidigungsumfang. Gegenwärtig ist dieser Aufwuchs – nahezu eine Verdoppelung des Personals – noch aus dem Bestand an Reservisten, der in 40 Jahren Wehrpflichtarmee aufgebaut wurde, möglich. Bei Verzicht auf die Wehrpflicht mit dem deutlich geringeren „Personaldurchsatz“ wären allerdings bald die Grenzen erreicht, es sei denn, man orientiert den Verteidigungsumfang an den personellen Ressourcen, und nicht an der Bedrohung. Dies ist eine eminent politische Entscheidung. Ein Übergang in eine andere Armeestruktur müsste ohnehin gleitend erfolgen, da die derzeitige Struktur der Bundeswehr auf die Wehrpflicht ausgerichtet ist; ihr Wegfall ohne einen Übergang würde die Einsatzbereitschaft weiter Bereiche aufheben.

Die Bundesrepublik Deutschland beteiligt sich – seit dem politischen Umschwung in Europa – zunehmend an internationalen UNO-Militäreinsätzen. Grundwehrdienstleistende nehmen an diesen Einsätzen – im Gegensatz zu Einsätzen in der Landes- und Bündnisverteidigung – nur teil, wenn sie dies ausdrücklich wünschen. Trotz durchaus vorhandener Bereitschaft von Grundwehrdienstleistenden und auch Reservisten zur Teilnahme an derartigen Einsätzen ist die Wehrpflicht also kein Mittel zur Deckung des Personalbedarfs für diese neue Aufgabe. Dies wird auch von Gegnern der Wehrpflicht als Argument angeführt. Dagegen ist aber zu sagen, daß die Landes- und Bündnisverteidigung, an der die Grundwehrdienstleistenden uneingeschränkt teilnehmen müssen, weiterhin Hauptaufgabe der deutschen Streitkräfte bleiben wird. Dazu wird aber die Wehrpflicht wohl auch weiter benötigt. Andere Staaten, die z.B. weltweite Einsätze ihrer Truppen im Vordergrund sehen, gehen von anderen Voraussetzungen aus.

Mit diesen kleinen Denkanstößen zum Thema wünsche ich dem Seminar einen guten Verlauf. □

Gedanken des Bundesvorsitzenden des BDKJ

Andreas Kampmann-Grünwald

Ihrer Einladung, zu Beginn der Tagung „Wehrformen in Europa auf dem Prüfstand“ hier im Gustav-Stresemann-Institut ein Grußwort zu sprechen, komme ich gerne nach und danke Ihnen. Sie geben mir damit gleichzeitig die Möglichkeit, um aus Sicht des BDKJ, der sich seit der Wiederbewaffnungsdebatte in den 50er-Jahren im Nachkriegsdeutschland traditionell mit Grundfragen der Friedensförderung und Friedenssicherung befasst, einige Aspekte in der aktuellen Debatte vorzustellen.

Vorausschicken möchte ich den Hinweis, dass – anders als in den vergangenen Jahrzehnten – die hier anstehenden Fragen im BDKJ aktuell nicht von Brisanz sind. Trotzdem gibt es eine Meinungsbildung im Verband. Ich halte dies auch für wichtig, weil es sich nicht nur um sicherheitspolitische Fragen im engeren Sinn handelt, sondern Konsequenzen für eine große Zahl von jungen Männern hat und deshalb auch für Jugendverbände von Relevanz ist.

Ich erinnere in diesem Zusammenhang an die Rede des Bundespräsidenten Roman Herzog, der im November 1995 vor den Kommandeuren der Bundeswehr sehr zu treffend das zum Ausdruck brachte, was auch aus Sicht des BDKJ, der die Interessen von Kindern, Jugendlichen und jungen Erwachsenen in Kirche, Staat und Gesellschaft vertritt, bedeutsam ist:

„Die Wehrpflicht ist ein so tiefer Eingriff in die individuellen Freiheiten des jungen Bürgers, dass ihn der demokratische Rechtsstaat nur fordern darf, wenn es die äußere Sicherheit des Staates wirklich gebietet.“

Ob es die äußere Sicherheit noch gebietet, die jungen Staatsbürger unter diesen Rechtszwang zu stellen, ist in der sicherheitspolitischen Fachdiskussion mit dem Ende des Ost-West-Konfliktes strittig.

Zu Recht werden dabei die Fragen gestellt:

- was ist sicherheitspolitisch notwendig?

- welche Wehrform ist geeignet? und letztendlich:
- was ist bezahlbar?

So will ich an dieser Stelle daran erinnern, dass die Wehrstrukturkommission der Bundesregierung 1972 bei einer wesentlichen Veränderung der Sicherheitslage und bei beträchtlicher Verringerung präsenter Verbände Freiwilligen-Streitkräfte in Betracht gezogen hat. Ob dieser anvisierte hypothetische Zeitpunkt heute bereits eingetreten ist bedarf einer gründlichen Sach- und Lageanalyse. Diese kann ich abschließend nicht beurteilen.

Ich gestatte mir allerdings in diesem Zusammenhang den Hinweis, dass es bei der Abwägung und Gewichtung der unterschiedlichen Kriterien wie z.B. Grundrechtsschutz und Wehrgerechtigkeit einerseits und Suffizienzkriterium andererseits es in der Tat dazu kommen kann, dass wegen einer weiteren Reduzierung im Umfang der Streitkräfte, die allgemeine Wehrpflicht nicht mehr aufrechterhalten werden kann.

Was heißt das?

... der jungen Wehrpflichtgeneration, die mit dem 18. Lebensjahr nach der allgemeinen Schulpflicht nun von der allgemeinen Pflicht, Wehrdienst oder als anerkannter Kriegsdienstverweigerer Zivildienst zu leisten, „objektiv“ betroffen ist, erwartet zukünftig eine überzeugende sicherheitspolitische Begründung und Auskunft darüber, warum er für eine begrenzte Zeit als „Staatsbürger in Uniform“ in der vollen Wahrnehmung seiner Grundrechte eingeschränkt ist, ob der von ihm abverlangte Dienst als grundwehrendienstleistender Soldat noch „verhältnismäßig“, „geeignet“ und „erforderlich“ ist.

Aus der sozialwissenschaftlich orientierten Jugendforschung wissen wir, dass es bei Jugendlichen zu einem erheblichen Wandel in dieser Frage gekommen ist. Vorherrschend ist in dieser Generation eine Auffassung, die im Kern davon ausgeht, dass es ein vermeintliches Recht darüber gibt,

zwischen Wehr- und Zivildienst gleichsam eine „Wahl“ treffen zu können. Dies ist zwischenzeitlich auch in einem Arbeitspapier der Ständigen Arbeitsgruppe „Dienste für den Frieden“ der Deutschen Kommission Justitia et Pax so beschrieben worden. Das Arbeitspapier, das in diesen Tagen erst erschienen ist, gibt zutreffend Auskunft über „Gründe und Motive junger Männer für die Kriegsdienstverweigerung.“

Man könnte nun lange darüber spekulieren, wie es zu diesem Einstellungswandel gekommen ist und was nun zu einer gewissen Verfestigung beigetragen hat. Ich kann mich allerdings des Eindrucks nicht erwehren, dass die Politik damit gut lebt, sich darauf eingestellt hat und gemäß der Devise: „Hauptsache Dienst überhaupt“ egal wo, warum und wofür das politische Alltagsgeschäft besorgt.

Auffallend allerdings sind in diesem Zusammenhang die Bemühungen, den Wehrdienst attraktiver zu machen. Dagegen ist aus Sicht der jungen Wehrpflichtigen nichts einzuwenden, denn sie erwarten nicht nur eine überzeugende sicherheitspolitische Begründung sondern gleichzeitig verlässliche und planbare Rahmenbedingungen für die Zeit vor, während und nach dem Wehrdienst.

Kann es aber auch sein – und ich erlaube mir die Frage zu stellen, dass damit erste Versuche für die Akzeptanz einer neuen Wehrform in der jungen Generation gestartet worden sind? Wenn Werbung für den Arbeitgeber Bundeswehr mit einer Imagekampagne für Wehrpflicht verknüpft wird, wird auch von dieser Seite der ursprünglich gegebene ethische bzw. politische Begründungszwang für die Wehrpflicht aufgegeben.

Wie auch immer die sicherheits- und wehrpolitischen Diskussionen verlaufen werden und eine Entscheidung über die Aussetzung der allgemeinen Wehrpflicht in Friedenszeiten doch noch getroffen wird – aus Sicht des Bundes der Deutschen Katholischen Jugend (BDKJ) gibt es für jede Wehrform zwingende Erfordernisse und Bedingungen, an denen wir als Katholischer Jugendverband, der seit den 50er-Jahren für die „allgemeine Wehrpflicht“ steht, festhalten werden:

1. Primat der Politik und Einzelfallentscheidung des Deutschen Bundestages über Einsätze der Streitkräfte gelten unabhängig von der jeweiligen Wehrform. Darauf ist immer wieder deutlich hinzuweisen, gegen Verselbstständigung militärischer Logik.
2. Soldaten in der Bundeswehr sind und bleiben „Staatsbürger in Uniform“ mit den gleichen Rechten wie jeder andere Staatsbürger auch. Dieses Grundprinzip gilt unabhängig von der jeweiligen Wehrform.
3. Unabhängig ob Soldaten freiwillig oder aufgrund einer gesetzlichen Pflicht Dienst in den Streitkräften leisten ist ein besonderer Grundrechtsschutz zu gewährleisten. Dazu zählen unabdingbar die Glaubens- und Gewissensfreiheit. Auch der freiwillig dienende Soldat kann sich in Gewissenskonflikten auf Artikel 4 Abs. 3 unserer Verfassung berufen.
4. Seelsorge für und mit Soldaten als pastorales Angebot und

ethische Hilfestellung der Kirchen ergibt sich nicht aus oder wegen einer spezifischen Wehrform, sondern begründet sich aus dem Auftrag, dem Selbstverständnis und den dafür vorhandenen staats- und kirchenrechtlichen Grundlagen.

5. Nicht die allgemeine Wehrpflicht begründet das Grundprinzip der „Inneren Führung“, sondern die Tatsache, dass der Soldat nach Recht und Gesetz und mit gutem Gewissen seinen Dienst in Streitkräften verrichten kann.

Natürlich würden sich bei einer möglichen Aussetzung der allgemeinen Wehrpflicht vielfältige praktische Fragen stellen. Wahrscheinlich, und so ist anzunehmen, wird diskutiert werden, ob es beispielsweise weiterhin Universitäten der Bundeswehr geben muss, ob es weiterhin einer Kultusministervereinbarung über den Einsatz von Jugendoffizieren an Schulen

bedarf. Dies sind jedoch nachrangige Fragen.

Die Ausrichtung dieser Tagung belegt, dass es nun auch in den katholischen Verbänden und Einrichtungen eine Diskussion über die allgemeine Wehrpflicht gibt. Sie ist auch notwendig, denn die sicherheitspolitischen Rahmenbedingungen haben sich gravierend verändert. Sie muss auch im Interesse der jungen Generation jetzt wegen ihrer Auswirkungen auf ihre Zukunft geführt werden. Ich verstehe diese Tagung als einen ersten Beitrag dazu.

Da sie in der Verantwortung der Gemeinschaft Katholischer Soldaten (GKS), der „aktion Kaserne“ und dem Institut für Theologie und Frieden vorbereitet worden ist, also von Organisationen, die sich nahezu tagtäglich mit diesen Grundfragen auseinandersetzen müssen, bin ich mir ziemlich sicher, dass von dieser Tagung wichtige Impulse für die Weiterarbeit auch im Katholizismus ausgehen werden. □

Grußwort und Gedanken zum Seminar von Militärdekan Prälat Walter Theis als Vertreter des Militärgeneralvikars

Nie hat sich kirchliches Handeln, und damit auch die katholische Militärseelsorge, bei der Wahrnehmung ihres Auftrages auf die unmittelbare Glaubensverkündigung und Sakramentenspendung beschränkt.

Spätestens seit dem II. Vatikanum wurde ausdrücklich, was immer Selbstverständnis der Kirche war: Heils- und Weltauftrag gehören zusammen und müssen als Ganzes gesehen und wahrgenommen werden. Dabei war für „Kirche unter Soldaten“ sehr schnell klar, dass die Wahrnehmung ihres Sendungsauftrages ein Beitrag zur Verwirklichung der katholischen Friedenslehre zu sein hat.

Die Auseinandersetzung mit dieser Forderung führte zur Einsicht in ein neues Selbstverständnis des Soldatseins unter den Bedingungen unserer Zeit und in die Komplexität jenes Auftrages, der darauf ausgerichtet ist, die Gewalt

in all ihren Ausformungen in dieser Welt, wenn schon nicht zu überwinden, so doch möglichst einzudämmen.

Die Dimensionen jenes Beitrages, die durch die Begriffe Friedensförderung und Friedenssicherung umschrieben wurden, waren geeignet, jenes vielfältige friedensethische Bemühen innerhalb der Kirche als authentisch und zugleich komplementär zu verstehen und zu entwickeln.

Dankbar erkennen wir an, dass sich Zusammenschlüsse, Verbände und Institutionen, die in dieser Kirche arbeiten, weil sie mit dieser Kirche leben wollen, ihrer Verantwortung für ihren Heils- und Weltauftrag nicht nur bewusst geworden sind, sondern diesen auch als Herausforderung angenommen haben und ständig umzusetzen bemüht sind.

Dabei verlangt die Autonomie der weltlichen Sachbereiche nach

der Beteiligung all derer, die auf den jeweiligen Fachgebieten ein Höchstmaß an Sachverstand und Kompetenz besitzen, um die anstehenden Aufgaben angemessen zu lösen.

Aufgrund einer veränderten Lage hat sich in Europa im Ost-West-Verhältnis und weltweit sehr vieles sehr stark gewandelt. Dabei sind nicht alle Konflikts- und Kriegsursachen beseitigt worden. Ebenso wenig ist die Aussöhnung der Völker erreicht; täglich erleben wir grausame Verletzungen elementarer Menschenrechte.

Jedoch haben diese Veränderungen neue Fragen aufgeworfen. Unter anderem stehen die „Wehrformen in Europa auf dem Prüfstand“. Ihr Seminar versucht zu dieser Fragestellung einen Beitrag zu leisten.

Nach Ausweis Ihres Programmes sind sich die Veranstalter des komplexen Problems mit seinen

vielen diffizilen Facetten bewusst. Durch kompetente Referenten wollen sie den Anforderungen, die dieses Thema in sich birgt, gerecht werden.

In Vertretung des Generalvikars des Katholischen Militär-bischofs für die Deutsche Bundeswehr, Herrn Prälat Jürgen Nabbe-feld, der laut Programmankündi-gung dieses Grußwort selbst spre-chen wollte, aber durch die Wahr-nehmung anderer Verpflichtungen daran gehindert ist, überbringe ich die Grüße und alle guten Wünsche für ein fruchtbares Bemühen bei gemeinsamen Überlegungen und Auseinandersetzungen den Veran-staltern, den Teilnehmern und den Referenten dieser Tagung.

Gestatten Sie mir aus der Sicht eines Geistlichen und Seelsorgers, der Ihre Arbeit seit vielen Jahren mit Interesse verfolgt und sie teil-weise geistlich begleitet, zur ge-stellten Problemlage einige An-merkungen.

- Der Art. 12a GG erlaubt dem Gesetzgeber die Etablierung einer allgemeinen Wehrpflicht, schreibt sie jedoch nicht zwin-gend vor. Gleichwohl ist die Festlegung der Wehrform nicht in die Willkür des Gesetzgebers gestellt, noch eine ausschließlich pragmatisch zu lösende Frage. Als Eingriff in die Freiheits- und Grundrechte junger Staats-bürger ist sie – auch in ethi-scher Perspektive – begrün-dungspflichtig. Die Frage der Wehrform ist ethisch nicht neu-tral.
- Das kirchliche Lehramt und die kirchliche Soziallehre haben sich deshalb seit der Aufstel-lung von auf der allgemeinen Wehrpflicht basierenden Mas-senheeren im 19. Jahrhundert zum Thema zu Wort gemeldet und dies – bis weit in dieses Jahrhundert hinein – kritisch und skeptisch. Erst mit der Es-kalation des „Kalten Krieges“ (Ungarn-Aufstand 1956) wird eine massive militärische Rechts- und Freiheitsbedro-hung als rechtfertigender Grund für eine allgemeine Wehrpflicht anerkannt. Wie umstritten inn-erkirchlich die allgemeine Wehrpflicht war, verdeutlicht der ehemalige Militärgeneral-vikar Martin Gritz, der 1972 im Blick auf die „Pastoralkonsti-

tution über die Kirche in der Welt von heute“ schreibt: „Daraus (aus den Aussagen der Pastoralkonstitution) kann ge-folgert werden, dass gemäß dem Konzil bei der heutigen Weltlage unter Umständen die Einführung einer allgemeinen Wehrpflicht nicht unerlaubt ist.“ (Art.: „Militärseelsorge“, in: Handbuch der Pastoraltheo-logie, Band III).

- Veränderte sicherheits- und friedenspolitische Umstände stellen die Frage nach der legiti-men Wehrform neu. Schon 1993 hat die Arbeitsgruppe „Dienste für den Frieden“ der Deutschen Kommission Justitia et Pax einen Katalog ethi-scher Kriterien zur Beurteilung der allgemeinen Wehrpflicht vorgelegt. Diese haben nicht an Aktualität verloren. Freilich gilt: Die ethische Reflexion er-setzt nicht die politische Ur-teilsbildung, kann sie jedoch unterstützen, indem sie ;Krite-rien anbietet zur Beurteilung und Gewichtung von Argumen-ten im politischen Streit.
- Die Frage der zukünftigen Wehrform ist politisch derzeit offen. Verantwortliche politi-sche Urteilsbildung ist notwen-dig.

Für verantwortungsbewusste Soldaten demokratischer Streit-kräfte wie für die von ihnen zu schützenden Bürger ist es eine le-gitime Forderung zu fragen:

Welche militärischen Fähigkeiten müssen auf welche Weise, in wel-cher Form und in welchem Um-fang noch bereitgehalten werden, um das friedenspolitisch notwen-dige Maß an rechtsschützender Gewalt zu gewährleisten?

Beiträge zur Beantwortung die-ser Frage einzubringen, erfüllt nicht nur die Pflicht des mündigen Bürgers für das Allgemeinwohl und damit die Verantwortlichkeit zur Weltgestaltung.

Gläubige Christen, die sich in ihrer Kirche dieser Aufgabe stel-len, verwirklichen damit zugleich auch ihren Heilsauftrag an dieser Welt.

In der Sprache des Nachsyno-dalen Apostolischen Schreibens: Christi fideles laici von Papst Jo-hannes Paul II. über die Berufung und Sendung der Laien in Kirche und Welt wird dies wie folgt ausge-drückt:

Die Laien sind in besonderer Weise aber dazu berufen, der Schöpfung ihren vollen ursprünglichen Wert zurückzuschicken. Wenn sie durch ihr von der Gnade getragenes Tun die Schöpfung zum Wohl der Men-schen ordnen, nehmen die Laien teil an der Ausübung der Macht, mit der der auferstandene Jesus alle Dinge an sich zieht, um sie mit sich selbst dem Vater zu unterwer-fen, damit Gott alles in allem sei (Nr. 14).

Wir alle sind gespannt auf Ihre Erkenntnisse und die Ergebnisse dieser Tagung. □

Veränderte Rahmenbedingungen erfordern ein Nachdenken über die Wehrform

Ludwig Jacob

Einleitung

Es hieße hier wahrhaft Eulen nach Athen zu tragen, wenn ich den grundlegenden Umbruch, der seit 1989 in Europa auf allen Ge-bieten und besonders auf dem Ge-biet der äußeren Sicherheit statt-gefunden hat, wieder einmal in al-len seinen Einzelheiten beschrei-ben sollte.

Aus den vielen Begebenheiten sind jedoch zwei Ereignisse beson-ders herauszustellen, weil, wie der BMVg Rühle im Juni schrieb, da-

mit „die letzten Relikte des Kalten Krieges“ überwunden wurden und die „Nachkriegsordnung von Pots-dam und Jalta ... in die Ge-schichtsbücher verbannt“ wird und die der US-Präsident Clinton ein historisches Ereignis nennt.

Sicherheitspolitische Entwicklung

Diese herausragenden Ereignis-se waren einmal die Unterzeich-nung der Grundakte mit Russland

am 27. Mai 97 in Paris, mit der Schaffung des NATO-Russland-Rates mit Russland als Partner, und dann der Beschluss der NATO auf ihrem Gipfeltreffen am 8/9. Juli 1997 in Madrid zur Aufnahme von Polen, Ungarn und Tschechien in das Bündnis. Gleichzeitig haben die Nato-Staaten in Madrid ein neues Forum euro-atlantischer Zusammenarbeit aus der Taufe gehoben und eine Charta über eine besondere Partnerschaft mit der Ukraine abgeschlossen. Damit haben sich die Bedingungen für die Sicherheit in Europa in einer noch vor wenigen Jahren nicht für möglich gehaltenen Form – speziell für die Bundesrepublik Deutschland verbessert. Staatsminister Hoyer vom Auswärtigen Amt sagte in einer Rede vor dem George Marshall European Center for Security Studies am 7. Mai 1997 in Garisch-Partenkirchen: „Wir waren vor unmittelbarer militärischer Bedrohung noch nie so sicher wie heute“, und „wir brauchen ein ‘neues Denken’, ein neues psychologisches Umfeld“ und „am wichtigsten ist der Wandel in den Köpfen.“ Das bedeutet doch im Umkehrschluss, wir können nicht weitermachen wie bisher, wir sind aufgerufen, unsere Vorstellungen über äußere Sicherheit neu zu überprüfen und neue Formen militärischer Beiträge zum Frieden in der Welt zu entwickeln.

Deutschland wird in nächster Zeit nur noch von Verbündeten umgeben sein – bis auf die neutralen Staaten Österreich, Schweiz und Schweden. Das militärische Potential der NATO wird mit dem Beitritt der neuen Mitglieder eine hohe Überlegenheit in Europa und weltweit gegenüber jedem möglichen Gegner aufweisen. In Anbetracht des rapiden Zerfalls russischer Streitkräfte ergeben sich damit deutliche Spielräume für weitere Reduzierungen im Rahmen der anstehenden KSE II Verhandlungen – diese müssen genutzt werden, um den Teil der „reassurance“ (Red.: Rückversicherung) zu verringern.

Schon heute rechtfertigen die in der NATO für den Zeitraum von 1997 bis 2002 ausgelegten Streitkräfteziele nicht mehr die bisher geplante Bereithaltung so starker Kampftruppen in Deutschland. Gebraucht wird nicht Kampfkraft,

sondern strategische Transportkapazitäten, weitreichende Führungsfähigkeit und Aufklärungskapazitäten für die Verbesserung der Krisenreaktionsfähigkeit.

Erweiterte Auftragslage für die Bundeswehr

Ein weiterer Abbau der vornehmlich für die Landesverteidigung vorgesehenen Kampftruppen – Stamm/Aufwuchs – wird daher unvermeidlich und wird in den nächsten Jahren stattfinden, das wissen auch die Militärs, nur sprechen darüber darf keiner. Die Schwerpunktverlagerung zu den Krisenreaktionskräften schafft das Problem, dass bei der innerstaatlichen Legitimation der Bundeswehr die Aufgaben der Landesverteidigung aus dem Zentrum rücken und eine Legitimation vorwiegend auf der Basis externer Aufgabenstellungen gesucht werden muss.

Mit dem breiteren Aufgaben- und Auftragspektrum für die Bundeswehr ist auch die Beurteilung der ethischen Legitimation einzelner Einsätze schwieriger geworden.

Die Bundeswehr steht im größten Wandel seit ihrer Gründung: Fast vier Jahrzehnte war die Bundeswehr eine auf Mitteleuropa ausgerichtete Verteidigungsarmee, deren Einsatz für viele sehr unwahrscheinlich war und ein Versagen in dem eigentlichen Auftrag der Abschreckung bedeutet hätte. „Kämpfen können, um nicht kämpfen zu müssen“ war das vergangene Leitmotiv.

Das neue Motto „Kämpfen können, wenn man kämpfen muss!“ macht den Wandel im militärischen Auftrag aber auch im soldatischen Selbstverständnis deutlich.

Verfassungsrechtliche Grundlage

Für die neuen Aufgaben ist Art. 24 GG die entscheidende verfassungsrechtliche Grundlage, Art. 87a GG tritt dagegen zurück. Dies hat das Bundesverfassungsgericht in seiner Entscheidung vom 12. Juli 1994 bestätigt, indem es feststellt: „Art. 24 Abs. 2 GG sollte einen Beitritt der Bundesrepublik Deutschland zu einem System kollektiver Sicherheit einschließen

seiner Möglichkeiten zu militärischen Sanktionen – verfassungsrechtlich öffnen.“

Es wird damit deutlich, dass das Friedensgebot, das der Bundesrepublik Deutschland und damit jeder Regierung im Grundgesetz auferlegt ist, aktiv und international zu verstehen ist und sich nicht auf ein innerstaatliches Gebot reduzieren lässt.

Das heißt konkret, dass die Bundesrepublik in ihrer Politik sich im Sinne des Friedens international zu engagieren hat, isolierte nationalstaatliche Interessen allein können für ihr Handeln nicht maßgeblich sein. Dass Maßnahmen und Beiträge zu kollektiver Sicherheit auch nationalstaatlichen Interessen entsprechen müssen, ist dabei unbestritten. Dabei müssen jedoch die politischen Ziele, wie auch die konkreten Aufgabenstellung der Bundeswehr für ihren Beitrag klar erkennbar werden. Die Fragen, für welche Ziele soll die Bundeswehr eingesetzt werden?, welche Interessen soll sie mit durchsetzen helfen?, in welche Regionen sollen unsere Soldaten geschickt werden?, und sollen wir uns nicht nur an humanitären Einsätzen, sondern auch an militärischen Erzwingungsmaßnahmen beteiligen?, sind für uns Fragen von hoher ethischer Relevanz.

Daher sehen wir auch dem Beitrag der Kirche von Pater Langendörfer zu dieser Thematik mit besonderer Erwartung entgegen.

Kriege

Keinesfalls sind Krieg und Gewaltanwendung nach dem Ende des Ost-West-Konfliktes verschwunden – auch nicht aus Europa. Das Kriegsgeschehen von 1945 bis heute zeigt vielmehr eine steigende Tendenz der Zahl der Kriege, wobei jedoch die Zahl der zwischenstaatlichen Kriege sich stark verringert und die Zahl der innerstaatlichen Kriege stark zugenommen hat. Von insgesamt 187 Kriegen sind nach der Untersuchung der Arbeitsgemeinschaft Kriegsursachenforschung (AKUF) an der Hamburger Universität 83 % innerstaatliche und nur 17 % zwischenstaatliche Kriege gewesen, und davon sind mehr als 90% in der Dritten Welt geführt worden.

Zu den Aufgaben der Streitkräfte in diesem Konfliktspektrum

gehören in erster Linie die Beteiligung an friedenserhaltenden und -herstellenden Operationen im Rahmen von UNO, OSZE und NATO sowie die Wahrnehmung der Schutzfunktion für humanitäre Maßnahmen. Herausragendes Kennzeichen der neuen Aufgaben sind mithin die Fähigkeit zu weiträumiger Projektion militärischer Macht und internationale Kooperation.

Dabei besteht Übereinstimmung, dass militärische Mittel komplexe politische Probleme nicht lösen und Frieden nicht schaffen können. Aber Krigsakteure an ihrem Tun zu hindern heißt, Aggressionen und Verstöße gegen das Gewaltverbot aufzufangen und rückgängig zu machen und auch Konflikte für Verhandlungen erst wieder zugänglich zu machen. Die bisherigen Einsätze der Bundeswehr in Krisen- und Elendsgebieten (z.B. Kambodscha, Somalia, Hilfe für verfolgte Kurden im Irak und Bosnien-Herzegowina) haben deutlich gemacht, dass auf deutsche Soldaten **Herausforderungen** zukommen, die zuvor wenig bedacht worden sind. Bisher wurde von ihnen gefordert, ihr „Handwerk“ zu beherrschen, d.h. mit der Waffe umgehen und in Gefahr handeln zu können. Der erweiterte Auftrag der Bundeswehr verlangt aber, wenn es sich um die **Beteiligung an friedensunterstützenden Einsätzen** der Vereinten Nationen handelt, auch sich um Neutralität zu bemühen, aufkommende Aggressions- und Hassgefühle zu beherrschen und damit einen Soldaten, der weiß, wann er seine Waffe nicht einsetzen darf. Soldaten werden im Rahmen dieser Einsätze mit Lebensverhältnissen und Wertvorstellungen konfrontiert, die dem eigenen Verständnis zutiefst widersprechen. Sie begegnen Not, Elend, Gewalt gegenüber Hilflosen und Schwachen, ohne möglicherweise eingreifen zu dürfen. Kann ein Staat für solche Aufgaben seine Bürger zwangsverpflichten? Prof. Köhler wird dieser Frage nachgehen.

Die **Art militärischer Gewalt**, die im Interesse kollektiver Sicherheit ausgeübt wird, unterscheidet sich daher von herkömmlicher Gewalt nicht nur durch ihre Zielsetzung, sie muss auch anders struk-

turiert sein, um erfolgreich zu sein. Der Soldat der Vergangenheit musste nicht den „Gegner“ derart in sein Handeln miteinbeziehen, dass Versöhnung immer noch möglich bleibt und letztlich Maßstab des Erfolges ist.

Die **ethische Bewusstseinsbildung** in diesem Sinne ist in der Bundeswehr noch nicht ausreichend. Verhaltensnormen und ethisch, an der Würde des Menschen ausgerichtete Verhaltensweisen, müssen noch Teil der militärischen Erziehung und Ausbildung werden.

Eine unverzichtbare Forderung im Rahmen des Konzeptes „Staatsbürger in Uniform“ ist, dass der Soldat weiß, wofür er kämpft. D.h. er muss überzeugt sein, dass sein **Auftrag**

- **politisch notwendig,**
- **moralisch begründet/ gerechtfertigt und**
- **militärisch sinnvoll ist.**

Diese drei Bedingungen zeigen die Schwierigkeit einer fundierten Urteilsbildung. Erst wenn sie erfüllt sind, kann man von einer umfassenden Legitimation des militärischen Auftrages sprechen. In diesem Zusammenhang stellen sich Fragen, auf die der Einzelne in der konkreten Situation Antworten finden muss. Wie kann der einzelne Soldat die aufgezeigten Belastungen bewältigen? Welches **Selbstverständnis** trägt in derartigen Situationen? Welche Möglichkeiten bleiben dem Soldaten, die eigene Handlungsfähigkeit zu bewahren?

Ausbildung

Ausbildung und Erziehung in der Bundeswehr liegt das Menschenbild des Grundgesetzes zugrunde. Sie sollen den Soldaten befähigen, den Auftrag der Bundeswehr geistig zu durchdringen und die notwendigen fachlichen Fähigkeiten zu seiner zeitgemäßen Umsetzung zu erwerben.

Die zentrale Frage lautet heute: Welche Fähigkeiten auf welche Weise und in welchem Umfang müssen vermittelt werden? Welche Bedingungen, Voraussetzungen und Ziele müssen dafür formuliert werden.

In Anbetracht der angezeigten Änderungen wird deutlich, dass

- Art, Form, Inhalte bisheriger

Ausbildung und neuer Herausforderungen eine neue Balance zwischen professionellen Fähigkeiten und politischer Bildung notwendig machen.

Der militärische Einsatz richtet sich primär nicht gegen Menschen, sondern erfolgt für Menschen — zum Schutz ihres Rechtes auf Leben und Menschenwürde.

Es wird erkennbar: **„Zentralität von Gewalt“** („Expert in Violence“) nimmt im Beruf des zukünftigen Soldaten eine tendenziell geringere Bedeutung ein.

Über das Bild des Soldaten, der diesen Anforderungen genügt, gibt es bisher wenig Reflexionen.

Das Ziel muss sein, den Streitkräften ein **neues Leitbild** zu geben, das beide Extreme **Gewaltanwendung** auf der einen und **Hilfe** auf der anderen Seite gleichermaßen miteinbezieht.

Die **Innere Führung** ist bisher nicht in diesem Sinne weiterentwickelt worden. Als nationales Konzept ist sie verankert im Wertesystem des Grundgesetzes und es stellt sich die Frage, ob sie und inwieweit sie in den zunehmend multinationalen Verbänden anwendbar ist? Diese Fragen wird sicher auch der Beitrag über die Innere Führung durch Herrn Lichtwark berühren.

Wehrstrukturkommission

Die mehrfach vorgenommenen bloßen Anpassungen der Bundeswehrstrukturen an die neuen Entwicklungen (so z.B. durch die Reduzierung der Streitkräftestärke von 370.000 auf 340.000, Senkung der Wehrpflichtdauer usw.) und die neuen Aufgaben der Bundeswehr werden für die Bewältigung der Herausforderungen der Zukunft nicht mehr ausreichen. Notwendig wird eine umfassende Überprüfung der Wehrstruktur der Bundeswehr unter Einbeziehung politischer, militärischer und gesellschaftlicher Gruppen sowie die Erarbeitung sich daraus ergebender Empfehlungen, ähnlich wie sie durch die Wehrstrukturkommission 1970 und 1990 unter Prof. Jacobsen, wenn auch nur in geringer Form, vorgenommen worden ist.

Der Vorsitz wurde dem früheren Vizepräsidenten des Deutschen Bundestages, Dr. Karl Mommer, übertragen.

Die erste Untersuchung betraf die Frage der Wehrgerechtigkeit.

Der zweite Auftrag beinhaltete die Überprüfung der Wehrstruktur und Entwicklung möglicher Optionen am Ende der siebziger Jahre.

Mit dem Bericht „Die Wehrstruktur in der Bundesrepublik Deutschland – Analyse und Optionen“ legte die Kommission das Ergebnis ihrer Untersuchungen im Nov. 1972 vor.

Die Gesamtbewertung dieser Untersuchung lautete: *„Noch genügt die Bundeswehr den sicherheitspolitischen Bedürfnissen und dem Anspruch der Bündnisfähigkeit. Sie ist aber mit einer Reihe von Strukturschwierigkeiten belastet, deren ständige Verschärfung es den Streitkräften in absehbarer Zeit immer schwerer machen wird, der politischen Aufgabe und den militärischen Aufträgen gerecht zu werden.“* Eine Bewertung, die eine frappierende Aktualität im Anbetracht der derzeitigen Situation der Bundeswehr hat. Den selben Eindruck vermittelt auch das dann folgende Kapitel über *„schwerwiegende Strukturschwächen“*:

Dazu gehören u.a.:

- *„Wehrpflichtige werden für Präsenzfunktionen ausgebildet. Viele von ihnen werden für Reservefunktionen später nicht benötigt. Andere können ihre Ausbildung in Reservefunktionen nicht nutzen. Das ist nicht kostenwirksam.“*

Im Anbetracht der Lage kommt die Kommission zu der Strukturempfehlung Option C, d.h.:

„Wehrpflicht-Streitkräfte mit begrenzter Heranziehung von Wehrdienstfähigen (Auswahl), bei denen Wehrgerechtigkeit durch Begünstigung der dienstleistenden Wehrpflichtigen und durch Belastung der nicht dienenden Wehrpflichtigen erreicht wird. Die Kommission nennt dieses System Ausgleichswehrpflicht.“ Ein Modell, dass auch heute noch überprüft werden sollte.

Die Kommission kommt jedoch auch zu dem Ergebnis, dass, ... *im Falle einer wesentlichen Veränderung der sicherheitspolitischen Lage, ... die Frage der Umwandlung der Bundeswehr in Frei-*

willigen-Streitkräfte“ geprüft werden sollte. Hat sich die Bundesregierung, wie manche vermuten, schon darauf zubewegt mit der Einführung des längerdienenden Wehrpflichtigen, der auf freiwilliger Basis 11–23 Monate dienen kann, und der ab 11 Monaten wie ein Zeitsoldat besoldet wird, jedoch keiner ist?

Als Ziel, wie es die Wehrstrukturkommission formuliert hat, gilt auch heute unverändert: *„Das Ziel ist eine Wehrstruktur, die besser*

als heute mit den verfügbaren Finanzmitteln einen militärischen Beitrag gewährleistet, der den Sicherheitsbedürfnissen des Landes entspricht, unsere Bündnisfähigkeit aufrechterhält, mit den gesellschaftlichen Bedingungen, der wirtschaftlichen Entwicklung und den außenpolitischen Interessen der Bundesrepublik Deutschland übereinstimmt.“ Hierzu wird der Grundsatzvortrag von Prof. von Bredow uns sicher wichtige Kriterien bieten. □

Wehrdienst oder Kriegsdienstverweigerung?

Deutsche Kommission Justitia et Pax legt neues Arbeitspapier vor

Die Ständige Arbeitsgruppe „Dienste für den Frieden“ der Deutschen Kommission Justitia et Pax hat ein Arbeitspapier „Wehrdienst oder Kriegsdienstverweigerung? Ethische Überlegungen zur aktuellen Entwicklung bezüglich der Gründe und Motive für die Kriegsdienstverweigerung“ vorgelegt. (Schriftreihe Gerechtigkeit und Frieden der Deutschen Kommission Justitia et Pax ARB 84)

In der Perspektive des Grundgesetzes stellt die Kriegsdienstverweigerung die Ausnahme dar. In den letzten Jahren ist sie jedoch zu einem Massenphänomen sozialer Normalität geworden. Damit stellt sich die Frage nach der Bewertung und den Konsequenzen dieser gesellschaftlichen Entwicklung.

Entgegen den gesetzlichen Bestimmungen, die für eine Verweigerung das Vorliegen von Gewissensgründen vorsehen, wird mittlerweile offensichtlich allgemein eine Wahlfreiheit zwischen Wehr- und Zivildienst angenommen. Das Arbeitspapier unterstreicht jedoch, dass man zu kurz greift, wenn man aus dieser Tatsache einfach das Erfordernis einer administrativen Verschärfung der „Gewissensprüfung“ ableiten würde. Denn die massenhafte Kriegsdienstverweigerung ist auch ein Ausdruck von Zweifeln an der Legitimität der allgemeinen Wehrpflicht angesichts der veränderten

sicherheitspolitischen Situation Deutschlands nach dem Ende des Ost-West-Konflikts. Deshalb ist es notwendig, sich offen der Frage nach der Begründung der allgemeinen Wehrpflicht, die immer auch einen Eingriff in die Freiheitsrechte junger Männer darstellt, unter den heutigen Bedingungen zu stellen. Das Arbeitspapier unterstreicht, dass im Kontext der kirchlichen Friedenslehre die allgemeine Wehrpflicht nur sicherheitspolitisch und friedensethisch legitimiert werden kann.

Somit verweist das Phänomen der Kriegsdienstverweigerung auf die Notwendigkeit einer umfassenden gesellschaftlichen Debatte zur Friedens- und Sicherheitspolitik in der heutigen Zeit. Die Deutsche Kommission Justitia et Pax versteht ihre Publikation als einen Beitrag zu eben dieser Debatte.

(Presse-Info Justitia et Pax vom 26.09.1997)

Das Arbeitspapier ARB 84 kann bestellt werden bei:

*Justitia et Pax
Adenauerallee 134
53113 Bonn*

Tel: 0228-103217; Fax: -103318

Porto/Verpackung bis 2 Ex. 1,50 DM, ab 3 Ex. 3,- DM. Bei Bestellung bitte Verrechnungsscheck oder Betrag in Briemarken mit-senden.

GKS in den Neuen Bundesländern

Die fünfte GKS-Info-Reise in die Neuen Bundesländer vom 28.08. bis 31.08.97 führte nach Berlin-Brandenburg

Helmut Jermer

„Wenn jemand eine Reise tut

... dann kann er was erzählen.“ Das können auch die Teilnehmer der GKS-Info-Reise, die Ende August im Großraum Berlin unterwegs waren. Mitglieder der Sachausschüsse „Sicherheit und Frieden“ und „Innere Führung“ hatten sich unter Führung von Brigadegeneral Friedhelm Koch auf den Weg gemacht, um die deutsche Metropole Berlin und die Landeshauptstadt Potsdam, aber auch das Erzbistum Berlin zu besuchen. Drei Tage reichen nicht aus, um Land und Leute kennen zu lernen – es konnte nur darum gehen, erste Eindrücke von Stadt und Land und den dort lebenden Menschen zu gewinnen und Informationen zu sammeln von Persönlichkeiten in Verantwortung aber auch von Bürgern, die als Zeitzeugen das repressive DDR-Regime ertragen mussten und inzwischen auch ihre ersten Erfahrungen mit der Bundesrepublik gemacht haben.

Es war nach früheren Reisen in die neuen Länder – Dresden/Sachsen, Schwerin/Mecklenburg-Vorpommern, Magdeburg/Sachsen-Anhalt, Görlitz/Sachsen – nun die fünfte Reise, bei welcher der katholische Soldatenverband auch Flagge zeigen und auf seine Existenz hinweisen wollte – schwierig genug in einem Land in dem sich lediglich ein Viertel der Bevölkerung zum christlichen Glauben bekennt und nahezu verschwindende drei Prozent katholisch sind ...

Das dichte Programm folgte der GKS-Triade „Begegnung – Besinnung – Bildung“ und spiegelt das Bemühen der GKS wider, sich nicht nur auf rein militärische Themen zu konzentrieren, sondern auch übergreifende politische Fragen zu erörtern und sich für Kultur und wirtschaftliche Entwicklungen zu interessieren.

In der „General-Steinhoff-Kaserne“

... in Berlin-Gatow, einem ehemaligen Britischen Militärflughafen, war die Reisegruppe nicht nur willkommen geheißen und untergebracht worden. Der Stab der 3. Luftwaffendivision, der hier eine neue Heimat gefunden hat, stellte in einem aufschlussreichen Briefing den Großverband vor: von hier aus werden fünf Geschwader der Luftwaffe geführt, das Aufklärungsgeschwader 51 „Immelmann“ in Kropp-Jagel (Schleswig-Holstein) mit Tornado-Kampfflugzeugen, das Jagdgeschwader 72 „Westfalen“ in Rheine-Hopsten mit seinen Phantom-Jägern, das Jagdgeschwader 73 „Steinhoff“ in Laage/Mecklenburg-Vorpommern, das als gemischter Verband nicht nur die Phantom, sondern 23 MiG 29-Jäger „made in UdSSR“ fliegt. Schließlich gehören auch zwei Flugabwehr-Verbände dazu, nämlich das Flugabwehr-Raketengeschwader 1 „Schleswig-Holstein“ in Husum und das FlaRakG 2 in Bad Sülze-Bohlendorf, die beide mit „Patriot“ und „Hawk“-Waffensystemen ausgestattet sind.

Um zu verdeutlichen, welche Führungs- und Organisationsauf-

gaben von diesem Großverband zu bewältigen sind, einige „Facts and Figures“: Die 10.000 Soldaten der Division sind auf sechs Bundesländer verteilt, 2.000 davon in den neuen Ländern. Die 3. LwDiv ist die einzige im „Osten“ und zugleich der einzige Großverband der Luftwaffe, der über MiG 29-Jäger verfügt. Sie stellt die Tornados für die UNO-Mission in Ex-Jugoslawien, pflegt die Patenschaft zum 4. Polnischen Luftverteidigungskorps und nimmt an etlichen „Partnership-for-Peace-Exercises“ mit ehemaligen Warschauer-Vertrags-Staaten teil. – Beim Oderhochwasser-Einsatz im Sommer haben 500 Soldaten der Division geholfen, bei den Aufräumarbeiten 300. Insgesamt waren 1.000 Soldaten im Katastropheneinsatz.

Ein Besuch beim Kardinal

... war der Höhepunkt des ersten Tages. Im Bernhard-Lichtenberg-Haus, das nach dem mutigen Domprobst der Hedwigs-Kathedrale benannt ist, der gegen Hitler und sein Nazi-Regime anpredigte und auf dem Weg ins KZ Dachau an den Folgen der Haft starb, stellte uns Kardinal Sterzinsky das

Georg Kardinal Sterzinsky

im Gespräch mit Brigadegeneral Friedhelm Koch, der Leiter und Organisator der Info-Reise (M.) und dem Bundesvorsitzenden der GKS Karl-Jürgen Klein (l.).

(Foto: G. Hagedorn)



Erzbistum Berlin vor. Er ging auf die Diaspora-Situation ein: in den 226 Gemeinden des Erzbisums Berlin leben auf einer Fläche von 30.000 qkm etwa 410.000 Katholiken, davon 340.000 in Berlin, ca. 55.000 in Brandenburg sowie rund 15.000 in Vorpommern. Der Anteil der Katholiken an der Bevölkerung (5,7 Mio.) beträgt rund 7%, im ehemaligen West-Berlin etwa 18%. In der Erzdiözese gibt es über 300 Geistliche und knapp 1.000 Ordensleute. Die Laien haben sich in 58 Verbänden organisiert. In 34 Schulen kirchlicher Trägerschaft arbeiten 840 Lehrer. Die 40 Krankenhäuser und Sozialstationen und knapp 180 sozial-caritativen Einrichtungen erfüllen eine gewaltige gesellschaftliche Aufgabe.

In der anschließenden Aussprache ging es um Fragen der psychischen Befindlichkeit der ehem. DDR-Bürger, die mit den verheerenden Folgen der Plan-Miss-Wirtschaft fertig werden müssen. Am schlimmsten sei die Wüste in den Seelen der Menschen, die ideologisch verblendet waren und z.T. noch sind. Zur Glaubenshaltung Ost-West meinte der Erzbischof: Im Westen gäbe es ein kulturelles Erbe als Träger von Gläubigkeit und – trotz deutlichen Trends zur Säkularisierung – doch noch so etwas wie ein kirchliches Milieu. Im Osten stelle sich die Frage nach Gott nicht mehr. So gäbe es keine Volkskirche und in diesem Sinne auch keine „Gemeinschaft der Gläubigen“ mehr – die menschenverachtende Ideologie habe ganze Arbeit geleistet. Trotzdem gebe es einige Inseln, auf denen kirchliche Leuchttürme in Form von karitati-

ven Einrichtungen sichtbar sind ... Auf die Frage, was denn die Kirche tun solle, um stärker in Erscheinung zu treten, stellt der Kardinal grundsätzlich fest: die fünf neuen Länder sind Missionsland. Er lässt seine Strategie durchblicken: erst die Gemeinden stärken, dann missionarisch werden. Er gibt auch uns „Wessis“ zu denken, indem er darauf hinweist, dass z.B. die Pfarrbriefe/-nachrichten in westdeutschen Gemeinden außer den Gottesdienstzeiten ein recht säkulares „buntes Programm“ (Senioren-Tanz, Literaturkreise, Kaffeekränzchen etc.) anbieten, in den „Ostprovinzen“ gäbe es mehr religiöse Angebote ...

Soldatenseelsorge – im Osten was Neues

Am Abend des Ankunftsabends erfuhr die GKS-Delegation von den Schwierigkeiten, aber auch von den Chancen der evangelischen Soldatenseelsorge. Militärpfarrer Steinhäuser aus Weißenfels in Sachsen-Anhalt erwies sich als kompetenter Gesprächspartner. Schon die Biographie des 35-jährigen Theologen, der aus Eisenhüttenstadt stammt und bereits in jungen Jahren die Gängeleien des DDR-Regimes erfahren musste, lässt durchblicken, wie schwierig der Weg zum Seelsorger im menschenverachtenden Sozialismus war. Er schilderte die Probleme die er nach innen (Kirche) und nach außen (Staat und Gesellschaft) zu bewältigen hatte, vor, während und auch nach der Wende und die Aufbauleistung der letzten Jahre. Er musste sich gegen

„Wessi-Brüder“, die sauer waren, weil er aus der „Ossi-Kirche“ kam, die den altbewährten Seelsorgevertrag nicht übernehmen wollten. Ehemalige NVA-Soldaten wählten ihn gar als „Polit-Offizier“ im schwarzen Talar ... Steinhäuser machte die Erfahrung, dass er bei seinem Dienstantritt 1993 in Weißenfels noch von Protesten einiger Kollegen begleitet war, dass aber 1995 der Pfarrkonvent des Kirchenkreises seiner Einladung in die Sachsen-Anhalt-Kaserne gefolgt war – auch eine Wende. Inzwischen habe sich viel bewegt; stellte der Soldatenseelsorger fest. Die Pionierarbeit der letzten Jahre zeitigt erste Früchte. So ist für diejenigen, die das kirchliche Angebot persönlich kennen gelernt haben, Kirche kein Ideologieersatz mehr. Das Gespräch mit dem Pfarrer machte deutlich, dass die evangelische Seelsorgearbeit „am Mann“ sich kaum von der eines katholischen Militärseelsorgers unterscheidet, dass viele Probleme gleich gelagert sind. Hoffnungsfroh stimme, so Steinhäuser, dass Vorbehalte und Vorurteile durch persönliche Begegnung nachhaltig abgebaut werden. Darin läge für beide Kirchen eine große Chance. Der evangelische Pfarrer und die katholischen Soldaten wünschten, dass die Unterschiede der Seelsorgeverträge die Alltagspraxis nicht erschweren – die westlichen Landeskirchen mögen mit den ostdeutschen auf eine Konvergenz hinarbeiten. Beide Konfessionen sollen nach dem Willen der Soldaten – und das sind die Betroffenen, um die es letztlich geht – „im Gleichschritt marschieren“ ...

Besuch im Landtag von Brandenburg

Am Freitagvormittag war die GKS-Gruppe mit dem stellvertretenden Landtagspräsidenten, Martin Habermann, der übrigens ZdK-Mitglied ist, im Landtag von Potsdam verabredet. Er zeigte sich als kompetenter Gesprächspartner und zukommender Gastgeber. Zunächst stellte er „sein“ Brandenburg vor und beschrieb die politische, wirtschaftliche und soziale Lage. Das flächenmäßig größte der neuen Bundesländer mit nahezu 30.000 qkm liegt zwischen Oder und Elbe. Mitten in Brandenburg



„zwei Vorurteilsfronten“ behaupten: gegen diejenigen aus den eigenen Reihen, die sich „dem von der Bundeswehr“ gegenüber reserviert verhielten, gegen

Besuch im Landtag von Brandenburg und Gespräch mit dem stellvertr. Landtagspräsidenten Martin Habermann (Foto: G. Hagedorn)

liegt bekanntlich die neue Bundeshauptstadt Berlin. Die Symbiose aus dem weitläufigen Land Brandenburg und der Metropole bietet für die Zukunft viele Möglichkeiten. 37% des Landes sind von Wäldern bedeckt, und 10.000 Seen bieten Natur pur und Auslauf für die 3,5 Mio Berliner ...

Parteipolitische Lage:

Das Land wird zurzeit von einer SPD-Regierung (59%) geführt. Im Landtag sind außerdem die PDS und die CDU zu fast gleichen Teilen vertreten, Letztere bietet zurzeit ein trauriges Bild. Die PDS wird vor allem von ehemaligen SED-Kadern, von „Ostalgiekern“ und andern unzufriedenen Zeitgenossen aus den Hochburgen Potsdam, Ostberlin, Strausberg und Frankfurt/Oder getragen.

Wirtschaftliche Aspekte:

Bei einem Wirtschaftswachstum von 3,1 Prozent im Jahr 1996 ist Brandenburg Spitze unter allen Bundesländern; es profitiert vom Exodus der Berliner Industrie, die sich gleich hinter den Stadtgrenzen im steuergünstigen Brandenburger Speckgürtel niederlässt. Ohne diesen Berlin-Effekt läge Brandenburg wohl hinter Thüringen und Sachsen. Bei der Arbeitslosigkeit teilt das Land das schwere Berliner Los mit einer Quote von 15,2 Prozent. – Die klassischen Industrien (Schwerindustrie, Energiewirtschaft, Nahrungsmittel, Fahrzeugbau, Feinmechanik und Elektrotechnik sowie optische Industrie und Petrochemie) sollen durch günstige Energiekosten, die Nähe zu Berlin und zu den zukunftssträchtigen Ostmärkten überleben. – Für die Zukunft setzt Brandenburg auf seine starke mittelständische Wirtschaft. Neue Impulse erwartet man von der High-Tech-Branche genauso wie vom besser zu vermarktenden Tourismus und der Landwirtschaft, die immerhin 45 Prozent der Fläche dieses Landes „beackert“, und die sich seit der Wende gut erholt hat.

Soziale Probleme:

Die Aussagen von Herrn Habermann decken sich weitgehend mit denen des Kardinals. Der Niedergang des Sozialismus hat die durch das totalitäre Regime abgerichteten Menschen nachhaltig er-

schüttert und für manche Ersatzideologie empfänglich gemacht. Die Umstellung auf Marktwirtschaft und mehr Eigenverantwortung gleicht einer Wanderung durch ein Tränental. Wenn auch die „blühenden Landschaften“ noch längst nicht vernetzt sind, sieht man doch nach sieben Jahren vielerorts ein paar „Blüten der Hoffnung“, die durchaus Mut machen, den eingeschlagenen Weg entschlossen weiterzugehen. Denn Perspektivlosigkeit führt zu Unzufriedenheit, Unzufriedenheit zu Politikverdrossenheit, Letztere zur „Partei des Demokratischen Fortschritts“ – sancta Simplicitas! Diese „Zukunftspartei“ weiß die psychologische Situation der niedergeschlagenen Menschen zu nutzen. Durch cleveres Taktieren ist sie auf dem Wege zur zweitstärksten Fraktion im Landtag. Es bleibt zu hoffen, dass die Unzufriedenen hinter ihrer „Ostalgie“ endlich die graue, hässliche, sozialistische Tristesse als das erkennen, was sie wirklich war.

Beim IV. Korps in Potsdam-Geltow

...wurden die Teilnehmer von Generalmajor Ullrich, dem stellvertretenden Kommandierenden General, willkommen geheißen. Er führte durch das Briefing, das am Freitagnachmittag vom G 1, Oberstleutnant Hecht, vorbereitet und engagiert vorgetragen wurde. Zunächst stellte er die Uhr auf die Stunde Null, auf den 3. Oktober 1990 zurück und rief ins Gedächtnis, was seinerzeit in Deutschland vor sich ging. Damals erhielt das neu aufgestellte Bundeswehrkommando Ost und die Wehrbereichsverwaltung VII in Strausberg den Auftrag,

1. die NVA, deren Personalbestand seit dem Herbst '89 auf 60 Prozent geschrumpft war, aufzulösen,
2. die Bundeswehr in den neuen Ländern aufzubauen,
3. das verbliebene Personal der NVA zu übernehmen und zu integrieren,
4. die materielle Hinterlassenschaft zu verwahren und zu verwerten,
5. Liegenschaften zu übernehmen,
6. die Grenzanlagen abzutragen,
7. beim Abzug der russischen Be-

- satzungstruppen zu helfen und
8. die zivile Verwaltung zu unterstützen.

Die sensibelste Aufgabe war die Auflösung der NVA und die Übernahme eines Teils der ehemaligen Soldaten. Hierzu der G 1: „Es wurden keine „Politoffiziere“, keine ehemaligen Stasi-Mitarbeiter und keine Angehörigen der Grenztruppen übernommen.“ – Der damalige Minister für Abrüstung, Rainer Eppelmann, entließ alle Generale, alle Berufssoldaten über 55 Jahre und wandelte die Dienstverhältnisse der weiblichen Soldaten auf deren Wunsch in Angestelltenverhältnisse um.

Etwa 25.000 frühere NVA-Soldaten bewarben sich für ein zweijähriges Dienstverhältnis, das als Probezeit gedacht war. 18.000 davon wurden übernommen, ausgebildet und umgeschult. Schließlich wurden davon 3.000 Offiziere und 7.600 Unteroffiziere als Berufs- und Zeitsoldaten ausgewählt.

Das materielle Erbe der NVA musste übernommen, gesichtet, abgeführt oder vernichtet werden. 2.300 Kampfpanzer, 9.000 gepanzerte und Spezialfahrzeuge, 5.000 Artilleriewaffen, 700 Flugzeuge und Hubschrauber, 192 Schiffe, 85.000 Fahrzeuge, 1.200.000 Handfeuerwaffen, 295.000 Tonnen Munition. Welch gewaltige Organisationsleistung hinter der Abwicklung stand, wird noch einmal deutlich, wenn man bedenkt, dass 1989 noch fast 600.000 Soldaten in der DDR stationiert waren. Heute dienen in den neuen Ländern etwa 60.000 Soldaten ...

Das IV. Korps heute ist inzwischen ein profilierten Heeresgroßverband gemausert. Es ist noch das einzige rein nationale der sieben in der Zentralregion Europa-Mitte stationierten Korps. Oberstleutnant Hecht stellte das Übungs- und Ausbildungskonzept des Großverbands und die dazu notwendige Infrastruktur vor. Außerdem bemüht sich das Korps um grenznahe Kontakte zu den Streitkräften der benachbarten Staaten, um bi- und trinationale Beziehungen bis nach Kasachstan, in die Ukraine, ins Baltikum, nach Tschechien und nach Polen. – Schließlich sei bemerkt, dass das Korps für die Gestellung des vierten SFOR-Kontingents verantwortlich ist.

Der Einsatz beim Oder-Hochwasser war der erste Ernstfall für das IV. Korps. Es wurde beauftragt, die Katastrophenhilfskräfte aus seinem Verantwortungsbe- reich zu steuern und zu koordinie- ren, und dabei auch mit zivilen Be- hörden zusammenzuarbeiten. Die Hauptlast der Nothilfe war vom WBK VII zu tragen; das Korps hat mit allem unterstützt, was das WBK brauchte. Es stellte Truppen und Geräte, sorgte für die logisti- sche Durchhaltefähigkeit und steuerte den Hubschrauberein- satz. Um zu verdeutlichen, was an Kräften und Mitteln eingesetzt war, einige Daten: durchschnitt- lich waren während der akuten Bedrohungsphase ca. 10.000 Mann, 1.000 Lkw, 100 Omnibusse, 60 Pioniermaschinen und 100 Boote im Einsatz. In 2.700 Flugstunden wurden mit Bundeswehrhubschraubern 2.000 Personen und 4.500 Tonnen Material transpor- tiert. Aber das ist noch nicht alles: das IV. Korps war im Rahmen sei- nes Auftrags auch für die Presse- arbeit verantwortlich.

Potsdam ist eine Reise wert

Die vielen Gesichter der Stadt vereinen sich zu einem Gesamt- kunstwerk aus gestalteter Land- schaft mit Schlössern und Parks. So steht es nicht nur in einem Pro- spekt. Die GKS-Leute haben das während einer hochinteressanten Stadtführung erfahren. Preußische und deutsche Geschichte hat der Stadt ihre Stempel aufgedrückt: Sanssouci, Charlotten- und Cecilienhof verdienen eine längere Be- trachtung. Ein Gang durch das

Holländische Viertel, das Weber- viertel, ein Spaziergang durch die Kolonie Alexandrowka lässt Stilan- leihen aus ganz Europa erkennen. Wie heimelig muss diese Stadt mit ihrer kulturell wertvollen Bausub- stanz vor der Heimsuchung durch den real dahingesiechten Sozialis- mus gewesen sein –, wie schön kann dieser Ort wieder werden, wenn er auch und gerade mit dem Kapital des einstmals so verhassten Klassenfeindes wieder aufblüht – der Besuch in Görlitz im letzten Jahr bot übrigens ein ähnlich er- schütterndes Bild. Potsdam ist auf dem Wege, eine moderne und inter- essante Landeshauptstadt mit viel- fältigem Bildungs-, Kultur- und Kunstangebot zu werden.

Gedenkstätte Plötzensee

Ein Ort des Grauens, ein Stol- perstein der jüngeren deutschen Geschichte. Die GKS-Delegation hatte den Besuch dieses Denk- mals am Samstagmorgen bewusst eingeplant. Der Jesuitenpater Hans-Georg Lachmund von der nahen Regina-Martyrum-Kirche beschrieb, was den zum Tode ver- urteilten Häftlingen des Zucht- hauses Plötzensee widerfuhr. Über 2.500 Männer und Frauen, darunter nicht wenige Jugendliche wurden hier während der Nazi- herrschaft durch das Fallbeil getö- tet oder am Galgen erhängt, man- che auf die perverse Art des Erdrosselns. Unter den Opfern waren auch Hunderte von Hitler- gegnern, die nach dem Attentat vom 20. Juli 1944 gegen den Ty- rannen im Schnellverfahren abge- urteilt wurden.

Respekt und mit Dankbarkeit

... gedachten die GKS-Leute den Opfern, weil sie ihrem Gewis- sen folgten und nicht mitmachten, sondern dem Unrecht entgegen- traten. Der Senior der Gruppe, Ka- pitän z.S. a.D. Norbert M. Schütz, der als junger Marineoffizier noch Zeit-Zeuge dieser unseligen Ära war, ging in einer eindrucksvollen Rede auf die besondere Rolle der Soldaten des Widerstandes ein und würdigte die geistige Grundhaltung dieser Elite, die in nachhaltiger Weise für die Bundeswehr gerade im Hinblick auf die dort gepflegte Gehorsamskultur traditionsstif- tend gewirkt hat. Mit ihrem Auf- stand retteten diese Unangepas- ten das Ansehen des deutschen Soldatentums und ließen vor der Welt ein besseres Deutschland durchscheinen.

Der 75-Jährige schloss seine Rede mit der Feststellung, dass das Vermächtnis der Kriegsgene- ration nicht nur die Führungs- kultur („Innere Führung“) der Bundeswehr entscheidend geprägt habe, sondern auch und gerade in den Leitsätzen der GKS zum Aus- druck komme: „Unser katholi- scher Soldatenverband fordert ei- nen Soldaten, der für Recht und Freiheit einsteht, der sich im Ge- horsam sittlich bindet und somit nicht bedingungslos gehorcht; der um historisch-politische Bildung bemüht ist“, dass er nie wieder auf politische Rattenfänger herein- fällt, die eine Nation samt ihrer Werte verpeifen können. Natür- lich zeichne fachliche Kompetenz einen Soldaten aus, aber „geistige und sittliche Kräfte“ prägen mehr noch als fachliches Können den Wert eines Soldaten. In diesem Sinne solle der christlich orientier- te Soldat gewissenhaft dienen und letztlich dem Frieden verpflichtet sein. Dann sei er wahrhaft „Diener der Sicherheit und Freiheit der Völker“, wie es das II. Vaticanum anspruchsvoll formuliert hat. (GS 79)

„Es gibt wohl Zeiten, die der Irrsinn lenkt ...“

... mit diesen Zeilen endet ein Gedicht, das Oberst i.G. Dr. Klaus Achmann einfühlsam und ein- dringlich vortrug. Die Zeilen stam-



Mit großem

Abendliches Ge- spräch mit Mit- gliedern der kath. Pfarrgemeinde St. Cäcilia in Michendorf bei Potsdam. Bei solchen Bege- gnungen lernt man sich kennen und respektieren. Sie sind so ein Beitrag zur „inneren Einheit“. (Foto: G. Hagedorn)

men aus den Moabiter Sonetten des Lyrikers und Geopolitikers Dr. Albrecht Haushofer, der als Blutzeuge am 22. April 1945, noch kurz vor Ende des Krieges (!) von Nazi-Schergen ermordet wurde (s. Kasten).

Maria Regina Martyrum

... in Berlin-Charlottenburg – etwa 20 Minuten Fußweg vom Gefängnis Plötzensee entfernt – wurde Anfang der 60er-Jahre als „Gedächtniskirche der deutschen Katholiken zu Ehren der Blutzeugen für Glaubens- und Gewissensfreiheit aus den Jahren 1933-1945“ erbaut. Pater Lachmund führte durch die Anlage und stellte das architektonische und künstlerische Konzept dieser modernen Kirche vor, das sich nicht jedem erschließt, wenn es nicht erklärt wird. So schwierig der Zugang zu den künstlerischen Ausführungen der Reliefs und Skulpturen mit ihren starken Verfremdungseffekten ist, so stimmig ist das Gesamtkonzept dieser sakralen Anlage: Der Feierhof, ein weites, graues Geviert, veranschaulicht eine Zone der Bedrohtheit. Der monumentale Kreuzweg in Bronze an der rechten Mauer zieht sich hin zu einem von der Kirche überspannten Freialtar. Der kubische Baukörper der Oberkirche ruht auf drei Betonwänden; um in den Kirchenraum zu kommen, muss man erst etliche Stufen emporsteigen, bis man ins „himmlische Jerusalem“ kommt ... Etliche symbolträchtige Stationen laden zur Besinnung ein: die „Apokalyptische Frau“ – gleichsam als Blickfang – an der äußeren Kirchenfront, der erwähnte Kreuzweg, die Krypta mit der Pieta hinter den Inschriften, die an Dr. Erich Klausener, an Pater Alfred Delp und an den Berliner Domprobst Bernhard Lichtenberg erinnern. Dann eine Taufkapelle, ein riesiges Altargemälde, zwei mittelalterliche Plastiken: Madonna mit Kind, ein Schmerzensmann ... alles in allem: Inseln der Besinnung in einer Stätte des Gedenkens!

Der Karmel Regina Martyrum

... lebt als Gemeinschaft mit der Gedenkkirche. Die Nähe zu Plötzensee bedeutet für die Schwestern eine ständige Herausforderung. Sie stellen sich gegen das Vergessen, halten die Erinnerung an die dunkelste Periode unserer Vergangenheit wach und wollen empfindsam machen für die vielfältigen Erscheinungsformen von Intoleranz und Diskriminierung. Menschen suchen an diesem Ort Begegnung und Gespräch – hier soll vor Gott zur Sprache gebracht werden, was Menschen bedrängt. In diesem „Dienst der Fürbitte“ werden Kloster und Gedenkkirche eine Einheit. Dieses „Modell“ könnte auch andernorts helfen, die vier Jahrzehnte Unrechtsregime des DDR-Spitzelsystems zu verarbeiten.

Als ich in dumpfen Träumen heut versank,
sah ich die ganze Schar vorüberziehen:
die Yorck und Moltke, Schulenburg, Schwerin,
die Hassell, Popitz, Helfferich und Planck –
nicht einen, der des eignen Vorteils dachte,
nicht einen, der gefühlter Pflichten bar,
in Glanz und Macht, in tödlicher Gefahr,
nicht um des Volkes Leben sorgend wachte.
Den Weggefährten gilt ein langer Blick:
Sie hatten alle Geist und Rang und Namen,
die gleichen Ziels in diese Zelle kamen –
und ihrer aller wartete der Strick.
Es gibt wohl Zeiten, die der Irrsinn lenkt.
Dann sind's die besten Köpfe, die man henkt.
Albrecht Haushofer

Einen schönen Abend

... verbrachten die GKS-ler mit etwa 40 Mitgliedern der Pfarrgemeinde St. Cäcilia in Michendorf, einem recht idyllischen Dorf südlich von Potsdam, das von sozialistischen Plattenbauarchitekten weitgehend verschont blieb und deshalb etwas von seinem früheren Charme zeigen konnte. Nach einer Abendmesse traf man sich zu einem „Abendmahl“ mit einheimischen und hausgemachten Spezialitäten. Die unbefangene Gesprächs-

atmosphäre und der lockere Umgang offenbarte, dass die „Mauern in den Köpfen“ – zumindest an diesem Abend – abgetragen waren. Vor sechs Jahren, bei einer ähnlichen Veranstaltung in Dresden, kamen – trotz Einladung des Pfarrers – drei Gemeindemitglieder. Manches hat sich doch gewendet ...

Statt eines Frühschoppens

... ein Gespräch am Sonntagvormittag nach der Messe mit der selbstbewussten und couragierten Dr. Hanna-Renate Laurien. Hier wurde Klartext gesprochen. Herzenerfrischend brachte die junggebliebene Dr. Laurin politische Probleme auf den Punkt und antwortete überzeugend auf religiöse und kirchliche Fragen. Kein Wunder, ist sie doch amtierende Vorsitzende des Berliner Diözesanrates. Achtung erwarb sie sich auch als Vizepräsidentin des ZdK. – Zunächst ging sie auf die Berliner Landespolitik ein, die sie selbst viele Jahre aktiv mitgestaltete, und bezeichnete das Zustandekommen des Haushalts '98 als ein Wunder, denn er wurde von einer Koalition, „die von Misstrauen lebt“, verabschiedet. Es ging um Themen von „Arbeitsbeschaffung“ bis „Zigarettschachtel“, letzterer Gegenstand diente als Beispiel, um Umweltverschmutzer zu verblüffen, indem man die Schachtel aufhebt und bei dem selben abgibt mit dem Kommentar, er habe wohl etwas verloren. Natürlich muss man ausloten, wenn man mit dieser erzieherischen Maßnahme bekehren will. Eine andere Beobachtung: Während des Oder-Hochwassers zeigten sich die betroffenen Menschen solidarisch, nach der Katastrophe, als es um finanzielle Unterstützung ging, war mancher neidisch. Die eigentliche Botschaft lautete: nicht über Werte theoretisieren, sondern zu einem bestimmten Verhalten anregen. Normen müssen für alle gelten! – Ein anderes Thema war die Verformung von Werten, z.B. aus Freiheit wird Freizeit oder aber die verkürzte „Freizügigkeit“. Eine Tour d'Horizon durch Staat und Gesellschaft, ein Streifzug durch Politik und Ethik, Frau Laurien blieb keine Antwort schuldig – und was sie sagte, hatte Hand und Fuß. □

Die Grundhaltung des Widerstandes prägt den Soldaten der Bundeswehr

Ansprache von Kapitän z.S. a.D. Norbert Maria Schütz in der Gedenkstätte Plötzensee

Stellvertretend für alle Angehörigen der Gemeinschaft Katholischer Soldaten (GKS) stehen hier an der nationalen Gedenkstätte Berlin-Plötzensee Mitglieder des Bundesvorstandes und der Sachausschüsse „Innere Führung“ und „Sicherheit und Frieden“, um der Widerstandskreise gegen die Diktatur Hitlers mit großem Respekt und in Dankbarkeit zu gedenken. Hier in Plötzensee, einer Strafanstalt in Berlin-Charlottenburg, wurden im Dritten Reich über 2.000 politische Gefangene, darunter ein Teil der Widerstandskämpfer des 20. Juli 1944, teilweise auf bestialische Weise hingerichtet.

Den Mitgliedern des Widerstandskreises vom 20. Juli 1944 ist ein besonderer Rang zuzuerkennen. Diese Menschen wurden aus ihrer moralischen Verpflichtung zur Tat getrieben. Bei der Bewertung der Motive ihres Widerstandes bleibt die geistige Richtung von Bedeutung. Sie bezieht sich auf die elementare Frage nach der politischen Zielrichtung beim Aufbau eines neuen Deutschlands.

Die Männer und Frauen des Widerstandes sahen in ihrer politischen Konzeption, nach einer gelungenen Beseitigung Hitlers, die ins spätere Grundgesetz der Bundesrepublik Deutschland verankerten unverzichtbaren Freiheitsrechte des einzelnen vor: Die Unantastbarkeit der Würde des Menschen; die freie Entfaltung der Persönlichkeit; das Recht des Bürgers vor der Obrigkeit. Mit dieser Zielsetzung schenkte gerade die Widerstandsgruppe des 20. Juli 1944 – in der sich gläubige Christen befanden – der Lehre vom Menschen als dem Ebenbild Gottes und der sittlichen Autonomie des Menschen Beachtung. Sie wollte die menschliche Existenz als Rechtsgut grundsätzlich gesichert wissen ganz im Gegensatz zu der Situationsmoral der Nationalsozialisten und der Kommunistischen Partei der Sowjetunion. Diese politische Richtungsentscheidung wurde für die spätere Bundesrepublik Deutschland auch zum Fundament ihres Verteidigungsmotivs bzw. ihrer Sicher-

heits- und Verteidigungspolitik.

Innerhalb der Widerstandsbewegung waren die Soldaten in besonderer Weise prädestiniert zu handeln. Sie besaßen die Machtinstrumente und hatten Zugang zum Führerhauptquartier. Sie allein konnten – abgesehen von vorangegangenen wirkungslos gebliebenen Attentatsversuchen – gewagte Unternehmen einer gewaltsamen Beseitigung Hitlers riskieren. Dabei hofften sie auf ein unterstützendes Verständnis unter der breiten Bevölkerung, die kriegsmüde unter der drückenden Last des mörderischen Kampfes an der Heimat und äußeren Front litt und nicht mehr den nationalsozialistischen Parolen des „Endsieges“ glaubte.

Der so in seiner vollen Bedeutung zu Recht herausgehobene militärische Widerstand dokumentiert, dass es Persönlichkeiten aus der militärischen Elite waren, die sich zum Aufstand zur Rettung des Vaterlandes erhoben. Sie erhoben sich, weil sie feststellen mussten, dass die nationalsozialistische Regime für einen Angriffskrieg missbraucht wurde und Teile der eigenen militärischen Führung Verbrechen von Wehrmachtstruppen nicht nur duldeten, sondern auch mitmachten. Mit ihrem Aufstand retteten die Widerstandskämpfer das Ansehen des deutschen Soldatentums und ließen so vor der Welt ein besseres Deutschland durchscheinen.

Die in der Wehrmacht gemachten grenzüberschreitenden Erfahrungen – allerdings nicht nur dort – erlauben es dennoch nicht, sie in ihrer Gesamtheit als eine verbrecherische Organisation zu verurteilen. Solch ein Urteil hat selbst der Nürnberger Prozess gegen die Hauptkriegsverbrecher nicht gefällt. Deshalb bleibt der stete Versuch, die deutschen Soldaten des II. Weltkrieges zur moralischen Mithaftung für Verbrechen heranzuziehen, die sie selbst nicht begangen haben, abwegig. Dem mit Abstand weit größeren Teil dieser Soldaten gilt auch heute noch unsere Achtung, wie dies der tradi-

tionsbewusste Bekenner-Bischof von Münster, Clemens August Graf von Galen, in seinem Hirtenbrief vom 5. Juni 1945 zum Ausdruck brachte: „Wir wollen auch innig danken unseren christlichen Soldaten, jenen, die in gutem Glauben das Rechte zu tun ihr Leben eingesetzt haben für Volk und Vaterland und auch im Kriegsgetümmel Herz und Hand rein bewahrt haben von Hass, Plünderung und ungerechter Gewalttat“. Der zum nationalsozialistischen Regime widersetzliche Bischof von Limburg, Dr. Antonius Hilfrich, sprach in diesem Zusammenhang in seinem Hirtenbrief vom 1. August 1945 von dem Versuch der Zuweisung einer Kollektivschuld: „Solche Anklagen gehören zu den Verdemütigungen, die Besiegte über sich ergehen lassen müssen“.

Gleichwohl: Aus der Lehre leidvoller Vergangenheit müssen die nachfolgenden Soldatengenerationen Einsicht gewinnen und entsprechend handeln. Die Entwicklung einer der Demokratie angepassten modernen Wehrverfassung hat es ermöglicht, leistungsfähige in die Gesellschaft integrierte Streitkräfte aufzustellen mit dem Leitbild des „Soldaten als Staatsbürger in Uniform“; ein Leitbild, das Maria Theresia zu ihrer Zeit mit dem Ausspruch auf den Punkt brachte: „Man erziehe mir erst den Menschen und prophe darauf den Soldaten.“

Das Vermächtnis der Kriegsgeneration – auch meine eigene Kriegserfahrung – hat sich, wie ich meine, in den Leitsätzen der GKS niedergeschlagen. Unser katholischer Soldatenverband fordert einen Soldaten(-Typus), der für Recht und Freiheit in Gerechtigkeit einsteht; der sich im Gehorsam sittlich bindet und sich somit dem bedingungslosen Gehorsam verweigert; der um historisch-politische Bildung bemüht ist und schließlich nach fachlicher Kompetenz strebt. So soll der Soldat gewissenhaft dienen und letztlich dem Frieden verpflichtet sein. Dann ist er wahrhaft „Diener der Sicherheit und Freiheit der Völker (II. Vat. Konzil). □

GKS Mainz:

Hildegard von Bingen

Heinrich Dorndorf

Der GKS-Kreis Mainz führte im Hedwig-Dransfeld-Haus in Bendorf vom 1. bis 3. August 1997 ein Familienwochenende unter dem Thema „900 Jahre Hildegard von Bingen 1098–1998“ durch.

30 Erwachsene und acht Kinder nahmen an der Veranstaltung teil. Geleitet wurde dieses Wochenende durch den zweiten Vorsitzenden der GKS Mainz HBtsm Riederle. Als Referenten standen AInsp Strohe und Frau Astrid Frensch zur Verfügung. Die Kinderbetreuung hatte Frau Riederle übernommen.

Am Freitagabend führte Herr Strohe nach einer kurzen Vorstellungsrunde in das Thema ein. Lebenslauf und Wirken der Hildegard von Bingen wurden anschaulich durch Text und Dia erläutert:

- Hildegard, die theologische Schriftstellerin
- Hildegard, die Heilkundige
- Hildegard, die Komponistin
- Hildegard, die Predigerin
- Hildegard und der Wein
- Hildegard und die Steine.

Am Samstagmorgen wurde ein Aspekt besonders beleuchtet: Hildegard und die Heilkunde. Hierin sieht sie den ganzen Menschen mit Leib und Seele, der gehalten ist von Gott. Alles, was sie aufgeschrieben hat, hat sie Visionen entnommen.

Der Nachmittag stand im Zeichen praktischer Arbeit. Während die meisten Erwachsenen und we-

TERMINE 1997	
1997	1998
24.-26.10. Sitzung BV GKS in Bonn	22.01. Internat. Soldatengottesdienst in Köln
03.-04.11. Gr. Kommandeurtagung in Berlin	25.04.-01.05. 38. Woche der Begegnung in Untermarchtal
03.-07.11. 6. GKS-Akademie Oberst Helmut Korn in Fulda	25.-30.04. Zentrale Versammlung
07.11. AK WB I in Kiel	29.04.-01.05. BuKonf GKS
10.-14.11. 42. Gesamtkonferenz der Militargeistlichen	06.-08.05. Haupttagung GKMD in Fulda
21.-23.11. WB II: WB/AK in Wörthausen	10.-14.06. Kath.Tag Mainz
01.-02.12. Herbstkonferenz der GKMD in Fulda	11./12.09. Deleg.Konf AGKOD in Bad Honnef
08.12. Sitzung EA in Bonn	18.-20.09. BV in Würzburg
	27.09. Bundestagswahl
	02.-04.10. Seminar für Funktionsträger der GKS in Bensberg
	30.11.-01.12. Herbsttagung GKMD mit Festakt 60 Jahre kath. Männerwerke

nige Kinder in die Natur ausschirrten, um Kräuter zu sammeln, blieben hauptsächlich (Groß-)Väter mit Kindern in der Küche, um nach einem Rezept von Hildegard Muskat-Kekse zu backen. Zu diesen Keksen schreibt sie: „Iss diese oft, und alle Bitterkeit deines Herzens und deiner Gedanken weitet sich, dein Denken wird froh, deine Sinne werden rein, es gibt guten Saft deinem Blut und macht dich stark.“ Jedem Teilnehmer wurde eine Aufgabe zugewiesen vom Mahlen des Getreides bis zum Belegen des Backbleches.

Am Abend wurden die Ergebnisse vom Nachmittag begutachtet: Die gefundenen Kräuter wur-

den erraten und erfragt – wo finden wir sie bei Hildegard? Zugleich wurden dabei die gebackenen Kekse verzehrt. Am Sonntagmorgen stand die Eucharistiefeier im Mittelpunkt. Der neue Standortpfarrer Mainz, Militärdekan Reinhold Porten, flocht das Thema des Wochenendes in den Gottesdienst mit ein. Die Kollekte erbrachte 180 Mark für die Nachbarschaftshilfe.

Eine Reflexionsrunde beendete dieses harmonische Wochenende mit dem Ausblick, dass sich die GKS Mainz an einigen Veranstaltungen des Hildegard-Festjahres, das am 13. September 1997 begann, beteiligen wird.

AUTOREN UND IHRE BEITRÄGE

Altendorf, Prof. Dr. Wolfgang
Gründer der Altendorf-Stiftung in Freudenstadt/Schwarzwald, gelegentliche Beiträge u.a. im AUFTRAG.

Böhler, Volker W.
Oberst, Kommodore FlgAbwG 2 Bad Sülze, Mitglied im Vorstand der Zentralen Versammlung.

Dorndorf, Heinrich
Hauptmann a.D., Geschäftsführer der GKS im WB IV.

Görlich, Joachim G.
Magister, freier Journalist, Schwerpunkt mittel- und osteuropäische Gesellschaften. Publiziert häufig u.a. in Deutsche Tagespost und AUFTRAG.

Gürlich, Dr. Rudolf
Wiss. Leiter des Instituts für Kirchengeschichte von Böhmen-Mäh-

ren-Schlesien e.V. in Königstein/Ts. Beitrag entnommen dem Ost-West Informationsdienst des Katholischen Arbeitskreises für zeitgeschichtliche Fragen, Heft 191/1996, S. 45 ff.

Jacob, Ludwig
Oberst a.D., freier Mitarbeiter im Institut Theologie und Frieden Barsbüttel, Mitglied im Sachausschuss „Sicherheit und Frieden“ der GKS.

Jermer, Helmut

Oberstleutnant im Streitkräfteamt, Mitglied im ZdK und in der Zentralen Versammlung, Vorsitzender des Sachausschusses „Innere Führung“ der GKS.

Kilian, Clemens

Diözesanmännerreferent, Hildesheim.

Liebetanz, Klaus

Major a.D., Berater für humanitäre Hilfe, Dörverden b. Verden/Aller. Beitrag mit Genehmigung des Verfassers aus: „Notfallvorsorge 1/97“, Zeitschrift für Katastrophenvorbeugung und Gefahrenabwehr, S. 24–26.

Merk, Manfred

Oberstleutnant und Referent im Bundesministerium der Verteidigung für Pionierausrüstung.

Raabe, Dr. Felix

Geschäftsführer des Katholischen Arbeitskreises für zeitgeschichtliche Fragen e.V. Bonn. Beitrag aus: Deutsche Tagespost vom 17.07.1997

Reichart, Christian

Magister, Generalsekretär der Katholischen Männerbewegung Österreichs, Wien. Beitrag aus: Mann in der Kirche. Informationen und Impulse für Männerseelsorge und Männerarbeit in den deutschen Diözesen; 5. Jg, Heft 2 Juli 1997; S. 16 f.

Ring-Eifel, Ludwig

Korrespondent der KNA

Roth, Prof. Dr. Paul

Artikel aus: Ost-West Informationsdienst des Katholischen Arbeitskreises für zeitgeschichtliche Fragen, 194/1997, S. 44–52.

Rottmann, Michael

Pfarrhelfer beim Katholischen Standortpfarrer Oldenburg

Schacherl, Stefanie

Schülerin, Teilnehmerin am GKS-Wochenende des WB III.

Schumacher, Rolf

Leiter des Politischen Referates und der Arbeitsgruppe Kirche und Gesellschaft im Generalsekretariat des ZdK. Beitrag aus:

„Salzkörner/Materialien für die Diskussion in Kirche und Gesellschaft“ Informationsdienst des ZdK Nr. 4/1997, Seite 2 f.

Schütz, Norbert M.

Kapitän zur See a.D., Gründungsmitglied des Königsteiner Offizierskreises (KOK), langjähriger Vorsitzender des GKS-Kreises Bonn, Mitglied im Sachausschuss „Sicherheit und Frieden“ der GKS.

Schwenzer, Andreas

Artikel aus Herder-Korrespondenz 50 (96), Heft 12, S. 637–641. Netzverantwortlicher der Theologischen Fakultät der Universität Würzburg.

Sirch, P. Bernhard, OSB

Beitrag aus: Deutsche Tagespost vom 23.08.1997.

Stuff, Eckhard

Journalist; am Sender Freies Berlin zuständig für die Aus- und Weiterbildung des Nachwuchses und der Mitarbeiter. Veröffentlichungen in AUFTRAG.

Theis, Prälat Walter

Militärdekan, Leiter des Referats „Kirche und Gemeinde“ im Katholischen Militärbischofsamt, Geistlicher Beirat der GKS auf Bundesebene.

Wertes SJ, P. Klaus

Lehrer und Seelsorger am Canisiuskolleg in Berlin. Beitrag aus: „Salzkörner/Materialien für die Diskussion in Kirche und Gesellschaft“ Informationsdienst des ZdK Nr. 4/1997, Seite 9 f.

BUCHBESPRECHUNGEN

Das politische Buch

Klaus Motschmann (Hrsg.): Abschied vom Abendland? Die Moderne in der Krise. 184 Seiten, kart., Leopold Stocker Verlag Graz/Stuttgart 1997, DM 29,80. Leben wir in einer Krisenzeit, oder bewegen wir uns auf eine solche zu? Viele jener Elemente, die die Kultur und Zivilisation des alten Europa ausgemacht und getragen haben, verlieren jedenfalls an Gültigkeit. Einzelne Phänomene wie das Abreißen von Traditionen, der Verlust der Transzendenz, das Entschwinden Gottes, der Abbau der zwischenmenschlichen Distanz (die Voraussetzung für Freiheit und seelische Gesundheit des einzelnen ist) sowie der Abschied vom Wert des Patriotismus in Kirche und Gesellschaft (mit dem „Antifaschismus“ als besonderem politischem Kampfbegriff) werden in einzelnen Beiträgen behandelt.

Doch die in diesem Band versammelten Autoren – darunter führende Köpfe des deutschen Konservatismus – wollen nicht bei bloßer Krisendiagnose und Warnung vor den verderblichen Folgen der gegenwärtigen Entwicklung stehen bleiben, sondern auch Wege aufzeigen, die den „Abschied vom Abendland“ nicht endgültig werden lassen sollen. Auf die Wiedererlangung politischer Selbstbestimmung, die Rekonstruktion der Mitte Europas (die nur in echter Veröhnung von Deutschen und Tschechen auf Basis von Recht und Wahrheit erfolgen kann) und den rechten Umgang mit der Medienflut in unserer Informationsgesellschaft wird ebenso eingegangen wie auf den Bio-

regionalismus als Lösung für viele grundlegende Probleme (die Ökologie als Königsweg der Konservativen) und die Rekonstruktion des Staates, der in gleichem Maß von der wuchernden Bürokratie wie vom Verlust des Gemeinnsinns erstickt wird.

Die Autoren und ihre Beiträge:

- Pater Lothar GROPE SJ, „Die christliche Vaterlandsliebe und ihre Feinde“
- Prof. Dr. Walter HOERES, „Das Entschwinden der Transzendenz“
- Prof. Dr. Klaus HORNING, „Verlust und Wiedergewinnung politischer Selbstbestimmung. Das Beispiel Gerhard von Scharnhorsts und der deutschen Reformer 1806–1813“
- Hans Graf HUYN, „Verlust der Mitte. Der Aufstand gegen Gott in Philosophie, Kunst und Politik“
- Dr. Albrecht JEBENS, „Versuch einer Wiederherstellung der Mitte Europas. Eine Herausforderung für konservatives Denken“
- Prof. Dr. Hans-Helmuth KNÜTTER, „Die Sprache als Kampfmittel des Antifaschismus“
- Dr. Hans-Christof KRAUS, „Verlust der Tradition“
- Helmut MATTHIES, „Die mediale Herausforderung“
- Prof. Dr. Klaus MOTSCHMANN, „Mut zur Distanz“
- Heinz-Siegfried STRELOW M.A., „Das verlorene Grün der Konservativen“
- Dr. Karlheinz WEISSMANN, „Konservative Krisendiagnose – Anspruch und Grenze“
- Dr. Ulrich E. ZELLENBERG, „Zuviel Staat?“

Kulturgeschichte und Reisebeschreibung

Vom Leser zum Mit-Wanderer. 3.500 Kilometer auf dem „Camino de Santiago“

Hans Michael Schulz: *Fernwechsel. Gehen, Schen, Denken, Beten. Mein Weg nach Santiago de Compostela*. 351 Seiten, 113 Fotos, gebunden. Verlag Manfred Zehntgraf, Volkach/Main, 1997, DM 49,80.

Seit Jahrhunderten machen sich Suchende aus allen Regionen der Erde mit unterschiedlichen Motivationen auf den „Camino“ (span. Weg) nach Santiago de Compostela. Dass auch ein fast dreißig Jahre zurückliegender intuitiver Entschluss heute als Beweggrund für ein solches Vorhaben dienen kann, zeigt das erstaunliche Beispiel des Autors von „Fernwechsel“.

Hans Michael Schulz nahm sich 1965 vor, den Weg von seiner Haustür bis zum Grab des Apostels Jakobus im Westen Spaniens in seiner Gesamtheit zu Fuß zurückzulegen und setzte diese Idee 1994 – inzwischen Leiter der Abteilung für Innere Medizin am Marienkrankenhaus in Nordhorn – in die Tat um. Das Buch ist der Bericht über „seinen“ Camino: 3.500 km von Nordhorn nach Santiago de Compostela in 117 Tagen.

Diesen weiten Marsch beginnt der Autor als „entdeckungsbereiter Spurenleser“: In variantenreicher, bildhafter Sprache beschreibt er detailliert die Eindrücke, die ihm auf dem Camino entstehen, und vermittelt gleichzeitig eine Vielfalt von (kirchen-)historischen Informationen. Verdeutlicht werden die Stimmungen und Eindrücke des Wanderenden durch zahlreiche, erstklassige und aussagekräftige Fotos, die Zeugnis von der Reise geben. Der Authentizismus dieser dem Leser überbrachten Botschaft wird dadurch unterstrichen, dass die Bilder keine ausgewählten Personen oder Monumente zum Gegenstand haben, sondern den ungeschönten Weg in Marschrichtung des Wanderers – so wie er sich zur konkreten Tageszeit auf den nächsten Metern oder Kilometern seinen Augen präsentierte.

H.M. Schulz lässt den Leser teilhaben an seinen Begegnungen am Wegesrand – sowohl mit den Menschen, als auch mit den steinernen Zeugnissen der letzten Jahrhunderte oder den durch die moderne Landwirtschaft hervorgerufenen Veränderungen in der Kulturlandschaft –, an den Gedanken und Stimmungen, die den einsamen Wanderer begleiten. Dabei nimmt man Einblick in das Leben des Autors, da dieser angesichts seiner Erlebnisse Parallelen zieht und persönliche Reflexionen aufzeigt. Darüberhinaus verbindet er diese Wahrnehmungen mit geschichtlichen und religiösen Bezügen, so dass ein einheitliches Bild, ein Mosaik aus persönlicher und allgemeiner, aktueller und historischer Erfahrung entsteht.

Von Etappe zu Etappe des tagebuchartig formulierten Berichts wird der Leser mehr und mehr zum „Mit-Wanderer“. Er teilt die Glücksmomente, empfindet Erschöpfung und Enttäuschung mit und fühlt sich auf diese

weise dem Camino verbunden. Dabei erlebt er die Wandlung mit, die sich im Laufe des Weges und der Zeit in dem Wanderer vollzieht. Dieser beschreibt selbst, wie er nach und nach (unbewusst) aus der Rolle des passiven Beobachters immer mehr in die des erlebenden Pilgers schlüpft, „der überall auf dem Weg eine Heimat findet.“

So erreicht er – und mit ihm der Leser – Santiago de Compostela als „Nachfolger und Gefährte“ der vielen Pilger und Wanderer vor ihm; wie jeder von ihnen machte er auf dem Camino seine ganz individuellen Erfahrungen. Der Bericht, der damit für Hans Michael Schulz eine „Antwort auf die Frage nach seinem Weg“ ist, bietet dem Leser die hervorragende Möglichkeit, den Camino de Santiago in all seinen Facetten auf spirituelle, historische und einfach menschliche Weise mitzugehen und kennenzulernen. (Carmen Klein)

Das politische Buch

Das Ende der DM?

Martin Potthoff/Kai Hirschmann (Hrsg.): *Die Europäische Währungsunion – Ein Testfall für die Europäische Integration?*, Band 14 der Schriftenreihe der Bundesakademie für Sicherheitspolitik, Berlin-Verlag, Berlin 1997, 180 S., DM 34,80.

Niemals in der Geschichte der Bundesrepublik waren etablierte Politik und Bevölkerung so weit auseinander; niemals vorher war eine grundsätzliche politische Entscheidung so wenig mit gegensätzlichen Standpunkten debattiert worden wie die Einführung der Europäischen Währungsunion. Anders als bei früheren großen Richtungsentscheidungen in der Bundesrepublik (Westintegration, Ostverträge, NATO-Doppelbeschluss) gibt es keine deutliche Opposition. Das Gegenmodell gibt es in der politischen Diskussion nicht. Die enormen Ängste in der Bevölkerung werden von keiner Volkspartei vertreten. Ein großer Einheitsbrei erdrückt eine konträre Diskussion, die aber dringend notwendig wäre, um klar zu machen, worum es wirklich geht. Immerhin bedeutet die Einführung der Währungsunion den Abschied von der DM, dem nicht nur ökonomischen Rückgrat der Republik. Es gibt nicht mehr viel in der Bundesrepublik, was so „erfolgreich funktioniert“ wie die DM – warum gerade das verabschieden, was gut ist?

Der Sammelband „Die Europäische Währungsunion – Ein Testfall für die Europäische Integration?“ herausgegeben von Martin Potthoff und Kai Hirschmann im Rahmen einer Schriftenreihe der Bundesakademie für Sicherheitspolitik will Chancen und Risiken der EWU aufzeigen. Das gelingt auch, allerdings mit der gravierenden Einschränkung, dass in dem Sammelband eine Fundamentopposition ebenfalls nicht geboten wird. Es werden also Chancen und Risiken im Rahmen der Akzeptanz der EWU analysiert.

Diese Analyse wird in 3 Teilen vorgenommen: im ersten Teil des Bandes stehen die Rahmenbedingungen der weiteren europäischen Inte-

gration im Mittelpunkt, im zweiten geht es um politische und ökonomische Vor- und Nachteile der Währungsunion und im letzten Teil schließlich um die Auswirkungen einer gemeinsamen Währung auf die Kreditwirtschaft und die Industrie.

Die Gründe für die Währungsunion stellt Jürgen Stark, Staatssekretär im Bundesfinanzministerium, in seinem Beitrag „Das Ende der D-Mark?“ dar: „a. *Notwendige Ergänzung und Absicherung des Binnenmarktes*. Mit dem Wegfall des Wechselkursrisikos ergeben sich größere Planungs- und langfristige Kalkulationssicherheiten bei Außenhandelsgesellschaften und Investitionen. Von Wechselkursverwerfungen ausgehende Verzerrungen im Außenhandel haben 1994/1995 zu deutlichen Wachstumseinbußen geführt. Bei uns – nach sicher vorsichtig zu interpretierenden Berechnungen – bedeutet dies ca. 1 % bis 1,5 % des Bruttoinlandsprodukts. Gerade für Deutschland zeigt das, angesichts der wirtschaftlichen Verflechtungen in Europa, mit dem gemeinsamen Binnenmarkt, kosten verschiedene Währungs Wachstum und Arbeitsplätze.

b. *Wegfall von Transaktionskosten bei Außenhandelsgeschäften von Unternehmen* (40 Mrd DM p.A.)

c. *Förderung des Wettbewerbs durch einfachere Preisvergleiche*. Binnenmarkt kann erst mit dem Euro voll zur Entfaltung kommen.

d. *Größerer und leistungsfähigerer europäischer Finanzmarkt*. Chance sinkender Kapitalmarktzinsen.“

Jürgen Stark macht deutlich, dass der europäische Wirtschaftsraum in Zeiten der Globalisierung von Wirtschaft und Finanzen eine internationale Leitwährung braucht. Diese Rolle könne die D-Mark nicht übernehmen: „Eine internationale Leitwährung kann nur ein Staat oder ein Staatenverbund bereitstellen, dessen binnenwirtschaftliche Entwicklung von außenwirtschaftlichen Einflüssen nicht zu stark dominiert wird. Deutschland ist dafür zu klein.“

Aber auch dem Staatssekretär ist klar, dass die Akzeptanz für das Ende der DM in der Bevölkerung noch schwach ist. Er kündigt eine Aufklärungskampagne der Bundesregierung an. Auf diese darf der mündige Bürger gespannt warten. Dieses, zumal die Bundesregierung (und sonst auch Herr Stark) verspricht, „dass der Euro so stabil wie die DM sein wird“. Daran zweifeln allerdings viele Fachleute schon jetzt. Insbesondere ein Start der Währungsunion unter Einschluss der italienischen Lira verspricht kaum Stabilität.

1997 dient als Referenzjahr für die Erfüllung der Kriterien zum Beitritt in die Währungsunion. Dabei sticht die 3 %-Grenze für das Haushaltsdefizit hervor. Nur 3 von 15 Mitgliedsstaaten konnten diese Bedingung 1996 erfüllen, die Bundesrepublik nicht. Und ebenfalls im Referenzjahr 1997 dürfte Bonn in Probleme geraten, auch wenn von Theo Waigel 2,9 % für das laufende Jahr angekündigt wurden. Jürgen Stark verspricht in seinem Beitrag die gewissenhafte Erfüllung der Beitrittskriterien. Wer aber traut der Politik hierbei schon?... (Eckhard Stuff)



Das Kreuz der GKS

Das »Kreuz der GKS« ist das Symbol der Gemeinschaft Katholischer Soldaten. Vier Kreise als Symbol für die GKS-Kreise an der Basis formen in einem größeren Kreis, der wiederum die Gemeinschaft versinnbildlicht, ein Kreuz, unter dem sich katholische Soldaten versammeln.

Der Königsteiner Engel

Der »siebte Engel mit der siebten Posaune« (Offb 11,15–19) ist der Bote der Hoffnung, der die uneingeschränkte Herrschaft Gottes ankündigt. Dieser apokalyptische Engel am Haus der Begegnung in Königstein/Ts., dem Gründungsort des Königsteiner Offizierkreises (KOK), ist heute noch das Traditionszeichen des GKS, das die katholische Laienarbeit in der Militärseelsorge seit nunmehr 40 Jahren begleitet.



Impressum

AUFTRAG ist das Organ der GEMEINSCHAFT KATHOLISCHER SOLDATEN (GKS) und erscheint mind. viermal jährlich.
Herausg.: GEMEINSCHAFT KATHOLISCHER SOLDATEN, Breite Straße 25, 53111 Bonn.
Redaktion: verantwortl. Redakteur Paul Schulz (PS), Oberstleutnant a.D., Satz und Layout; Klaus Brandt (bt), Oberstleutnant a.D., Redakteur; Helmut Fettweis (HF), Oberst a.D., Redakteur.

Zuschriften: Redaktion AUFTRAG, c/o Paul Schulz, Postfach 3768, 51537 Waldbröl, Tel/Fax: 02291-900461, e-Mail: GKS.Redaktion@t-online.de.

Für unverlangte Einsendungen wird keine Haftung übernommen. Namensartikel werden allein vom Verfasser verantwortet. Nicht immer sind bei Nachdrucken die Inhaber von Rechten feststellbar oder erreichbar. In solchen Ausnahmefällen verpflichtet sich der Herausgeber, nachträglich geltend gemachte rechtmäßige Ansprüche nach den üblichen Honorarsätzen zu vergüten.
Druck: Köllen Druck & Verlag GmbH, Ernst-Robert-Curtius-Str. 14, 53117 Bonn.
Überweisungen und Spenden an: Förderkreis der GKS e.V., Konto-Nr.: 1009439010, BLZ: 391 601 91, Pax Bank eG Aachen.
Nachdruck, auch auszugsweise, nur mit Genehmigung der Redaktion und mit Quellenangabe. Nachbestellung gegen eine Schutzgebühr von DM 10,- an den ausliefernden Köllen Verlag.